Walter Tormin

ZWISCHEN RÄTEDIKTATUR UND SOZIALER DEMOKRATIE

DIE GESCHICHTE DER RÄTEBEWEGUNG IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1918/19

Herausgegeben
von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
53 Bonn-Bad Godesberg 1

K 7 4

DROSTE-VERLAG · DÜSSELDORF

Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Königsplatz 5 - Tel. (02229) 5 56 21

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Heft 4

KGParl
– Bibliothek –
KV Bd. 4
Beiträge
Raum 10

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

Copyright 1954 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn
Druck: Droste Verlag und Druckerei KG., Düsseldorf

Vorwort

Eine Besinnung über unseren gegenwärtigen politischen Standort und über den Weg der deutschen Geschichte dorthin, wie sie Prof. Dr. Alfred Herrmann im Vorwort zum ersten Band dieser Reihe als die Aufgabe der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien bezeichnet hat, führt notwendig in die Zeit der Weimarer Republik, ihrer Entstehung und ihres Unterganges. Die vorliegende Arbeit soll ein Beitrag zur Geschichte dieser ersten deutschen Republik sein. An ihrem Anfang stand die Novemberrevolution von 1918 mit den Arbeiter- und Soldatenräten, die vom 9. November 1918 bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 die politische Macht in Deutschland besaßen. Diese Bewegung, die das Schicksal Deutschlands in den Jahren 1918/19 und m. E. noch weit darüber hinaus entscheidend bestimmte, wird durch die beiden Begriffe „Rätediktatur" und „soziale Demokratie" gekennzeichnet. Diese Begriffe bezeichnen gewissermaßen die äußersten Pole des Spannungsbogens, in dem sich die Arbeiter- und Soldatenräte bewegten. Es gilt also, die Herkunft der Rätebewegung und der ihr zugrunde liegenden politischen Theorien sowie ihr Schicksal in der deutschen Revolution und ihren Einfluß auf die Geschichte des Weimarer Staates zu untersuchen.

Die Geschichte der Rätebewegung ist bisher kaum bearbeitet worden. Einige Dissertationen zu diesem Thema, meist in den Jahren bald nach 1918 erschienen, reichen heute sämtlich nicht mehr aus. Auch die Geschichte der Novemberrevolution ist noch nicht geschrieben worden. Die bisher erschienenen Darstellungen der Revolutionszeit sind entweder Memoiren, bloße Chroniken oder ausgesprochene Parteischriften. Angesichts dieser Lage können heute viele Probleme noch nicht endgültig geklärt und manche Fragen nur mit Vorbehalt beantwortet werden.

Dies war auch nach der Quellenlage nicht anders möglich. Jede Darstellung revolutionärer Vorgänge begegnet bei den Quellen besonderen Schwierigkeiten, da sich die Vorgänge nicht aus einem geordneten Aktenmaterial erschließen lassen, wie es etwa bei außenpolitischen Vorgängen eher möglich ist. Daher müssen Quellen aller Art in möglichst breiter Auswahl herangezogen werden. Dazu kam im vorliegenden Fall die besondere Schwierigkeit, daß ein beträchtlicher Teil des Materials im Jahre

1933 und während des zweiten Weltkrieges vernichtet oder ins Ausland gebracht wurde. Aus diesen Gründen mußten bei den Quellen einige Lücken in Kauf genommen werden[1]).

Die Untersuchung ist zeitlich begrenzt und reicht bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Hierzu zwang einerseits die Quellenlage, andererseits rechtfertigte sich die Begrenzung aber auch aus inneren Gründen. Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung hörten die Arbeiter- und Soldatenräte endgültig auf, politische Funktionen auszuüben. Die Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Rätediktatur und der sozialen Demokratie war jetzt im Prinzip entschieden, wenn auch die Kämpfe später viel heftiger waren. Die ersten drei Monate der Revolution bildeten den wichtigsten Abschnitt in der Geschichte der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Arbeit wurde Mitte 1952 abgeschlossen. Von später erschienenen Werken konnten nur noch die Untersuchung von Matthias und die Dissertation von Anweiler in den Anmerkungen berücksichtigt werden.

Der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien möchte ich an dieser Stelle meinen Dank dafür aussprechen, daß sie die Arbeit in ihre „Beiträge" aufgenommen hat. Der Dank gilt in besonderem Maße dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Prof. Dr. Alfred Herrmann, Berlin, und Herrn Prof. Dr. Fritz Fischer, Hamburg, für das rege Interesse und für die Unterstützung, die sie mir zuteil werden ließen. Daneben habe ich allen denen zu danken, die, meist selbst in den Jahren 1918/19 an führender Stelle politisch tätig, mir durch manche Hinweise und durch die Überlassung von Material behilflich waren.

Walter Tormin

Hamburg, August 1954

[1]) *Es fehlt vor allem das Sitzungsprotokoll des Rates der Volksbeauftragten, das noch nicht gedruckt ist und m. W. bisher nur von Rosenberg benutzt wurde (s. Geschichte der Weimarer Republik S. 243). Eine Abschrift des Protokolls befindet sich heute im „Institut für soziale Geschichte" in Amsterdam. Es fehlt weiter das Protokoll vom zweiten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, dessen wichtigste Referate jedoch in Einzelausgaben benutzt werden konnten. Weiter fehlen eine Sammlung der Verordnungen und Beschlüsse des Vollzugsrates und der Tätigkeitsbericht des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte, für die aber in Memoiren und Zeitschriftenaufsätzen ein gewisser Ersatz gefunden wurde. Die Zeitungen und Zeitschriften, besonders der äußersten Linken, konnten teilweise nur unvollständig benutzt werden, da diese im ersten Weltkrieg und später oft beschlagnahmt wurden und heute zumeist sehr schwer zugänglich sind.*

Einleitung:

Begriff und Formen der „Räte"

Das Wort „Rat" bezeichnet im allgemeinen Sprachgebrauch eine Vertretungskörperschaft — oder ihre einzelnen Glieder — ohne Bindung an eine bestimmte soziale Schicht (Gemeinderat, Aufsichtsrat usw.). In einer speziellen historischen Bedeutung wird das Wort für Organe benutzt, die nur die unteren Klassen, das Proletariat, vertreten, besonders die Arbeiterschaft, aber auch Angestellte, Kleinbauern oder Soldaten. Nur in dieser Bedeutung wird die zugrunde liegende Theorie als Rätegedanke bezeichnet. Nur von diesen Räten soll im folgenden die Rede sein.

Unter „*Rätegedanke*" wird meistens ein Grundprinzip der bolschewistischen Staatstheorie verstanden: Aufbau des Staates auf lokalen Arbeiter- und Soldatenräten als Diktatur des Proletariats[1]). Diese Fassung befriedigt bei einer historischen Untersuchung nicht. Es gab in Rußland und an anderen Stellen schon Räte — oder ähnliche Organe mit ähnlichen Namen —, bevor die Bolschewisten ihre Theorie entwickelten. Die vorliegende Arbeit versucht zu zeigen[2]), daß bei allen Vertretungskörperschaften des Proletariats, die nach bestimmten Prinzipien aufgebaut waren — oder sind — und „Räte" (bisweilen „Ausschuß" oder ähnlich) genannt wurden, eine ähnliche Situation und ein verwandter Gedanke zugrunde lag. Daher wird eine Theorie, die für die Einrichtung solcher Organe bestimmend war, als „Rätegedanke", alle Tendenzen, die auf Einführung, Erhaltung und Weiterentwicklung der Räte zielten, als „Rätebewegung" und ihr (wirklicher oder geplanter) Aufbau als „Rätesystem" bezeichnet werden.

In der Fülle solcher Rätesysteme lassen sich drei Grundformen erkennen, die durch den Zweck der Räte und ihre Dauer unterschieden sind:

1. Die Räte sollen eine zeitlich begrenzte Aktion (Streik, Aufstand) leiten, wenn andere Organe des Proletariats nicht vorhanden oder nicht geeignet sind. Sie haben zeitweise eine sehr große Macht, lösen sich aber nach Erfolg oder Mißerfolg der Aktion wieder auf bzw. verlieren jede Bedeutung.

2. Die Räte besitzen die ganze exekutive und legislative, manchmal auch jurisdiktionelle Gewalt in Staat und Wirtschaft; sie sind als Dauereinrichtung gedacht (Diktatur des Proletariats).

---

[1]) Vgl. die russische Verfassung vom 10. Juli 1918 (s. u. S. 18).

[2]) S. besonders S. 126 ff.

3. Die Räte sind Dauereinrichtungen, aber mit beschränkter Gewalt, meist nur mit einigen sozialen oder wirtschaftlichen Rechten. Sie sind Interessenvertretungen des Proletariats gegenüber dem Staat, anderen Klassen oder dem Unternehmer.

Diese Einteilung — Revolutionsausschuß, Träger der Staatsgewalt (oder: bolschewistischer Rätegedanke), Interessenvertretung — liegt der vorliegenden Arbeit zugrunde[1]). Die bisherige Literatur gliedert im allgemeinen etwas anders und unterscheidet zwischen einem politischen und einem wirtschaftlichen oder — hiermit weitgehend identisch — russischen und deutschen Rätesystem. Nicht die Einleitung, sondern erst die Darstellung kann meinen Versuch einer neuen Definition und Einteilung rechtfertigen.

[1]) Ähnlich nur Diehl in einer kurzen Bemerkung (S. 9).

I. Teil

Die Wurzeln der Rätebewegung

1. Kapitel:

Revolutionsausschüsse und Marxismus

Die ersten Wurzeln des Rätegedankens reichen weit zurück. In mehreren Revolutionen der letzten Jahrhunderte, bei denen Kleinbürger, Arbeiter oder Soldaten aktiv eingriffen, schufen diese Schichten besondere Organe neben der eigentlichen Revolutionsleitung, die von anderen Klassen gestellt wurde. Ihnen gegenüber wollten die Unterklassen ihre eigenen Interessen wirksam vertreten. Sie hatten eigene Ziele und wollten die Revolution weitertreiben. Sie wollten eine „unmittelbare Demokratie" errichten, etwa im Sinne der Ideen von Rousseau.

Eine Art von Soldatenräten entstand zum ersten Male in der englischen Revolution zur Zeit Karls I., nachdem das Heer mit dem Parlament in Konflikt geraten war[1]). Zum gleichen Typus gehörten die Pariser Distrikte und Sektionen von 1793[2]) und 1848 die „commission de Luxembourg[3])". Auch 1871 schufen sich Arbeiter, Kleinbürger und Soldaten der Nationalgarde in der Pariser Kommune ein Revolutionsorgan zum Kampf gegen die bürgerliche Republik. Die Kommune hat die junge Arbeiterbewegung Deutschlands und anderer Länder stark beeindruckt. Ein Aufstand gegen den bürgerlichen Staat, fast eine proletarische Revolution, hatte sich für einige Zeit siegreich behaupten können. Die Erinnerung an die Kommune trug später, als die Räte wieder aktuell wurden, zur Verbreitung des Rätegedankens bei. Man griff auf Marx' Darstellung zurück, die die Kommune zu einem Vorbild der Räte stempelte[4]). Bevor jedoch diese Schrift besprochen werden kann, müssen Marx' Anschauungen aus der Zeit vor 1871 untersucht werden.

Obgleich *Marx* und *Engels* stets die Revolution des Proletariats als Ziel ihres Wirkens betrachteten, haben sie wenig darüber gesagt, wie die Revolution verlaufen werde oder solle und welche Staatsform dabei zu erwarten sei. Die Marxsche Geschichtsauffassung gestattete nur die Voraussage allgemeiner, vor allem

---

[1]) Alexander Bessmertay, Zur Soziologie des Arbeiterrats, in: Die Parteien und das Rätesystem, S. 10; Täubler, S. 6 f.

[2]) Ernst Däumig, Die Entwicklung des Rätegedankens, Das neue Reich, S. 3; Täubler, S. 11 f. Anders Neuberger, S. 11.

[3]) Neuberger, S. 12; vgl. Marx, Klassenkämpfe, S. 30 ff.

[4]) Z. B. Däumig, einer der Hauptvertreter des Rätegedankens in Deutschland, auf dem 2. Rätekongreß: Der Aufbau ... S. 4.

ökonomischer Entwicklungstendenzen, die allein streng determiniert seien. Die konkreten Formen sollten nicht durch die Theorie, sondern durch die Erfahrungen der revolutionären Massenbewegung gefunden werden. Um das Verhältnis der beiden Männer zum Rätegedanken zu verstehen, muß vom Begriff der „Diktatur des Proletariats" ausgegangen werden.

Das „Kommunistische Manifest" kannte zwei Stufen in der zukünftigen Entwicklung des Staates. Die erste Stufe sollte durch die „Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat", d. h. durch die „Erkämpfung der Demokratie", eingeleitet werden. Darauf folgten „despotische Eingriffe (des ‚als herrschende Klasse organisierten Proletariats') in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse[1])". Auf der zweiten Stufe sollten die Bourgeoisie verschwunden, die Klassenunterschiede und damit der Staat aufgehoben sein[2]). Die erste Stufe wurde später als „Diktatur des Proletariats" bezeichnet[3]). In diesem Zustand hat das Proletariat die Mehrheit in den Vertretungskörperschaften errungen; es ordnet entscheidende Eingriffe in den Besitz an und setzt sie gegen jeden Widerstand durch. Die Diktatur des Proletariats setzt also die Demokratie voraus, wobei allerdings nicht gesagt ist, wie diese aussehen soll[4]). Ähnliche Gedankengänge finden sich in den späteren Schriften von Marx und Engels, allerdings selten in sehr klarer Form.

Eine wichtige Bemerkung findet sich in den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln" von 1850. Es heißt dort von den Arbeitern in einer bürgerlichen Revolution[5]): „Sie müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees, errichten . . ." Marx forderte hier also Revolutionsausschüsse als Klassenvertretung der Arbeiter, um die Revolution weiterzutreiben und die Interessen des Proletariats gegenüber den bürgerlich-demokratischen Revolutionären zu vertreten. Mit dem Gedanken der Diktatur des Proletariats hatte dieser Vorschlag nichts zu tun.

Erst als die Erfahrung des proletarischen Kampfes Marx und Engels ausreichende Hinweise geboten hatte, sagten sie Genaueres über die Diktatur des Proletariats und die Staatsform der Revolution. Marx beschrieb in der „*Adresse des Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich*" die Pariser Kommune und ihre Bedeutung für seine Lehren. Die Darstellung ist einseitig und hat später manchen Widerspruch erfahren. Man stellte fest, daß Marx die Kommune „für sich annektiert" habe, um dem Marxismus eine „wirkliche revolutionäre Tradi-

[1]) S. 94 bei Laski.

[2]) S. 95.

[3]) Zuerst in den „Klassenkämpfen" (1849/50 geschrieben) S. 43 und S. 94.

[4]) Aus den Schriften dieser Zeit geht nicht hervor, ob Marx und Engels an die parlamentarische oder irgendeine andere Form der Demokratie gedacht haben, vgl. Mautner S. 281.

[5]) S. 133.

tion" zu verschaffen[1]), oder daß er der „suggestiven Kraft eines revolutionären Augenblicks" erlegen sei[2]). Aber gerade in der Marxschen Interpretation hat die Kommune zur Fortentwicklung des Rätegedankens beigetragen.

In dem Aufstand der Pariser Arbeiter und Kleinbürger vom März 1871 sah Marx eine wichtige Etappe der historischen Entwicklung, wie er sie als notwendig erkannt und beschrieben hatte. Die Kommune war für ihn „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte . . .[3])". Ihre wichtigsten Kennzeichen seien gewesen:

1. „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit[4])."

2. Die Mehrheit der Kommune wurde gestellt von ‚Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse[4])'.

3. Ihre Mitglieder erhielten nur „Arbeiterlohn[4])".

4. Die Abgeordneten waren nach uneingeschränktem allgemeinem Wahlrecht gewählt worden. Um die Demokratie noch besser zu sichern, sollten die Abgeordneten „jederzeit absetzbar und an bestimmte Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein[5])".

5. Alle Beamten, Richter, Lehrer usw., auch die Polizei, wurden gewählt und waren absetzbar, das stehende Herr wurde durch eine Miliz ersetzt[4]). Marx hielt diese Maßnahme für besonders wichtig und bezeichnete sie als das „Zerbrechen der bürokratisch-militärischen Maschinerie[6])".

6. Die Pariser Kommune hatte den Plan, Regierung und Verwaltung des Landes entsprechend dem Pariser Vorbild zu organisieren. Aus allgemeinen Wahlen sollten an jedem Ort Kommunen hervorgehen, die dann in indirektem Wahlverfahren über Bezirksvertretungen bis in die „Nationaldelegation in Paris" aufgebaut werden sollten. Jede Kommune sollte in ihrem Bereich das größtmögliche Maß an öffentlicher Gewalt ausüben[5]).

7. Die Hauptsache waren für Marx die wirtschaftlichen Konsequenzen: „Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit die Klassenherrschaft ruht[3])."

Dies ist das Programm einer *extremen Demokratie*, in der die Masse des Volkes

[1]) Rosenberg, Bolschewismus, S. 25.

[2]) Stampfer, Verfassung, S. 21; ähnlich Cunow in der „Neuen Zeit", 37. Jg., I, S. 172, vom 22. November 1918.

[3]) S. 52.

[4]) S. 49.

[5]) S. 50.

[6]) Marx in einem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 (nach Laski, S. 44). Marx bezog sich hier auf seinen „Achtzehnten Brumaire", wo er den Gedanken zwar angedeutet, aber das „Zerbrechen der Staatsmaschine" noch nicht so klar und entschieden formuliert hatte (S. 100 f., S. 108).

möglichst unmittelbar sich selbst regiert. Marx glaubte jetzt entdeckt zu haben, daß dafür die Form der Kommune geeigneter sei als die parlamentarische Verfassung, da sich Parlament und Bürokratie zu leicht von ihren Auftraggebern lösten und Privatinteressen oder nur die Interessen der oberen Klassen verträten[1]). Darum wollte Marx Berufsbeamte und Berufspolitiker ausschalten und eine lebendige Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählern herstellen. Die Kritik an der parlamentarischen Staatsform und der Gewaltenteilung, dem „Parlamentarismus", begegnet hier bei Marx zum ersten Male. Er näherte sich damit den Gedanken der anarcho-syndikalistischen Richtung, die unter den Mitgliedern der Pariser Kommune zahlreiche Anhänger hatte und deren politische Form wesentlich beeinflußte[2]).

Die Kommune und ihre neue Staatsform waren für Marx der erste Schritt auf dem Wege zum Sozialismus und die Vorstufe für das Absterben des Staates. Die Kommune wurde identifiziert mit der „Diktatur des Proletariats". In der Marxschen Theorie der Kommune, die mit der Kritik an der parlamentarischen Staatsform als bürgerlicher Institution verbunden war, wurden die *Revolutionsausschüsse* zu *Staatsorganen*, zur Grundlage der Verfassung. Allerdings sagte Marx nur, daß die Diktatur des Proletariats die Form der Kommune annehmen könne, nicht, wie später Lenin, daß sie diese Form annehmen müsse.

Die neue Staatsform war für Marx keine Abwendung von der Demokratie, sondern eine wesentlich höhere und fortgeschrittenere Form der Demokratie als die Parlamentsverfassung. Proletarische Diktatur und fortschrittliche (soziale) Demokratie bildeten eine dialektische Einheit, da die übergroße Mehrheit des Volkes zum Proletariat gehöre. Deswegen war auch das allgemeine, gleiche Wahlrecht ein wesentliches Kennzeichen der proletarischen Diktatur. Engels erklärte 1891 in der „Kritik des Erfurter Programms[3])": „. . . daß die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat." Marx hat nach 1871 nur noch selten von der Diktatur des Proletariats, ihrer Notwendigkeit und ihrer Form gesprochen. Er hielt nicht unbedingt an seiner Ansicht aus dem „Bürgerkrieg" fest, sondern sagte schon 1872 in einer Rede im Haag, daß in Ländern mit fortgeschrittener (parlamentarischer!) Demokratie, wie England, Amerika und vielleicht auch Holland, der Sozialismus ohne die Übergangsperiode der Diktatur eingeführt werden könne[4]). Für das kaiserliche Deutschland betonte er die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur sehr scharf[5]).

[1]) S. 49. — Damals noch fast überall Zensuswahlrecht.

[2]) Proudhon hatte bereits 1848 den Parlamentarismus abgelehnt und ein berufsständisches Parlament gefordert (nach Herrfahrt, S. 100).

[3]) Veröffentlicht in der „Neuen Zeit", 20. Jg., I, S. 11 ff., vom 2. Oktober 1901.

[4]) Nach Kelsen, S. 61 und Kautsky, Demokratie, S. 10.

[5]) Kritik des Gothaer Programms (1875), S. 38.

Marx und Engels wollten die Herrschaft des Proletariats weniger durch die politische *Form* des Staates als durch seinen sozialen *Inhalt*, durch die Besitzverhältnisse, bezeichnet wissen. Die einzige politische Voraussetzung war, daß die Verfassung ein Höchstmaß an Demokratie bot, wie es die Kommune tat. Ihre von Marx geschilderten Kennzeichen — Vereinigung von Exekutive und Legislative, Delegierung aus der Mitte des Volkes, Absetzbarkeit, Aufbau der Körperschaften durch indirekte Wahl — wurden später zu den Kriterien des Rätegedankens. Um aber die Revolutionsausschüsse zu reinen Herrschaftsorganen der Arbeiterklasse und die Diktatur des Proletariats zur Gewaltherrschaft einer schließlich nur noch kleinen Gruppe zu machen, war ein weiterer Schritt nötig. Er wurde in Rußland getan.

2. Kapitel:

Rußland 1905—1918

a) Der erste Arbeiterrat in der russischen Revolution von 1905

Es ist kein Zufall, daß die weitere Entwicklung des Rätegedankens von Rußland ausging. Hier herrschte noch ein unbeschränkter Absolutismus, das Bürgertum war schwach, die Arbeiterbewegung wurde besonders heftig unterdrückt. In Rußland war an eine fortschrittliche Demokratie, die es erlaubte, den Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats einzuführen, am wenigsten zu denken. Als hier der Marxismus eindrang, wurde die russische Arbeiterschaft besonders von denjenigen Gedanken angesprochen, die auf gewaltsamen Umsturz und radikale Änderung alles Bestehenden hinwiesen. Der Marxismus mußte in Rußland anders interpretiert werden als in West- und Mitteleuropa. Ferner mußte, da die Arbeiter unter der Zarenherrschaft keine größeren politischen oder wirtschaftlichen Organisationen aufbauen konnten, in Rußland eine neue Form der Zusammenfassung gefunden werden.

Als 1905 die Revolution ausbrach, war die gemeinsame Arbeit in einer Fabrik fast das einzige Band, das eine größere Anzahl von Arbeitern zusammenschloß. Wollten sie sich an der Revolution beteiligen und ein aktionsfähiges Organ schaffen, so lag es nahe, unter den Arbeitskollegen Vertrauensmänner auszusuchen. So geschah es in verschiedenen Betrieben mehrerer Städte[1]). Die Vertrauensleute leiteten Streiks und andere Aktionen und vertraten die Forderungen ihrer Kollegen sowohl gegenüber den bürgerlichen Revolutionären wie gegenüber den alten Mächten[2]).

[1]) Vgl. Lenin, Vortrag ..., S. 18. Es wurde in der vorliegenden Arbeit darauf verzichtet, die sehr umfangreiche Literatur über die russischen Revolutionen heranzuziehen, da es hier lediglich darauf ankam, die Herkunft des Rätegedankens zu untersuchen. Über die Geschichte des Rätegedankens in Rußland liegt jetzt die ausführliche Untersuchung von Anweiler vor.

[2]) Z. B. „Achtstundentag"; Trotzki, Der Arbeiterdeputiertenrat und die Revolution, „Die Neue Zeit", 25. Jg. II, 1906/07, S. 86.

Die Fabrikdelegierten schlossen sich in Petersburg am 13. Oktober 1905 (alten Stils) zum *Petersburger Arbeiter-Deputiertenrat* zusammen[1]). Nicht die Bolschewisten, die damals noch wenig bedeuteten, sondern die Menschewisten stellten hier die Mehrheit. Dieser erste Petersburger Sowjet spielte dann, bis er von der Polizei auseinandergejagt wurde, eine wichtige Rolle im weiteren Verlauf der Revolution. Sein politisches Ziel war eine radikal-demokratische, parlamentarische Republik. Ob die Pariser Kommune oder Marx' „Bürgerkrieg" ihm als Vorbild gedient haben, kann hier nicht untersucht werden[2]). Entstanden war der Petersburger Arbeiterrat spontan aus praktischen Bedürfnissen heraus, die Formen aber zeigten Berührungspunkte: die Delegierten waren jederzeit abberufbar, der Rat war „ohne berufsmäßige Bürokratie[3])", d. h. er vereinigte Exekutive und Legislative.

Der Petersburger Arbeiterrat war als *Revolutionsausschuß* entstanden, er war nicht als Grundlage eines neuen Staatsaufbaues gedacht[4]). Trotzki wies ihm die „Organisierung der Wahlen in die konstituierende Versammlung" als Aufgabe zu neben der „Abschaffung des Absolutismus" und dem „Vernichten des polizeilich-bürokratischen Apparates[5])". Trotzki verband den Arbeiterrat nicht einmal in seinem rückschauenden Bericht mit der Diktatur des Proletariates.

Für die Geschichte des Rätegedankens gewann der erste Petersburger Sowjet deswegen besondere Bedeutung, weil hier zum ersten Male der Revolutionsausschuß eine „Klassenorganisation der Arbeiter" war. Die Delegierten gingen aus den Betrieben, insbesondere den Großbetrieben, hervor und blieben in enger Verbindung mit ihren Arbeitskollegen. Eine neue Klasse, die unter der Oberfläche der bürgerlichen Revolution ihre eigenen Ansprüche anmeldete, hatte sich des alten revolutionären Requisits bemächtigt, gebrauchte es und gestaltete es nach ihren eigenen Bedürfnissen, die sich aus dem Fehlen von Arbeiterorganisationen in Rußland ergaben. Die Verbindung der beiden Ansätze — der Revolutionsausschuß als Staatsgrundlage und der Revolutionsausschuß als reine Arbeitervertretung — sollte dann das Werk Lenins sein.

b) Die Märzrevolution von 1917 und Lenins neue Theorie

Das erste selbständige Auftreten des Proletariats hinterließ nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen europäischen Arbeiterbewegung einen starken Eindruck. Für die russischen Arbeiter war die Erinnerung an diese Zeit mit dem Gedanken an den Petersburger Sowjet verbunden, der damit fast zum Symbol

[1]) „Die Neue Zeit", 25. Jg. II, 1906/07, S. 76; Parvus in der „Münchner Post", Mitte November 1918 (nach „Hamburger Echo" vom 16. November 1918).

[2]) Das erstere vermutet Tatarin-Tarnheyden, Staatsrechtliche Entwicklung, S. 923.

[3]) Trotzki, S. 78. Die Formulierung läßt vermuten, daß Trotzki Marx' „Bürgerkrieg" gekannt hat; der Aufsatz wurde aber etwa 2 Jahre nach den Ereignissen in Rußland geschrieben.

[4]) Parvus, a. a. O.

[5]) S. 86, vgl. aber a. Anm. 3. Ähnlich Lenin in einem Artikel vom 25. November 1905 (nach Rosenberg, Bolschewismus, S. 39).

der Revolution wurde[1]). Im März 1917 entstanden an vielen Stellen Rußlands sofort nach Ausbruch der Revolution neue Arbeiterräte, wiederum als Revolutionsorgane der Arbeiterschaft. Menschewisten und Sozialrevolutionäre hatten eine große Mehrheit in den Räten, die bald viel zahlreicher und weiter verbreitet waren als 1905. Auf dem Lande entstanden Bauernräte, im Heer Soldatenräte, in den Betrieben Räte mit wirtschaftlichen Aufgaben. Da nach dem Wegfall der Zarenherrschaft die Arbeiter und Bauern in der Heimat und in der Armee den einzigen bedeutenden Machtfaktor darstellten, hatten ihre Vertretungen sofort eine starke Position. Der Vollzugsausschuß des Petersburger „Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten" konnte bei der Bildung der provisorischen Regierung mitsprechen. Der hauptstädtische Rat stand zunächst wieder an der Spitze der Bewegung, bis die Räte sich im Juli 1917 einen Zentralrat wählten[2]).

In Rußland herrschte 1917 also eine eigenartige Doppelregierung. Räte und provisorische Regierung standen nebeneinander. Die Räte, bei denen der Einfluß der Bolschewisten ständig wuchs, wurden immer mächtiger.

Als *Lenin* im Schweizer Exil die ersten Nachrichten über die russischen Vorgänge empfing, machte er eine „folgenschwere Entdeckung". Er entdeckte im Rätesystem die „schwachen Anfänge einer ganz neuartigen Arbeiterregierung[3])", d. h. er entwickelte eine neue Staatstheorie, die die russischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zum Grundstock des proletarischen Staates, zu den Trägern der Diktatur des Proletariats erklärte. Wie weit Lenins Entdeckung nicht nur durch die aktuellen Ereignisse, sondern auch durch Fortentwicklung der Gedanken von 1905 und durch den „Bürgerkrieg" bestimmt wurde, ist hier nicht zu entscheiden.

Lenin begründete seine neue Theorie in der Schrift „*Staat und Revolution*", die er im August und September 1917 im Exil in Finnland verfaßte. Obwohl er hier bewußt und betont an Marx anknüpfte und scheinbar nur einen Kommentar zum „Bürgerkrieg" und anderen staatstheoretischen Schriften und Bemerkungen von Marx und Engels gab, war sein Werk in Wirklichkeit durch scharf einseitige Betonung bestimmter Züge und einzelner Aussprüche eine sehr eigenwillige Neuschöpfung. Lenin ging vom „Zerbrechen der Staatsmaschine" aus, das für ihn ein „Umschlagen von Quantität in Qualität" bedeutete[4]): Durch die radikalste Demokratie (die Kommune) werde die (parlamentarische) Demokratie aufgehoben und die Diktatur des Proletariats errichtet. Diese Diktatur, die eine ganz neue Staatsform sei, wurde von Lenin, wie von Marx, als die fortgeschrittenste Demokratie bezeichnet. Trotz dieser scheinbaren Übereinstimmung bestanden zwischen den Auffassungen der beiden Männer erhebliche Differenzen, die für

[1]) Vgl. Lenin, Vortrag, S. 18.

[2]) Schultheß, 33. Jg., II, 1917, S. 652 ff.; Rosenberg, Bolschewismus, S. 93; Dennewitz-Meißner, I, S. 114; Herrfahrt, S. 104.

[3]) Rosenberg, Bolschewismus, S. 91.

[4]) Staat und Revolution, S. 35.

die weitere Geschichte des Rätegedankens außerordentlich wichtig wurden. Während der Begriff „Demokratie" bei Marx durchaus noch mit den herkömmlichen Maßstäben zu erfassen ist und Anklänge an den Gedanken der unmittelbaren Demokratie und an syndikalistische Ideen zeigt, kann bei Lenin keine Rede mehr davon sein. Das Wort „Demokratie" hat bei ihm einen Sinn bekommen, der sich m. E. mit der Bedeutung und der Geschichte des Wortes nicht mehr vereinbaren läßt. Dies zeigten die weiteren Ausführungen in „Staat und Revolution[1])". Lenin schrieb, daß der Gang des proletarischen Befreiungskampfes von der Geschichte vorgezeichnet sei: zeitgemäße Fortentwicklung der Kommuneverfassung durch die „Organisation der bewaffneten Massen (in der Form der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten)[2])". Das Proletariat sollte mit Hilfe von militärischer Gewalt und verfassungsmäßigen Vorrechten, nicht aber, wie bei Marx, kraft seiner größeren Zahl herrschen. Vom allgemeinen Wahlrecht war keine Rede mehr. Das Proletariat regiert und unterdrückt die Minderheit der Nichtproletarier durch seine Organe, die Räte. Um den Schein der vollen Übereinstimmung mit Marx und Engels zu wahren, nannte Lenin die Einleitung zum „Bürgerkrieg" von 1891, in der Engels die Lehren der Kommune noch einmal zusammengefaßt hatte, „das letzte Wort des Marxismus zu der Frage, die wir hier untersuchen[3])". Tatsächlich hat aber Engels in der Einleitung zu den „Klassenkämpfen" von 1895 eine ganz neue Position bezogen[4]).

Die noch unvollständigen Gedanken von „Staat und Revolution" wurden bald von Lenin und seinen Mitarbeitern weiter ausgebaut[5]). Sie erklärten die Räterepublik zur einzig möglichen Staatsform des Proletariats und notwendigen Vorstufe des Sozialismus. In der neuen Theorie waren nicht nur Marxsche Gedanken weiterentwickelt, sondern die Theorie war entscheidend durch die spontan entstandenen Arbeiterräte beeinflußt worden. Der Marxismus wurde für eine bestimmte russische Situation interpretiert, die Interpretation beanspruchte dann allgemeine Gültigkeit. So erfolgte gewissermaßen eine zweite *Annexion*[6]) des Rätegedankens, bei der er, entgegen seinem ursprünglichen Sinn, in scharfen Gegensatz zur Demokratie geriet.

Wenn Marx und Lenin die Begriffe „Demokratie" und „Diktatur", die im normalen Sprachgebrauch als Gegensätze gelten, miteinander identifizierten, so ist dieser Widerspruch bei den beiden Männern ganz verschieden aufzulösen.

---

[1]) In unserem Zusammenhang kann nur dies eine Werk Lenins besprochen werden, das die Geschichte des Rätegedankens am stärksten beeinflußte. Seinen Begriff der „Demokratie" hat Lenin in anderen Schriften noch weiter ausgeführt (vgl. auch Dennewitz-Meißner, I, S. 121).

[2]) S. 76.

[3]) S. 62.

[4]) S. u. S. 22.

[5]) Besonders Bucharin (Thesen über die sozialistische Revolution und die Aufgaben des Proletariats während seiner Diktatur in Rußland, Spartakus im Kriege, S. 211 ff.), Trotzki und Radek.

[6]) Vgl. o. S. 10 f.

Nach Marx, der sich allerdings nur selten und nicht ganz klar über diese Fragen geäußert hat, sollten die entscheidenden Kennzeichen der Demokratie — allgemeines Wahlrecht, Mehrheitsprinzip, Möglichkeit der Opposition und Schutz der Minderheit — erhalten bleiben. Die Diktatur war keine besondere Staatsform, sondern eine besondere Funktionsweise der Demokratie, sie ging gewissermaßen in der Demokratie auf. Bei Lenin aber ging umgekehrt die Demokratie, der die entscheidenden Kennzeichen fehlten, in der Diktatur auf. Damit verzichtete der Rätegedanke in seiner von Lenin entwickelten bolschewistischen Form auf den Gedanken der sozialen Demokratie, die zwar noch als Fernziel anerkannt wurde, aber keine aktuelle Bedeutung mehr besaß. Der bolschewistische Rätegedanke war nur noch mit dem Gedanken der Diktatur verbunden, was in der Beschränkung des Wahlrechts, oft auch in der Unterdrückung der Minderheit und der Verneinung des Mehrheitsprinzips zum Ausdruck kam.

Allerdings glaubten die Bolschewisten gerade als Marxisten zu ihren Umdeutungen berechtigt zu sein, da die Praxis des proletarischen Kampfes selbst dahin geführt hatte[1]). Diese Vorstellung und die Tatsache, daß die bolschewistische Theorie in der Form einer orthodoxen Marxinterpretation und zusammen mit den Nachrichten über die siegreiche proletarische Revolution bekannt wurde, führte in Westeuropa und Deutschland dazu, daß für viele Anhänger wie Gegner die Rätediktatur bald als unlösbarer Bestandteil des Sozialismus galt[2]).

c) Die erste russische Verfassung

Lenin verkündete sofort nach seiner Ankunft in Rußland die Parole: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! Aber gleichzeitig und ebenso entschieden forderten die Bolschewisten eine konstituierende Nationalversammlung[3]). In der Oktoberrevolution wurde dann zwar die Machtübernahme durch die Räte proklamiert, aber auch die Einberufung der Nationalversammlung beschleunigt. Als die Bolschewisten keine Mehrheit für ihre Vorlagen fanden, jagten sie die Versammlung am 19. Januar 1918 auseinander und verkündeten die Diktatur der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Erst jetzt vertraten sie ihre Staatstheorie in aller Konsequenz und begannen, sie zu verwirklichen[4]). Für die Wirtschaft

[1]) Vgl. Bucharin, a. a. O., S. 214; Struthahn, S. 41.

[2]) Diese — falsche — Vorstellung hat m. E. auch spätere Autoren beeinflußt und zu falschen Schlüssen veranlaßt, so neuerdings Berlau (vgl. z. B. S. 217 ff., 265, S. 337 f.).

[3]) Lenin, Thesen nach Ankunft in Petersburg, vom 20. April 1917 (Über die Pariser Kommune, S. 30 ff.), und: Über die Doppelherrschaft, vom 22. April 1917 (ebd. S. 35 ff.); Trotzki, Sowjetmacht, S. 6 ff.; vgl. Rosa Luxemburg, Russische Revolution, S. 44; Rosenberg, Bolschewismus, S. 94.

[4]) Die bolschewistische Staatstheorie war nicht mit dem Gedanken der Rätediktatur, auf den es in unserem Zusammenhang allein ankommt, identisch und erschöpfte sich nicht in ihm. Doch war, wie nicht nur „Staat und Revolution" und andere Schriften führender Bolschewisten, sondern ganz besonders die erste Verfassung zeigten, die Rätediktatur ein wichtiger Bestandteil dieser Theorie (vgl. Dennewitz-Meißner, I, S. 117 ff.).

verordneten die neuen Machthaber sofort die „Arbeiterkontrolle", die den wirtschaftlichen Räten die Herrschaft im Betrieb übertrug.

In der Verfassung der „Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik" vom 10. Juli 1918[1]) wurde der bolschewistische Rätegedanke kodifiziert. Der § 9 lautete: „Die Grundaufgabe der für den gegenwärtigen Übergangszustand bestimmten Konstitution der RSFSR besteht in der Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmeren Bauernschaft in Form einer machtvollen Allrussischen Sowjetrepublik zum Zweck der völligen Niederhaltung der Bourgeoisie, der Beseitigung aller Ausnutzung des Menschen durch den Menschen und der Einsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, unter der es weder eine Klasseneinteilung, noch eine Staatsmacht geben wird." Die Regierungsgewalt stand allein den Räten zu, die diktatorische Macht besaßen und Gesetzgebung und Verwaltung in ihrer Hand vereinigten. Alle Delegierten waren abberufbar. Die Sowjets bauten sich durch indirekte Wahl pyramidisch auf bis zur höchsten Spitze, dem Allrussischen Sowjetkongreß. Das aktive und passive Wahlrecht stand nur den Arbeitern, Soldaten und ärmeren Bauern zu, die Arbeiter waren bevorzugt. Grundbesitz und Banken wurden zu Nationaleigentum erklärt. Als erster Schritt zur Sozialisierung der übrigen Produktionsmittel wurde die Arbeiterkontrolle in der Verfassung festgelegt.

Diese Verfassung wurde zum Muster für die praktische Verwirklichung des bolschewistischen Rätegedankens und zum Vorbild für alle Anhänger dieser Idee, auf das sie sich oft ausdrücklich beriefen[2]). Die Verfassung hatte mit Demokratie kaum noch etwas zu tun, sondern zeigte, wenn man den Sinn der beiden Begriffe nicht völlig verschieben will, das Bild einer Diktatur[3]). Der bolschewistische Rätegedanke hatte sich also in Theorie und Praxis von der Demokratie gelöst und bedeutete jetzt eine Rätediktatur.

3. Kapitel:

Arbeiterausschüsse und Arbeitskammern in Deutschland

Unabhängig von Marx und von Rußland entstanden in Deutschland im 19. Jahrhundert Vertretungskörperschaften der Arbeiterschaft, die den Räten in manchen Punkten glichen. Der Ausgangspunkt war der gleiche wie für den Sozialismus: die Lage des Arbeiters in der kapitalistischen Welt forderte Abhilfe. Die Grundsätze der Demokratie sollten im Wirtschaftsleben und für die Arbeiterschaft realisiert und gesichert werden. Man wollte den Gegensatz zwischen

[1]) Dennewitz-Meißner, I, S. 164 ff.

[2]) Z. B. Däumig auf dem Parteitag der USPD, März 1919, Protokoll S. 97 f.

[3]) Meißner (Dennewitz-Meißner, I, S. 126) bezeichnete den Staat dieser Verfassung als „Verwaltungsstaat in absoluter Form" im Gegensatz zu einem „Verfassungsstaat".

theoretischer Gleichberechtigung im Staat und praktischer Untertänigkeit in der Fabrik beseitigen[1]).

Das Problem wurde nicht von der Klasse, sondern vorwiegend vom Einzelbetrieb her angefaßt. Man versuchte auf zwei Wegen, dieses Ziel zu erreichen:

1. Es wurden Fabrikausschüsse als eine Art Parlament des einzelnen Betriebes eingesetzt. Den Ausschüssen wurde das Recht zur Mitbestimmung in solchen Fragen gegeben, die die Arbeiter direkt betrafen (Arbeitsordnung, Betriebsfeste, teilweise auch Tarifregelung). Diese Bestrebungen wurden mit dem Schlagwort „konstitutionelle Fabrik" bezeichnet, das von Heinrich Freese, einem Berliner Fabrikbesitzer, geprägt worden war.

2. Man versuchte, Berufsvertretungen der Arbeiterschaft einzurichten, ähnlich den Handels- oder Landwirtschaftskammern. Sie sollten die Interessen der Arbeiter gegenüber den anderen an der Wirtschaft beteiligten Ständen und dem Staat wirksamer als bisher vertreten.

Die Initiative ging zunächst von der katholischen und der liberalen Sozialreformbewegung (Hitze, Brentano, Schmoller) sowie von einzelnen Unternehmern aus. Sie wollten bisweilen durch einen Arbeiterausschuß die Gewerkschaften ausschalten[2]). Darum lehnten die Arbeiterorganisationen zunächst die Ausschüsse ab. Besonders ihr linker Flügel hielt an dieser Einstellung lange fest, obgleich die Mehrheit der Arbeiterbewegung allmählich erkannte, daß neben anderen Organisationsformen auch Ausschüsse und Kammern ein geeignetes Mittel sein konnten, um die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Die Gewerkschaften[3]) begannen, mit den Ausschüssen zusammenzuarbeiten und ihre Vertrauensleute hineinzuschicken. In den letzten Jahren vor dem Weltkrieg konnten manche Gewerkschaften durch Tarifvertrag Arbeiterausschüsse einführen oder sichern[4]). Ähnlich war die Haltung der SPD[5]). Die Arbeiterbewegung hatte begonnen, Ausschüssse und Kammern nicht mehr als Geschenk des Unternehmers oder des Staates anzusehen, sondern als Werkzeug der Emanzipation, das man sich erkämpfen müsse.

Die Geschichte der *Arbeiterausschüsse* begann in Deutschland um die Mitte

---

[1]) Vgl. Freese (S. 1): Freese betonte ausdrücklich, daß er als „Angehöriger der bürgerlichen Linken" den Widerspruch zwischen seinen politischen Idealen und seiner Tätigkeit als Unternehmer beseitigen wollte.

[2]) A. Weber, S. 519; Peters, S. 29, S. 42 ff., S. 133; Max Schippel, Vom Arbeiterausschuß zum Betriebsrat, „Sozialistische Monatshefte", Bd. 52, I, 1919, S. 440 ff.; Feig-Sitzler, S. 15.

[3]) Wo nicht ausdrücklich anders bemerkt, sind in dieser Arbeit nur die Freien Gewerkschaften gemeint.

[4]) Z. B. im deutschen Buchdruckertarif vom 1. Januar 1912 (Schippel, S. 443): auf mindestens 6 Gehilfen ein Vertrauensmann; Aufgabe des Ausschusses war die Vermittlung zum Arbeitgeber und das Vortragen von Wünschen usw.; die Vertrauensleute genossen erhöhten Kündigungsschutz.

[5]) Umbreit, S. 5; Pfetsch, S. 67; Peters, S. 62 f., S. 130.

des 19. Jahrhunderts[1]). Nachdem im Frankfurter Parlament die Einrichtung von Fabrikausschüssen beantragt, aber schon im Ausschuß abgelehnt worden war, führten einige Unternehmer die Ausschüsse freiwillig ein[2]). 1890 veranstaltete der Verein für Sozialpolitik eine Enquete und stellte 40 Ausschüsse mit etwas weitergehenden Rechten fest. Insgesamt gab es etwa 150—200 Ausschüsse, also eine recht geringe Zahl, die allerdings nach 1890 schnell zunahm[3]). In einer Gewerbeordnungsnovelle von 1891 wurden die Ausschüsse als fakultative Einrichtung anerkannt, im preußischen Berggesetz von 1905 zum ersten Male vorgeschrieben. Im Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 wurden sie in allen Betrieben, die dem Gesetz unterstanden und mehr als 50 Arbeiter beschäftigten, vorgesehen. Sie sollten Wünsche und Anregungen der Arbeiter betreffs der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse dem Unternehmer vorlegen und konnten bei Streitigkeiten den Schlichtungsausschuß anrufen[4]). Die Gewerkschaften aller Richtungen und die SPD hatten diese Bestimmung verlangt und durchgesetzt, wenn auch die Wünsche der SPD und der Freien Gewerkschaften noch weitergingen. Sie forderten, daß die Ausschüsse in *allen* Mittel- und Großbetrieben als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten eingeführt würden[5]).

Die Entwürfe für *Arbeitskammern* kamen bis 1918 nicht über das Stadium der parlamentarischen Beratung hinaus. Nicht nur von der SPD, sondern auch von bürgerlichen Parteien wurden Anträge eingebracht, von denen keiner eine Mehrheit fand[6]), obwohl Wilhelm II. in einem Erlaß vom 4. Februar 1890 Vertretungsorgane der Arbeiterschaft verlangt hatte[7]). Als im Kabinett Hertling die SPD zum ersten Male Einfluß auf die Regierungsbildung erhielt, forderte sie in ihren Bedingungen unter anderem ein Arbeitskammergesetz. Ein Regierungsentwurf wurde vorgelegt, vor der Revolution aber nicht mehr erledigt.

---

[1]) Eine genauere Besprechung ist nicht erforderlich, da eine Fülle von Kommentaren und anderen Arbeiten zum Art. 165 der Weimarer Verfassung und zum Betriebsrätegesetz erschöpfend Auskunft gibt.

[2]) Kappel, S. 83 ff.; Peters, S. 42 ff., S. 116. Am bekanntesten wurde der Arbeiterausschuß in der Fabrik von Heinr. Freese, der allerdings nicht der erste war. Er trat am 3. August 1884 zusammen und hatte folgende Aufgaben: Mitwirkung bei der Aufstellung der Arbeitsordnung, bei der Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen und der Strafgelder, Organisation von Betriebsfesten u. ä. (Freese, S. 4 ff.).

[3]) Peters, S. 42 ff., S. 112, S. 141.

[4]) Sten. Berichte der Nationalversammlung, Anlage 928, S. 17 ff.

[5]) Protokoll des Parteitages der SPD 1917, S. 116, S. 205; Protokoll des Gewerkschaftskongresses im Juli 1919, S. 143; R. Müller, I, S. 76; Flatow, S. 10.

[6]) Die Regierungsentwürfe über Arbeitskammern vom Jahre 1908 und 1910 scheiterten bereits am gleichen Problem, an dem auch heute die Verhandlungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften über das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht zunächst gescheitert sind: an der Frage, ob in die Kammern (bzw. heute die Aufsichtsräte) von seiten der Arbeiterschaft nur Betriebsarbeiter oder auch Gewerkschaftsangestellte gewählt werden dürfen.

[7]) Tatarin-Tarnheyden, Berufsstände, S. 71.

Zusammen mit dem Arbeitskammergedanken muß der Gedanke der *berufsständischen Vertretung* besprochen werden, da die beiden Ideen in der Revolution eng miteinander verbunden wurden. Bismarck hatte bereits versucht, berufsständische Theorien zu verwirklichen, indem er 1880 den preußischen Volkswirtschaftsrat schuf. Der Versuch war gescheitert[1]). Bismarcks Plan wurde im Herbst 1918 von Wichard v. Moellendorf wieder aufgegriffen[2]). Um die Parlamente von wesensfremden Aufgaben zu befreien, schlug Moellendorf örtliche und zentrale Wirtschaftsräte vor, die aus den Berufskammern (darunter den Arbeitskammern) hervorgehen und die politischen Körperschaften bei wirtschaftlichen Maßnahmen beraten sollten.

Arbeiterausschüsse und Arbeitskammern existierten in Deutschland bis 1918 nur in Plänen, Versuchen oder mit sehr geringen Rechten. Aber es ist für unseren Zusammenhang wichtig, daß aus den gleichen Antrieben wie bei Marx, wie in Rußland und bei Lenin, Vertretungsorgane der Arbeiterschaft geschaffen oder geplant wurden, die den Räten sehr ähnlich waren: die Vertretungen gingen aus den Betrieben oder aus regionaler Zusammenfassung der Arbeiter hervor, sie standen in enger Verbindung mit ihren Wählern und vertraten deren Interessen gegenüber anderen Klassen. Politisches und wirtschaftliches Rätesystem sind keine prinzipiell verschiedenen Erscheinungen, die nichts miteinander zu tun haben[3]), sondern gehören zusammen. Die ständige Interessenvertretung (Arbeitskammern und Arbeiterausschüsse) ist die *dritte Form* des Rätegedankens[4]).

4. Kapitel:

Die deutsche Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg

a) Die SPD bis zur russischen Revolution von 1905

Die Lehren von Marx und Engels waren bei der SPD zur theoretischen Grundlage einer politischen Partei geworden. Es zeigte sich, daß der Marxismus keine ganz eindeutigen Richtlinien für die Praxis gab, sondern verschiedene Möglichkeiten der Interpretation bot. Auch die Ideen Lassalles behielten ständig einen gewissen Einfluß. Mit dem Anwachsen der Partei wurde das Gewicht der praktischen Tagesarbeit immer größer. So konnte die Theorie nicht verhindern, daß die reformistischen Bestrebungen und der Kampf um Parlaments-

[1]) Kappel, S. 59 ff.; Friedrich Glum, Der Reichswirtschaftsrat, Handbuch des Staatsrechts, I, S. 57 ff.

[2]) „Deutscher Reichswirtschaftsrat", Vossische Zeitung vom 10. und 14. September 1918.

[3]) So z. B. Friedrich Giese im Taschenbuch des Frankfurter Bürgerausschusses von 1920 (nach Kappel, Vorwort); ebenso Lips, S. 17, S. 35.

[4]) Ähnlich Max Cohen-Reuß im Handbuch der Politik, II, S. 267, und Huë in der Nationalversammlung am 7. März 1919 (Sten. Ber., S. 550). Bisweilen gingen die Arbeiterräte der Revolution aus den Ausschüssen hervor.

mandate den Gedanken an die Revolution allmählich zurückzudrängen begannen[1]).

Engels selbst hatte 1895 in der Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen" diese Entwicklung sanktioniert. Er schrieb, daß die deutschen Erfahrungen mit dem allgemeinen Wahlrecht und die Fortschritte der Waffentechnik zur Änderung der Taktik zwängen. Das nächste Ziel der Arbeiterbewegung sei heute nicht mehr ein bewaffneter Aufstand, sondern die Mehrheit in den Vertretungskörperschaften[2]). Diese Schrift wurde als das Testament der Begründer des Sozialismus angesehen. Das Erfurter Programm von 1891, jahrzehntelang die programmatische Grundlage der Partei, zeigte eine ähnliche Auffassung. Die SPD setzte voraus, entsprechend der Marxschen Theorie, daß das Proletariat die große Mehrheit des Volkes bilde. Um die Macht zu ergreifen, brauchte man also eine Verfassung, die der Mehrheit den entscheidenden Einfluß gab. Die nächsten Etappen auf dem Weg zum Sozialismus waren demnach die parlamentarische Regierungsform und das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Dieser Gedanke setzte sich in der Partei so sehr fest, daß er später in der Revolution alle anderen Ziele überschattete. Die SPD wollte in erster Linie die *soziale Demokratie*.

Innerhalb dieser Grundauffassung waren drei Richtungen in der Partei zu unterscheiden.

Die *Revisionisten* hatten die Revolution und die Diktatur des Proletariats vollständig aufgegeben. Sie wollten allmählich und auf friedlichem Wege mit Hilfe der parlamentarischen Demokratie zum Sozialismus gelangen. Die Demokratie war für sie nicht nur Mittel, sondern auch Ziel.

Das *Parteizentrum* hielt im Prinzip an der Revolution und an der Diktatur des Proletariats fest, wenn auch Kautsky meinte, daß die Revolution ein jahrzehntelanger Prozeß, nicht ein plötzlicher Umsturz sein werde und in der nächsten Zeit noch nicht zu erwarten sei. Es sei möglich, daß die sozialistische Revolution neue Mittel und Methoden des Kampfes entwickeln werde[3]). Die Diktatur des Proletariats definierte Kautsky im Anschluß an Marx als „Regierung der proletarischen Partei im demokratischen Staat" mit allgemeinem Wahlrecht, Presse-, Vereinsfreiheit usw. Die Diktatur sollte keine Verfassungsform,

[1]) Diese Entwicklung ist oft geschildert worden, vgl. besonders Scheidemann, Zusammenbruch, S. 1; Rosenberg, Weimarer Republik, S. 16 f.; Geyer, S. 7; Matthias, S. 53 ff.; Berlau, S. 11, S. 54 ff., S. 67 ff., S. 30. Berlau hat allerdings, wie mir scheint, das Lasalleanische Erbe überschätzt (vgl. S. 35, S. 328 f.).

[2]) S. 16 ff. — Es kann hier nicht auf die Frage eingegangen werden, ob und wieweit Engels' Schrift dadurch verfälscht wurde, daß der Parteivorstand einige Stellen wegließ bzw. abschwächte. Vgl. Fröhlich, 10 Jahre, S. 28, und dagegen Richard Fischer, Vorbemerkung zu Marx' „Klassenkämpfen" von 1925; Kautsky, Der Weg zur Macht, S. 49 ff.

[3]) Soziale Revolution, I, S. 46 ff., II, S. 1 ff.; Weg zur Macht, S. 126. Weder Kautsky noch ein anderer Vertreter des Zentrums hat, soweit ich sehe, in diesem Zusammenhang die Kommune oder den „Bürgerkrieg" erwähnt.

sondern ein Zustand sein, dessen Einzelheiten der Zukunft überlassen wurden[1]). Das Parteizentrum lehnte den Parlamentarismus in seiner gegenwärtigen Form ab, wie den bürgerlichen Staat überhaupt. Andererseits betätigte sich die Partei in den Parlamenten, auch konnte man sich die Herrschaft des Proletariats nicht anders als in einer parlamentarischen Demokratie vorstellen. Kautsky lehrte daher, daß der Parlamentarismus den Verfall der bürgerlichen Gesellschaft zur Zeit mitmache. Er „bedarf ... selbst der Revolution, um wieder lebensfähig zu werden[2])". Das Parteizentrum wollte Parlamentarismus *und* Revolution, Demokratie *und* Diktatur, wobei der Widerspruch zwischen den beiden Begriffen immer mehr auf Kosten des zweiten gelöst wurde.

Vom Zentrum sonderte sich allmählich der *linke Parteiflügel* ab. Viele der Radikalen fühlten als Intellektuelle den logischen Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis der Partei besonders stark und wollten daher „die ideelle Grundlage der Partei und ihre politische Taktik so in Übereinstimmung bringen, daß ... alle praktischen Maßnahmen aus der Theorie abzuleiten sind[3])". Da die Theorie, besonders die Lehre von der Revolution, für die Radikalen Maßstab jeder Erfahrung war, waren sie nicht in der Lage, die Wandlung zu erkennen, die in der Sozialdemokratie vorging, als sie sich dem Gedanken der Reform zuwandte und in den bestehenden Staat hineinwuchs. Einzig auf die Revolution war der Blick der Radikalen gerichtet. Nur ein völliger Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung konnte zum Sozialismus führen. Eine eigenartige Mischung von Gefühl und Intellekt ließ die politische Theorie zur Metaphysik werden.

Der linke Flügel legte geringeren Wert auf die parlamentarische Tätigkeit als das Zentrum, ohne jedoch den Gedanken der sozialen Demokratie aufzugeben. Der Kampf um die Demokratie sei ein wichtiger Teil des Klassenkampfes und führe notwendig zur proletarischen Revolution[4]). Die Radikalen versuchten nicht, vorauszusagen, welche Form der Staat in der Revolution und unter der Diktatur des Proletariats haben werde. Karl Liebknecht schrieb 1902: „Die Demokratie mag also wohl *ein* vorzügliches Pulver sein, um den Kapitalismus zu sprengen, aber *das* Pulver muß erst noch erfunden werden[5])." Liebknecht kannte also den „Bürgerkrieg" nicht oder hielt die Methode der Kommune in anderen Ländern und Situationen nicht für geeignet. Das gleiche gilt für die übrigen Sprecher des linken Flügels. Die Radikalen betrachteten den Parlamentarismus als Hilfsmittel der Revolution, die im Vordergrund des Denkens stand.

---

[1]) Weg zur Macht, S. 14.

[2]) Soziale Revolution, I, S. 44.

[3]) Geyer, S. 11.

[4]) Rosa Luxemburg, Sozialreform, S. 19, S. 38 ff.

[5]) „Die Neue Zeit", 20. Jg., II, S. 85.

b) Die Bedeutung der Massenstreikdebatte

Nachdem die russische Revolution von 1905 dem linken Parteiflügel einen starken Rückhalt gegeben hatte, begann zwischen ihm und den anderen Richtungen die Massenstreikdebatte, bei der es um die Frage ging, ob der Massenstreik als politisches Kampfmittel anzuwenden sei, etwa um das gleiche Wahlrecht in Preußen zu erringen. In dieser Diskussion wurde die Ideologie des linken Flügels schärfer und klarer herausgearbeitet, in einer Richtung, die das Eindringen des Rätegedankens vorbereitete.

Rosa Luxemburg gewann aus den russischen Vorgängen vor allem zwei neue Erkenntnisse: 1. Die proletarische Revolution war zu einem aktuellen Problem geworden. Das „letzte geschichtlich notwendige Ziel" einer kommenden Periode von revolutionären Unruhen war in Deutschland die politische Machteroberung, die Diktatur des Proletariats. 2. Der Massenstreik war zur „Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution" geworden[1]). Die neue Kampfform war entstanden, weil der Kapitalismus in eine neue Periode eingetreten und zum Imperialismus geworden war[2]). Der linke Flügel begann jetzt, immer größeren Wert auf die (größtenteils unorganisierte) Masse zu legen, im Gegensatz zum Parteizentrum, bei dem stets die Organisation im Vordergrund stand. Gleichzeitig wuchs die Skepsis der Radikalen gegenüber der bürgerlichen Demokratie und gegenüber der Tätigkeit im Parlament, das mit immer größerem Mißtrauen betrachtet wurde[3]).

Obgleich der linke Parteiflügel durch die Revolution in Rußland stark beeindruckt wurde, blieb auffallenderweise das erste Auftreten von *Arbeiterräten* unbeachtet. Auch auf den „Bürgerkrieg" wurde man nicht aufmerksam. Dies zeigt, wie fern der ganzen Sozialdemokratie die russische Form des Rätegedankens lag. Man erkannte nicht, daß die Sowjets mehr als ein Ersatz für nicht vorhandene Arbeiterorganisationen waren.

Einige Bemerkungen lassen erkennen, wie sich einzelne Radikale allmählich den Gedanken näherten, die der Kommune und den Räten in Rußland zugrunde lagen. Pannekoek schrieb 1912 im Rahmen der Massenstreikdebatte: „Aus einer passiven wird sie zu einer aktiven Masse (das Proletariat bei einer Massenaktion), zu einem Organismus mit eigenem Leben, mit eigener selbstgeschaffener Zusammenfassung, mit eigenem Bewußtsein und eigenen Organen ... Am Schlusse des Revolutionsprozesses ist von dieser Macht (des Staates und der herrschenden Klassen) nichts mehr übrig; das ganze arbeitende Volk steht als hochorganisierte, das eigene Los mit klarem Bewußtsein bestimmende, zum Herrschen fähige Masse da und kann daran gehen, die Organisation der Pro-

[1]) Massenstreik, S. 28, S. 51.

[2]) Vgl. „Arbeiterpolitik", 1. Jg., Nr. 3, vom 8. Juli 1916, S. 17; Geyer, S. 15. In der „Akkumulation des Kapitals" analysierte Rosa Luxemburg den Imperialismus ökonomisch und politisch.

[3]) Vgl. Liebknecht, Reden, S. 77 und S. 224; Radek, In den Reihen, S. 271.

duktion in die Hand zu nehmen[1])." Pannekoek wollte den bürgerlichen Staat und das Parlament nicht mehr erobern, sondern zerstören und durch einen ganz neuen, proletarischen Apparat ersetzen. Allerdings sagte er nicht, ob Partei und Gewerkschaften diese Funktionen übernehmen oder neue Organe gebildet werden sollten. Pannekoeks Ideen zeigten, ähnlich wie die von Marx, Anklänge an den Gedanken der „unmittelbaren Demokratie" und an syndikalistische Vorstellungen. Der Parlamentarismus wurde entschieden abgelehnt, allerdings nur für die Zeit nach der Revolution.

Nach wie vor betrachtete der linke Flügel (einschließlich Pannekoeks) die parlamentarische Demokratie und das allgemeine, gleiche Wahlrecht als nächste Ziele der Partei[2]). Die Radikalen betonten, daß die Demokratie im kaiserlichen Deutschland nur durch außerparlamentarischen Kampf zu erreichen sei und daß es ohne Aufhebung des Privateigentums überhaupt keine wahre Demokratie geben könne.

Das *Parteizentrum* legte, als die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten ständig wuchs, immer größeres Gewicht auf die Tätigkeit in den Parlamenten und löste sich immer mehr vom Gedanken der Revolution. Die Theorie machte diesen Schritt noch nicht mit. Kautskys „Weg zur Macht" von 1909 ließ nur eine größere Neigung zur „friedlichen Methode des Klassenkampfes" erkennen[3]). Pannekoeks Ansichten waren in Kautskys Augen Anarchismus.

Parteimehrheit und linker Flügel waren sich noch in den meisten Grundsätzen einig. Sie trennten sich in taktischen Fragen, in den Ansichten über die Methode und das Tempo des Kampfes, über die Rolle des Parlamentes und der Organisation. Die grundsätzliche Spaltung, die später zur Gründung von kommunistischen Parteien führte und die heute in der ganzen Welt die Arbeiterbewegung in zwei Lager trennt, deutete sich aber bereits an. Die Massenstreikdebatte zeigte den beginnenden Zerfall der Partei in der Frage des proletarischen Staates und der Taktik der Revolution. Bei der Linken war der Boden vorbereitet für die Übernahme des bolschewistischen Rätegedankens, bei der Rechten für seine schroffe Ablehnung.

---

[1]) „Massenaktion und Revolution", „Die Neue Zeit", 30. Jg., II, S. 545 und S. 550; ähnlich Pannekoek 1913 in der „Leipziger Volkszeitung" (bei Geyer, S. 21). Vgl. dazu Radek, Vorwort zu Bucharin, Das Programm ..., S. X.

[2]) Radek, In den Reihen ..., S. 274 f.; Liebknecht, Reden, S. 200 ff. Pannekoek, a. a. O., S. 545, 609 f.

[3]) S. 56. Der entsprechende Abschnitt war allerdings Zitat aus einem Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit", 12. Jg., I, S. 403 ff., von 1893.

II. Teil

Das Eindringen des Rätegedankens in Deutschland

5. Kapitel:

Die Wirkung der russischen Revolution von 1917 auf Deutschland

Obwohl es in Deutschland gewisse Ansätze zum Rätegedanken gab (Arbeiterausschüsse, Pannekoek), ließ erst die russische Revolution die Rätebewegung entstehen, die das Schicksal Deutschlands in der Revolution entscheidend bestimmen sollte. Sowohl die Übernahme der bolschewistischen Rätetheorie und die Entstehung von Arbeiter- und Soldatenräten als auch die Auseinandersetzung über Demokratie und Diktatur und die weitere Geschichte der Betriebsräte sind ohne die Eindrücke aus Rußland nicht zu verstehen. Die Rätebewegung in Deutschland war nicht ausschließlich eine Folge des Bolschewismus, sie ist aber ohne ihn nicht denkbar.

Die russische Märzrevolution bewies, daß es möglich war, im Kriege eine Revolution zu machen. Eine scheinbar sehr starke absolutistische Herrschaft war infolge militärischer Niederlagen ohne ernsthaften Widerstand zusammengebrochen. Wenn dies mit schwachen, fast unorganisierten revolutionären Kräften zu schaffen war, mußte die Revolution auch in Deutschland mit seiner starken und gut organisierten Arbeiterschaft möglich, ja, bei einer Niederlage fast unvermeidlich sein. Gleichzeitig lernte man die Technik der Revolution kennen, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Sie waren die Führer der Massenaktionen und Streiks gewesen. Sie mußten ein geeignetes Mittel sein, um eine Revolution im halbfeudalen Militärstaat zum Siege zu führen[1]). Solche Überlegungen stellte freilich zunächst nur ein kleiner Kreis an. Größeren Eindruck, als die russische Revolution selbst, machte die Tatsache, daß sich Friedensaussichten zu eröffnen schienen. Gegenüber der schwankenden Haltung der provisorischen Regierung vertrat der Petersburger Sowjet eine konsequente Friedenspolitik. Er verschaffte damit den Räten ein nicht geringes Ansehen[2]).

Durch die Oktoberrevolution wurde der radikale Teil der Arbeiterschaft noch stärker beeindruckt. Die erste siegreiche proletarische Revolution mußte ja den

[1]) Vgl. die Diskussion auf dem Gründungsparteitag der USDP, besonders Rück (Protokoll, S. 20 ff.); Luise Zietz (S. 31 f.); R. Müller, I, S. 96; Barth, S. 18; Rosenberg, Entstehung, S. 144; s. auch Bünemann, S. 48.

[2]) Vgl. Spartakusbrief Nr. 5 vom Mai 1917 (Spartakusbriefe, II, S. 85 ff.); Aufruf des Spartakusbundes vom Sommer 1917 (Spartakus im Kriege, S. 176 ff.); Erklärung der SPD zur Friedensproklamation des Petersburger Sowjets (Protokoll des Parteitages 1917, S. 38, S. 240).

Sieg des Sozialismus einleiten, nach dem die Arbeiter sich seit Jahrzehnten gesehnt hatten. Hier war die „soziale Revolution" Wirklichkeit geworden, die die Grundlage der radikalen Weltanschauung war. Hier hatte ein Volk seine Regierung, die sich gegen den Friedensschluß wehrte, beseitigt und den Frieden auf revolutionärem Wege erzwungen. Die Räte, die Werkzeuge dieser Erfolge, galten allmählich als das einzige Mittel, um zu Frieden, Demokratie und Sozialismus zu gelangen[1]). Die Begeisterung, die den *Ergebnissen* galt (der Revolution, der Beseitigung des Kapitalismus und der Friedensbereitschaft), übertrug sich auf die *Mittel* (die Räte, die bolschewistische Partei und ihre Führer).

Ähnlich in Form und Ausmaß waren die Wirkungen der russischen Revolution in England und Frankreich. Im Mai 1917 wurden in der französischen Armee Soldatenräte gebildet, im Juni 1917 in Leeds ein Arbeiter- und Soldatenrat. In England gab es bereits seit längerer Zeit die revolutionäre Betriebsrätebewegung der „shop-stewards", die sich jetzt ausbreiteten[2]).

Der Eindruck der russischen Ereignisse in Deutschland wurde durch die aktive Propaganda der Bolschewisten ergänzt und verstärkt, die Ende 1917 begann[3]). Etwa seit Juli 1918, besonders seit September[4]), zirkulierten in Deutschland größere Schriften aus Rußland, von denen Bucharins „Thesen" und Lenins „Staat und Revolution" besonders wichtig waren[5]). Die russische Verfassung wurde in der „Neuen Zeit" vollständig und in anderen Blättern im Auszug veröffentlicht[6]). Sie ist auch mit propagandistischem Kommentar illegal in Deutschland verbreitet worden. Diese Schriften und viele Flugblätter, deren Zahl schnell wuchs und im Oktober 1918 schon verhältnismäßig groß war, wurden zum größten Teil in Rußland gedruckt, einige vielleicht in der Schweiz oder anderen neutralen Ländern[7]). In Rußland erschienen ebenfalls mehrere

[1]) Vgl. Barth, S. 20; Aufrufe des Spartakusbundes Winter 1917/18 (Spartakus im Kriege, S. 179 ff.) und Sommer 1918 (ebd. S. 203 ff.). Die Oktoberrevolution war noch unter der Parole „Für die Nationalversammlung!" erfolgt.

[2]) Volkmann, Der Marxismus, S. 124 ff.; Ludwig Herz, Sachverständigengutachten im Dolchstoßprozeß (Protokoll, S. 301 ff.) und vor dem Untersuchungsausschuß (6. Bd., S. 156 ff.); Lips, S. 28; Brauer, S. 7.

[3]) Tiedemann, S. 27, S. 53 ff.; Schultheß, 33. Jg., 1917, II, S. 757.

[4]) Übersicht bei Tiedemann (S. 62 ff.), der aber keine Angaben darüber macht, wann (zwischen 1917 und 1919!) diese Schriften in Deutschland verbreitet wurden, so daß seine Untersuchung für unseren Zusammenhang wenig ergiebig ist. Vgl. auch Unterirdische Literatur, S. 150 ff.

[5]) Von „Staat und Revolution" zitiert Bovensiepen (Der Bolschewismus, Handbuch der Politik, II, S. 277) eine deutsche Ausgabe von 1917 im Verlag der „Aktion". Allerdings ist das Buch nach Tatarin-Tarnheyden (Staatsrechtliche ..., S. 925) erst im November 1917 in Rußland erschienen, so daß die erste Angabe unsicher erscheint; s. auch Tiedemann, S. 62.

[6]) „Vorwärts" vom 20. Juli 1918; „Die Neue Zeit", 36. Jg., II, S. 471 ff., vom 16. August 1918.

[7]) Bei manchen Schriften scheint die Angabe des Verlagsortes gefälscht zu sein: Mir lag eine Ausgabe der russischen Verfassung in der Übersetzung von Struthahn mit dem Verlagsort Zürich vor. Die Schrift stammte aber nach Drahn (Unterirdische Literatur, S. 140) aus Rußland. Bucharins „Thesen" waren nach Ernst Meyer (Spartakus im Kriege, S. 18) in Kopenhagen gedruckt worden, nach Drahn in Rußland. Die von mir benutzte Ausgabe trägt den Verlagsort Zürich.

deutschsprachige Zeitungen, darunter die „Weltrevolution[1])". Das Material wurde, wie es scheint, oft durch den Kurierdienst der russischen Botschaft und Handelsvertretung nach Deutschland gebracht und hier durch die linksradikalen Gruppen weiterverbreitet[2]).

Die deutschen Truppen im Osten und die Kriegsgefangenen in Rußland waren der Propaganda besonders leicht zugänglich[3]). So fanden die Bolschewisten verhältnismäßig früh Anhänger unter den deutschen Soldaten. Ein „Kriegs-Revolutionsrat der deutschen Ostarmee" rief am 10. Oktober 1918 zur Bildung von Soldatenräten und zum Kampf um die deutsche Räterepublik auf[4]).

Im ganzen gesehen hat der direkte Einfluß Rußlands nur auf verhältnismäßig kleine Kreise gewirkt. Da die bolschewistische Propaganda erst in den letzten zwei Monaten vor der deutschen Revolution einigermaßen bedeutenden Umfang gewann, fehlten den Arbeitermassen Zeit und Gelegenheit, um sich mit den neuen Gedanken der Bolschewisten vertraut zu machen. Die Theorie von der Rätediktatur verlangte von den deutschen Arbeitern, die jahrzehntelang für demokratisches Wahlrecht und parlamentarische Staatsform gekämpft hatten, eine völlige Umstellung des Denkens. Daher wurde aus Rußland zuerst und hauptsächlich das übernommen, was die Massen aus den täglichen Zeitungsmeldungen, aus kurzen Flugblättern und Aufrufen ohne große Schwierigkeit und mit einiger Sicherheit entnehmen konnten — die *äußere Form*. Was dagegen technisch (wegen der Zensur, der Unsicherheit der Nachrichten usw.) und intellektuell schwieriger zu übernehmen war — der *neue Staatsgedanke* —, wurde in Deutschland sehr viel weniger bekannt und noch weniger anerkannt.

Über die tatsächlichen Vorgänge in Rußland, durch die die Räte schon im Laufe des Jahres 1918 ihren Einfluß zu verlieren begannen, kamen nur unklare und widerspruchsvolle Nachrichten nach Deutschland. Es war kein klares Bild zu gewinnen[5]). Als Charakterisierung für die Übernahme des russischen Rätegedankens kann das sarkastische Wort stehen, das der unabhängige Abgeordnete Oskar Cohn einmal zu Wilhelm Dittmann sagte[6]): „Die Astronomen behaupten, es gäbe Sterne, die so ungeheuer weit von der Erde entfernt sind, daß sie selber schon längst wieder erloschen sind, wenn ihr Licht zur Erde kommt. Solche Sterne sind die Räte in Rußland."

---

[1]) Tiedemann, S. 62, S. 99; Unterirdische Literatur, S. 140.

[2]) Die Frage, wie weit amtliche russische Stellen mitwirkten, ist heftig umstritten und wird wohl kaum endgültig entschieden werden können. Die Beteiligung der linksradikalen Gruppen wird nicht bestritten. Vgl. Spartakus im Kriege, S. 18 ff.; Tiedemann, S. 61.

[3]) Volkmann, S. 164.

[4]) „Manifest des Kriegs-Revolutionsrates der deutschen Ostarmee", Flugblattsammlung Dr. Jenkel.

[5]) So noch Haase auf dem Parteitag der USPD März 1919 (Protokoll, S. 92).

[6]) Schriftliche Mitteilung von Herrn Dittmann vom 26. März 1950.

6. Kapitel:

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg

a) Die Mehrheitssozialdemokraten

Obwohl die Entscheidung des 4. August 1914 die reformistischen Tendenzen sehr gestärkt hatte, änderten Parteizentrum und rechter Flügel während des Krieges ihre theoretischen Grundsätze nicht[1]). Die große Mehrheit der Arbeiterbewegung, die SPD und der größte Teil der USPD, sah in der parlamentarischen Demokratie die Voraussetzung wie die politische Form des Sozialismus. Nur der linke Flügel wandte sich teilweise einer neuen Theorie zu. Die Spaltung der Partei lag schon vor der russischen Märzrevolution und geschah aus Gründen, die mit dem Rätegedanken in keiner Form etwas zu tun hatten. Im großen betrachtet und von verschiedenen Ausnahmen abgesehen, blieb der rechte Flügel bei der SPD, der linke ging zur USPD (oder noch weiter nach links), das Zentrum teils zur einen, teils zur anderen Seite.

Die SPD lehnte die Revolution ab, jedenfalls im Kriege. Sie unterstützte jetzt offen den bestehenden Staat und wollte ihn auf parlamentarischem Wege in eine Demokratie verwandeln[2]). In unserem Zusammenhang interessieren vor allem die Ansichten der SPD über die russischen Revolutionen. Die Märzrevolution wurde lebhaft begrüßt, da sie die verhaßte Zarenherrschaft stürzte und Friedensaussichten zu eröffnen schien. Allerdings erklärte der Parteivorstand, „daß jedes Land im Kampf für die Demokratie seine eigene Taktik erfordert" und lehnte damit die russische Form des Rätegedankens ab[3]). Gleichzeitig setzte sich die SPD schärfer und energischer für die Parlamentarisierung und die Demokratisierung des Wahlrechts ein. Diese Forderungen gingen Hand in Hand mit der Begrüßung der russischen Revolution[4]).

Auch bei den Bolschewisten sah die SPD in erster Linie die Friedensbereitschaft. Nachdem die Ansichten über ihre innere Politik zunächst auseinandergingen, gewann die Partei allmählich ein deutlicheres Bild von ihrer Politik und ihren

[1]) Allerdings war beim Parteizentrum die Theorie bereits so weit durch die ihr entgegenstehende Praxis unterhöhlt worden, daß effektiv der Reformismus schon vor dem Kriege gesiegt hatte (anders Berlau, S. 69, S. 332).

[2]) Da die Beurteilung dieser Schwenkung, ihrer Ursachen, ihres Zeitpunktes und ihrer Konsequenzen, sehr umstritten ist und weit über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinausgehen würde, muß es hier genügen, die Tatsache festzustellen. Vgl. bes. Volkmann, Berlau und Oldag, passim.

[3]) Bericht an den Parteitag 1917 (Protokoll, S. 7); vgl. Telegramm Scheidemanns an Tscheidse vom 21. März 1917, allerdings gegen den Willen Eberts (Scheidemann, Memoiren, I, S. 420 f.; vgl. Oldag, S. 107); Beschluß des Parteivorstandes vom 19. April 1917 (Protokoll des Parteitages 1917, S. 240).

[4]) Vgl. Scheidemanns Artikel „Zeit zur Tat" im „Vorwärts" vom 19. März 1917; ähnlich „Vorwärts" vom 18., 21. und 27. März 1917. Wichtiger waren für die SPD aber die Friedensaussichten, vgl. „Vorwärts" vom 15., 16. und 25. März 1917; Protokoll des Parteitages 1917, S. 38.

Zielen, die nun immer schärfer verurteilt wurden[1]). Der bolschewistische Rätegedanke wurde in der SPD zwar diskutiert, aber doch verhältnismäßig selten, ohne daß die Ideologie der Partei davon irgendwie beeinflußt wurde[2]). Feste Anhänger scheint die neue Theorie in der SPD nicht gefunden zu haben. In der breiteren Mitgliedschaft dürfte sie bis zum November 1918 überhaupt nicht bekannt gewesen sein.

b) Die Unabhängigen

Die Ziele der USPD waren die gleichen wie die der SPD: Sozialismus und Demokratie. Wichtiger war, daß sich beide Parteien zunächst noch etwa das gleiche darunter vorstellten: Beide forderten die Demokratisierung des Reiches und besonders Preußens. In der Taktik trennten sich ihre Wege, da die USPD ihre Ziele nicht innerhalb des bestehenden Staates erreichen wollte, sondern *gegen* ihn. Die Unabhängigen hielten am Klassenkampf und an der Revolution fest, obwohl sie nicht selbst eine Revolution machen wollten, die überhaupt nicht „gemacht" werden könne. Sie warteten auf den Umsturz, um ihn zu unterstützen und sich ihm anzuschließen[3]). Schon immer hatte die Sozialdemokratie in der Republik ihr Ziel gesehen. Die SPD stellte diesen Gedanken jetzt zurück, die USPD sprach ihn offen aus[4]). Die USPD versuchte also, an der alten theoretischen Grundlage der Partei festzuhalten, obgleich diese Theorie inzwischen von der Praxis schon lange verlassen worden war. Es gelang daher der neuen Partei nicht, eine klare Linie für ihre Politik zu finden, sie war in wichtigen Fragen vielfach gespalten und verhielt sich schwankend. Der linke Flügel war sogar in Theorie und Praxis völlig selbständig und muß hier gesondert behandelt werden.

Der Gegensatz zwischen den Oppositionsgruppen, besonders in der Frage des

---

[1]) A. Stein (Die inneren Gegensätze der russischen Revolution, „Neue Zeit", 35. Jg., II, S. 337 ff., vom 13. Juli 1917) stand auf seiten der Menschewisten; Wilhelm Blos (Der neue russische Staat, ebd., 36. Jg., I, S. 392 ff. vom 25. Januar 1918) begrüßte die Oktoberrevolution vor allem, weil „diese Diktatur des Proletariats in Rußland uns den Frieden bringen" wird; ähnlich N. E. Verow (36. Jg., II, S. 361 ff.vom 19. September 1918); scharfe Ablehnung der Bolschewisten besonders durch Ebert, z. B. auf der Sitzung vom 23. September 1918 (Protokoll, S. 24); vgl. „Vorwärts" vom 15. Februar, 8. März, 3. September, 21. Oktober, 6. November 1918.

[2]) In der „Neuen Zeit" erschienen 1917 und 1918 insgesamt 4 Aufsätze über die bolschewistische Theorie: Blos (a. a. O.) verteidigte zunächst Lenin, der Marx richtig interpretiere. Nach der Auflösung der Konstituante verurteilte Blos die Politik und die Theorie der Bolschewisten (Revolutionsexperimente, 36. Jg., I, S. 553 ff., vom 15. März 1918); N. E. Verow (Die Staatsauffassung der Bolschewikij, 37. Jg., I, S. 6 ff., vom 4. August 1918) warb für die russische Theorie um Verständnis; Heinr. Cunow (Die Diktatur des Proletariats, 37. Jg., I, S. 170 ff., vom 22. November 1918) lehnte sie scharf ab und wies nach, daß sie Marx' Lehren widerspreche.

[3]) Ledebour, S. 8 ff.; vgl. Volkmann, Die Stellung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen im Weltkriege zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung, Gutachten für den Untersuchungsausschuß, 4. Reihe, 6. Bd., S. 249 ff.

[4]) U. a. Ledebour am 15. Mai 1917, Haase am 23. Oktober 1918 im Reichstag (nach Oldag, S. 118).

Parlamentarismus und der Massenaktionen, zeigte sich schon auf der Gründungskonferenz der USPD im April 1917. Hier warnte sogar Ledebour vor einer Überschätzung der Massenaktionen[1]). Der Kampf sei zu führen durch Massenaktionen *und* durch die parlamentarische Vertretung. Ledebour betonte: „Der ... Parlamentarismus ist eine Notwendigkeit ... Wenn wir aus irgendeinem Grunde den Parlamentarismus heute abschafften, morgen müßten wir ihn wieder einführen." Dies war die Ansicht der Parteimehrheit[2]). Die Arbeiterräte wurden auf der Konferenz nicht erwähnt, wenn auch einige der radikalen Sprecher, die sich heftig für Massenaktionen einsetzten, dabei schon an Arbeiterräte gedacht haben werden. Der große Eindruck der Märzrevolution auf die USPD läßt sich aus Haases Begrüßungsworten an die Konferenz erkennen, die geradezu ein Hymnus waren: „Das Morgenrot der Freiheit leuchtet über Rußlands Grenzen bis in diesen Saal hinein[3])." Trotzdem lehnte es die Partei ab, die russischen Methoden „schematisch auf ein anderes Land übertragen zu wollen". Sie wollte „unter dem moralischen Eindruck der Vorgänge in Rußland" den Kampf um die innere Freiheit auf parlamentarischem Boden austragen[4]).

Den Boschewisten stand die USPD wesentlich näher als die SPD, schon durch ihre Mitarbeit in der Zimmerwalder Bewegung (dem Vorläufer der dritten Internationale). Allerdings können die Unabhängigen hier nur wenig im Sinne des Rätegedankens beeinflußt worden sein[5]). Die Sympathie der USPD für die Bolschewisten zeigte sich deutlich bei der Oktoberrevolution. Nach diesem Zeitpunkt begannen in der Partei die radikal-demokratischen Zielsetzungen gegenüber radikal-sozialistischen zurückzutreten und der Widerstand gegen Massenaktionen zu schwinden[6]). Diese allmähliche Verschiebung in den Zielen und Methoden der Partei bereitete zusammen mit der Begeisterung für die russischen Ereignisse den Boden vor für das Eindringen der bolschewistischen Staatstheorie, der sich jetzt einige Führer der Partei zuwandten, darunter vor allem Ernst Däumig, der Redakteur des „Berliner Mitteilungsblattes" (Ersatz für den „Vorwärts"), ebenso einige unabhängige Zeitungen. Im Laufe des Jahres 1918 schlossen sich weitere Parteiführer den neuen Lehren an, besonders Lede-

---

[1]) „Unsere Aufgaben", Protokoll, S. 52 ff. Ledebour war später einer der schärfsten Verfechter der Rätediktatur.

[2]) Vgl. Haase (Protokoll, S. 12 ff.) und Eisner (Protokoll, S. 25). Auch Däumig dachte noch ebenso (vgl. Prager, S. 143).

[3]) Protokoll, S. 8; ähnlich andere Redner, besonders Luise Zietz (Protokoll, S. 31).

[4]) Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft vom 8. April 1917 (Spartakus im Kriege, S. 15).

[5]) Die Konferenzen der Zimmerwalder zeigten von Anfang an große Differenzen zwischen den Unabhängigen und den russischen wie deutschen Radikalen. Das Manifest der dritten Konferenz (Stockholm, September 1917) forderte nur zu Massenaktionen auf, nicht zur Bildung von Arbeiterräten. Dies geschah erst nach der Oktoberrevolution. Vgl. Balabanoff, S. 90 ff., S. 111; Unterirdische Literatur, S. 88 ff.

[6]) Flechtheim, S. 35. Vgl. dazu das Verhalten der USPD zu den Massenstreiks im Kriege (s. u. S. 44 ff.): Im April 1917 beteiligten sich aktiv nur einige besonders radikale örtliche Parteiführer. Im Januar 1918 traten die Führer der Gesamtpartei in den Arbeiterrat ein.

bour, der immer radikaler wurde[1]). Ein größerer Teil der Mitgliedschaft scheint ihnen nicht gefolgt zu sein.

Begeisterung für die russische Revolution und Beziehungen zu den Bolschewisten führten nicht immer dazu, daß ihre Rätetheorie übernommen wurde. Es gab in der USPD scharfe Gegner des Bolschewismus, besonders Kautsky, Ströbel und Bernstein[2]). Haase dachte wie sie, versuchte aber zu vermitteln und vertrat seine Ansicht nicht mit der gleichen Entschiedenheit. Da in der USPD sehr verschiedene Anschauungen einander gegenüberstanden, gab es keine eindeutige Stellungnahme der Partei zu den Problemen der Revolution und des proletarischen Staates. Die Haltung der Partei nach außen war oft unklar und unentschieden. Sie wurde daher von den Bolschewisten und den deutschen Radikalen dauernd scharf angegriffen[3]).

Wieweit die bolschewistische Theorie am Kriegsende in der USPD vorgedrungen war, läßt sich nicht sicher feststellen. Ein größerer Teil der Partei lehnte den Parlamentarismus ab und suchte neue Formen der Demokratie. Einige radikale Führer hatten sich dem Gedanken der Rätediktatur genähert. Auf einer Parteikonferenz vom September 1918 konnten Haase, Dittmann und Hilferding nur mit Mühe verhindern, daß die Forderung nach einer Diktatur des Proletariats, mit der in diesem Augenblick nur die russische Form gemeint sein konnte, in das Programm aufgenommen wurde[4]). Die Mehrheit der Konferenz war der „Schwärmerei für die bolschewistische Methode" verfallen[5]). Andererseits betonte ein Aufruf der USPD vom 5. Oktober, daß die Partei den alten Grundsätzen der Sozialdemokratie treu geblieben sei[6]). Gleichzeitig griff der 12. Spartakusbrief die USPD wegen der Agitation für die Parlamentarisierung heftig an[7]). Bis zum Kriegsende hielt die USPD also an den alten Auffassungen des Parteizentrums fest. Ihr Ziel war die soziale Demokratie, wobei nur umstritten war, ob es eine parlamentarische Demokratie sein sollte. Die Diktatur des Proletariats sollte keine Staatsform sein, sondern „die Herrschaft des Proletariats auf der Grundlage der Demokratie[8])". Nur wenige Unabhängige begeisterten sich für die russische Form der Diktatur.

---

[1]) Ströbel, S. 187; Volkmann, Gutachten S. 240; vgl. „Vorwärts" vom 21. Okt. 1918, s. a. u. S. 35, Anm. 2. Zu dieser Gruppe gehörte auch Klara Zetkin, die gleichzeitig dem Spartakusbund angehörte.

[2]) Ströbel, S. 187; „Vorwärts" vom 10. August 1918. Kautsky schrieb im Oktober 1918 die Broschüre „Die Diktatur des Proletariats" (in ihren wesentlichen Teilen wiederholt in „Demokratie oder Diktatur?", S. 6 ff.) gegen den Bolschewismus, vgl. „Vorwärts" vom 21. Oktober 1918.

[3]) „Politischer Brief" des Spartakusbundes vom 9. März 1916 (Spartakusbriefe, I, S. 87); Spartakusbriefe, II, passim; „Weltrevolution", Nr. 52, vom 20. Oktober 1918; R. Müller, II, S. 30; vgl. „Vorwärts" vom 8. März und 6. November 1918. In Hamburg hatte die USPD „kein rechtes Profil": Bünemann, S. 42.

[4]) Stümke, S. 92, leider ohne Angabe der Quelle.

[5]) Ströbel, S. 188.

[6]) Prager, S. 174.

[7]) Spartakusbriefe, II, S. 191.

[8]) Kautsky, Demokratie, S. 38.

Anders war es mit der russischen *Methode*, den Arbeiter- und Soldatenräten. In der USPD hatte sich der radikalere Teil der Arbeiterbewegung zusammengeschlossen, der durch die russischen Ereignisse besonders beeindruckt und stets grundsätzlich zur Revolution bereit war. Die Unabhängigen stellten nun fest, daß die Räte eine geeignete Organisationsform der Revolution seien, und so verbreitete sich bei ihnen allmählich die Vorstellung, daß Arbeiterräte und proletarische Revolution untrennbar zusammengehörten.

Je mehr sich im Herbst 1918 die innere und äußere Lage Deutschlands zuspitzte, desto deutlicher traten bei der USPD die radikalen Tendenzen hervor, desto mehr stellte sich die Partei auf Massenaktionen und Arbeiterräte ein. Parteivorstand und Fraktion wollten allerdings bis zum November 1918 solche Aktionen noch nicht selbst organisieren oder öffentlich dazu auffordern[1]), stellten sich aber hinter die Arbeiter, die einen Streik oder (im Oktober) eine Demonstration begonnen hatten. Auch Führung und Mehrheit der Partei erwarteten jetzt die Revolution und rechneten mit der Entstehung von Räten, wenn sie auch überzeugt waren, daß sich der Umsturz nicht künstlich beschleunigen lasse und es sinnlos sei, praktische oder theoretische Vorbereitungen zu treffen. Ein kleiner Teil der Unabhängigen (die linksradikalen Gruppen) wollte Deutschland zur Räterepublik machen.

7. Kapitel:

Die linksradikalen revolutionären Gruppen bis zum Herbst 1918

Die Kriegspolitik der SPD zeigte, daß die Partei sich endgültig auf die reformistische Taktik umgestellt hatte. Der rechte Flügel wollte daraus auch für die Theorie Konsequenzen ziehen und vertrat immer klarer, bewußter und radikaler seine reformistische Ideologie. Einzelne Vertreter gingen so weit, daß sie schließlich die Partei verlassen mußten (Winnig, Lensch). Die gleiche Entwicklung, nur schneller, weitgehender und mit einer größeren Zahl von Anhängern, vollzog sich beim linken Flügel. Die beiden oppositionellen Richtungen erkannten, daß Theorie und Taktik der Partei auseinanderklafften und den Verhältnissen nicht mehr entsprachen. Beide wollten die Partei erneuern und dabei diejenigen Ideen, die sie schon in der Vorkriegszeit vom Zentrum geschieden hatten, dem neuen Programm und der neuen Politik zugrunde legen, d. h. der rechte Flügel wollte die SPD zu einer demokratisch-sozialen und nationalen Reformpartei machen, der linke Flügel zu einer antiparlamentarischen und internationalen Umsturzpartei. Darüber zerbrach die Einheit der Arbeiterbewegung. Die große Mehrheit folgte am Ende dem rechten Flügel und wurde in der SPD zur staatstragenden Partei. Der linke Flügel gründete die Kommunistische Partei und wandte sich dem Bolschewismus zu. Dazwischen blieb für

[1]) Ledebour, S. 8, S. 10.

das Zentrum kein Raum mehr; die USPD schloß sich teils der einen, teils der anderen Seite an. Bei der grundsätzlichen Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD spielte die Stellung zum Rätegedanken eine hervorragende Rolle[1]).

Scharfer Widerstand gegen die Politik der SPD begann bei einzelnen Kreisen des linken Flügels schon kurz nach Kriegsausbruch[2]). Die Opposition wurde immer radikaler und entfernte sich in Theorie und Praxis immer mehr von der Mehrheit und auch von der USPD. Diese Radikalisierung des linken Flügels hatte m. E. vor allem zwei Gründe: Das Erlebnis des Krieges und die Enttäuschung über das Verhalten der SPD.

Der Krieg peitschte die Leidenschaften auf, erschütterte alte Vorstellungen und drängte die Menschen von der Reflexion zur Aktion. Bedenken gegen die Anwendung von Gewalt wurden hinweggefegt. Die Einschränkungen der politischen und persönlichen Freiheit trieben zu verschärftem Gegendruck und zum Gedanken an gewaltsamen Umsturz[3]). Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wuchs der Wunsch, ihn zu beenden, durch welche Mittel auch immer. Der Krieg bestätigte die Überzeugung der Radikalen, daß die kapitalistischen Gegensätze ihren Höhepunkt erreicht hätten und das Ende des Kapitalismus nahe sei. Als nun in Rußland tatsächlich die Revolution ausbrach, schienen alle Voraussagen bestätigt zu sein. Das deutsche Proletariat und insbesondere seine Vorkämpfer waren verpflichtet, ihre Aktivität bis zum äußersten anzuspannen, um die historische Stunde zu nutzen. Liebknecht schrieb Anfang 1918: „Lieber Schill denn Krähwinkel! Andere mögen ihr: ‚Nur nicht zuviel! Nur nicht zu früh!' plärren. Wir werden bei unserem: ‚Nur nicht zuwenig! Nur nicht zu spät!' beharren[4])."

Als die Arbeiterbewegung bei Kriegsbeginn den Klassenkampf aufgab und den bestehenden Staat unterstützte, zeigte sie zum ersten Male offen ihre Wandlung von der Revolution zur Reform. Die internationale Solidarität, bisher eine der wichtigsten Grundlagen des Sozialismus, war zerbrochen. Die Radikalen, die die allmähliche Wandlung der Sozialdemokratie nicht hatten sehen wollen oder können, waren tief enttäuscht, erschüttert und erbittert. Sie waren nicht nur in ihrer politischen Überzeugung, sondern in ihrem Glauben getroffen. Der Zusammenbruch der Internationale war für sie der Zusammenbruch ihrer Welt. Die Machtlosigkeit des Proletariats bei Ausbruch des Krieges, den so viele Kon-

[1]) Wenn auch die Spaltung zunächst noch nicht so deutlich war und sich nicht gradlinig bis in die heutigen Gegensätze fortsetzte, so muß doch eine grundsätzliche Betrachtung feststellen, daß revolutionäre und reformistische Sozialisten in Deutschland sich schon während des Krieges endgültig trennten und diese Trennung bis heute erhalten blieb. Alle späteren Verschiebungen konnten diese Tatsache nicht ändern, da sie nur Minderheiten betrafen.

[2]) R. Müller, I, S. 125; Frölich, 10 Jahre, S. 147.

[3]) S. „Politischer Brief des Spartakusbundes" vom 12. August 1916 (Spartakusbriefe, I, S. 146); vgl. Däumig, Schlußwort auf dem ersten Rätekongreß. Protokoll, Spalte 277 ff.

[4]) Aufzeichnungen, S. 54.

gresse und Resolutionen zu verhindern gesucht hatten, bestätigte, daß die Kritik und die Forderungen des alten linken Flügels nur zu berechtigt gewesen waren. Um die Sozialdemokratie zu erneuern, mußten Theorie und Taktik radikal geändert, der Klassenkampf in den Vordergrund gestellt und eine neue, straffere Internationale gegründet werden[1]). Enttäuschter Glaube führte den linken Flügel zum Bolschewismus.

Die oppositionellen Strömungen erfaßten zunächst nur einzelne Persönlichkeiten oder ganz kleine Zirkel, besonders um einzelne radikale Zeitungen und Zeitschriften[2]). Bis zum Kriegsende waren die Radikalen selbst gegenüber der USPD nur eine geringe Minderheit. Diese Minderheit sollte als Träger der bolschewistischen Form des Rätegedankens und als Keimzelle der KPD sehr wichtig für die deutsche Geschichte werden. Die Entstehung der verschiedenen Gruppen kann hier nicht untersucht werden. Die folgende Darstellung gilt für die Zeit seit Anfang 1917.

a) Der Spartakusbund

Die bekannteste linksradikale Organisation war die „Gruppe *Internationale*", die nach ihren Flugschriften, den Spartakusbriefen, allgemein „Spartakusbund" genannt wurde. Die Gruppe gehörte organisatorisch zur USPD, war aber in Theorie und Taktik völlig selbständig[3]). Da die wichtigsten Führer, Liebknecht und Rosa Luxemburg, im Zuchthaus bzw. Gefängnis saßen, wurde die Gruppe von Leo Jogiches und Ernst Meyer geleitet. Eine lose Organisation im Reich faßte kleine Gruppen an verschiedenen Orten zusammen. Der Spartakusbund war wahrscheinlich die stärkste und sicher die aktivste radikale Organisation. Trotzdem war sein Einfluß auf die Massen verhältnismäßig gering[4]).

Im Spartakusbund hatte sich ein großer Teil der Exponenten des alten linken Flügels zusammengefunden. Sie betrachteten sich als die einzigen wahren Vertreter des Marxismus und wollten seine revolutionäre Tradition wahren. Sie wollten den Marxismus weiterentwickeln und auf die neue Periode des Imperia-

[1]) S. Leitsätze des Spartakusbundes vom Januar 1916 (Spartakusbriefe, I, S. 83 ff.); Politischer Brief vom 3. Februar 1916 (ebd. S. 82).

[2]) Die „Arbeiterpolitik", Nr. 2, vom 1. Juli 1916 (S. 11), zählte zum Linksradikalismus: Die „Internationale" (Spartakusbund), die „Lichtstrahlen" (J. Borchardt), die „Bremer Bürgerzeitung" (Linksradikale, im Herbst 1916 vom Parteivorstand „geraubt", Frölich, 10 Jahre, S. 155), den Braunschweiger „Volksfreund" (Thalheimer), das Duisburger Parteiblatt (der „Kampf", s. S. 37, Anm. 2), den Stuttgarter „Sozialdemokrat" (Crispien, Rück), das „Gothaer Volksblatt".

[3]) Der Spartakusbund schloß sich nur nach erheblichem Zögern und unter großen Vorbehalten der USPD an; vgl. Zirkular der Spartakusgruppe vom 25. Dezember 1916 (Spartakusbriefe, I, S. 154 ff.); Rück, Korreferat auf dem Gründungskongreß der USPD (Protokoll, S. 20 ff.).

[4]) Vgl. „Arbeiterpolitik", 2. Jg., Nr. 10, vom 10. März 1917, S. 75; Ill. Gesch., S. 176 und S. 259; Flechtheim, S. 29. Die Angaben über die Mitgliederzahl schwanken zwischen einigen hundert bei Walter Rist (Pseudonym für einen alten KPD-Funktionär), Der Weg der KPD, „Neue Blätter für den Sozialismus", 3. Jg., Heft 2 (Februar 1932), S. 79 ff., und einigen tausend bei Frölich, Rosa Luxemburg, S. 327.

lismus anwenden. Landesverteidigung und Burgfrieden wurden abgelehnt, wobei der Spartakusbund schon bewußt über die Beschlüsse der Partei aus der Vorkriegszeit hinausging. Die Spartakisten wollten den Klassenkampf fortsetzen und eine neue Internationale schaffen. Ihr Ziel war die bewaffnete Revolution[1]).

Die Ideologie des Spartakusbundes war nicht einheitlich. Seine Anhänger „schwankten zwischen einer mystischen Elitekonzeption, der Verachtung der einen reaktionären Masse und einem ebenso irrationalen Glauben an das in Wahrheit revolutionäre Wesen der Ausgebeuteten[2])". Zunächst forderte der Spartakusbund, wie die ganze Sozialdemokratie, die Demokratisierung. In der Taktik legte die Gruppe, besonders nach Liebknechts Ausscheiden aus dem Parlament, weniger Wert auf den parlamentarischen Kampf als auf Massenaktionen. Damit änderten sich allmählich auch die Vorstellungen über das politische Ziel. Der Parlamentarismus wurde abgelehnt, ohne daß ein neues Ziel klar zu erkennen war. Einzelne Stimmen forderten zunächst eine Fortentwicklung der Parlamentsverfassung, später setzten sich andere Stimmen durch, die eine neue, freiere Form der Demokratie als Ziel proklamierten[3]). Obwohl der Spartakusbund immer wieder zur Revolution aufrief, scheint bei der Gruppe keine Klarheit und Einigkeit darüber bestanden zu haben, was das politische Ziel dieser Revolution sei, welche Staatsform sie begleiten bzw. ihr folgen müsse. Zunächst dachte man an eine radikalere Form der Demokratie, später wandte sich ein Teil des Spartakusbundes dem bolschewistischen Rätegedanken zu. Nicht ganz zu Unrecht warf Richard Müller dem Spartakusbund vor, daß er in der Frage, was nach der Revolution zu geschehen habe, „jede Klarheit vermissen" ließe[4]).

Die wichtigste Quelle für den Spartakusbund sind die *Spartakusbriefe*. Sie zeigen die Entwicklung der Gruppe, ihre Stellung zur Staatsform und zum Rätegedanken. Unzutreffend ist die Behauptung im Vorwort zum Neudruck: „Zu

[1]) Vgl. Heckert auf dem Gründungskongreß der USPD (Protokoll, S. 62); Rosa Luxemburg auf dem Gründungskongreß der KPD am 31. Dezember 1918 (Protokoll S. 18 ff.); Wilhelm Pieck, Der Novemberumsturz in Deutschland, „Die Kommunistische Internationale", 2. Jg., Nr. 19 (Ende 1922), S. 71 ff.; Frölich, 10 Jahre, S. 156; Volkmann, Gutachten, S. 265 ff.; Oldag, S. 98.

[2]) Flechtheim, S. 41.

[3]) Diese Entwicklung wird aus folgenden Quellen deutlich: Liebknechts Antwort auf Davids Thesen (Spartakusbriefe, I, S. 11, 1915): „Demokratisierung des Staatswesens"; Spartakusbriefe I mehrfach für Erweiterung der Rechte des Reichstages; Leitsätze des Spartakusbundes vom Januar 1916 (ebd., S. 83 ff.): Demokratisierung und Parlament nicht mehr erwähnt, sondern Massenaktionen; Zirkular der Spartakusgruppe vom 25. Dezember 1916 (Spartakus im Kriege, S. 162): Das Parlament ist ein „Hilfsmittel für Massenaktionen"; ähnlich 3. Spartakusbrief (Spartakusbriefe, II, S. 55); Käthe Duncker auf der dritten Zimmerwalder Konferenz (Balabanoff, S. 92): „völlige Demokratisierung des Wahlrechts" und Massenaktionen; Flugblätter im Winter 1917/18 (Spartakus im Kriege, S. 179 ff.): „freie Demokratie" nicht als Demokratisierung des bürgerlichen Staates, sondern als „Frucht eines revolutionären Massenkampfes" (S. 196, Januar 1918).

[4]) I, S. 139; ähnlich Ill. Gesch., S. 259.

dem Rätesystem und der Diktatur des Proletariats hat sich der ‚Spartakus' allerdings schon im Frühjahr 1917 bekannt[1])." Die Märzrevolution wurde in den Spartakusbriefen und in anderen Flugblättern begrüßt und gefeiert, jedoch ohne daß die Auffassungen des Spartakusbundes dadurch geändert wurden. Skeptischer war die Haltung des „Kampf[2])", der betonte, daß die Märzrevolution eine bürgerliche Revolution sei, hinter der sich allerdings schon das Proletariat bemerkbar gemacht habe, dessen Stunde noch kommen werde. In den Spartakusbriefen erschien zum ersten Male im August 1917 ein Artikel über „Die Diktatur des Proletariats". Der Begriff wurde nicht näher erläutert, sondern nur ausgeführt, daß die Diktatur in Rußland notwendig sei. Der Spartakusbrief erwähnte die Räte in diesem Zusammenhang nicht[3]). Die Oktoberrevolution wurde ebenfalls begrüßt, wenn auch nicht mit der gleichen Begeisterung wie die Märzrevolution, da die Spartakusbriefe bei aller Anerkennung der Bolschewisten an der bolschewistischen Friedenspolitik heftige Kritik übten. Im Mittelpunkt der Agitation standen nicht die Arbeiterräte oder die Diktatur des Proletariats, sondern die Revolution und der Frieden. Da im Fall eines Separatfriedens mit Rußland alle Aussichten der deutschen wie der russischen Revolution verloren seien, forderte der Spartakusbund den allgemeinen Frieden, den sich die Arbeiter aller Länder durch Massenaktionen und bewaffneten Aufstand erkämpfen müßten. Die Oktoberrevolution verstärkte die revolutionäre Parole in der spartakistischen Propaganda, dagegen brachte sie noch keine Wendung zum Rätegedanken[4]).

Arbeiterräte wurden, soweit ich feststellen konnte, in der Agitation des Spartakusbundes erst erwähnt, nachdem die deutschen Arbeiter bei den politischen Massenstreiks sich bereits Räte geschaffen hatten[5]). Während des Aprilstreiks 1917 erschien das erste Flugblatt, in dem zur Bildung von Räten aufgefordert wurde[6]). Das nächste folgte erst kurz vor dem Januarstreik 1918, weitere während des Streiks. Nach Auflösung des Berliner Arbeiterrats erklärte der Spartakusbund: „Wir müssen mit der Reaktion ‚russisch' reden!" Dies war eine Aufforde-

[1]) II, S. IV. Die Bemerkung bezog sich auf den 4. und 5. Spartakusbrief vom April und Mai 1917 (Spartakusbriefe, II, S. 70 ff., S. 85 ff.). Hier wurden die russische Märzrevolution begrüßt und dabei die Arbeiter- und Soldatenräte besonders herausgestellt. Als Konsequenz wurde eine deutsche Revolution gefordert, aber noch nicht die Bildung von Räten oder die Übernahme der bolschewistischen Ideen. Ähnlich andere Flugblätter (Spartakus im Kriege, S. 176 ff.).

[2]) Ein Organ des Spartakusbundes im Ruhrgebiet, das seit Juni 1916 als „Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg" gedruckt wurde. Ab Nr. 4 vom 1. Juli 1916 erschien es als „Der Kampf". Im April 1917 wurde die Zeitschrift verboten.

[3]) Spartakusbriefe, II, S. 108 ff. In Liebknechts „Aufzeichnungen" begegnet der Begriff „Diktatur des Proletariats" zum ersten Male im April 1918 (S. 91), auch hier, ohne daß die Räte erwähnt sind.

[4]) Spartakusbrief Nr. 8 vom Januar 1918 (Spartakusbriefe, II, S. 148); Spartakus im Kriege, S. 179 ff.

[5]) S. u. S. 44 ff.

[6]) Ill. Gesch., S. 154.

rung zur Revolution, nicht aber zur Errichtung einer Räterepublik[1]). Auch die Spartakusbriefe erwähnten die Arbeiterräte, abgesehen von Berichten aus Rußland, erst sehr spät. Der 10. Brief vom August 1918 bezeichnete den Arbeiterrat beim Streik in Wien Januar 1918 als „demonstrative Sympathiekundgebung für das russische Proletariat", als Zeichen für das „revolutionäre Gepräge" des Streiks und als „bündige Kampfansage gegen die offizielle Partei", dagegen mit keinem Wort als Keim einer neuen Staatsordnung[2]). Der Spartakusbund hatte also jetzt, angeregt durch die russische Revolution und durch die Massenstreiks in Deutschland und Österreich, den Gedanken aufgenommen, Arbeiterräte zu bilden und zu benutzen. Dagegen war von einem Eindringen der bolschewistischen Staatstheorie bis zum Sommer 1918 nichts zu bemerken.

Die Haltung des Spartakusbundes zum *Bolschewismus* war nicht einheitlich. Auf der ersten Zimmerwalder Konferenz stimmten die Spartakusvertreter gegen Lenin, der bis nach der bolschewistischen Machtergreifung ohne wesentlichen Einfluß in Deutschland blieb. Seine ersten Anhänger waren hier nicht die Spartakisten, sondern andere Oppositionsgruppen, die ihrerseits dem Spartakusbund „unklare Haltung" gegenüber der Auseinandersetzung zwischen Bolschewisten und Menschewisten vorwarfen[3]). Nach der Oktoberrevolution gab es im Spartakusbund heftige innere Differenzen über die Stellung zu den Bolschewisten, besonders über ihre Friedenspolitik, die von Rosa Luxemburg in einem Artikel „Die russische Tragödie" scharf kritisiert wurde[4]). Im Herbst 1918 schrieb Rosa Luxemburg eine Broschüre über die russische Revolution, in der sie die Theorie und die Praxis der Bolschewisten, besonders die Auflösung der Konstituante und die Ablehnung der parlamentarischen Staatsform, entschieden verurteilte. Sie schrieb: „Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden" und „Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung[5])." Diejenige Richtung des Spartakusbundes, die ihr Ziel in einer fortschrittlichen Demokratie sah und die sich gegen das Eindringen der bolschewistischen Theorie wehrte, ging in erster Linie auf Rosa Luxemburg zurück.

Daneben entstand im Laufe des Jahres 1918 eine andere Richtung, die sich der bolschewistischen Theorie näherte. Die Spartakisten waren als radikale Sozialisten für die Eindrücke aus Rußland besonders empfänglich und von der Haltung der SPD besonders enttäuscht. Sie hatten teilweise schon vor dem Kriege und mehr noch während des Krieges den Parlamentarismus abgelehnt und nach einer neuen Form für den proletarischen Staat gesucht. Die Frage nach dieser

[1]) Spartakus im Kriege, S. 183 ff., S. 194; R. Müller, I, S. 207.

[2]) Spartakusbriefe, II, S. 173, ähnlich der nächste Spartakusbrief vom September 1918, S. 179.

[3]) Linnfeld, S. 47; R. Fischer, S. 15 ff.; Frölich, 10 Jahre, S. 155 f.

[4]) Spartakusbrief vom September 1918, Spartakusbriefe, II, S. 178 ff.

[5]) Luxemburg, Russische Revolution, S. 53, S. 60; vgl. Frölich, R. L., S. 291; R. Fischer, S. 58.

Form, über die man zunächst nur sehr allgemeine und unklare Vorstellungen besaß, fand in Lenins Rätetheorie und in der russischen Verfassung eine konkrete Antwort. Bestimmte Tendenzen des alten linken Flügels kamen den bolschewistischen Ideen entgegen: die Betonung der Masse, die Tendenz zur Zerstörung des bürgerlichen Staates und zur Ausschaltung der Bourgeoisie (vgl. Pannekoek). Alle diese Gründe führten dazu, daß ein Teil des Spartakusbundes sich immer mehr dem bolschewistischen Rätegedanken zuwandte. Im Sommer 1918 tauchte in den Flugblättern des Spartakusbundes zum ersten Male die Parole auf: „Die ganze Gewalt in die Hände der Arbeiterräte[1])." Dies war ein Bekenntnis zur Diktatur eines Teiles des Volkes und damit eine Preisgabe der Demokratie. Wenn diese Schwenkung auch vielleicht den Verfassern des Flugblattes noch nicht völlig bewußt wurde, so bekannten sich doch in den folgenden Monaten allmählich mehrere Führer des Spartakusbundes ohne Einschränkung zur Taktik und zur Theorie des Bolschewismus und verzichteten damit auf den Gedanken der sozialen Demokratie zugunsten der russischen Form der Rätediktatur. Zu dieser Richtung gehörten vor allem Ernst Meyer, Franz Mehring und Klara Zetkin[2]). Liebknecht kritisierte zwar die bolschewistische Friedenspolitik, setzte aber ausdrücklich hinzu: „Vor dem prinzipiellen Antibolschewismus müssen wir uns hüten[3])!" Alle Spartakusführer, soweit sie nicht verhaftet waren, standen in enger Verbindung mit der russischen Botschaft und verbreiteten deren Agitationsmaterial[4]).

Es läßt sich nach den Quellen nicht bestimmen, wie stark die Richtungen innerhalb des Spartakusbundes im Herbst 1918 waren. Der Flügel um Rosa Luxemburg scheint langsam an Bedeutung verloren zu haben[5]). Ein Teil der Spartakisten hatte die bolschewistische Staatstheorie, die zweite Form des Rätegedankens, mehr oder weniger vollständig übernommen. Zur russischen Methode aber, der ersten Form des Rätegedankens, bekannte sich schon seit Anfang 1918 der gesamte Spartakusbund. Beim Ausbruch der Revolution in Deutschland war es für die Spartakisten selbstverständlich, daß eine Revolution nur mit Hilfe von Arbeiter- und Soldatenräten erfolgreich durchgeführt werden könne. Über die *Methode* herrschte im Spartakusbund Einigkeit und Klarheit, dagegen nicht über das *Ziel*. Die Spartakisten konnten wohl die Form der Novemberrevolution,

[1]) Spartakus im Kriege, S. 203 ff. In den Spartakusbriefen, auf die Rosa Luxemburg auch vom Gefängnis aus großen Einfluß hatte, wurde diese Forderung nicht erhoben.

[2]) Meyer in „Spartakus im Kriege", S. 17 f.; vgl. Zetkin in der „Welt-Revolution", Nr. 49 vom 10. Oktober 1918 ff.

[3]) Aufzeichnungen, S. 32 ff., Ende 1917. Auch Rosa Luxemburgs engste Mitarbeiter, Jogiches und Paul Levi, wollten in der Kritik am Bolschewismus nicht so weit gehen wie sie (R. Fischer, S. 58, Anm. 17).

[4]) Pieck, a. a. O., S. 73. Im April 1918 war auch Jogiches verhaftet worden (Volkmann, Gutachten, S. 272).

[5]) Zu Luxemburgs Artikel „Die russische Tragödie" schrieb Meyer eine redaktionelle Vorbemerkung, in der er von der Kritik abrückte, „was der allgemeinen Stimmung in den Spartakuskreisen entsprach" (Spartakusbriefe, II, S. 181, Spartakus im Kriege, S. 17).

die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten, beeinflussen, aber nicht das politische Ziel der Revolution, da ihnen, ganz abgesehen von ihrer geringen Zahl, hierzu die inneren Voraussetzungen fehlten.

b) Internationale Sozialisten Deutschlands und Linksradikale

Die „Internationalen Sozialisten Deutschlands" (ISD) waren eine kleine Gruppe radikaler Sozialisten um Julian *Borchardt*, hauptsächlich in Berlin. Ihr Organ waren die „Lichtstrahlen", die im April 1916 verboten wurden. Borchardt gehörte zu den wenigen Deutschen, die den Bolschewisten schon vor der russischen Revolution sehr nahestanden. Er stimmte auf der ersten Zimmerwalder Konferenz als einziger deutscher Vertreter für Lenin. Er war ein persönlicher Freund von Radek[1]). Die „Lichtstrahlen", deren Inhalt zum großen Teil nicht politischer, sondern schöngeistiger Natur war, war eines der radikalsten sozialistischen Blätter.

Die Ideen der ISD waren mit anarchistischen Gedanken durchsetzt und sind nur schwer zu fassen. Im Mittelpunkt des Denkens stand die „Masse", deren Initiative alles überlassen werden sollte. Der Parlamentarismus wurde abgelehnt und „die Beseitigung jeglichen Führertums" gefordert. Es sollte nur ausführende Organe für die in „reiner Demokratie" gleichberechtigt zusammenlebenden Genossen geben[2]). Von dieser utopisch-radikalen Ideologie rückten sogar die übrigen revolutionären Gruppen vorsichtig, aber betont ab[3]). Als die bolschewistischen Ideen, denen die ISD auf Grund ihrer Anschauungen besonders leicht zugänglich sein mußten, nach Deutschland kamen, hatte sich die Gruppe schon fast wieder aufgelöst. Borchardt hatte resigniert, war politisch passiv geworden und hatte „einige höchst sonderbare Sachen" geschrieben[4]). Seine Anhänger scheinen sich zum Teil den Linksradikalen angeschlossen zu haben.

Als „*Linksradikale*" bezeichnete sich eine Gruppe der Bremer SPD, die schon vor dem Kriege unter dem Einfluß von Radek und Pannekoek sehr radikal gewesen war. Im Kriege wurde eine selbständige Organisation gegründet, die sich nicht der USPD anschloß. Die Gruppe hatte einige hundert Mitglieder und wurde geleitet von dem Bremer Lehrer Johann Knief. Ihr Organ war die „Arbeiterpolitik"[5]). Außerhalb Bremens hatten die Linksradikalen nur ganz vereinzelte Anhänger[6]).

[1]) Linnfeld, S. 47; R. Fischer, S. 15 ff.; Frölich, 10 Jahre, S. 155 f.

[2]) „Arbeiterpolitik", 2. Jg., Nr. 10 vom 10. März 1917, S. 75 ff.; vgl. Frölich, 10 Jahre, S. 155.

[3]) „Arbeiterpolitik", 2. Jg., Nr. 11 vom 17. März 1917, S. 83; ähnlich der „Kampf".

[4]) Frölich, 10 Jahre, S. 155. Es handelte sich vor allem um das Vorwort zu einem Buch mit annexionistischer Tendenz.

[5]) Vgl. „Arbeiterpolitik", 2. Jg., Nr. 7 vom 17. Februar 1917; Frölich, 10 Jahre, S. 155; Rist, a. a. O., S. 84.

[6]) Die Hamburger Radikalen unter Laufenberg, die gemeinhin der Bremer Richtung zugerechnet werden, müssen nach Bünemann (S. 42 ff.) als selbständige Gruppe betrachtet werden, die sich von den Bremern und von Spartakus vor allem durch ein gemäßigteres Auftreten unterschied.

Die Linksradikalen legten, wie die ISD, das Hauptgewicht auf die Massen und ganz besonders auf Massenaktionen. Im Parlamentarismus sahen sie nur ein Mittel zur Unterstützung der Massenaktionen, das mit der fortschreitenden Entwicklung des Imperialismus an Bedeutung verliere, wogegen die Selbsttätigkeit der Massen in den Vordergrund trete und schließlich alle anderen Kampfmethoden ersetze. Die Linksradikalen waren weniger utopisch als die ISD. Sie betonten nicht so sehr das Ziel, das ähnlich dem der ISD und jedenfalls keine parlamentarische Demokratie sein sollte, sondern vielmehr den Weg. Massenaktionen wurden von ihnen immer wieder und geradezu als Universalmittel gegen alle Mängel in der Gesellschaft wie in der Partei propagiert[1]).

Bereits vor der russischen Märzrevolution besaßen die Linksradikalen enge Beziehungen zu den Bolschewisten, besonders durch Radeks Tätigkeit. Das Verhältnis zur russischen Bruderpartei war einer der Streitpunkte zwischen Bremer Richtung und Spartakus[2]). Nach der Revolution wurden Lenin und seine Anhänger in der „Arbeiterpolitik" bald herausgestellt und gefeiert. Die Zeitschrift begrüßte die Oktoberrevolution ohne Vorbehalte und stimmte der Theorie und der Praxis der Bolschewisten zu[3]). Die Arbeiter- und Soldatenräte und die neue Staatstheorie standen allerdings zuerst noch nicht im Vordergrund des Interesses[4]). Trotzdem berechtigen die engen Verbindungen der Linksradikalen zu den Bolschewisten sowie spätere Ereignisse (Bremer Räterepublik, Januar bis Februar 1919) zu der Vermutung, daß sich die Bremer Richtung verhältnismäßig bald den bolschewistischen Lehren anschloß. Sie wäre damit in Deutschland die erste einigermaßen bedeutende Gruppe, die sich nicht nur zur ersten, sondern auch zur zweiten Form des Rätegedankens bekannte. Allerdings waren die Linksradikalen zahlenmäßig schwach und traten in der Öffentlichkeit kaum hervor. Die Bolschewisten erkannten nicht sie, sondern den Spartakusbund als ihre deutsche Parallelorganisation an[5]).

c) Die Revolutionären Obleute

Die vierte radikale Gruppe waren die „Revolutionären Obleute", die nicht aus der Partei, sondern aus den Gewerkschaften hervorgingen. Einige Funktio-

[1]) „Arbeiterpolitik", passim; vgl. Frölich, 10 Jahre, S. 155; Volkmann, Der Marxismus, S. 112. Bezeichnend für diese Gruppe war auch, daß einzelne Stimmen in der „Arbeiterpolitik" (2. Jg., Nr. 22, S. 167 ff.) die „Einheitsorganisation" forderten, d. h. die Vereinigung der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Obwohl Rosa Luxemburg 1905 Ähnliches vorgeschlagen hatte (Massenstreik, S. 63), lehnte der Spartakusbund jetzt die Einheitsorganisation ab.

[2]) Frölich, 10 Jahre, S. 155 f.

[3]) Lenin und seine Parolen wurden in der „Arbeiterpolitik" am 19. Mai 1917 (2. Jg., Nr. 20, S. 149 f.) zum ersten Male erwähnt. Vgl. auch Ill. Gesch., S. 163; Flechtheim, S. 26.

[4]) Die „Arbeiterpolitik" konnte nur bis Juni 1917 benutzt werden (dann verboten?). Die übrigen Quellen für die Bremer Gruppe sind sehr spärlich.

[5]) „Welt-Revolution", Nr. 52, vom 20. Oktober 1918 in einer Übersicht der radikalen Organisationen.

näre der Berliner Metallarbeitergewerkschaft, die den Burgfrieden ablehnten und am Klassenkampf festhalten wollten, fanden sich 1914 zusammen, um gegen die Kriegspolitik der Partei und der Gewerkschaften zu opponieren. Allmählich gewannen sie auch in anderen Städten Anhänger, zunächst im Rahmen ihrer Gewerkschaft[1]). Nach dem ersten politischen Massenstreik im Sommer 1916 erkannten die Obleute, daß in Deutschland mit einer Revolution gerechnet werden müsse. Sie begannen sich darauf einzustellen und schufen 1918 „gewissermaßen einen vorbereitenden Revolutionsausschuß[2])". Die Gruppe wurde geleitet von Richard Müller, dem langjährigen Führer der radikalen Opposition in der Berliner Metallarbeitergewerkschaft, nach seiner Einberufung im Februar 1918 von Emil Barth. Im Sommer 1918 übernahm Ernst Däumig die eigentliche Führung. Die Revolutionären Obleute blieben Mitglieder der Gewerkschaft und der USPD, waren aber in ihrer Politik selbständig. Über die Stärke der Gruppe sind die Angaben verschieden[3]).

Die Revolutionären Obleute wollten keine Massenorganisation schaffen, sondern einen „ausgewählten Kreis[4])". Eine kleine Gruppe von gut disziplinierten und straff organisierten Funktionären sollte auf ein zentrales Kommando hin die Führung der Arbeiterschaft in die Hand nehmen und überraschend losschlagen. Die Obleute hielten nichts von Massenaktionen, die, aus der Erregung der Massen geboren, zu spontanem Aufruhr und schließlich zur Revolution führen. Ihre Taktik war die *Verschwörung*. Die Organisation mußte daher der Öffentlichkeit, der Partei und der Gewerkschaft gegenüber geheimgehalten werden. Als nach dem Kriege die Existenz und die Tätigkeit der Gruppe bekannt wurden, war die Überraschung groß, und man glaubte nun vielfach, hier die geheimnisvolle Kraft entdeckt zu haben, die die Revolution verursacht habe[5]).

Die Revolutionären Obleute standen in der Frage der Organisation einer ähnlichen Situation gegenüber, wie die russischen Arbeiter 1905 und 1917. Zwar waren in Deutschland Gewerkschaften und Arbeiterparteien vorhanden, sie waren aber wegen ihrer burgfriedlichen bzw. vorsichtig abwartenden Haltung keine organisatorische Plattform, sondern eher eine Gefahr für revolutionäre

[1]) R. Müller, I, S. 125. Die Obleute gingen aus einer hochqualifizierten und gut bezahlten Facharbeitergruppe hervor, vor allem aus den Drehern, also aus einer ausgesprochenen „Arbeiteraristokratie" (vgl. R. Müller, I, S. 131).

[2]) Ledebour, S. 8; vgl. R. Müller auf dem ersten Rätekongreß, Protokoll, Spalte 15. Pieck (a. a. O., S. 73 ff.) stellte die Entstehung der Gruppe anders dar und verlegte sie in das Jahr 1918. Piecks Aufsatz verfolgte aber eine bestimmte tagespolitische Absicht.

[3]) Volkmann (Der Marxismus, S. 210, vgl. Gutachten, S. 266) schrieb, daß die Gruppe bei Ausbruch der Revolution einige 1000 Mann umfaßte. Ledebour dagegen sagte 1919 in seiner Prozeßrede (S. 13), daß sie Anfang 1918 etwa 80 Mann stark war.

[4]) R. Müller, I, S. 125.

[5]) Diese Tendenz noch bei Volkmann und verschiedenen anderen Sprechern in der Dolchstoß-Diskussion. Die Überschätzung ging vor allem auf das Buch von Emil Barth zurück, das jedoch nur mit großer Vorsicht zu benutzen ist. Im Oktober 1918 kannte sogar die „Welt-Revolution" die Obleute noch nicht.

Bestrebungen. Die Obleute mußten eine neue Organisation schaffen und suchten sich in den Fabriken, besonders in den Großbetrieben, Vertrauensmänner, die die Revolution vorbereiten sollten. Nach Möglichkeit wurden alte Gewerkschaftler gewonnen, die bereits in der Arbeiterschaft Anhang besaßen. Die Vertrauensleute sammelten Gleichgesinnte als Vertreter der einzelnen Abteilungen um sich, versuchten, auf ihre Kollegen Einfluß zu gewinnen und traten örtlich zum Komitee der Revolutionären Obleute zusammen. Für den Fall des Losschlagens waren sie als Führer vorgesehen[1]). Hier gab es also in Deutschland, unabhängig von Rußland, Ansätze zu Revolutionsausschüssen, zur ersten Form des Rätegedankens. Nur der Name Arbeiterrat fehlte noch[2]).

Für diese auf unmittelbare Ziele gerichtete Verschwörerorganisation spielten theoretische Erwägungen über die Staatsform, über Demokratie und Parlamentarismus keine große Rolle und sind quellenmäßig kaum zu fassen[3]). Von den Ereignissen in Rußland waren die Revolutionären Obleute sehr beeindruckt, da sie hier ein Vorbild für ihre eigenen, bisher recht unklaren revolutionären Absichten fanden. Die Bolschewisten wurden von ihnen überschwenglich gefeiert. Allerdings betonten die Obleute noch nach der Revolution in Deutschland oft, daß ihre Gruppe den Bolschewisten gegenüber in Theorie und Praxis selbständig geblieben sei[4]). Trotzdem wandten sich einige wichtige Führer der Obleute unter dem Eindruck der russischen Revolution verhältnismäßig früh der bolschewistischen Rätetheorie zu, besonders Ernst Däumig und Ledebour, der seit Sommer 1918 eng mit den Obleuten zusammenarbeitete. Diese Männer und viele ihrer Anhänger fühlten sich besonders von der russischen Methode, den Arbeiter- und Soldatenräten, angesprochen, die ihrer eigenen Organisationsform entsprach und in der sie die Grundlage für eine neue Form der Demokratie sahen. Allmählich schlossen sie sich immer enger an das bolschewistische Vorbild an und näherten sich damit dem Gedanken der proletarischen Diktatur.

Zwischen Revolutionären Obleuten und Spartakusbund bestanden vor und nach der Revolution häufig Spannungen, da sie sich ihre verschiedene Taktik gegenseitig zum Vorwurf machten. Die Obleute lehnten den „putschistischen Standpunkt", die „revolutionäre Gymnastik" des Spartakusbundes ab[5]). Im September und Oktober 1918 näherten sich die beiden Gruppen einander. Die Führer des Spartakusbundes nahmen an den Sitzungen der Obleute in Berlin

[1]) Barth, S. 25 ff.; Däumig auf dem ersten Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 228; vgl. Ill. Gesch., S. 202.

[2]) Vgl. Däumig auf dem Parteitag der USPD März 1919, Protokoll, S. 96; R. Fischer, S. 19.

[3]) Das einzige Zeugnis bis zum Herbst 1918 ist eine Angabe von Barth (S. 25), daß er im Februar 1918 die Diktatur des Proletariats als Ziel bezeichnet habe, allerdings ohne daß der Begriff dabei erläutert wird.

[4]) So Ledebour, S. 9, Däumig, a. a. O. (Anm. 1 und 2); ebenso R. Fischer, S. 19. Die Behauptung war nicht ganz zutreffend, vgl. o. S. 31 f., Anm. 15 und u. S. 51, vgl. auch Barth, S. 18 ff., R. Müller, I, S. 96.

[5]) Ledebour, S. 9; Barth, S. 28 und S. 50; vgl. R. Müller, I, S. 139; Pieck, a. a. O., S. 74.

teil, doch gab es immer wieder Differenzen[1]). Die Revolutionären Obleute arbeiteten enger als die Spartakisten mit der USPD zusammen. Däumig hatte eine prominente Stellung in der Partei und bemühte sich mit seinen Anhängern, den Rätegedanken zu verbreiten. Der Einfluß der Revolutionären Obleute in der USPD wuchs, je deutlicher sich eine Revolution abzeichnete[2]).

Die Obleute wurden später die wichtigsten und entschiedensten Verfechter des Rätegedankens in Deutschland. Sie hatten auf Grund einer sozialen Lage und einer revolutionären Situation, die den Verhältnissen in Rußland ähnlich waren, die Form der Revolutionsausschüsse bei sich entwickelt und waren deswegen den bolschewistischen Ideen, die auf derselben Grundlage beruhten, besonders leicht zugänglich. Wie weit die Obleute sich bis zum Herbst 1918 dem Gedanken der proletarischen Diktatur in der russischen Form genähert bzw. an dem Ziel einer fortschrittlichen, sozialen Demokratie festgehalten hatten, läßt sich nicht entscheiden. Da die Obleute einen gut ausgebauten Organisationsapparat und als einzige geschlossene Gruppe eine klare Konzeption für den Verlauf der Revolution besaßen, trugen sie viel zur Ausbreitung des Rätegedankens in der deutschen Revolution bei.

Die Revolutionären Obleute hatten ihre meisten Anhänger in Berlin. Auf das ganze Reich gesehen, war der Spartakusbund die einzige bedeutende revolutionäre Gruppe. Die „Linksradikalen" waren zahlenmäßig sehr schwach und ohne starke Führung. Die Obleute griffen kaum über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus und beschränkten ihre Tätigkeit lange Zeit auf Konspiration im kleinsten Kreise. Sie wurden deswegen der Masse der Arbeiterschaft bis zur Revolution nicht bekannt. Mit praktischer Revolutionsvorbereitung (Ankauf von Waffen, Ausbildung von Stoßtrupps) begannen sie erst im Herbst 1918[3]). So darf die Bedeutung der Revolutionären Obleute für die Revolution nicht überschätzt werden, wenn auch die Geschichte des Rätegedankens in Deutschland ohne sie nicht denkbar ist.

8. Kapitel:

Arbeiterräte in Deutschland vor Beginn der Revolution

Arbeiterräte entstanden in Deutschland zum ersten Male bei den großen politischen Massenstreiks im Kriege. Obwohl die Gewerkschaften für die Kriegszeit auf Streiks verzichtet hatten, führte die wirtschaftliche Not der Arbeiter-

[1]) R. Müller, I, S. 126, S. 139; vgl. Rosenberg, Entstehung, S. 245.

[2]) Seit Juli 1918 hatten die Obleute den Vorstand der USPD zu einer gemeinsamen Sitzung aufgefordert, um die Maßnahmen nach der Revolution vorzubereiten (Barth, S. 35; R. Müller, I, S. 139, ohne Zeitangabe). Nachdem die USPD die Sitzung lange verzögert hatte, wohl um einer Festlegung auf bestimmte Grundsätze oder Maßnahmen auszuweichen, nahmen im September und Oktober Vorstandsmitglieder der Partei an den Sitzungen der Berliner Obleute teil, ohne allerdings zu einer Einigung zu kommen.

[3]) Barth, S. 33; R. Müller, I, S. 126.

schaft und die wachsende Erbitterung über verschiedene Mißstände zu einzelnen wilden Streiks. Im Laufe des Krieges nahmen die Arbeitseinstellungen dreimal einen größeren Umfang an, griffen über den Rahmen eines Betriebes und einer Stadt hinaus und erhielten politischen Charakter. Da die Gewerkschaften sich neutral oder ablehnend verhielten, fehlte den Streikenden ein Organ, das die Aktion leiten und ihre Forderungen vertreten konnte. Daher wählten die Arbeiter Vertrauensleute, die örtlich unter dem Namen Arbeiterrat zusammentraten. Diese Arbeiterräte waren also aus praktischen Bedürfnissen entstanden, aus ähnlichen Gründen wie in Rußland 1905 und 1917. Der Name dagegen war in Deutschland eine „demonstrative Sympathiekundgebung für die russischen Proletarier" und ein Hinweis auf das „revolutionäre Gepräge" der Streiks[1]).

Der erste deutsche Arbeiterrat entstand am 8. April 1917 in Leipzig, als kurz nach der Märzrevolution dort und in mehreren anderen Städten der zweite Massenstreik ausbrach. Obwohl der Streik durch eine Verkürzung der Brotration veranlaßt worden war, also mit den politischen Vorgängen direkt nichts zu tun hatte, haben die Nachrichten aus Rußland sicher zu seinem Ausbruch beigetragen[2]). Zum ersten Male wurden in Leipzig neben wirtschaftlichen Forderungen (Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Arbeitszwanges) auch politische erhoben: Friedensbereitschaft, Aufhebung des Belagerungszustandes und aller Schranken der Koalitionsfreiheit, allgemeines, gleiches Wahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften[3]). Die Ziele der Streikenden waren also nicht besonders radikal, sondern enthielten das alte demokratische Programm der Arbeiterbewegung. In den anderen Streikgebieten wurden nur wirtschaftliche Forderungen erhoben.

Radikale Kreise der USPD (Lipinski) und die revolutionären Gruppen haben bei der Vorbereitung des Streiks mitgewirkt und vor allem die politischen Tendenzen in die Bewegung hineingetragen. Der Arbeiterrat wurde in enger Zusammenarbeit mit der USPD und den Revolutionären Obleuten geschaffen[4]). Allerdings darf die Bedeutung der radikalen Organisationen nicht überschätzt werden. Die Arbeiter brauchten ein Organ, und es lag nahe, dafür die russische Bezeichnung zu wählen. In den Flugblättern der Streikenden heißt es: „Geschieht dies nicht (befriedigende Beantwortung der Forderungen durch den Reichskanzler), dann soll überall sofort ein Arbeiterrat eingesetzt werden[5])." Damit

[1]) Spartakusbriefe, II, S. 173.

[2]) R. Müller, I, S. 84, S. 96; Prager, S. 161; Herzfeld, S. 53; Volkmann, Gutachten im Dolchstoßprozeß, Protokoll, S. 373.

[3]) Text der Forderungen bei R. Müller, I, S. 84.

[4]) In der Streikproklamation hieß es: Die Streikenden fordern alle Berufsgruppen auf, „Vertreter zu entsenden und mit den Vertretern der Metallarbeiter (d. h. den Revolutionären Obleuten) und der USPD einen Arbeiterrat zu bilden" (R. Müller, I, S. 84). Vgl. R. Müller, I, S. 126; Herzfeld, S. 53; Volkmann, a. a. O.; Ill. Gesch., S. 154.

[5]) Prager, S. 161; Scheidemann, Zusammenbruch, S. 65; inhaltlich ebenso ein Spartakusflugblatt zum Streik, Ill. Gesch., S. 154.

drohten die Arbeiter, daß der Streik weitergeführt und auf neue Gebiete ausgedehnt werden sollte. Die Formulierung besagte aber auch, daß dieser Streik einen anderen Charakter haben sollte als die bisherigen, daß er eine revolutionäre Massenaktion sei. „Arbeiterrat" bedeutete jetzt die Drohung mit Ereignissen wie in Rußland, die Drohung mit der Revolution[1]).

Der Leipziger Arbeiterrat gehört in die Kategorie der Revolutionsausschüsse. Ein zunächst noch kleiner Teil der deutschen Arbeiterschaft an einem stets besonders radikalen Ort hatte sich — teilweise unter dem Einfluß Rußlands, teilweise auf Grund praktischer Erfordernisse — die erste Form des Rätegedankens zu eigen gemacht. Die Arbeiter verbanden mit den Räten nun alle ihre Wünsche und Hoffnungen. Das Wort „Arbeiterrat" begann, symbolische Bedeutung zu bekommen.

Der dritte und letzte politische Massenstreik fand Ende Januar 1918 statt, veranlaßt vor allem durch die Verzögerung der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Die Zahl der Streikenden und der betroffenen Orte war viel größer als im April 1917[2]). Mitte Januar hatten in Wien und Budapest große Streiks stattgefunden, bei denen Arbeiterräte gebildet worden waren, bald darauf bei einer Marinemeuterei in Pola zum ersten Male eine Art Soldatenräte[3]). Der Rätegedanke hatte sich in Mitteleuropa seit April 1917 erheblich ausgebreitet.

In Deutschland wurde vor allem Berlin von dem Streik betroffen, der hier am 28. Januar 1918 begann. Am gleichen Tage traten gewählte Vertrauensleute der streikenden Betriebe zusammen, konstituierten sich als Arbeiterrat und wählten einen Aktionsausschuß, zu dem je drei Vertreter der SPD und der USPD hinzugezogen wurden. Es waren dies fast die gleichen Männer, die in der Revolution als Rat der Volksbeauftragten die Macht übernahmen (Braun, Ebert, Scheidemann, Dittmann, Haase, Ledebour). Allerdings wurden der Arbeiterrat und der Aktionsausschuß bald von der Polizei aufgelöst, so daß sie nur wenige Sitzungen abhalten konnten[4]). Als Ziele des Streiks wurden Forderungen verkündet, die kaum über die Leipziger Forderungen vom April 1917 hinausgingen, wenn auch die politischen Wünsche jetzt an der Spitze standen und schärfer formuliert waren[5]). Punkt 2 „Hinzuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen" entsprach einem von der bolschewistischen

[1]) Vgl. Prager, S. 161; Rosenberg, Entstehung, S. 197. Die Drohung richtete sich ebenfalls gegen die Gewerkschaften: die Arbeiter wollten notfalls ohne und gegen sie sich organisieren und handeln.

[2]) Im April 1917 beschlossen in Leipzig 18000 Arbeiter die erwähnte Resolution (Scheidemann, Zusammenbruch, S. 64), im Januar 1918 schwankten die Angaben über die Zahl der Streikenden allein in Berlin zwischen 180000 und 500000: Schultheß, 34. Jg., 1918, I, S. 49; „Vorwärts" vom 29. Januar 1918; Ill. Gesch., S. 161.

[3]) Nowack, S. 108: Die Meuterer unterzeichneten ihre Befehle als „Der Ausschuß der Mannschaften".

[4]) „Vorwärts" vom 29. Januar und 30. Januar 1918; Schultheß, 34. Jg., 1918, I, S. 49 ff.; Reinhard, S. 21; R. Müller, I, S. 103; Scheidemann, Zusammenbruch, S. 70; Barth, S. 21 f.

[5]) Text: „Vorwärts" vom 29. Januar 1918; R. Müller, I, S. 204; Prager, S. 170.

Propaganda damals stark betonten Verlangen. Wieder waren die Wünsche nicht besonders radikal, von einer Republik war nicht die Rede, geschweige denn von einer Räterepublik. Nur Flugblätter des Spartakusbundes aus der Zeit des Streiks sprachen von der „Erringung der Volksrepublik in Deutschland[1])". Die radikalen Gruppen hatten den Januarstreik und die Bildung des Arbeiterrats planmäßig vorbereitet und unterstützten beides durch viele Flugblätter[2]). Allerdings war der Einfluß des Spartakusbundes auf Ausbruch und Verlauf des Streiks gering. Die Aktion wurde in erster Linie durch die Revolutionären Obleute vorbereitet und geleitet; Richard Müller gab in der Gewerkschaftsversammlung der Metalldreher das Signal zum Ausbruch. Der elfköpfige Aktionsausschuß des Arbeiterrats bestand ausschließlich aus Vertrauensmännern der Obleute[3]). Dagegen war die Stellung der USPD zum Streik nicht einheitlich[4]).

Im Januar 1918 wurde in fast allen größeren deutschen Städten gestreikt[5]). Außer in Berlin wurde jedenfalls auch in Kiel bei dieser Gelegenheit ein Arbeiterrat gebildet (27. Januar 1918), hier auf Initiative der örtlichen USPD. Der Arbeiterrat hat nicht lange bestanden und keine größere Tätigkeit entfaltet[6]).

Der Januarstreik 1918 war „die erste ernstlich revolutionäre Aktion, die in Deutschland während des Krieges ausbrach", ein Vorspiel zur Novemberrevolution[7]). Wenn auch die meisten beteiligten Personen und Organisationen keine revolutionären Absichten hatten, so deutete sich doch in der Haltung der verschiedenen Gruppen, in der Zusammensetzung der leitenden Körperschaften und in dem Einfluß, den die Radikalen im Augenblick der Aktion gewinnen konnten, die Situation des November bereits an. Der Verlauf des Streiks in Berlin und Kiel zeigte, daß ein größerer Teil der Arbeiterschaft jetzt Arbeiterräte als die zeitgemäße Organisationsform eines Streiks oder einer revolutionären Massenbewegung ansah, als ein neues Instrument des politischen Klassenkampfes[8]). Gleichzeitig waren die Räte Organe, die die Zersplitterung der Arbeiterschaft zu überwinden vermochten, da sie über den verschiedenen Richtungen standen. Infolgedessen breitete sich der Rätegedanke im Laufe des Jahres 1918 immer weiter in der Arbeiterschaft aus, gefördert durch die Nach-

[1]) Spartakus im Kriege, S. 182.

[2]) R. Müller, I, S. 202 f.; Unterirdische Literatur, S. 97; Spartakus im Kriege, S. 183 ff.; vgl. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 69; Rosenberg, Entstehung, S. 197.

[3]) R. Müller, I, S. 103, vgl. S. 126.

[4]) Die Reichstagsfraktion hatte gegen wenige Stimmen (darunter Ledebour) eine Aufforderung zum Massenstreik abgelehnt und auf Haases Vorschlag die Arbeiterschaft nur zu „kräftigen Willensäußerungen" aufgefordert. Nach seinem Ausbruch wurde der Streik von Partei und Fraktion unterstützt. Vgl. Ledebour, S. 10; R. Müller, I, S. 101.

[5]) Schultheß, a. a. O.; Dr. Ludwig Herz, Gutachten im Dolchstoßprozeß, Protokoll, S. 306; vgl. Escherich-Hefte, I, S. 11; Stümke, S. 218; Bünemann, S. 55 f.

[6]) Popp (Kieler USPD), S. 7; vgl. Ströbel, S. 49; Herzfeld, S. 94.

[7]) Ledebour, S. 9; Rieper, S. 7; Rosenberg, Entstehung, S. 193.

[8]) Popp, S. 8.

richten aus Rußland, die Propaganda des Spartakusbundes und die Tätigkeit der Revolutionären Obleute. Massenaktionen bzw. eine Revolution konnte man sich nicht mehr ohne Arbeiterräte vorstellen.

Auch in Kreisen, die der Arbeiterbewegung völlig fernstanden, wurde von den Räten gesprochen. Auch hier hatten die russischen Ereignisse großen Eindruck gemacht und Hoffnungen oder Befürchtungen geweckt. Der Begriff „Arbeiter- und Soldatenrat" wurde in weiten Kreisen als *Schlagwort* benutzt, um je nach Temperament und politischer Einstellung eine friedliche Demokratisierung oder einen blutigen Umsturz zu bezeichnen. So wurde der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheitsparteien oft scherzhaft Arbeiter- und Soldatenrat genannt, u. a. in Besprechungen mit Bethmann-Hollweg[1]). Ende September 1918 wandte sich Scheidemann im Hauptausschuß des Reichstages gegen eine optimistische Lagebeurteilung mit den Worten: „. . . in acht Tagen könnten in diesem Saale schon Arbeiter- und Soldatenräte sitzen[2])".

In diesen Äußerungen wurde der Ausdruck „Arbeiter- und Soldatenrat" fast als Synonym für „Revolution" verwendet, als treffender Ausdruck für einen Umsturz aller staatlichen Verhältnisse. Im Herbst 1918 waren die Räte nicht nur für die Arbeiterschaft ein wichtiges Kennzeichen und eine notwendige Begleiterscheinung der Revolution, sondern auch für weite Kreise des Bürgertums bis in höchste Regierungskreise hinein.

9. Kapitel:

Die letzten Wochen vor der Revolution

a) Die Revolutionsvorbereitungen der linksradikalen Gruppen

Je deutlicher sich im Herbst 1918 die militärische Niederlage abzeichnete, desto mehr drängte die innere Situation zur Revolution. Jetzt begann der äußerste linke Flügel der Arbeiterbewegung mit praktischen Revolutionsvorbereitungen, und jetzt erst gewann die russische Propaganda größeren Umfang. Da die militärische Niederlage schon vorher feststand, war sie keine Folge der Revolution oder der Revolutionsvorbereitungen. Erst etwa seit September 1918 gab es in Deutschland Ereignisse, die die Revolution und die Entstehung der Arbeiter- und Soldatenräte direkt vorbereiteten. Aus diesem Grunde bilden die letzten zwei oder drei Monate vor der Revolution einen besonderen Abschnitt in ihrer Vorgeschichte und in der Geschichte des Rätegedankens in Deutschland.

[1]) S. Haußmann, S. 112 f. Der Oberstleutnant v. Haeften meinte sogar, die Zumutung der Parteien an Michaelis, sie bei der Beantwortung der Papstnote zu hören, sei „nicht Parlamentarisierung, sondern Arbeiter- und Soldatenrat" (Brief vom 24. August 1917. Max von Baden, S. 140).

[2]) Max von Baden, S. 324; vgl. Scheidemann, Memoiren, II, S. 183.

Am 7. Oktober veranstalteten Spartakusbund und Linksradikale eine gemeinsame geheime *Konferenz*, bei der sie vereinbarten, in Zukunft eng zusammenzuarbeiten und die Revolution, mit der sie in allernächster Zeit rechneten, nach der russischen Methode durchzuführen[1]). In einem Aufruf an die Bevölkerung forderten sie (neben Enteignung des Kapitals und des Großgrundbesitzes), daß Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern, Soldatendelegierte und Vertrauensleute der Arbeiter gewählt würden, um die Lebensmittelproduktion und -verteilung zu überwachen und die militärische Disziplinargewalt zu übernehmen. Damit wurden der Sache nach Bauernräte, Soldatenräte und Arbeiterräte gefordert. Die Spartakusbriefe meldeten, daß die Konferenz beschlossen habe, „die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sofort in allen Orten in Angriff zu nehmen[2])". Die Räte wurden also nicht nur der Sache, sondern auch dem Namen nach erwähnt. Im Aufruf hieß es weiter: „Der Kampf um wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlamente, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel, er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz." Dies richtete sich gegen die „Agitation der Unabhängigen für die Parlamentarisierung", die nur zur Ablenkung von den eigentlichen Zielen der proletarischen Bewegung, nämlich der „Herbeiführung der Revolution", diene[2]).

Der Aufruf enthielt also alte sozialdemokratische Ziele, die auf einem neuen Wege erreicht werden sollten, mit Hilfe von Revolutionsausschüssen und nicht mehr mit Hilfe der Parlamentarisierung. Sie galt jetzt als schädlich, da sie das Proletariat in seinem Kampf ablenken würde. Dagegen wird in den Berichten über die Konferenz nicht deutlich, was man sich unter „wirklicher Demokratisierung" konkret vorstellte, d. h. welche Staatsform das Ziel der Revolution sein sollte. Von einer Diktatur nach bolschewistischem Vorbild war weder im Aufruf noch im Spartakusbrief die Rede. Es bleibt unklar, wieweit die bolschewistische Theorie damals von Spartakisten und Linksradikalen bereits übernommen worden war, bzw. wieweit man mit Hilfe der Räte eine fortschrittliche Demokratie einrichten wollte. Über diese Frage bestanden vermutlich im Spartakusbund noch Differenzen. Jedenfalls wollte man sich noch nicht öffentlich auf die Rätediktatur festlegen.

Im Oktober 1918 wurde ebenfalls zum ersten Male in Deutschland versucht, eine kommunistische Partei zu gründen. Am 15. Oktober wurde das Programm der „Internationalen Kommunisten Deutschlands" veröffentlicht, das die „Ein-

[1]) Trotz abweichender Datierung (1. Oktober) bei Frölich (10 Jahre, S. 249) und Ill. Gesch. (S. 177) liegt der genannte Termin fest nach: „Vorwärts" vom 6. November 1918 (nach einer Meldung der Schweizer „Sentinelle"), Spartakusbrief Nr. 12, vom Oktober 1918 (Spartakusbriefe, II, S. 191 ff.), Aufruf der Konferenz (Unterirdische Literatur, S. 113). Das Protokoll wurde in einer Verlagsanzeige 1920 angekündigt, war aber im Deutschen Bücherverzeichnis nicht festzustellen.

[2]) Spartakusbriefe, II, S. 193.

heitsorganisation" forderte und den Parlamentarismus ablehnte[1]). Die Gruppe war zahlenmäßig sehr schwach und gewann keine Bedeutung. Auf dem Gründungsparteitag der KPD schloß sie sich dieser Partei an[2]). Ein kleiner, besonders radikaler Teil der Arbeiterbewegung hatte sich also schon so weit von der Mehrheit entfernt, daß er es für nötig oder zweckmäßig hielt, eine neue Organisation mit einem neuen Namen zu schaffen, der sich an das russische Vorbild anlehnte.

Die Propaganda des Spartakusbundes wurde im September und Oktober 1918 umfangreicher und in ihren Formulierungen immer radikaler. Flugblätter forderten dazu auf, die Regierung gewaltsam zu stürzen und eine deutsche Republik zu errichten oder Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden[3]). Ein Flugblatt aus dem Bereich der deutschen Ostarmee vom 10. Oktober, das durch die Linksradikalen verbreitet wurde, stand bereits uneingeschränkt auf dem Standpunkt der bolschewistischen Ideen, was bei den Spartakusflugblättern im Oktober noch nicht der Fall war[4]). Allerdings hatte sich Liebknecht, als er am 23. Oktober amnestiert wurde, bereits die radikalste Parole zu eigen gemacht und war Anhänger der Rätediktatur. Er begann in Berlin sofort eine sehr lebhafte Agitation bei Massenversammlungen und Demonstrationen. Als ihm die USPD einen Sitz im Parteivorstand anbot, wollte er nur annehmen, wenn vorher ein Parteitag seine prinzipiellen und taktischen Ansichten gebilligt habe[5]). Liebknecht wußte also, daß er sich in Theorie und Praxis auch von der USPD schon getrennt hatte. Er war der erste Vertreter des Spartakusbundes, der in Berlin öffentlich die Räterepublik als Ziel der Revolution proklamierte, allerdings erst am 7. November. Ein Flugblatt mit diesem Datum, von Liebknecht und Ernst Meyer unterzeichnet, forderte als „nächste Ziele": „. . . 2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien . . . 5. Übernahme der Regierung durch Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte[6])."

Auch die Revolutionären Obleute haben im September und Oktober 1918 ihre Tätigkeit gesteigert und ihre Vorbereitungen intensiviert. Nachdem sie begonnen hatten, ihr Vertrauensmännersystem auf die Berliner Kasernen auszudehnen, schufen sie in den letzten Wochen vor der Revolution einen „Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat", womit praktisch nur die bereits bestehende Organisation einen neuen Namen erhielt. Die Obleute unterzeichneten ihre Flugblätter, die recht zahlreich gewesen zu sein scheinen, jetzt als „Vollzugsrat

---

[1]) „Vorwärts" und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 15. Oktober 1918; vgl. „Welt-Revolution" vom 20. Oktober 1918; Ill. Gesch., S. 230, S. 259.

[2]) Protokoll, S. 13.

[3]) Spartakus im Kriege, S. 206 ff.

[4]) „Manifest des Kriegs-Revolutionsrates der deutschen Ostarmee", Flugblattsammlung Dr. Jenkel.

[5]) Barth, S. 35.

[6]) Spartakus im Kriege, S. 229. Vorher in Stuttgart ähnliche Forderungen, s. u. S. 52.

des Arbeiter- und Soldatenrats[1])". Noch am 7. November gab der militärische Befehlshaber, Generaloberst von Linsingen, bekannt: „In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden. Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung im Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit. Ich verbiete . . .[2])."

Die Berliner Revolutionären Obleute betrachteten jetzt eine „Räterepublik nach russischem Muster" als das Ziel der Revolution[3]). Wenn auch aus den Quellen nicht ganz deutlich wird, wie diese Räterepublik aussehen sollte, so zeigt doch der Hinweis auf Rußland und die Tatsache, daß man das Wahlrecht zu den Räten auf das Proletariat beschränken wollte, daß das Ziel der Obleute nicht mehr eine soziale Demokratie war, sondern daß es den bolschewistischen Vorstellungen von der Rätediktatur sehr nahe kam. Allerdings bekannten sich nur die Berliner Obleute zu diesem Ziel, ähnlich die Münchener. Alle übrigen wollten nicht über die Forderungen des Januarstreiks hinausgehen. Auch bei den Revolutionären Obleuten war der bolschewistische Rätegedanke noch nicht voll durchgedrungen.

Am Vormittag des 2. November beschlossen die Führer der Obleute in Berlin angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Lage, jedoch ohne Kenntnis der Vorgänge bei der Flotte[4]), mit der vorbereiteten Revolution am 4. November loszuschlagen. Bei einer Vertrauensmännerversammlung am Abend, die die endgültige Entscheidung treffen sollte und an der auch die Führer der USPD und des Spartakusbundes teilnahmen, tauchten die alten taktischen Gegensätze in aller Schärfe wieder auf: Der radikalere Teil der Obleute, Barth, Däumig und Ledebour, wollte die Revolution am 4. November beginnen, Richard Müller am 11. November; die Spartakisten empfahlen die „revolutionäre Gymnastik", Haase und Dittmann wollten die Revolution bis nach dem Friedensschluß vertagen. In der Abstimmung, bei der nur die Obleute der Betriebe stimmberechtigt waren, wurde mit 21 gegen 19 Stimmen die Vertagung der Revolution beschlossen, um möglichst am 11. November voll gerüstet beginnen zu können[5]).

Dieser Vorgang beweist so klar wie kaum ein zweiter die Bedeutungslosigkeit der Radikalen. Alle ihre Pläne und Vorbereitungen wurden sofort durch die von

[1]) Max Cohen, Handbuch der Politik, II, S. 267; Däumig auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 228.

[2]) „Vorwärts" vom 7. November 1918; R. Müller, I, S. 141; vgl. „Frankfurter Zeitung" vom 4. November 1918.

[3]) R. Müller, I, S. 139, von einer Sitzung am 2. November; vgl. Barth, S. 42; Ledebour, S. 21 f.

[4]) Anders Barth (S. 52), der die Kieler Ereignisse z. T. auf seine Befehle zurückgehen läßt, und Pieck (S. 74), nach dem die Sitzung vom 2. November wegen der Kieler Ereignisse einberufen wurde. Beide Darstellungen sind unglaubhaft, vgl. Ledebour, S. 13; Wels auf dem Parteitag der SPD 1919, Protokoll, S. 152 f.; Rosenberg, Entstehung, S. 246.

[5]) Barth, S. 50 f.; Ledebour, S. 13 f.; Pieck, S. 74; R. Müller, I, S. 139.

Kiel ausgehende Bewegung überholt und beiseite geschoben. Die deutsche Novemberrevolution war kein Ereignis, das durch eine zufällige Mehrheit von zwei Stimmen in einem kleinen Verschwörerkreis begonnen oder verschoben werden konnte. Die Revolution der Revolutionären Obleute, deren Ziel, jedenfalls bei den radikalsten Kräften, eine Rätediktatur war, mußte der Revolution der Soldaten und Arbeiter weichen, die ihr Ziel in einer sozialen Demokratie sahen. Da aber auch diese Revolution sich der Form der Arbeiter- und Soldatenräte bediente, mußte die Entstehung der Räte andere Ursachen gehabt haben als die Pläne und die Vorbereitungen der radikalen Gruppen.

b) Die Situation in Deutschland Anfang November 1918

Die Aktivität der Radikalen, die Oktoberkonferenz und die Beschlüsse vom 2. November hatten nur eine geringe unmittelbare Wirkung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden erst durch die Matrosenmeuterei Arbeiter- und Soldatenräte ins Leben gerufen. Solche Ausnahmen sind m. W. außer im Falle des „Vollzugsrates" der Berliner Obleute nur aus Württemberg und, weniger sicher und deutlich, von einzelnen Stellen der Ostfront bekanntgeworden.

Der Spartakist Rück, der auch mit den Revolutionären Obleuten in Verbindung stand, gründete zwischen dem 30. Oktober und dem 3. November in Stuttgart im Daimlerwerk einen Arbeiter- und Soldatenrat, am 5. November in Friedrichshafen. Bei einer Demonstration in Stuttgart forderte Rück dazu auf, die nur scheinbare Volksregierung des Prinzen Max von Baden zu beseitigen und eine Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte an ihre Stelle zu setzen[1]). Das Organ des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats (die erste „Rote Fahne" in Deutschland) forderte in seiner ersten Nummer am 6. November Waffenstillstand, Abdankung des Kaisers und „Auflösung des Landtags und des Reichstags. Die Regierung übernehmen sofort zu wählende Delegierte der Arbeiter, Soldaten, Kleinbürger und Landarbeiter." Daneben standen Teile des Aufrufes vom 7. Oktober[2]). Allerdings reichte die Kraft der Radikalen nur für einen sehr kurzen Erfolg. Am 6. November wurde die Arbeit wiederaufgenommen, die Unruhen waren beendet, die alte Ordnung war wiederhergestellt. Der Arbeiter- und Soldatenrat bestand in Stuttgart weiter, war aber ohne Einfluß. Die Revolution begann in Württemberg erst am 9. November, Formen und Ziele waren sehr gemäßigt. Das Programm einer großen Demonstration der SPD und der USPD in Stuttgart am 9. November forderte eine einheitliche deutsche Volksvertretung und erwähnte die Räte nicht. In Friedrichshafen wurde erst am 11. November die Republik ausgerufen[3]).

---

[1]) „Frankfurter Zeitung" vom 6. November 1918; Scheiding, S. 24; Ill. Gesch., S. 184 nach: Rück, Tagebuch eines Spartakisten; Keil, II, S. 32 ff.

[2]) Faksimile Ill. Gesch., S. 183. Das Blatt nannte sich „Zentralorgan sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs".

[3]) Keil, II, S. 37 ff., S. 51.

Ein Flugblatt aus dem Bereich der deutschen Ostarmee[1]) und die „Welt-Revolution[2])" meldeten, daß im Oktober an einzelnen Stellen der Ostfront „geheime Soldaten-Deputiertenräte" bestanden. Wieweit diese Nachrichten auf Tatsachen beruhten, konnte nicht geprüft werden.

Nur an sehr wenigen Stellen Deutschlands wurden also Räte allein auf Initiative der revolutionären Gruppen geschaffen, bevor die Kieler Ereignisse den Anstoß gaben. Allerdings gelang es den Radikalen, den Rätegedanken immer weiter zu verbreiten. Anfang November wurde zum ersten Male in der Öffentlichkeit die Räterepublik propagiert. Die Stuttgarter „Rote Fahne" vom 6. November, das Berliner Spartakusflugblatt vom 7. November und ein Aufruf des Bremer Arbeiter- und Soldatenrats vom 8. November[3]) sind sich in Inhalt und Formulierung so ähnlich, daß sie auf eine gemeinsame Quelle schließen lassen. Die wenigen Spartakisten und Linksradikalen, die ihr Vorbild in Lenins Theorie und in der russischen Verfassung sahen, müssen an den Hauptstützpunkten des Radikalismus eine einheitliche Vorlage für ihre Forderungen gehabt haben[4]).

Auch die USPD wurde jetzt an einigen Orten radikaler und näherte sich dem Rätegedanken, besonders in München, wo unabhängige Redner am 5. November von der „Schaffung von Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Muster" sprachen[5]), und in Stuttgart, wo die Partei am 30. Oktober forderte: „Wahl eines aus Arbeitern und Soldaten bestehenden Volksparlamentes[6])."

Anfang November 1918 wollten Spartakusbund, Linksradikale, Revolutionäre Obleute und ein größerer Teil der übrigen USPD im Falle der Revolution Arbeiter- und Soldatenräte bilden. Große Teile der Arbeiterschaft und anderer Schichten standen dem Rätegedanken mit einer gewissen passiven Bereitschaft gegenüber, da sie die Räte als einen nicht zu vermeidenden bzw. geeigneten Weg zum Frieden und zum Sozialismus und als natürliche Begleiterscheinung einer Revolution ansahen. Die Theorie von der Rätediktatur wurde nur von den Berliner und Münchener Revolutionären Obleuten und von einem unbestimmbar großen Teil des Spartakusbundes (einschließlich Linksradikaler) befürwortet. Die Masse der Arbeiterschaft, ein großer Teil des Bürgertums, SPD und Mehrheit der USPD sahen ihr Ziel in einer parlamentarischen Demokratie, teilweise schon in einer Republik. Die bolschewistischen Ideen waren aber im Vordringen und

[1]) „Manifest des Kriegs-Revolutionsrates der deutschen Ostarmee", Flugblattsammlung Dr. Jenkel.

[2]) Nr. 52 vom 20. Oktober 1918.

[3]) Ill. Gesch., S. 199.

[4]) Es wäre für die Erforschung der Revolutionsgeschichte sehr wichtig, an Hand der Aufrufe, Flugblätter, Plakate usw. aus den ersten Revolutionstagen gemeinsame Quellen und deren Verbreitung über Deutschland festzustellen. Das mir zur Verfügung stehende Material erlaubte eine solche Untersuchung nicht.

[5]) Escherich-Hefte, I, S. 13.

[6]) Keil II, S. 29; vgl. den Stuttgarter „Sozialdemokrat" (das Organ der USPD) vom 6. November 1918 (bei Keil, II, S. 39); „Vorwärts" vom 21. Oktober 1918.

gewannen neue Anhänger. Seit Mitte Oktober warnte der „Vorwärts" mehrfach vor den „bolschewistischen Revolutionsphrasen" oder dem „Socialismus Asiaticus, der sich Bolschewismus nennt[1])".

Die Verfassungsänderungen im Oktober waren geeignet, die Ausbreitung dieser Ideen zu unterstützen. Die Änderungen konnten ihr Ziel, das Volk und besonders die Arbeiterschaft für den Staat zu gewinnen, nicht erreichen, sondern hatten oft den entgegengesetzten Erfolg. Die Verfassungsänderungen wurden in der Propaganda der Regierungsparteien als die endlich erkämpfte Demokratie hingestellt. Durch einige Reichstagsbeschlüsse sollte jetzt das Ziel verwirklicht worden sein, für das die Arbeiterschaft jahrzehntelang gekämpft hatte. Die Demokratie, von der man sich den Beginn des Sozialismus, die Befreiung der Arbeiterklasse, erhofft hatte, sollte plötzlich und beinahe über Nacht erreicht worden sein, ohne daß der einzelne Arbeiter irgendwie dabei mitgewirkt hätte. Dabei hatte sich in seinem unmittelbaren Bereich nichts geändert. Die alte Verwaltung und das Militär, der Kaiser und die bürgerliche Regierung, Belagerungszustand und wirtschaftliche Ausbeutung waren geblieben. Die politische Umwandlung hatte sich außerhalb des engeren Gesichtskreises der Massen vollzogen und ihren sozialen Lebensinhalt nicht geändert[2]). Die Folge mußte sein, daß die Bedeutung der Verfassungsänderung den Massen nicht bewußt, sondern eher Mißtrauen gegenüber der Demokratie und dem Parlamentarismus geweckt wurde. *Diese* Demokratie konnte nicht das ersehnte Ziel sein, sondern mußte offenbar beseitigt oder jedenfalls verbessert werden.

Die radikalen Gruppen nutzten diese Stimmung aus und behaupteten, daß die neue Regierung nur das „Feigenblatt des Absolutismus" sei und niemals die Befreiung der Arbeiterklasse bringen werde[3]). So haben auch die Verfassungsänderungen im Oktober zur Ausbreitung des Rätegedankens beigetragen.

---

[1]) „Vorwärts" vom 17. Oktober, 18. Oktober, 21. Oktober, 6. November 1918.

[2]) Vgl. Sinzheimer auf dem Parteitag der SPD 1919, Protokoll, S. 406; Rosenberg, Entstehung, S. 238; Bünemann, S. 39.

[3]) Liebknecht, Aufzeichnungen, S. 142; vgl. „Welt-Revolution" vom 10. Oktober 1918; Spartakus im Kriege, S. 206 ff.

III. Teil

Deutschland als Räterepublik

10. Kapitel:

Die Novemberrevolution

a) Die Entstehung der Arbeiter- und Soldatenräte

Nach dem Ausbruch der Revolution entstanden überall in Deutschland sofort Arbeiter- und Soldatenräte. Auch dort, wo bereits vorher Räte bestanden, ging der Anstoß zur Erhebung nicht von ihnen, sondern direkt oder indirekt von der Militärmeuterei aus. Sobald der Sieg oder die ersten Erfolge errungen waren, wurden gewissermaßen als Bestätigung der vollzogenen Revolution Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzt, die dann die Bewegung in die Hand nahmen und die weiteren Aktionen leiteten. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren also nicht die Initiatoren, sondern ein *Ergebnis* der Revolution.

Die Karten im Anhang der vorliegenden Arbeit lassen deutlich erkennen, daß die Bewegung sich von Kiel aus strahlenförmig über Deutschland verbreitete. Ausnahmen von dieser Regel sind nur die Räte in Berlin (Revolutionäre Obleute) und Württemberg (Rück). Eine Ausnahme bildet in gewissem Sinne auch Bayern, da die Revolution in München ausbrach, bevor die Kieler Bewegung Süddeutschland erreicht hatte. Die Vorgänge in Norddeutschland waren aber schon bekanntgeworden. Die Karten zeigen weiterhin, daß man eigentlich nicht von der Revolution des 9. November sprechen und dabei die Ereignisse in Berlin einseitig in den Vordergrund stellen darf. Die Revolution und die Rätebewegung hatten am 9. November bereits den größten Teil Deutschlands erfaßt und waren von verschiedenen Seiten an Berlin herangerückt, so daß die Revolution in der Reichshauptstadt eine natürliche Fortsetzung der Revolution im übrigen Deutschland war, wenn auch Berlin als Sitz der Reichsregierung und der preußischen Regierung seine besondere Bedeutung hatte.

Die deutsche Revolution war eher ein Zusammenbruch als eine aktive Erhebung. Sie war nicht das Werk der kleinen und verhältnismäßig einflußlosen revolutionären Gruppen. Die Revolution wurde von Arbeitern und Soldaten getragen, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl hinter der Reichstagsmehrheit standen. Da die Regierung Max von Baden aus den Mehrheitsparteien zusammengesetzt war, rebellierten die Massen eigentlich gegen sich selbst. Sie hatten dieselben Ziele wie die Regierungsparteien, denen Führung und Mehrheit der USPD innerlich sehr nahestanden, und wollten Frieden und Demokratie. Aber weil den

Massen die Bedeutung der Verfassungsänderungen und der neuen Regierung nicht bewußt geworden war und sie nicht mehr daran glaubten, ihre Ziele mit parlamentarischen Methoden gegen den Widerstand des Militärs und der Behörden erreichen zu können, wollten sie jetzt eine neue Taktik einschlagen. Die Massen wollten selbst aktiv werden und mitwirken, sei es, um die neue Regierung gegen die zivile und militärische Bürokratie zu unterstützen, sei es, um das Ende des Krieges und die Demokratisierung mehr zu beschleunigen, als es die Regierung zu tun schien. Nur in diesem Sinne, in bezug auf den Weg, wollte die Revolution etwas Neues. In den Zielen ging sie nicht über das hinaus, was bereits die Oktoberregierung wollte[1]).

Weil die SPD, die rechte USPD und die Gewerkschaften diesen neuen Weg, den bewaffneten Aufstand, jedenfalls in diesem Augenblick ablehnten und teilweise bis zuletzt nicht mit dem Ausbruch einer Revolution rechneten, waren sie weder theoretisch noch organisatorisch darauf vorbereitet. Sie konnten und wollten nicht ihren Organisationsapparat der Bewegung zur Verfügung stellen[2]). Die Soldatenmeuterei mußte sich eine neue Organisationsform suchen. Damit ging die Initiative an die Radikalen über, die als einzige ein Revolutionsprogramm besaßen und wußten, was sie wollten. Die revolutionären Gruppen gewannen in diesem Augenblick eine Bedeutung, die weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausging.

Im Herbst 1918 galten Arbeiter- und Soldatenräte als natürliche Begleiterscheinung einer Revolution. Die aufständischen Arbeiter und Soldaten konnten sich eine Revolution nur in den Formen vorstellen, die sie in Rußland und bei den Massenstreiks in Deutschland kennengelernt hatten. Auch jetzt brauchten die Aufständischen ein Organ, um die Aktionen zu leiten und Forderungen zu vertreten. Wo Angehörige der radikalen Gruppen beteiligt waren, warfen sie die Parole vom 7. Oktober in die Massen: „Bildet Arbeiter- und Soldatenräte!" Es fiel nicht schwer, die Massen dafür zu gewinnen, da jedermann gerade dies erwartete. Überall, auch dort, wo kein Einfluß der äußersten Linken festzustellen war, wurde die Tatsache der Revolution dadurch dokumentiert, daß man die höchste politische Gewalt an Arbeiter- und Soldatenräte übergab. Das Bürgertum, zivile und militärische Behörden nahmen die Machtergreifung der Räte resigniert hin als etwas, mit dem man rechnen mußte und das nicht zu umgehen war. Ernsthafter Widerstand wurde nirgends geleistet. Die „Selbstverständlichkeit", mit der die Räte gebildet wurden, ist m. W. erst späteren Betrachtern als

[1]) Vgl. Rosenberg, Entstehung, S. 201, S. 238. Im Rahmen dieser Arbeit können die Ursachen und der Charakter der Revolution nicht erschöpfend untersucht werden. Für Hamburg vgl. darüber Bünemann, S. 72 ff.; für die (angelsächsische) Auffassung, daß die Revolution ein Versuch gewesen sei, den Folgen des verlorenen Krieges auszuweichen, vgl. Berlau, S. 336, Taylor, S. 180 ff.

[2]) Noch am 17. Oktober 1918 bezeichnete der „Vorwärts" die Ankündigung einer deutschen Revolution durch die russische Regierung als „falsch" und „unmarxistisch".

„sehr bemerkenswert" aufgefallen[1]), nicht dagegen den unmittelbar Beteiligten. Angesichts der politischen und psychologischen Situation hatte der Vorgang nichts Überraschendes.

Obwohl die Radikalen in den ersten Stunden und Tagen der Revolution oft einen erheblichen Einfluß besaßen, haben meist nicht sie, sondern, jedenfalls bis etwa zum 7. November, die Kieler Matrosen, die sich schnell über Deutschland verbreiteten, den Anstoß zur Revolution gegeben. Die Radikalen konnten nur selten die Bewegung in die Hand bekommen, nach ihren Plänen lenken und ihre Leute an die Spitze stellen[2]). Meist gelang es der SPD und der USPD, ihre Vertreter in die Räte hineinwählen zu lassen, da die Anhänger der beiden Parteien sehr viel zahlreicher waren. Die SPD beteiligte sich trotz aller grundsätzlichen Bedenken, nachdem die Revolution einmal ausgebrochen war und überall Räte geschaffen wurden. Zuerst versuchten die Radikalen an manchen Orten, die Mehrheitssozialisten von den Räten auszuschließen, was sich schnell als unmöglich erwies[3]).

In der verschiedensten Form wurden die Arbeiter- und Soldatenräte gewählt bzw. ernannt. Die Art ihrer Entstehung richtete sich ganz nach den örtlichen Verhältnissen und kannte kein einheitliches Schema. Meistens verständigten sich zunächst SPD und USPD miteinander, an manchen Stellen USPD und radikale Gruppen. Die Parteivorstände oder Mitgliederversammlungen setzten dann einen Arbeiterrat ein, in dem die beteiligten Gruppen paritätisch vertreten waren. Wahlberechtigt waren in diesem Falle nur Parteimitglieder. Manchmal wurden die Räte von den Parteien vorgeschlagen und in Volksversammlungen gewählt, manchmal waren die Gewerkschaften beteiligt. Selten wurde in den Betrieben gewählt. Zu Soldatenräten wurden oft durch Zuruf die beliebtesten Kameraden bestimmt, seltener wurde richtig gewählt. Die Gründung der Arbeiter- und Soldatenräte ging im allgemeinen recht tumultuarisch vor sich, da die verschiedenen Richtungen versuchten, sich gegenseitig zuvorzukommen und zu übertrumpfen. Bisweilen nahmen die Führer des Umsturzes ohne jede weitere Legitimation den Namen Arbeiterrat bzw. Soldatenrat an, so daß später niemand mehr wußte, woher die ersten Räte gekommen waren[4]).

Einige Beispiele sollen die Entstehung der Arbeiter- und Soldatenräte erläutern. Buchner schrieb über Kiel[5]): „Der Arbeiter- und Soldatenrat ist über

[1]) So Volkmann, Gutachten vor dem Untersuchungsausschuß, S. 283; vgl. Volkmann, Marxismus, S. 227.

[2]) Allein in Braunschweig ging der Arbeiterrat (unter Merges) aus den Vertrauensmännern der Revolutionären Obleute hervor, vgl. Ill. Gesch., S. 194; Reinhard, S. 21 ff.

[3]) Z. B. in Hamburg, Bünemann, S. 103.

[4]) DAZ vom 14. November 1918; Däumig im „Arbeiterrat", 1. Jg., Nr. 1, S. 2; K. Lucke, ebd., Nr. 4, S. 10; Max Sievers, ebd., Nr. 5, S. 10; Cohen, im Handbuch der Politik, II, S. 268; R. Müller, II, S. 60; Gutmann, S. 30; Reinhard, S. 22; Frölich, R. L., S. 309; Stampfer, Schriftliche Mitteilung vom 10. Oktober 1950; Bünemann, S. 84.

[5]) S. 40, Anm.; vgl. „Kieler Zeitung" vom 5. November 1918, zitiert bei Ahnert, S. 154 f.

Nacht plötzlich da, und jedermann weiß von ihm." Nach Popp wählten die Matrosen am 1. November zunächst Kommissionen, die um Freilassung der Gefangenen bitten sollten. Am 4. November wählten dann die Matrosen der 1. Torpedodivision die ersten deutschen Soldatenräte, um ihrer Forderung nach Abdankung des Kaisers, Freilassung der Gefangenen und allgemeinem, gleichem Wahlrecht größeren Nachdruck zu geben. Die Initiative ging von den Matrosen Artelt und Tümmel aus, die mit der USPD in Verbindung standen. Am 5. November um 5.00 Uhr morgens konstituierte sich der Arbeiterrat, der aus Vorstandsmitgliedern der SPD und der USPD, dem Vorsitzenden des örtlichen Gewerkschaftskartells und Mitgliedern der Arbeiterausschüsse der Großbetriebe bestand[1]).

In Köln propagierten seit dem 6. November einige Matrosen aus Kiel die Revolution, darunter ein „Mitglied des Revolutionsausschusses in Kiel". Die Bezeichnung Soldatenrat wurde noch nicht gebraucht. Nachdem in der Nacht zum 8. November die Gefängnisse gestürmt worden waren, traten am Morgen die Führer der SPD und der USPD zu einer Sitzung zusammen, bei der sie beschlossen, einer für den Vormittag desselben Tages einberufenen Volksversammlung die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten zu empfehlen. Für den Arbeiterrat wurden je 6 Vertreter der beiden Parteien vorgeschlagen. Für die Ziele und die Tätigkeit des Rates wurde ein Programm entworfen, das u. a. sofortigen Frieden, Amnestie, Abschaffung der Dynastien und Annullierung der Kriegsanleihen forderte. Nachdem die Volksversammlung die Beschlüsse bestätigt und einige Soldaten hinzugewählt hatte, übernahm der Arbeiter- und Soldatenrat am Mittag des 8. November formal die politische Macht in der Stadt und beauftragte einige Männer, meist alte Gewerkschaftsfunktionäre, mit der Kontrolle der Behörden[2]).

Beim Feldheer wurde am 9. November im Großen Hauptquartier in Spa der erste Soldatenrat gebildet, nachdem eine Soldatenversammlung am 8. November dies beschlossen hatte[3]).

Oft entstanden zunächst einzelne Arbeiter- oder Soldatenräte in Stadtteilen, Betrieben, Kasernen usw. Sie schlossen sich örtlich zur Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte zusammen und setzten als Exekutive Aktionskomitees oder Vollzugsausschüsse ein, daneben Fachausschüsse. Da die Arbeiter und Soldaten die technischen Aufgaben der Verwaltung nicht allein bewältigen konnten, mußten die alten Behörden im Amt bleiben und konnten nur unter Kontrolle gestellt werden. Nur die Regierungen wurden neu besetzt. Neben die politischen Räte traten teilweise in den Betrieben Räte mit wirtschaftlichen Aufgaben, die Kontroll- und Mitbestimmungsrechte gegenüber der Betriebs-

[1]) Popp, S. 10 ff.; vgl. Noske, Von Kiel ..., S. 12; Ahnert, S. 154 ff.; Ströbel, S. 50; H. Müller, S. 23.

[2]) Nach Schäfer, S. 8 ff.; vgl. „Frankfurter Zeitung" vom 9. November 1918.

[3]) Reinhard, S. 24.

leitung beanspruchten[1]). An manchen Orten, besonders in Ostdeutschland (z. B. in Königsberg und in Breslau) entstanden keine Arbeiter- und Soldatenräte, sondern „Volksbeiräte" oder ähnlich genannte Einrichtungen, an denen Bürgerliche stark beteiligt waren. In Köln wurde am 10. November neben dem Arbeiter- und Soldatenrat ein „Wohlfahrtsausschuß" unter Oberbürgermeister Dr. Adenauer eingerichtet. In Frankfurt am Main war ein ähnlicher Versuch vor Ausbruch der Revolution gescheitert. Teilweise wurden Arbeiter- und Soldatenräte später zu Volksräten erweitert[2]).

b) Ziele und Charakter der Arbeiter- und Soldatenräte

Die Arbeiter- und Soldatenräte erhoben vielfach den Anspruch, das oberste politische Organ zu sein. Einzelne Stimmen aus den ersten Tagen der Revolution verkündeten die Diktatur des Proletariats[3]). Derartige Äußerungen zeigten den Einfluß der Radikalen, die, weil sie als einzige eine Konzeption für Aufgaben, Ziele und Machtbefugnisse der Räte besaßen, es in der ersten Begeisterung an einigen Stellen erreichten, daß die Räte sich das vorher formulierte radikale Programm zu eigen machten. In Wirklichkeit waren die Radikalen eine geringe Minderheit. Im Gegensatz zu ihnen hatten die Mehrheitssozialisten in den Räten kein Programm für eine grundsätzliche Neuordnung. Infolgedessen begnügten sie sich damit, die Ordnung aufrechtzuerhalten und dringende Aufgaben weiterzuführen bzw. in Angriff zu nehmen (Demobilisation), bis neue örtliche und zentrale Regierungsinstanzen eingesetzt waren. Auch die Unabhängigen wollten keine Rätediktatur errichten[4]). Daher war trotz der radikalen Kundgebungen die Praxis der Arbeiter- und Soldatenräte sehr gemäßigt.

Ein bezeichnendes Beispiel für diese Haltung der Räte gab es in Berlin. Die Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vom 10. November[5]) besetzte den Rat der Volksbeauftragten und den Vollzugsrat gegen den Willen der Radikalen paritätisch. Damit war an eine Rätediktatur nicht mehr zu denken. Nachdem so die gemäßigte Richtung für die Praxis gesiegt hatte, legten Däumig und Richard Müller eine Proklamation vor, in der die Räte zu den einzigen Trägern der politischen Macht erklärt wurden[6]). Die einstimmige Annahme dieser Proklamation zeigte, daß den meisten Teilnehmern, die ihre prak-

[1]) Noske, Von Kiel ..., S. 42: Betriebsrat in den Kieler Marine-Betrieben; vgl. Römer, S. 8.

[2]) „Frankfurter Zeitung" vom 8. November 1918, vgl. 5, Jan. 1919; Schäfer, S. 29; Ill. Gesch., S. 218 f.; Wippermann, I, S. 319.

[3]) Z. B. am 7. November im Programm des „Amtlichen Organs des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats", der „Roten Fahne" (das beschlagnahmte „Hamburger Echo"), vgl. Bünemann, S. 116.

[4]) Weder die „Leipziger Volkszeitung", noch die „Internationale" (die von der USPD besetzte Norddeutsche Allgemeine Zeitung), noch andere Stimmen aus den Reihen der USPD forderten die Diktatur des Proletariats bzw. die Räterepublik oder kündigten sie an.

[5]) S. u. S. 64.

[6]) „Frankfurter Zeitung" vom 11. November 1918; R. Müller, II, S. 38.

tischen Forderungen erfüllt sahen, die theoretische Bedeutung dieser Abstimmung nicht klargeworden ist.

Wesen und Aufgaben der neuen Institutionen wurden also sehr verschieden beurteilt. Dementsprechend waren auch die *Ziele* sehr verschieden, die von den Räten in ihren ersten Kundgebungen proklamiert wurden: In Lübeck wurde am 7. November ein Arbeiterrat gebildet, um die Forderung nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht und nach einer Arbeitslosenversicherung durchzusetzen[1]). In Schwerin empfing am 8. November der Großherzog eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats und genehmigte die Einführung des parlamentarischen Systems, womit die Wünsche offenbar erfüllt waren[2]). In Braunschweig erschien am 8. November abends eine Deputation des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats beim Herzog, verlangte die Abdankung und hatte sofort Erfolg[2]). In Leipzig forderte der Arbeiter- und Soldatenrat in seinem ersten Aufruf vom 8. November die sozialistische Republik Deutschland. In seinem zweiten Aufruf vom 14. November erklärte er, daß dazu gehöre: „... absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse, ... allgemeine Volksbewaffnung, ... Abschaffung aller bürgerlichen Gerichte[3])". Die einzigen Punkte, die übereinstimmend in allen Proklamationen auftauchten, waren Frieden und Demokratie. Die Tatsache, daß diese Ziele im Prinzip bereits vor dem Ausbruch der Revolution erreicht waren, war den Massen nicht bewußt geworden. Solange weiterhin in Staat, Heer und Wirtschaft die alten Autoritäten herrschten, glaubte man nicht an das Ende des Krieges und an die Einführung einer neuen staatlichen Ordnung.

Die Verschiedenartigkeit der Zielsetzungen ist für die Arbeiter- und Soldatenräte sehr charakteristisch. Die deutsche Revolution kannte keine einheitliche Führung und besaß kein einheitliches Gesicht. Sie entstand weniger aus einem bewußten revolutionären Willen heraus, sondern mehr zufällig aus einer Soldatenmeuterei. Die Revolutionsbewegung ging nicht vom Mittelpunkt des Reiches aus, sondern ergriff von der Peripherie her einen Teil Deutschlands nach dem anderen. Die Reichshauptstadt und die Zentralregierung wurden erst ziemlich spät hineingezogen. Jedes Land, jede Stadt und jedes Dorf hatte seine eigene Revolution mit eigenen, lokal bedingten Formen, Zielen und Führern. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren aus den örtlichen Verhältnissen heraus entstanden, nach örtlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt und oft lokalpatriotisch gesinnt. Sie fühlten sich autonom und sahen ihre Aufgabe vor allem darin, örtliche Interessen und Bedürfnisse zu befriedigen[4]).

[1]) „Weser-Zeitung" vom 8. November 1918 (nach Buchner, S. 68).

[2]) „Vorwärts" vom 9. November 1918.

[3]) „Leipziger Volkszeitung" vom 8. November 1918 und 14. November 1918.

[4]) Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 212 f. Wenn die Tendenz der Räte zur Dezentralisation auch bisweilen den Partikularismus unterstützte (Bayern), so lag im Rätegedanken doch nicht unbedingt ein Gegensatz zum Einheitsstaatsgedanken: Der Spartakusbund war der entschiedenste Verfechter der Einheitsrepublik!

Die Arbeiter- und Soldatenräte waren in erster Linie „Organe einer primitiven Selbstverwaltung[1])". Wenn auch die Form der Revolutionsausschüsse hauptsächlich aus Rußland übernommen wurde, so hatten doch die deutschen Räte mit den zeitgenössischen russischen Räten, die allmählich zu Organen des Staates und der bolschewistischen Partei wurden, nur sehr wenig zu tun. Dagegen waren die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte den ursprünglichen Räten in Rußland von 1905 und 1917 sehr ähnlich.

Die Einrichtung von Arbeiterräten in Deutschland bedeutete eine Reaktion auf die Rechtlosigkeit und die gedrückte Lage der Arbeiterschaft im bisherigen Staat. Der alte Wunsch des Proletariats nach einer anderen Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft, nach eigener Verantwortung und Einfluß, fand in den Räten ein Ventil. Die Massen glaubten, daß die Revolution den Sozialismus und die Befreiung der Arbeiterklasse bringen werde. Sie konnte nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Die Massen brauchten also Organe, in denen sie selbst bei der Neugestaltung aktiv mitwirkten, sich an Regierung und Verwaltung beteiligen und den Boden für die neue Gesellschaftsordnung vorbereiten konnten. Da es nicht möglich war, sofort den ganzen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat zu erneuern, mußten wenigstens die Spitzen neu besetzt und die nachgeordneten Behörden durch Beauftragte der Massen überwacht werden. Die Form der Räte bot sich als die am besten geeignete an[2]). Die Räte waren, wenigstens theoretisch, dem Richtungsstreit innerhalb der Arbeiterbewegung enthoben. Daher wurde die gemeinsame Beteiligung von SPD und USPD gerne als Beginn der Wiedervereinigung angesehen und den Räten die Aufgabe zugesprochen, die Einheit der Arbeiterbewegung wiederherzustellen[3]).

Die *Soldaten* hatten ähnliche Motive bei der Einrichtung ihrer Räte wie die Arbeiter. Nachdem die Revolution die Autorität der Offiziere zerbrochen hatte, wollten die Soldaten über ihr persönliches Schicksal mitbestimmen, sie wollten an der Aufrechterhaltung der Ordnung und bei der Demobilisation selbst mitwirken, mindestens aber die Offiziere bei ihrer Tätigkeit kontrollieren. Auch hier waren Räte die geeignete Organisationsform. Die Soldatenräte waren eine „Reaktion auf die Rechtlosigkeit ... sowie auf die Natur und die Form der Subordination[4])". Am 4. November stellten die Kieler Matrosen dem Gouverneur 14 Forderungen. Diese sogenannten „Kieler Punkte" verlangten fast nur persönliche Freiheiten für die Mannschaften und Beschneidung der Rechte der

[1]) Stampfer, 14 Jahre, S. 62; vgl. Rosenberg, Weimarer Republik, S. 23.

[2]) Vgl. Sinzheimer auf dem Parteitag der SPD 1919, Protokoll, S. 406; Bernstein, S. 173; Lüdemann, Schriftliche Mitteilung vom 15. Februar 1950.

[3]) Vgl. „Vorwärts" vom 10. November 1918; Antrag auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 346 ff.; H. Müller, S. 37.

[4]) Herz vor dem Untersuchungsausschuß, 5. Bd., S. 58; vgl. K. Lucke im „Arbeiterrat" 1. Jg., Nr. 4, S. 10; Lewinsohn, S. 8 ff.

Offiziere[1]). Für Soldaten wie Arbeiter war es völlig selbstverständlich, daß Revolution und Räte zusammengehörten: Die erste Formulierung der Kieler Punkte erwähnte bereits den Arbeiter- und Soldatenrat, obgleich er noch gar nicht existierte[2]).

Es ist ein treffender Ausdruck, wenn Brigl-Matthiass den Rätegedanken als „typischen Ausdruck der Führerrevolution" bezeichnete, als „Auflehnung der Masse gegen den Zustand des Beherrschtseins und ... gegen jede Erscheinungsform dieses Zustandes[3])". Die Auflehnung richtete sich gegen den alten Obrigkeitsstaat, seine Beamten, seine Offiziere und Unternehmer, in gewissem Sinne auch gegen Gewerkschaften und Parteien[4]). Die Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Novemberrevolution gehörten in die Kategorie der *Revolutionsausschüsse.*

Wenn die deutschen Revolutionsorgane auch ähnliche Formen zeigten und den gleichen Namen trugen wie im bolschewistischen Rußland, so war Deutschland doch nicht über Nacht bolschewistisch geworden. Die große Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte wollte keine Rätediktatur errichten, sondern begrenzte, meist örtlich bedingte Aufgaben erfüllen. Wenn die Räte überhaupt ein staatspolitisches Ziel hatten, so war es fast immer eine parlamentarische Demokratie, die die Möglichkeit bot, den Sozialismus einzuführen. Diese Tatsache wurde oft nicht erkannt. In der Überraschung und Aufregung der ersten Revolutionstage sah das Bürgertum in den Arbeiter- und Soldatenräten bereits den gefürchteten Bolschewismus. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb am 9. November von „bolschewistischen Ideen" und von der „bolschewistischen Bewegung", die „offenbar von Rußland ausgeht[5])".

Die vorliegende Arbeit versucht nachzuweisen, daß diese Auffassung der Ereignisse und der zugrunde liegenden Kräfte falsch war.

c) Berlin

Die Ereignisse in der Reichshauptstadt müssen gesondert behandelt werden. Hier versuchten die linksradikalen Gruppen sofort bei Ausbruch der Revolution, die Frage nach Demokratie oder Diktatur des Proletariats überraschend in ihrem Sinne zu entscheiden, bevor eine Auseinandersetzung darüber begann. Aber schon am 10. November war dieser Vorstoß gescheitert. Die SPD hatte fast vollständig gesiegt, unterstützt vom rechten Flügel der USPD. Die Radikalen hatten auf zwei Wegen versucht, ihr Ziel zu erreichen:

[1]) Ahnert, S. 155, nach „Kieler Zeitung" vom 5. November; ähnlich der Soldatenrat der 4. Armee am 11. November: Lewinsohn, S. 9.

[2]) Vgl. Scheiding, S. 22.

[3]) S. 3; vgl. Reinhard, S. 21.

[4]) Brigl-Matthiass, S. 5.

[5]) 9. November 1918. Am 17. November schrieb die Zeitung, daß „die Sorge der ersten Tage wegen der Gefahr durch eine bolschewistische Überschwemmung ... abgedämpft" sei. Vgl. auch „Frankfurter Zeitung" vom 8. November 1918.

Die *Revolutionären Obleute* versuchten, die zahlreichen am 9. November entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte für ihre Ziele zu benutzen. Sie veranstalteten am Abend eine Versammlung der Räte, die sich zum „Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat" von Berlin unter dem Vorsitz von Barth erklärte und als Grundlage für die Regierungsbildung beschloß: „... gesetzgebende, ausführende, verwaltende und richterliche Gewalt nur in den Händen der Vertreter der Arbeiter und Soldaten." Am 10. November sollten die Räte überall endgültig gewählt werden und am Nachmittag im Zirkus Busch zur Wahl der provisorischen Regierung zusammenkommen[1]). So hatten die Obleute die radikale Stimmung des ersten Revolutionstages für sich und besaßen einen halben Tag Vorsprung zur Vorbereitung der Wahl. Jetzt griff die SPD ein und gewann vor allem die Soldaten für sich. Als die Obleute erkannten, daß sie im Zirkus Busch nicht mehr mit einer Mehrheit rechnen konnten, beschlossen sie, neben der Regierung einen „Aktionsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats" wählen zu lassen (später Vollzugsrat genannt). Er sollte als Spitze der Arbeiter- und Soldatenräte „den Kampf um die Fortführung und Sicherung der Revolution", d. h. den Kampf gegen die Regierung und für die Rätediktatur, aufnehmen. Der Vollzugsrat sollte „nur aus den zuverlässigsten Mitgliedern der Revolutionären Obleute und des Spartakusbundes" bestehen. Bei der Wahl sollte kein Wort über die Aufgaben gesagt werden und keine Debatte stattfinden, sondern nur über eine vorbereitete Namensliste abgestimmt werden[2]).

Inzwischen spielte die Versammlung vom 10. November auch in den Verhandlungen zwischen SPD und USPD über die Regierungsbildung eine Rolle. *Liebknecht* griff ein und versuchte, die Absichten der radikalen Linken durchzusetzen. Bernstein hat uns den Vorgang sehr anschaulich geschildert[3]): „Als man darauf dazu überging (in einer Sitzung von Vorstand und Reichstagsfraktion der USPD), das politische Grundprinzip der neuen Regierung zu erörtern, nahm der kurz vorher mit einigen seiner Anhänger angekommene Liebknecht das Wort und diktierte dem Schriftführer der Fraktion fast befehlenden Tones die Worte: ‚Alle exekutive, alle legislative, alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten' ... Jetzt folgte auf seine Worte zunächst eine seltsame Pause. Keiner schien ihm rückhaltlos zuzustimmen, keiner sich mit ihm in eine Debatte einlassen zu wollen." Scheidemann trat ins Zimmer, um die Antwort der USPD zu den Vorschlägen der SPD für das Regierungsprogramm einzuholen. Als ihm Liebknechts Diktat gezeigt wurde, sagte er „in fast väterlichem Ton": „Ja, aber Leute, wie denkt ihr euch denn das?" Nun entspann sich eine Diskussion zwischen Scheidemann und seinen Begleitern

[1]) „Vorwärts" vom 10. November 1918; „Die Internationale" (s. S. 59, Anm. 4) vom 10. November; H. Müller, S. 58 f.; Stampfer, 14 Jahre, S. 64 ff.

[2]) R. Müller (II, S. 36) nannte diesen Plan „gewissermaßen einen Bluff", H. Müller (S. 58) einen „hinterhältigen Plan".

[3]) S. 34; vgl. R. Müller, II, S. 27 ff.; Pieck, S. 76 f.; Scheidemann, Memoiren, II, S. 318; „Vorwärts" vom 10. und 11. November 1918.

einerseits, Liebknecht, Barth und Richard Müller andererseits. Bernstein berichtet: „Die gemäßigten Mitglieder der Partei schwiegen, weil sie Liebknecht nicht beipflichten konnten, ihm aber auch nicht vor anderen entgegentreten mochten." Scheidemann nahm schließlich Liebknechts Formulierung als die Bedingung der USPD mit. Die SPD lehnte ab, darauf verzichtete die USPD in einer neuen Sitzung (ohne Liebknecht) wieder auf den Satz[1]).

Diese Szene zeigte die Situation sehr deutlich: Die SPD hielt eine Räterepublik für völlig abwegig und wollte möglichst schnell eine provisorische Reichsspitze schaffen. Spartakus und Revolutionäre Obleute wollten die Rätediktatur einführen. Die Mehrheit der USPD wollte dasselbe wie die SPD, stand aber unter dem Druck ihrer radikalen Genossen, denen man ein Stück entgegenkommen mußte. Daher verlangte die USPD, daß die von den Parteien vereinbarte Regierung von den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten im Zirkus Busch bestätigt werde, damit die Regierung offiziell aus den Räten hervorgegangen sei, die damit als die höchsten Machthaber anerkannt werden sollten. Neben dieser Bestimmung enthielt die Vereinbarung zwischen USPD und SPD folgenden wichtigen Passus: „Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben." Damit hatte die SPD zwar ein formelles Zugeständnis gemacht, in den wichtigsten sachlichen Fragen aber ihre Auffassung durchgesetzt: Die Arbeiter- und Soldatenräte sollten vorläufige Revolutionsorgane sein, die USPD hatte ebenfalls die parlamentarische Republik in Aussicht gestellt, die Regierung wurde paritätisch aus beiden Parteien besetzt. Ebert und seine Freunde nahmen eine „Schutzimpfung" gegen die Idee der Rätediktatur vor[2]).

In der von etwa 3000 Arbeitern und Soldaten besuchten Versammlung im Zirkus Busch war die Stimmung ganz entschieden für Einigkeit unter den Parteien und für eine Regierung Ebert—Haase. Hier, in einer großen Versammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Berlins, zeigte sich deutlich, wie wenig Anhänger die äußerste Linke besaß. Die von den Parteien vereinbarte Regierung (Ebert, Scheidemann, Landsberg — Haase, Dittmann, Barth) wurde unter großem Beifall als „Rat der Volksbeauftragten" bestätigt. Barths Nominierung war eine Konzession an den linken Flügel der USPD. Bei der Wahl des Vollzugsrats glückte die geplante Überrumpelung nicht, da die Versammlung stürmisch nach Parität der beiden Parteien verlangte, so daß die Radikalen nachgeben mußten[3]).

Der Versuch, die erste Begeisterung und Verwirrung auszunutzen, um durch Überrumpelung ans Ziel zu gelangen, war gescheitert. Dies lag nicht nur an der

[1]) Letztes Schreiben des Parteivorstandes der USPD vom 10. November („Vorwärts" vom 11. November 1918), das vom Vorstand der SPD als Grundlage der Einigung akzeptiert wurde. Vgl. Aufruf der USPD vom 12. November („Freiheit" vom 15. November 1918); Prager, S. 182.

[2]) Meinecke, S. 113; ähnlich Keil, II, S. 122.

[3]) „Vorwärts" vom 11. November 1918; R. Müller, II, S. 37 f.; H. Müller, S. 71.

geringen Zahl der Radikalen. Ihr einziges klares Ziel war, den radikalen Räten, d. h. sich selbst, die Macht zu verschaffen. Über die weitere Zukunft oder über nähere Einzelheiten machten sie sich wenig Gedanken. Aber mit einigen ultraradikalen Parolen, die ohne nähere Definition alles oder nichts besagten, oder mit geheimnisvollen Verschwörungsplänen, die der Wirklichkeit gegenüber zerstoben, konnte in Deutschland nicht die Rädediktatur eingeführt werden.

Allerdings war das Reich, staatsrechtlich gesehen, eine Räterepublik[1]). Da aber die SPD und die rechte USPD dies nur als einen Übergangszustand betrachteten, der nicht länger als nötig ausgedehnt werden dürfe, bedeutete die staatsrechtliche Form wenig. Im Regierungsprogramm der Volksbeauftragten vom 12. November wurde bereits die Nationalversammlung angekündigt, allerdings in etwas versteckter Form: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht zu vollziehen. Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht[2])." Mit diesem Aufruf der Volksbeauftragten war die erste Phase der Revolution, vielleicht die Revolution überhaupt, abgeschlossen. Alles Weitere war eine Folge der ersten Tage. Alle Versuche, die Entwicklung in eine andere Richtung zu drängen, scheiterten. Jellinek schrieb 1920: „Vom Rat der Volksbeauftragten führt die Entwicklung in grader Linie zur Nationalversammlung, von da zur vorläufigen und von hier zur endgültigen Reichsverfassung. Die Entwicklung wurde an keiner Stelle entscheidend unterbrochen[3])."

d) München

Der Ausbruch der Revolution in Bayern erfordert eine eigene Behandlung, weil sich dort Ansätze zu einer neuen Entwicklung des Rätegedankens zeigten. In Bayern gab es besonders radikale Gruppen, sogar unter den Bauern. Die Revolution breitete sich von München her, wo sie im wesentlichen das persönliche Werk Kurt Eisners[4]) war, über das Land aus, kam also, im Gegensatz zur Revolution im Reich, aus der Hauptstadt. Der Verlauf war zunächst ähnlich wie in Berlin. Ein Arbeiter- und Soldatenrat setzte eine neue Regierung unter Eisner ein und verkündete, daß eine konstituierende Versammlung „so schnell wie möglich" einberufen werde. Allerdings sagte Eisner schon bei der Eröffnung

[1]) So Tatarin-Tarnheyden (Berufsstände, S. 145, und Staatsrechtliche Entwicklung, S. 929); Jellinek (S. 37) setzte „Räterepublik" in Anführungsstriche.

[2]) „Vorwärts" vom 13. November 1918; Wippermann, I, S. 48. Barth hatte vergeblich beantragt, diesen Absatz zu streichen, zog aber aus der Annahme keine Konsequenzen; vgl. Barth, S. 68.

[3]) Revolution und Reichsverfassung, S. 7.

[4]) Eisner war vor dem Kriege als Revisionist aus der Redaktion des „Vorwärts" entfernt worden. 1914 trat er für die Kreditbewilligung ein. Dann änderte er auf Grund von Aktenstudien seine Einstellung, schloß sich der USPD an und wurde immer radikaler. Jetzt stand er auf dem linken Flügel der Partei, ohne allerdings seine revisionistischen Anschauungen ganz aufgegeben zu haben. Vgl. Stampfer, 14 Jahre, S. 51.

des „Provisorischen Nationalrates[1])“ am 8. November, daß die Nationalversammlung „in Zeiten ruhigerer Entwicklung“ zusammentreten werde und inzwischen die Regierung dem Nationalrat verantwortlich sei. Darüber hinaus enthielt die Rede keine Hinweise auf radikale Ziele[2]).

Im Regierungsprogramm vom 15. November führte Eisner aus: „In der inneren Politik Bayerns streben wir die rascheste Durchführung einer nicht nur formellen, sondern lebendig-tätigen Demokratie an. Bevor noch die konstituierende Nationalversammlung ... zusammentritt, muß diese Demokratisierung des öffentlichen Geistes und der öffentlichen Einrichtungen erreicht werden können.“ Zu diesem Zweck sollte neben Regierung und Nationalrat ein „Nebenparlament“ der Berufsorganisationen und ähnlicher Verbände gebildet werden mit dem Recht, dem Nationalrat Wünsche und Beschwerden vorzulegen. Vertreter des Nebenparlaments sollten Sitz und Stimme im Nationalrat haben[3]). Auf diese Weise wollte Eisner eine neue Form der Demokratie schaffen, die gekennzeichnet sei durch „die ständige Mitarbeit aller Schaffenden in Stadt und Land[4])“. Obwohl manche dieser Formulierungen an die radikale Rätetheorie anklingen, stand Eisner dem Bolschewismus ziemlich fern. Er wollte keine sofortige Sozialisierung. Die bolschewistischen Gewaltmethoden und jeden Gedanken an eine Diktatur lehnte er entschieden ab. Eisner glaubte, daß durch seine Pläne die Mängel des Parlamentarismus überwunden werden könnten. Die neue Demokratie sollte auf zwei Institutionen beruhen, die einerseits aus der sozialen Klasse, andererseits aus dem Berufsstand hervorgingen und so allen Arbeitenden Gelegenheit zur Mitarbeit gaben: die Räte waren Klassenorgane und vertraten vor allem die Arbeiterschaft (dazu die Bauern), die Berufsorganisationen spiegelten die berufsständische Gliederung des Volkes. Revolutionsausschüsse und Interessenvertretung (bzw. berufsständische Organe) sollten miteinander verbunden werden. Eisner entwarf seinen Plan nur in großen Zügen, so daß die Einzelheiten unklar blieben. Die praktische Brauchbarkeit ist sehr verschieden beurteilt worden[5]).

Eisner hatte, als er seine Gedanken verwirklichen wollte, mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, besonders bei den Soldatenräten und bei den Mehrheitssozialisten. Diese forderten, daß möglichst bald eine Nationalversammlung einberufen werde. Eisner schwankte in dieser Frage: Als Demokrat konnte er sich der Forderung nicht widersetzen, sah aber hier für seine Pläne, die ihm sehr am

---

[1]) Der Arbeiter- und Soldatenrat, erweitert um mehrere demokratische und sozialistische Landtagsabgeordnete.

[2]) „Vorwärts“ vom 9. November 1918; Eisner, S. 5 ff.; vgl. R. Müller, II, S. 67; Stümke, S. 218; Rosenberg, Weimarer Republik, S. 23; Escherich-Hefte, I, S. 7 ff.

[3]) Eisner, S. 20 ff.; R. Müller, II, S. 67.

[4]) Eisner, S. 33 f.

[5]) Vgl. das zustimmende Urteil bei Rosenberg (Weimarer Republik, S. 24 und S. 27) und die ablehnende Kritik bei Friedensburg (S. 170).

Herzen lagen, eine große Gefahr. Er schob daher die Entscheidung über die bayerische Nationalversammlung hinaus. Einer deutschen Nationalversammlung stimmte er grundsätzlich zu. Sie müsse aber „die Krönung des Gebäudes (der Revolution), nicht seine Grundlage" sein[1]). Vor dem Berliner Vollzugsrat äußerte sich Eisner allerdings viel radikaler[2]). Da er mit seinen Beschwerden gegen das Auswärtige Amt nicht durchgedrungen war, kehrte er voller Erbitterung gegen Berlin nach München zurück. Aus diesem Gefühl heraus sprach er am 28. November vor dem Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat und sagte, daß die ganze Revolution umsonst gewesen sei, wenn die aus ihr entstandenen Körperschaften, die Räte, wieder beseitigt würden. Diese Forderung würde aber in Berlin erhoben, wo die Konterrevolution nicht nur drohe, sondern bereits regiere. Daher müßten „zunächst einmal die Einzelstaaten sich ihrer eigenen Haut wehren[3])".

Eisner hatte sich in die Rolle des Propheten einer neuen politischen Heilslehre hineingesteigert. Aus den spontan entstandenen Revolutionsorganen hatte er, ähnlich wie Lenin, eine neue Theorie abgeleitet und bekämpfte darum alle rätefeindlichen Tendenzen. Hier liegt eine der Wurzeln für Eisners bayerischen Partikularismus und für seine Abneigung gegen Berlin. Eisner fühlte sich als Vorkämpfer einer neuen Idee und als Siegelbewahrer der Revolution. Wenn im übrigen Reich und besonders in Berlin die Revolution verraten wurde, so empfand er es als Pflicht, die revolutionären Ideen und Errungenschaften zu wahren und weiterzuentwickeln.

Bayern war das einzige deutsche Land, in dem die Revolution nicht nur Arbeiter- und Soldatenräte, sondern auch berufsständische Vertretungen des Proletariats schuf. Hier zeigte sich besonders deutlich die Verwandtschaft zwischen Revolutionsausschüssen und Interessenvertretung, zwischen der ersten und der dritten Form des Rätegedankens. Eisner wollte die besten Elemente aus der Idee der Rätediktatur, aus dem berufsständischen Gedanken und dem Parlamentarismus miteinander verbinden, um eine neue Form der sozialen Demokratie zu schaffen.

11. Kapitel:

Der Beginn der Auseinandersetzung um das Ziel der Revolution

a) Der Ruf nach der Nationalversammlung und der Begriff der „Revolution"

Die Ziele der Novemberrevolution waren Friede und Freiheit. Deutschland sollte eine soziale Republik werden, aufgebaut auf dem Gedanken der Volkssouveränität. Über die zukünftige Staatsform bestanden Meinungsverschieden-

[1]) Eisner auf der Staatenkonferenz in Berlin (s. u. S. 79), Wippermann, I, S. 60.

[2]) Der alte Parlamentarismus dürfe nicht zurückkehren. Eine Nationalversammlung sei erst möglich, wenn das Werk der Revolution beendet sei. Dann sei sie aber überflüssig, da sie dann mit einer Räteversammlung identisch sei. Vgl. „Freiheit" vom 27. November 1918.

[3]) Eisner, S. 38 ff.

heiten zwischen der großen Mehrheit der revolutionären Kräfte, die an eine parlamentarische Republik dachte, und einer Minderheit, die eine nicht näher definierte radikalere Form der Demokratie anstrebte. Die demokratische Bewegung siegte schnell und fast ohne Widerstand zu finden. Daneben erhob sich eine andere Bewegung, die, ursprünglich auch vom Gedanken der radikalen Demokratie herkommend, sich immer mehr dem Gedanken der proletarischen Diktatur in der bolschewistischen Form näherte. Gegen diese neue Lehre, nicht aber gegen die alten Mächte, mußte die Revolution sich verteidigen. Erst dieser Kampf erforderte den Einsatz bewaffneter Macht und gefährdete die Ziele der Revolution[1]).

Die parlamentarische Demokratie, das Ziel der großen Mehrheit, konnte nur durch eine konstituierende *Nationalversammlung* begründet werden. Die Einberufung einer solchen Versammlung war schon Ende Oktober 1918, als Österreich-Ungarn zerfiel, angeregt worden, um Deutsch-Österreich mit dem Reiche zu vereinigen[2]). Im Oktober und November wurde die Frage der Nationalversammlung in Berlin in demokratisch gesinnten Kreisen vielfach besprochen. Die Konstituante sollte die Kaiserfrage lösen und Deutschlands zukünftige Staatsform festlegen[3]). Auch von der SPD wurde Anfang November die Nationalversammlung gefordert, in immer radikalerer Form[4]).

Nach dem Ausbruch der Revolution empfahlen oder forderten zahlreiche Stimmen die Einberufung einer Nationalversammlung als die einzige Möglichkeit, um den Willen des deutschen Volkes über seine politische Zukunft festzustellen und auszuführen. Die SPD bekannte sich bei ihrer Machtübernahme ebenfalls dazu: Als am Mittag des 9. November Max von Baden das Reichskanzleramt auf Ebert übertrug und dabei vorschlug, eine Nationalversammlung einzuberufen, erklärte der Führer der SPD: „Mit dem Gedanken dieser Nationalversammlung können wir uns einverstanden erklären[5])." Die Beauftragung Eberts durch

[1]) Vgl. Meinecke, S. 119; Rosenberg, Weimarer Republik, S. 10; Apelt, S. 37.

[2]) Zum ersten Male am 29. Oktober von Ludwig Quessel in den „Sozialistischen Monatsheften" (51. Bd., 1918, II, S. 1001 ff.). Quessel, revisionistischer Sozialdemokrat, gehörte zum Kreis der Monatshefte (s. u. S. 121). Die „Vossische Zeitung" übernahm sofort die wichtigsten Teile des Artikels (29. Oktober 1918). Nach Bredt (Der deutsche Reichstag im Weltkriege, Gutachten für den Untersuchungsausschuß, Bd. 8, S. 352, Anm. 15) wurde die Nationalversammlung von der Berliner fortschrittlichen Presse im Oktober „mehrfach gefordert". Mir begegnete nur der Aufsatz in der „Vossischen Zeitung".

[3]) Max von Baden, S. 598, S. 616; „Frankfurter Zeitung" vom 9. November 1918.

[4]) Der „Vorwärts" schlug am 3. November 1918 eine „demokratische Regelung" der Kaiserfrage durch eine Volksabstimmung vor, erwähnte dagegen die Nationalversammlung bis zum 9. November nicht. Am 6. November forderte Max Cohen in der „Chemnitzer Volksstimme" die Nationalversammlung zur Zusammenfassung Deutschlands und Deutsch-Österreichs, aber auch, um „mit allen dynastischen und feudalen Institutionen aufzuräumen, die ... die Bildung des deutschen Volksstaates zu verhindern suchen" (nach Ahnert, S. 160). Am 6. November forderte eine SPD-Versammlung in Mülheim/Ruhr die Einberufung der Nationalversammlung „zur Herbeiführung der großdeutschen sozialistischen Republik" (Schäfer, S. 9).

[5]) Scheidemann, Memoiren, II, S. 307.

Max von Baden wurde durch die Verhandlungen zwischen SPD und USPD und die Wahl der Regierung in der Versammlung vom 10. November bestätigt, bei denen die Frage der Konstituante etwas in den Hintergrund trat. Aber entsprechend einer ausdrücklichen Forderung der SPD wurde in der Vereinbarung vom 10. November die Einberufung grundsätzlich vorgesehen. Unklar konnte nur sein, was unter „Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse" zu verstehen sei.

Damit berühren wir den Kernpunkt der Differenzen zwischen den verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung und zugleich eine Frage, die für die Geschichte der deutschen Revolution von außerordentlicher Bedeutung ist. SPD, USPD und linksradikale Gruppen verbanden einen ganz verschiedenen Begriff mit dem Wort „*Revolution*".

Die SPD verstand darunter die Beseitigung der Monarchie und die Einführung parlamentarischer Verfassungen mit allgemeinem, gleichem Wahlrecht in Reich, Ländern und Gemeinden. Die Demokratie galt infolge der Wendung zum Reformismus und in Fortwirkung der Lehren Lassalles als Voraussetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus sollte durch Gesetze des Parlaments, in dem man die Mehrheit zu erlangen hoffte, eingeführt werden. Die politische Revolution (die Erkämpfung der Demokratie) konnte nur die staatlichen Institutionen ändern (bzw. in andere Hände bringen), nicht aber die sozialen Verhältnisse. Daher war die Umgestaltung der Gesellschaft, die längere Zeit in Anspruch nehmen mußte, nicht der Inhalt, sondern eine *Folge* der Revolution. Im November 1918 stand die politische Revolution auf der Tagesordnung. Die „durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse" waren für die SPD in dem Augenblick „konsolidiert", als eine Restauration nicht mehr zu fürchten war und der Weg zur parlamentarischen Demokratie offenstand. Ähnlich dachten die Gewerkschaften[1]).

Die USPD hatte an der ursprünglichen Anschauung der Arbeiterbewegung festgehalten, daß die politische Revolution gleichzeitig eine soziale Revolution sein müsse. Bisher war nur die politische Herrschaft des Bürgertums beseitigt worden. Daneben mußten auch die Produktionsmittel sozialisiert, die bürgerliche Bürokratie und der Militarismus zerschlagen werden. Die USPD war der Ansicht, ähnlich wie Marx, daß die Beseitigung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie eine revolutionäre Übergangszeit erfordere, deren Staatsform die Diktatur des Proletariats sei. Diese Diktatur bestand jetzt; sie wurde ausgeübt durch die

[1]) Vgl. Stampfer im „Vorwärts" vom 13. November 1918; Entschließung des Parteiausschusses vom 28. November: „Die SPD erblickt in dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht die wichtigste Errungenschaft der Revolution" („Vorwärts" vom 29. November 1918); Ebert auf dem 1. Rätekongreß (Protokoll, Spalte 4): „Auf die Dauer kann es in Deutschland nur eine Rechtsquelle geben. Das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. Das war der Sinn der Revolution (lebhafte Zustimmung)." Bauer vor der Nationalversammlung am 23. Juli 1919, Sten. Ber., S. 1845. — „Correspondenzblatt", Jg. 1918, Nr. 46, vom 16. November, S. 415 f. — Berlau, S. 215 ff., S. 328 f.

Räte und die Volksbeauftragten. Während dieser Übergangsperiode, d. h. *vor* Einberufung der Nationalversammlung, mußte mit der Sozialisierung der Wirtschaft und mit der Demokratisierung der Verwaltung und des Heeres begonnen werden. Da die Mehrheit der Partei demokratisch gesinnt war, wollte sie den allgemeinen Volkswillen nicht dauernd ausschalten, sondern nur für die Übergangszeit. Danach sollte mit Hilfe einer Nationalversammlung oder (wie es eine wesentlich kleinere Gruppe wollte) einer Räteversammlung eine neue demokratische Verfassung eingeführt werden. Vorher mußte jedoch die wirtschaftliche Gleichheit, die Voraussetzung der Demokratie, geschaffen werden. Dann erst waren die durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse konsolidiert, bis dahin mußte die Nationalversammlung hinausgeschoben werden[1]).

Auch die *Radikalen* glaubten, daß die Revolution das sozialistische Endziel verwirklichen müsse. Sozialismus aber bedeutete für sie Rätediktatur. Die Radikalen standen unter dem Eindruck der russischen Ereignisse und glaubten, daß auch in Deutschland der ersten, bürgerlichen Revolution die eigentliche, die proletarische Revolution noch folgen müsse. Aufgabe des Proletariats war es, die Revolution über den rückständigen bürgerlichen Inhalt hinaus bis zur Diktatur des Proletariats weiterzutreiben, mit Hilfe der fortgeschrittenen Formen, der Räte. Die soziale Revolution, die Vernichtung des Kapitalismus, konnte nur durch die Massen selbst, durch Streiks und ähnliche Kampfmittel, nicht durch Parlamentsbeschlüsse oder Regierungsverordnungen vollzogen werden. Die Novemberereignisse waren, in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung, nur ein Auftakt. Eine wirkliche Revolution hatte noch gar nicht stattgefunden. Der bloße Gedanke an eine Konsolidierung war gegenrevolutionär. Eine Nationalversammlung konnte nur ein Instrument der Bourgeoisie sein und war abzulehnen[2]).

Für die SPD war die Revolution im Grunde bereits am 10. November beendet. Die USPD ließ dies nur für den politischen Teil gelten, die soziale Umwälzung mußte möglichst schnell folgen. Für die Radikalen war der Novemberumsturz nur ein Anfang, dem eine Kette revolutionärer Kämpfe folgen mußte. Ihr Ende war überhaupt noch nicht abzusehen. Zwischen diesen Auffassungen gab es Übergänge. Besonders die USPD war uneinheitlich. Ihre beiden Flügel näherten sich der SPD bzw. den Radikalen.

Angesichts dieser Situation erscheint es mir unberechtigt, wenn behauptet wird, die SPD habe den Sinn der Revolution verfälscht[3]). Für die Mehrheits-

---

[1]) Vgl. Aufruf der USPD zur Revolution, „Freiheit" vom 15. November 1918; Hilferding, ebd., 18. und 23. November 1918; A. Stein, ebd., 6. Dezember 1918; „Leipziger Volkszeitung" vom 14., 15. und 28. November 1918; Haases Rede vom 15. Dezember (Haase, S. 66); Rieper, S. 1; Ströbel, S. 67; Prager, S. 183.

[2]) Vgl. Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne" vom 18. November, 20. November und 27. November 1918; Liebknecht, ebd., 20. November 1918; Zetkin, ebd., 22. November 1918; Däumig, auf dem 1. Rätekongreß, Spalte 226 ff.; Ledebour, S. 31; Münzenberg, S. 9 ff.; Frölich, Novemberrevolution, S. 833; Prager, S. 179.

[3]) So Berlau, S. 336 ff., vgl. S. 10, S. 259, S. 274; Barraclough, S. 183; Taylor, S. 181.

sozialisten, denen — wie alle Wahlen und Abstimmungen während der Revolutionszeit zeigten — die überwiegende Mehrheit der revolutionären Kräfte folgte, hatte die Revolution das Ziel, die Demokratie in dem angedeuteten, rein formalen Sinne zu bringen. Alle weiteren Änderungen sollten sich später daraus ergeben. Wenn ein Vorwurf zu erheben ist, kann er sich nur gegen diese Theorie, ihre Urheber und ihre Propagandisten richten, gegen Marx, Lassalle und Bebel, nicht aber gegen Ebert und Scheidemann, denen im Augenblick des Handelns keine andere Theorie zur Verfügung stand. Die USPD fühlte unklar, daß etwas an dieser Theorie nicht stimme, ohne aber ihre abweichende Ansicht überzeugend begründen zu können[1]).

b) Die Schlagworte „Nationalversammlung" und „Räte"

Die beiden wichtigsten Parteien, SPD und USPD, traten für die Nationalversammlung ein. Nur über den Termin waren sie uneinig. Zwischen ihnen und den Radikalen bestand dagegen eine prinzipielle Differenz. Die Radikalen konnten sich den Sozialismus nur in der Form der Rätediktatur vorstellen. Die Begriffe „Nationalversammlung" und „Räte" repräsentierten für sie den bürgerlichen und den sozialistischen Staat, wie sie die bolschewistische Theorie einander gegenüberstellte. Die „Rote Fahne" schrieb am 28. November: „Konstituante oder Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, fest gefügt und unerbittlich klar hat die Geschichte diese zwei Grundstöcke verschiedener Klassenorganisationen einander gegenübergestellt." Diese Auffassung machte sich allmählich der ganze radikale Flügel zu eigen[2]). Viele Artikel der „Roten Fahne", viele Reden radikaler Führer gipfelten in der Forderung: „Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!"

Die Folge dieser scharfen prinzipiellen Stellungnahme war ein verstärkter Gegendruck der SPD, die ihre Machtstellung mit ihrer Auffassung von der Revolution bedroht sah. Die SPD warf den Radikalen vor, das gemeinsame Ziel und das alte demokratische Programm des Sozialismus aufgegeben zu haben zugunsten einer „putschistischen Machttheorie[3])". Für Mehrheitssozialisten und

[1]) Die Verschiebung der Nationalversammlung wurde von der USPD nicht aus einer eigenen Konzeption heraus mit grundsätzlichen Argumenten gefordert, sondern rein praktisch begründet: Die Kriegsgefangenen seien noch nicht zurückgekehrt, die Partei habe noch nicht genügend Zeit zur Agitation gehabt, das Schicksal der besetzten Gebiete sei noch ungewiß u. a., vgl. bes. Haase auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 253.

[2]) S. Rosa Luxemburg (über ihre Entwicklung seit der Schrift über die russische Revolution s. u. S. 87) in der „Roten Fahne" vom 18. November und 20. November 1918; Clara Zetkin, ebd., 22. November; Liebknecht in seinen „Leitsätzen" vom 28. November 1918 (Reden, S. 322); „Rote Fahne" vom 10. Dezember 1918 (zum 1. Rätekongreß); R. Müller auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 15 f.; Däumig, ebd., Spalte 226 ff.; vgl. Stampfer im „Vorwärts" vom 13. November 1918.

[3]) „Vorwärts" vom 15. November 1918. Vgl. Breitscheid (USPD) im „Sozialist" vom 4. Januar 1919 (5. Jg., Nr. 1, S. 3): „Wir müssen ... im Auge behalten, daß uns von den Spartakusleuten ein Prinzip, von den Mehrheitssozialisten die Methode und das Tempo der Verwirklichung eines Prinzips trennen."

gemäßigte Unabhängige war auf Grund des Erfurter Programms und der ganzen Tradition der Sozialdemokratie die Einberufung der Konstituante selbstverständlich. Alle Reden führender Mehrheitssozialisten und die ganze Presse der SPD forderten und versprachen immer wieder, die Nationalversammlung so bald wie möglich einzuberufen. Die Mehrheit der USPD trat gleichfalls dafür ein, allerdings nicht mit der gleichen Entschiedenheit wie die SPD.

Die Auseinandersetzung zwischen sozialdemokratischen Parteien und radikalen Gruppen ging jetzt nicht nur um die Dauer der Revolution und den besten Weg zum Sozialismus, sondern um die Grundsätze sozialistischer Politik überhaupt. Die eine Seite wollte die Arbeiterschaft an den Staat heranführen und die Macht als stärkste Partei innerhalb der parlamentarischen Demokratie übernehmen, sei es mit, sei es ohne revolutionäre Übergangsperiode. Die andere Seite wollte die feindlichen Klassen gewaltsam unterdrücken und eine Klassenherrschaft der Arbeiter errichten. Dies waren nicht mehr taktische Differenzen innerhalb einer gemeinsamen Idee. Jetzt standen verschiedene Welt- und Lebensanschauungen, es standen evolutionäre und voluntaristische Geschichtsauffassung einander gegenüber[1]). Damit war die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung endgültig vollzogen. Zwei Richtungen mit verschiedener Taktik, verschiedenem Ziel und verschiedener Weltanschauung standen nebeneinander. Ihre Anhänger waren in allen wesentlichen Fragen verschiedener Meinung und bekämpften sich immer schärfer.

Der Kampf wurde ausgetragen unter den Schlagworten *Räte* und *Nationalversammlung*, wobei es um mehr ging als um den eigentlichen Inhalt der beiden Parolen. Sie wurden zu Symbolen für die weltanschaulichen Gegensätze. Bei sämtlichen politischen Gruppen bedingte bald die Haltung gegenüber der Nationalversammlung die zu den Räten und umgekehrt. Innerhalb der Arbeiterbewegung gab es zu diesem Problem drei Auffassungen, die sich aus den verschiedenen Vorstellungen von der Revolution ergaben:

1. Vorläufige Anerkennung der Räte als Revolutionsorgane. Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung würden sie ihre Aufgabe erfüllt haben und abtreten müssen.

2. Die Nationalversammlung sollte hinausgeschoben werden. Die Räte sollten für beschränkte Zeit bleiben, um die Aufgaben der Revolution weiterzuführen und zu vollenden, oder nach Abschluß der Revolution als Interessenvertretung weiterbestehen[2]).

3. Alle Macht den Räten. Ablehnung der Nationalversammlung.

Die Mittelgruppe (Mehrheit der USPD) hatte die schwächste Position. Sie konnte sich keine der beiden populären Parolen ganz zu eigen machen und wurde daher nach links oder rechts abgedrängt.

---

[1]) Vgl. Berlau, S. 219.

[2]) S. u. S. 78.

In der öffentlichen Meinung galten Räte und Nationalversammlung als kontradiktorische Gegensätze. Die eine Seite dachte bei den Räten stets an Rußland und identifizierte dies mit Terror und Anarchie. Für die andere Seite war die Nationalversammlung eine Diktatur der Bourgeoisie, ein Vorwand für die Unterdrückung der Arbeiterklasse und ein Instrument des Kapitalismus. Die Gegensätze verhärteten sich schnell. Die Folge war, daß es trotz vieler Bemühungen nicht gelang, einen Kompromiß zwischen den beiden Richtungen zu erzielen. Alle Versuche, Räte und Nationalversammlung zu gleichberechtigten Trägern des neuen Staates zu machen oder wenigstens den Räten im demokratischen Staat mehr als untergeordnete soziale Funktionen zu belassen, scheiterten. Alle diese Versuche wurden sofort von rechts wie von links erbittert abgelehnt, da man in ihnen nur eine Verwässerung der reinen Idee und eine Stärkung des Gegners sah. So blieb nur der Kampf zwischen beiden Richtungen bis zur Entscheidung. Diese Entscheidung aber konnte nicht zweifelhaft sein, da die Anhänger der Nationalversammlung in jeder Beziehung stärker waren.

Obwohl hinter den Anschauungen der äußersten Linken sehr geringe Kräfte standen, gelang es dennoch, der Parole „Alle Macht den Räten" in der Öffentlichkeit große Beachtung zu verschaffen. Diese Parole wurde immer wieder in Straßendemonstrationen, Versammlungen, Reden, Flugblättern usw. den Massen eingehämmert. Da diese Propaganda aus der Reichshauptstadt kam, wurde sie in ganz Deutschland stark beachtet. Die unruhige Atmosphäre der ersten Revolutionszeit begünstigte radikale Ideen und radikales Auftreten. Diejenigen Kreise, die dem Parlamentarismus gegenüber mißtrauisch und von der starren Haltung der SPD enttäuscht waren, wandten sich oft den Radikalen zu, die eine neue Form der Demokratie versprachen. Die Fortentwicklung der radikalen Ideologie zur Diktatur im Sinne Lenins wurde dabei vielfach nicht erkannt. Die Arbeiter- und Soldatenräte, einmal vorhanden, wollten sich nicht ohne weiteres wieder beseitigen lassen und neigten daher zu derjenigen Richtung, die ihnen eine Dauerexistenz versprach.

Aus allen diesen Gründen gewannen die Radikalen in der öffentlichen Meinung einen Einfluß, der ihrer tatsächlichen Macht und Stärke keineswegs entsprach. Die Bedeutung der äußersten Linken und die Möglichkeit einer Rätediktatur wurden in den ersten Wochen der Revolution gewaltig überschätzt[1]). Zwar kann in revolutionären Zeiten eine entschlossene Minderheit große Bedeutung gewinnen, aber es hat eine solche Minderheit in der Novemberrevolution kaum gegeben. Die Radikalen waren in mehrere Gruppen gespalten und selbst innerhalb der Gruppen über ihre Ziele nicht einig. Sie hatten keine Führer, die rücksichtslos genug waren, die die Fähigkeit und die Möglichkeit besaßen, die Macht um jeden Preis zu erobern. Es war lediglich ein agitatorischer Erfolg, wenn die Alternative „Räte oder Nationalversammlung?" zu den meistdiskutierten Fragen gehörte.

[1]) Vgl. Stampfer, 14 Jahre, S. 60; s. auch o. S. 62.

12. Kapitel:

Der Kampf zwischen Regierung und Vollzugsrat

Die Auseinandersetzung um die Fortdauer der Revolution und um die zukünftige Staatsform wurde im politischen Tageskampf zunächst unter den Schlagworten „Räte" und „Nationalversammlung" ausgetragen. Aber die öffentliche Meinung will für abstrakte Ideen konkrete Träger haben. Daher galten bald die beiden obersten Revolutionsorgane, der Rat der Volksbeauftragten und der Berliner Vollzugsrat, als Verkörperung der feindlichen Prinzipien. Die Regierung galt als Repräsentant der Nationalversammlung, der Vollzugsrat als Repräsentant des Rätegedankens[1]). Diese Auffassung entsprach den Zielen, mit denen die beiden Körperschaften gebildet worden waren. Allerdings waren beide paritätisch von SPD und USPD besetzt worden, wenn im Vollzugsrat auch radikalere Vertreter beider Parteien saßen. Die revolutionären Obleute, die stark vertreten waren, betrachteten den Vollzugsrat als ihre Domäne und machten Richard Müller zu seinem Vorsitzenden[2]).

Der *Vollzugsrat* fühlte sich als deutsches Gegenstück zum Petersburger Sowjet und erhob den Anspruch, die Spitze aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu sein, obwohl er nur aus den Groß-Berliner Räten hervorgegangen war. Am 22. November ergänzte er sich durch einige Delegierte aus dem Reich. Da die Proklamation vom 10. November die Räte zu Inhabern der gesamten Staatsgewalt erklärt hatte, betrachtete sich der Vollzugsrat als das oberste deutsche Regierungsorgan für Exekutive und Legislative, von dem alle anderen Organe ihre Rechte herleiteten[3]). Aber neben den Räten stand die alte Verwaltung, die von der Revolution kaum berührt worden war, sondern nur im Rat der Volksbeauftragten eine neue Spitze bekommen hatte. Deutschland besaß, wie Rußland, einen doppelten Staatsapparat.

Es gelang dem Vollzugsrat allerdings nicht, seine Stellung in der Praxis auszufüllen und zu behaupten. Ein großer Teil der Mitglieder, darunter der Vorsitzende, war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Durch innere Gegensätze war der Vollzugsrat außerordentlich stark belastet, so daß sich auf seinen Sitzungen sehr scharfe Kämpfe abspielten. Dem revolutionären Organ, das keine klaren Kompetenzen hatte, leisteten die alten Behörden Widerstand, wo sie nur konnten. Der Vollzugsrat mußte ohne technischen Apparat eine Fülle von Aufgaben be-

[1]) Vgl. die Diskussionen auf dem 1. Rätekongreß, besonders Hermann Müller, Sten. Ber., Spalte 60 ff.

[2]) Vgl. H. Müller auf der Parteikonferenz der SPD vom 22. März 1919, Protokoll, S. 6. H. Müller war von der SPD als Beobachter in den Vollzugsrat geschickt worden.

[3]) Aufruf des Vollzugsrates vom 11. November: „Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte." („Vorwärts" vom 13. November 1918.) Ähnlich Verordnung des Vollzugsrates für Preußen vom 16. November (R. Müller, II, S. 252). Gegen diese Kundgebungen wurde „damals von keiner Seite Einspruch erhoben" (R. Müller auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 15).

wältigen. Die Volksbeauftragten verwiesen gerne die zahllosen Delegationen, Anfragen, Beschwerden usw., durch die sie in ihrer Arbeit gestört wurden, an den Vollzugsrat, der „in einem Meer von Kleinigkeiten ertrank". Bereits drei Wochen nach Ausbruch der Revolution war der Vollzugsrat nicht mehr verhandlungsfähig. Es gab nur noch zufällige Mehrheiten, Beschlüsse kamen kaum noch zustande[1]). Dies lag vor allem daran, daß die Mehrheitssozialisten ihre Haltung versteiften, nachdem sie sich zunächst von der „revolutionären Atmosphäre" dieses „Wohlfahrtsausschusses der deutschen Revolution" hatten mitreißen lassen. Als es Hermann Müller gelang, ein Gegengewicht gegen Richard Müller und seine Freunde zu schaffen, wurde der Vollzugsrat arbeitsunfähig[2]).

Es gelang dem Vollzugsrat nicht, sich einen Rückhalt durch eigene militärische Macht zu verschaffen. Wegen des Widerstandes der Berliner Soldatenräte mußte der Plan, eine Rote Garde zu errichten, aufgegeben werden[3]). Ebensowenig gelang es, ein klares Programm aufzustellen. Am 16. November verhandelte man über einen Entwurf, der von Däumig stammte und in schärfster Form die Nationalversammlung ablehnte[4]). Deutschland sollte eine Räterepublik werden, nur das werktätige Volk sollte politische Rechte haben. Die Spitze des Reiches sollte ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte sein, der eine neue, „den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende" Verfassung beschließen sollte. Hermann Müller lehnte den Entwurf für die Mehrheitssozialisten ab, Colin Roß für die Soldaten, und Däumig unterlag in der Abstimmung mit 10:12 Stimmen. Der Vollzugsrat beschloß ein neues Programm, das die Nationalversammlung vorsah, daneben aber Däumigs Text zu einem großen Teil übernahm, so daß die neue Erklärung sehr widerspruchsvoll und unklar wurde. Ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte sollte die „den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende" Verfassung entwerfen, dann sollte eine vom Zentralrat berufene Nationalversammlung darüber beschließen.

Damit hatte sich der Vollzugsrat nach den Worten von Richard Müller „zwischen zwei Stühle gesetzt"[5]). Niemand war mit dem Beschluß zufrieden. Die Radikalen versuchten daher, an die Massen zu appellieren. Am 19. November veranstaltete der Vollzugsrat eine Versammlung aller Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, auf der sich Richard Müller mit den allerschärfsten Ausdrücken gegen die Nationalversammlung wandte und die bekannten Worte sprach: „Der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche[6])." Müller bekam starken Beifall, ebenso die Redner, die für die Nationalversammlung eintraten.

[1]) R. Müller, II, S. 109, S. 146, S. 151 ff.; H. Müller, S. 107 f.

[2]) H. Müller, S. 104.

[3]) R. Müller, II, S. 138; H. Müller, S. 119.

[4]) R. Müller, II, S. 81 ff.; vgl. R. Müller auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 16; H. Müller, S. 128.

[5]) II, S. 83; vgl. H. Müller auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 60.

[6]) R. Müller, II, S. 84, Anm. 1, nach dem Sten. Protokoll. Der Berliner Volkswitz bezeichnete Richard Müller zum Unterschied von anderen Trägern dieses Namens bald als „Leichenmüller".

Müller wagte es nun nicht, das Programm des Vollzugsrates zur Abstimmung vorzulegen, da das Ergebnis vorauszusehen war. Der Appell an die Massen war fehlgeschlagen. Selbst die besonders radikalen Berliner folgten nicht den Vertretern der Rätediktatur[1]). Obwohl Deutschland eine Räterepublik war, war es den radikalen Gruppen nicht gelungen, dem obersten Organ der Arbeiter- und Soldatenräte wirkliche Macht zu verschaffen. Der Vollzugsrat hat zur Sicherung und Ausbreitung des Rätegedankens erheblich weniger beitragen können, als es seine Freunde wie seine Feinde erwartet hatten.

Zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der *Volksbeauftragten* begann bald ein erbitterter Kampf. Die beiden höchsten Körperschaften der Revolution hatten sehr verschiedene Vorstellungen von deren Wesen und weiterem Verlauf. Daher entstanden heftige Differenzen, bei denen es um die Besetzung der Reichsämter und anderer Machtpositionen ging, um den Einfluß auf die Verwaltung und die bewaffnete Macht, um die Bewilligung der Gelder für die Arbeiter- und Soldatenräte und um außenpolitische Fragen. Der Rat der Volksbeauftragten, obwohl selbst aus der Revolution entstanden, stützte sich immer mehr auf die alten Mächte, auf die Verwaltung, auf bürgerliche Politiker und auf die OHL. Die Regierung sah ihre Position zunächst als so schwach an, daß jede Unterstützung, woher sie auch kam, dankbar angenommen wurde. Die Regierung war nur von einer zufälligen Berliner Versammlung eingesetzt worden. Ihre Legitimation war die Tatsache der Revolution — einer Revolution, die jedenfalls von den Mehrheitssozialisten nicht gewollt war und möglichst schnell beendet werden sollte. Die Volksbeauftragten besaßen keine militärische Macht und keine Verwaltungsorganisation, da man den Arbeiter- und Soldatenräten nicht zuviel Gewalt übertragen wollte und ihre Spitze, der Vollzugsrat, bald zum Gegner wurde. Andererseits standen die Volksbeauftragten vor schwierigen Aufgaben, deren Nichtbewältigung, wie man glaubte, in Deutschland ein Chaos ausbrechen lassen und das Land dem Bolschewismus in die Arme treiben werde. Aus diesen Gründen gingen die Volksbeauftragten gerne darauf ein, als der Verwaltungsapparat seine Aufgaben weiterführte und die OHL ein Bündnis anbot. Diese Zusammenarbeit mit den alten, im Grunde gegenrevolutionären Mächten geschah sicher nicht aus gegenrevolutionären Motiven, sondern aus zwingenden praktischen Gründen. Die Konsequenzen, die sich aus der Zusammenarbeit ergaben, sah man nicht[2]).

Infolge der Unterstützung durch Heer und Beamtenschaft gewann die Regierung dem Vollzugsrat gegenüber schnell eine stärkere Position. In einer Vereinbarung vom 22. November wurde nach tagelangen Verhandlungen schließlich das gegenseitige Verhältnis „für die erste Übergangszeit" geregelt[3]): „1. Die

[1]) „Vorwärts" vom 20. November 1918; R. Müller, II, S. 85; H. Müller, S. 130.

[2]) Anders Berlau, S. 214, S. 228, S. 337; vgl. Jellinek, S. 21; Bernstein, S. 79; R. Müller, II, S. 146 ff.

[3]) „Frankfurter Zeitung" vom 23. November 1918; vgl. R. Müller auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 31.

politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik ... 2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte (die möglichst schnell zusammentreten sollte) einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte ... aus. 3. Die Bestellung des Rates der Volksbeauftragten bedeutet die Übertragung der Exekutive." Dem Vollzugsrat stand das Recht der Berufung, Abberufung und „Kontrolle" der Kabinettsmitglieder zu. Mit diesem Dokument war versucht worden, die staatsrechtliche Form der revolutionären Übergangsperiode zu fixieren. Die bisherige Rechtslage (Vereinbarung von SPD und USPD und Proklamation der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vom 10. November) war bestätigt worden. Der Rat der Volksbeauftragten leitete seine Gewalt aus den Räten ab, der Vollzugsrat wurde als oberstes Organ der Räte anerkannt. Aber den Volksbeauftragten war ausdrücklich die Exekutive übertragen worden, d. h. der Vollzugsrat hatte keine Regierungsbefugnisse mehr, und die ganze Regelung war auf eine Übergangszeit, d. h. auf die Zeit bis zur Nationalversammlung beschränkt worden[1]). Wieder hatte die SPD durch formelle Zugeständnisse praktische Vorteile erkauft. Allerdings konnte der Ausdruck „Kontrolle" sehr verschieden ausgelegt werden.

Mit der Vereinbarung vom 22. November waren die Kämpfe zwischen Regierung und Vollzugsrat nicht beendet, so daß am 9. Dezember eine neue Abmachung getroffen werden mußte. Jetzt hieß es[2]): „Beide, geschaffen durch die Revolution, streben demselben Ziel zu, dem deutschen Volk die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden kann." Der Rat der Volksbeauftragten besitzt hier also einen selbständigen revolutionären Ursprung und ist nicht nur ein Organ der Räte. Der zweite Satz zeigt, daß die Initiative vollständig an die Regierung übergegangen und der Vollzugsrat in die Verteidigung gedrängt worden war. Er konnte nicht mehr daran denken, die Macht der Räte zu erweitern, sondern gerade noch das Erreichte erhalten. Die Vereinbarung vom 9. Dezember „zeigte den Vollzugsrat in seiner ganzen Ohnmacht[3])".

Da der Rat der Volksbeauftragten durch innere Gegensätze weniger belastet war als der Vollzugsrat (Barth hatte keinen Einfluß), war seine Stellung zu den Räten und zur Nationalversammlung eindeutiger und klarer. Die Regierung sah in den Arbeiter- und Soldatenräten vorläufige Revolutionsorgane, die in der ersten Revolutionszeit nützlich und notwendig seien, um die Ordnung aufrecht-

[1]) Vgl. den Kommentar der DAZ vom 23. November 1918. Anders über die Bedeutung der Vereinbarung Bredt, Gutachten S. 355, und Berlau, S. 231.

[2]) „Freiheit" vom 10. Dezember 1918; R. Müller, II, S. 258.

[3]) R. Müller, II, S. 148. Auch in der Einladung des Vollzugsrates zum 1. Rätekongreß („Vorwärts" vom 25. November 1918) wurde die Beschränkung der Räteherrschaft auf eine Übergangszeit anerkannt.

zuerhalten und in die neuen Verhältnisse überzuleiten[1]). Die unabhängigen Volksbeauftragten griffen bald den Gedanken auf, die Räte auch nach der Revolution als Interessenvertretung der Arbeiterschaft bestehen zu lassen[2]). Alle Volksbeauftragten waren sich darüber einig, daß eine Nationalversammlung einberufen werden müsse[3]). Es gab nur wenige Fragen, über die sich besonders die mehrheitssozialistischen Regierungsmitglieder so oft und so entschieden geäußert haben und in denen sie so lebhaft tätig waren. Der Vorwurf Hilferdings in der „Freiheit" war nicht unberechtigt: „Sie (ein Teil der SPD) wollen nichts anderes sehen als: Wahlen, Wahlen und wieder Wahlen! Für sie scheint es keine andere Arbeit für eine sozialistische Regierung zu geben als die Abfassung der Wählerliste[4])." Hier zeigt sich, wie unsicher sich besonders die Volksbeauftragten der SPD fühlten. Sie wollten möglichst schnell ihre Verantwortung an eine gewählte Körperschaft abgeben. Daher gab es in der Regierung Differenzen über den Termin der Nationalversammlung. Nach langen Debatten, bei denen mehrfach die Existenz der Regierung auf dem Spiele stand, einigte man sich (bei Stimmenthaltung Barths) auf den 16. Februar 1919. Gleichzeitig wurde auf Eberts Antrag beschlossen, die endgültige Bestimmung des Termins dem Rätekongreß zu überlassen. Die Mehrheitssozialisten hofften, auf diese Weise noch zu einer früheren Wahl zu kommen[5]).

Nicht nur die grundsätzliche Einstellung der Volksbeauftragten und die Stimmung in der Öffentlichkeit führten zu der Entscheidung für die Nationalversammlung, sondern auch innen- und außenpolitischer Druck. Verschiedene Stellen der Entente lehnten es ab, mit Arbeiter- und Soldatenräten zu verhandeln und deuteten an, daß nur eine deutsche Regierung, die vom Mehrheitswillen getragen sei, Lebensmittel erhalten könne und daß nur mit einer solchen Regierung ein Friedensvertrag abgeschlossen werde. Die Entente fürchtete den Bolschewismus so sehr, daß sie lieber mit den Vertretern des alten kaiserlichen Systems zusammenarbeiten wollte als zuzulassen, daß Deutschland bolschewistisch

[1]) Verordnung vom 11. November betr. Soldatenräte (Die Wirren ..., S. 4), Aufruf zur Bildung von Bauernräten vom 13. November („Vorwärts" vom 13. November 1918; Ebert, S. 99).

[2]) Dieser Gedanke stammte von Kautsky: „Nationalversammlung und Räteversammlung", „Freiheit" vom 5. und 6. Dezember 1918. Haase setzte sich auf dem 1. Rätekongreß lebhaft für diesen Plan ein (Sten. Ber., Spalte 253).

[3]) Sogar Barth: Rede auf der Staatenkonferenz am 25. November 1918 (Wippermann, I, S. 58) und auf dem Vertretertag der Frontsoldaten am 1. Dezember (Wippermann, I, S. 190), vgl. Barth, S. 126, und u. S. 94.

[4]) 23. November 1918. Scheidemann hatte sogar ein besonderes Verfahren ohne Wählerlisten zwecks Beschleunigung der Wahl vorgeschlagen („Vorwärts" vom 26. November 1918).

[5]) Über den Wahltermin erschienen in der Presse seit Mitte November zahlreiche Meldungen und Dementis. Die obige Darstellung stützt sich auf: „Vorwärts" vom 5. Dezember 1918 (Amtlich); „Freiheit" vom 30. November 1918; Ebert, S. 109; Scheidemann, Memoiren, II, S. 336; Landsberg im „Neuen Vorwärts" vom 24. Februar 1950; Dittmann, Schriftliche Mitteilung vom 12. März 1950. Etwas anders: Haase auf dem Parteitag der USPD März 1919, Protokoll, S. 81; H. Müller, S. 215.

würde bzw., was man für dasselbe hielt, unter die Herrschaft der Räte geriete[1]). Auch von den deutschen Einzelstaaten ging eine starke Opposition gegen die Räteherrschaft, besonders gegen den Vollzugsrat, aus. Ende November protestierten die Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden, dazu maßgebliche Persönlichkeiten aus Köln und Düsseldorf, gegen den Einfluß der Radikalen in Berlin. Die Regierungen erklärten, daß sie „im äußersten Falle nicht vor einer selbständigen Regelung der Geschichte Süddeutschlands und der Rheinlande haltmachen würden[2])". Für den 25. und 26. November berief der Rat der Volksbeauftragten eine Konferenz von Ländervertretern nach Berlin, bei der u. a. die Nationalversammlung besprochen werden sollte. Die Reichsregierung appellierte gegen die Räteherrschaft an das Selbstbewußtsein der Länder. Sie wurde nicht enttäuscht. Außer Braunschweig und Gotha traten alle Länder für schnelle Wahlen ein, Bayern allerdings nur unter Vorbehalt[3]). Die Regierungen der Einzelstaaten waren scharfe Gegner des radikalen Rätegedankens, weil meist die Forderung nach einem Einheitsstaat damit verbunden war[4]).

Der wichtigste Faktor für den Erfolg der Regierung in der Frage der Nationalversammlung und für ihren Sieg über den Vollzugsrat war die Zusammenarbeit mit der kaiserlichen Bürokratie und mit der OHL. Diese Zusammenarbeit führte zu einer starken Abhängigkeit von den alten Mächten. Die Beamtenschaft leistete passiven Widerstand gegen alle unerwünschten Neuerungen, die OHL stellte sogar konkrete Gegenforderungen. Bereits in dem Bündnis zwischen Ebert und Groener vom 10. November war die Nationalversammlung vorgesehen[5]). Anfang Dezember verlangte die OHL: Wiederherstellung der militärischen Kommandogewalt, Auflösung der Soldatenräte, Einberufung der Nationalversammlung noch im Dezember, „alleinige Führung der Geschäfte durch die Regierung und die gesetzlichen Verwaltungsorgane" (d. h. Ausschaltung des Vollzugsrates), Beseitigung der Arbeiterräte[6]).

---

[1]) „Vorwärts" vom 15. November 1918; „Leipziger Volkszeitung" vom 21. November 1918; Wippermann, I, S. 275: Bericht des bayrischen Gesandten in Bern, Prof. F. W. Förster, über die Haltung der Entente. Anders R. Müller, II, S. 114 ff. Vgl. Berlau, S. 226; Taylor, S. 182; Barraclough, S. 183 f. und Anm. 82 (Einzelbelege).

[2]) DAZ vom 24. November 1918; vgl. R. Müller, II, S. 98. Ähnlich um die gleiche Zeit der schlesische Volksrat: H. Müller, S. 214 f.

[3]) „Vorwärts" vom 26. und 27. November 1918; vgl. „Leipziger Volkszeitung" vom 27. November 1918; Berlau, S. 232.

[4]) Vgl. z. B. den Spartakusaufruf aus Berlin vom 7. November, s. o. S. 50. Die Radikalen waren scharfe Zentralisten, ähnlich die Unabhängigen. Eisners Partikularismus war ein Sonderfall. Die Mehrheitssozialisten waren im ganzen etwas föderalistischer. Vor allem hielten die meist von ihnen beherrschten Länderregierungen zäh an ihren Rechten fest. Die Darstellung bei Taylor (S. 169 und 183 ff.: Spartakus und SPD sind Zentralisten, die USPD ist föderalistisch) ist durchaus unzutreffend.

[5]) Groener im Dolchstoßprozeß, Protokoll, S. 223 ff.

[6]) Die Wirren ..., S. 26. In Aufzeichnungen Groeners für den Reichskanzler vom 9. Dezember (ebd., S. 31) hieß es sogar: „Er (Hindenburg) hält es für seine Pflicht, den Vollzugsrat mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, zu bekämpfen. Er fordert den Reichskanzler Ebert und die Regierungsmitglieder auf, sich zu den Truppen zu begeben zu gemeinsamem Kampf."

Dieser Druck der bewaffneten Macht und der Bürokratie, die ständigen Reibereien mit dem Vollzugsrat und mancherlei Mißgriffe und Fehler der Arbeiter- und Soldatenräte führten dazu, daß der Rat der Volksbeauftragten immer rätefeindlicher wurde. Die schärfste Äußerung in dieser Richtung stammt von Scheidemann. Er sagte auf dem ersten Rätekongreß: „Ich habe die feste Überzeugung, daß die dauernde Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte bedeuten würde — ich spreche dies nach reiflicher Überlegung aus — den absolut sicheren Untergang unseres Handels und unserer Industrie, den absolut sicheren Untergang des Reiches[1])." Die unabhängigen Volksbeauftragten dachten anders, konnten sich aber (mit Ausnahme von Barth) der rätefeindlichen Tendenz nicht ganz entziehen[2]).

Indem die Revolutionsregierung so die eigentlichen Organe der Revolution immer schärfer bekämpfte und sich den alten Mächten gegenüber immer nachgiebiger zeigte, hat sie das Schicksal der Revolution unheilvoll beeinflußt und der jungen Republik eine schwere Belastung mit auf den Weg gegeben. Es ist dem Weimarer Staat nicht mehr gelungen, die Reste des alten Obrigkeitsstaates zu beseitigen, Heer und Beamtenschaft mit wirklich demokratischem Geist zu erfüllen und sie zu Stützen des neuen Staates zu machen. Noch weniger Erfolg hatten die Ansätze zur Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne, zur Errichtung einer sozialen Republik. Es ist behauptet worden, daß die Volksbeauftragten bzw. die SPD einen großen Teil der Schuld an dieser unglücklichen Entwicklung trügen[3]). Bei diesem Vorwurf werden m. E. einige wesentliche Tatsachen nicht genügend berücksichtigt:

1. Es gab in der SPD bisher keine klaren Vorstellungen darüber, welche Maßnahmen während bzw. kurz nach der Revolution ergriffen werden müßten. Alle Äußerungen zu dieser Frage blieben sehr allgemein und sprachen z. B. von „Sozialisierung", ohne zu untersuchen, wie sie durchzuführen sei. Zwei Wege führten zu einer solchen Haltung: Man vergröberte den Marxismus und erwartete, daß die Geschichte alle Fragen automatisch lösen werde, oder man vergröberte den Revisionismus und erwartete, daß es überhaupt keine Revolution geben werde. Den Volksbeauftragten stand also kein Programm zur Verfügung, das ihnen die konkreten Wege zur Umgestaltung der Gesellschaft zeigen konnte[4]).

2. Deutschland befand sich am Ende des verlorenen Krieges in einem Zustand, der die Verfolgung weitgesteckter Ziele zu verbieten schien. Die Volksbeauftragten

[1]) Sten. Ber., Spalte 269; vgl. Ebert, S. 112; H. Müller, S. 214; Bernstein, S. 79.

[2]) Vgl. Haase auf dem 1. Rätekongreß, s. u. S. 100.

[3]) Dies ist das Hauptergebnis von Berlaus Untersuchungen, vgl. besonders S. 12 ff., S. 214 f., S. 255, S. 336 ff. Vgl. auch Rosenberg, Weimarer Republik, S. 16 f., S. 25 f., S. 36 f.; Taylor, S. 181 f.; Barraclough, S. 181 ff.; Meenzen, S. 160 ff.

[4]) Vgl. o. S. 22. Es ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich, den ersten Satz der Untersuchung von Matthias zu lesen (S. 15): „Als die Ereignisse von 1933 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands jede Möglichkeit nahmen, ihre Tätigkeit in gewohnter Weise fortzusetzen, erwies sie sich denkbar schlecht darauf vorbereitet . . ."

waren durch die Erhaltung des Bestehenden vollauf in Anspruch genommen und nahmen hierfür jede Hilfe an, die sich ihnen bot. Ihr erster Aufruf betraf die Lebensmittelversorgung. Ohne die Zusammenarbeit mit Heer und Beamtenschaft mußte, so glaubten sie, ein ungleich höherer Substanzverlust für Deutschland eintreten. Es ist eine Frage, die wohl kaum zu entscheiden sein wird, ob dieser Verlust durch eine größere Aussicht auf eine demokratische und sozialistische Entwicklung hätte ausgeglichen werden können.

3. Wir wissen heute, daß eine Revolution, die nur die Regierungen berührt, nicht genügt, um eine demokratische Entwicklung zu gewährleisten, sondern daß eine geistige Revolution, zumindest eine Demokratisierung des staatlichen Verwaltungsapparates, hinzutreten muß. Aber dies wissen wir gerade auf Grund der Erfahrungen der Jahre 1918/19. Der bedeutendste deutsche Soziologe, über dessen demokratische Gesinnung kein Zweifel bestehen kann, Max Weber, kann hier als Zeuge stehen. Er erkannte bereits die Gefahr, die der Demokratie von der Seite der Bürokratie drohte. Er schlug als notwendige, aber auch ausreichende Abhilfe vor, parlamentarische Kontrolle der Bürokratie und parlamentarische Auswahl ihrer Führer (der Minister), also das parlamentarische Regierungssystem, einzuführen. Damit, so glaubte er, sei das Problem gelöst[1]). Man wird von den sozialdemokratischen Politikern nicht verlangen können, daß ihre theoretischen Einsichten über die von Max Weber hinausgingen.

Bei Berücksichtigung dieser Punkte muß, so glaube ich, das Urteil über die Politik der SPD in der Revolution und über die Tätigkeit der Volksbeauftragten anders ausfallen als bei Berlau und anderen Kritikern. Vieles, was sich später verhängnisvoll auswirkte, ergab sich aus der Situation Deutschlands, anderes aus der Geschichte der SPD. Allerdings hat sich der Rat der Volksbeauftragten die unglückliche Verhärtung der Standpunkte in der Rätefrage sehr schnell zu eigen gemacht und zu dieser Verhärtung selbst nicht wenig beigetragen. Dies scheint mir der entscheidende Fehler der SPD und der Regierung in der hier untersuchten Frage zu sein.

13. Kapitel:

Die Parteien und die Rätebewegung

a) Die bürgerlichen Parteien

Wenn es den revolutionären Räten nicht gelang, die politische Macht in die Hand zu bekommen und den Verlauf der Revolution zu bestimmen, so lag dies nicht nur am Widerstand der Regierungen und der Bürokratie, sondern auch daran, daß die Räte unter den Einfluß der Parteien gerieten. Schon bald nach

[1]) Max Weber, S. 152 ff. (Sommer 1917/Januar 1918), S. 277 ff. (Dezember 1917), S. 370 ff. (November/Dezember 1918), S. 411 (1919).

dem Ausbruch der Revolution waren die Arbeiter- und Soldatenräte wenig mehr als ein Spiegelbild der in ihnen vertretenen politischen Parteien und Gruppen, auch dort, wo die Räte nicht von ihnen gegründet worden waren. Die eigentlichen Entscheidungen lagen bald wieder in der Hand der Parteien.

Die bürgerlichen Parteien lehnten eine Rätediktatur scharf ab und forderten die Nationalversammlung[1]). Allerdings beteiligten sich ihre Anhänger an vielen Orten bei der Gründung von Arbeiter-, Soldaten- und Volksräten als Revolutionsorganen. Bald entstand auch eine große Zahl von nichtproletarischen Räten — Bürgerräte, Beamtenräte, Rat der geistigen Arbeiter usw. Keiner von diesen Räten, die allmählich wieder verschwanden, hat größere Bedeutung erringen können. Nachdem sich die Mittel- und Rechtsparteien wieder gefestigt hatten, forderten sie mehr oder weniger entschieden die Liquidierung der Arbeiter- und Soldatenräte, spätestens mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung[2]). Abgesehen von einem kleinen Flügel der Demokraten hielten diese Parteien bis zum Frühjahr 1919 an ihrer Feindschaft gegenüber den Räten fest.

Dem Gedanken der ständigen Interessenvertretung, der dritten Form des Rätegedankens, standen sie freundlicher gegenüber. Die Arbeiterausschüsse sollten ausgebaut und auf weitere Berufsgruppen ausgedehnt werden[3]). Im Frühjahr 1919 erweiterten die bürgerlichen Parteien unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Lage ihre Programme in diesem Punkt. Zentrum und Demokraten erkannten an, daß in der Forderung nach Arbeiterräten ein berechtigter Kern läge. Die Räte sollten als Interessenvertretung erhalten werden, entweder im Rahmen der konstitutionellen Fabrik, als Arbeitskammern oder in ähnlicher Form[4]). Auch die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die ursprünglich den Standpunkt der Parteien geteilt hatten, näherten sich im Frühjahr 1919 zusammen mit den Freien Gewerkschaften dem Rätegedanken[5]). Teile des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und insbesondere der Deutschnationalen Volkspartei traten für berufsständische Vertretungen

---

[1]) In den Rechtsparteien gab es zunächst sogar Stimmen für ein Weiterbestehen des alten Reichstages, so die „Deutsche Tageszeitung", nach DAZ vom 13. November 1918.

[2]) Mindestens aber sollten die proletarischen Räte in „allgemeine Stadt- und Kreistage", d. h. in „Volksräte", umgewandelt werden („Frankfurter Zeitung" vom 5. Januar 1919).

[3]) Aufrufe der Parteien nach Ausbruch der Revolution bei Eltzbacher, S. 34 ff., und Wippermann, I, S. 329 ff.

[4]) Pfeiffer (Zentrum) in der Nationalversammlung am 10. April 1919 (Sten. Ber., S. 923); ähnlich Hitze am 2. Juni im Verfassungsausschuß, Protokoll (Anlage Nr. 391 zu den Sten. Ber.), S. 396. Bei den Demokraten zuerst der Landesvorstand Bayern am 2. Februar 1919: Berufsvertretungen mit dem Recht der Gesetzesinitiative (Wippermann, I, S. 603), dann am 28. Februar Schücking in der Nationalversammlung (Sten. Ber., S. 479): Konstitutionelle Fabrik. Ein Flügel der Demokraten betätigte sich aktiv in den Räten (z. B. im Berliner Arbeiterrat und auf den Rätekongressen), ein anderer Flügel lehnte den Rätegedanken vollständig ab; vgl. die Diskussionen auf dem Parteitag im Juli 1919, Bericht, S. 20 ff.

[5]) Vgl. die Aufrufe zur Revolution, „Die Hilfe", Nr. 47, vom 21. November 1918, S. 563 ff.; Wissell, Räteidee, S. 3; Herrfahrt, S. 128.

ein und entwickelten verschiedene Pläne, die auch der Arbeitervertretung einen Platz einräumen wollten. Die Demokratische Partei lehnte die berufsständischen Ideen ab[1]).

b) SPD und Gewerkschaften

Der Standpunkt der SPD zur Rätefrage ergab sich aus ihrer Auffassung von der Revolution. Eine Rätediktatur wurde abgelehnt. Die Räte wurden als Revolutionsorgane zur Erkämpfung der parlamentarischen Demokratie betrachtet, die nur so lange bestehen bleiben sollten, bis dieses Ziel erreicht war[2]).

Die *Gewerkschaften* fürchteten, ihre Aufgaben und ihren Einfluß an die neuen Organe zu verlieren. Sie fürchteten, überflüssig zu werden, wenn die Räte die Vertretung der Arbeiterschaft übernahmen. Daher betonten die Gewerkschaften immer wieder, daß die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter allein in ihre Hand gehöre und die Arbeiterräte rein politische Organe seien. Wenn die Gewerkschaften auch erklärten, auf politischem Gebiet nicht zuständig zu sein, so forderten sie doch bei jeder Gelegenheit eine schnelle Einberufung der Nationalversammlung. Infolge der weitgehenden Personalunion zwischen SPD und Gewerkschaften war die Haltung der Partei nicht zuletzt durch die Abneigung der Gewerkschaften gegenüber den Räten bestimmt[3]).

Während die Einstellung der Partei- und Gewerkschaftsführung zum Räteproblem eindeutig zu erkennen ist, läßt sich die Haltung der breiteren Mitgliedschaft schwieriger feststellen. In der ersten Zeit nach der Revolution gab es hier keine abweichenden Ansichten[4]). Als dann die Rätefeindschaft der Regierung immer deutlicher zu werden begann und sich andererseits viele Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die selbst in den Räten tätig waren, von deren Notwendigkeit als Gegengewicht gegen Militär und Bürokratie überzeugten, begann man zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, die Revolutionsorgane vorläufig weiterbestehen zu lassen. Auch als Organe der Sozialisierung, deren baldiger Beginn erwartet wurde, hielt man die Räte für unentbehrlich. Diese Tendenz zur Erhaltung der Räte nach Abschluß der Revolution zeigte sich zum ersten Male auf dem ersten Rätekongreß. Mehrere mehrheitssozialistische Delegierte,

[1]) Vgl. Graf Westarp in: Die Parteien und das Rätesystem, S. 65 ff.; H. Preuß am 3. März 1919 in der Nationalversammlung, Sten. Ber., S. 452; Stresemann am 4. März, Sten. Ber., S. 497; Koch im Verfassungsausschuß am 2. Juni 1919, Protokoll, S. 398.

[2]) „Vorwärts" vom 14. November 1918: „Sie (die Arbeiter- und Soldatenräte) sehen ihre weltgeschichtliche Mission darin, das ganze Volk aus einem Zustand der Unfreiheit in den der Freiheit, des wahren Selbstbestimmungsrechtes hinüberzuführen. Darin wird sich ihre Aufgabe erschöpfen — es gibt keine schönere —, das wird ihr unvergänglicher Ruhm sein." Vgl. „Vorwärts" vom 20. November und 5. Dezember 1918; Reinhard, S. 34.

[3]) „Correspondenzblatt", Nr. 47, vom 23. November bis Nr. 50, vom 14. Dezember 1918, passim; vgl. Rosenberg, Weimarer Republik, S. 25.

[4]) Der „Vorwärts" (29. November 1918) zum Beschluß des Parteiausschusses vom 28. November (schnelle Einberufung der Nationalversammlung): „Die Aussprache ergab, daß in dieser Angelegenheit in der Partei überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten bestanden."

auch der offizielle Redner der Partei, meinten, daß die Arbeiterräte neben der Nationalversammlung bestehenbleiben müßten[1]).

Dagegen hielt die Führung von Partei und Gewerkschaften an ihrer rätefeindlichen Einstellung, in der sie den einzig möglichen Weg zum Sozialismus sah, bis zum Frühjahr 1919 fest und kam auch dann unter dem Druck der Streiks und Unruhen den radikalen Ideen so vorsichtig wie möglich entgegen. Als allerdings die sozialistischen Forderungen auf immer stärkeren Widerstand stießen und die weitere Entwicklung nicht, wie man erwartet hatte, zum Sozialismus führte, bedauerten einzelne Stimmen in der SPD die Politik der Partei während der Revolution. Dies geschah vor der Öffentlichkeit zum ersten Male im Laufe der Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz[2]). Jetzt — zu spät — erkannte man, daß es besser gewesen wäre, in der Revolution sofort die Rechte der Arbeiterklasse festzulegen und ein Mitbestimmungsrecht zu sichern[3]).

c) Die USPD

Die Stellung der USPD zum Räteproblem ist schwieriger zu bestimmen. Die Partei war entstanden und wurde zusammengehalten durch den Gegensatz zur Kriegspolitik der SPD. Als diese Differenz gegenstandslos wurde und die Mehrheit der USPD nur noch über den Termin der Nationalversammlung andere Ansichten hatte als die SPD, stand der Wiedervereinigung eigentlich nichts mehr im Wege. Der Kampf zwischen den beiden Parteien war jedoch außerordentlich gehässig geführt worden, so daß jetzt viele persönliche Antipathien zwischen den Mitgliedern und besonders zwischen den Führern bestanden. Dazu hatte „der Zwang zur Rechtfertigung der Existenz der Partei zur Ausbildung mannigfacher praktischer und ideologischer Unterschiede geführt[4])". Das Schwergewicht des Parteiapparates, der auch nach Wegfall der für die Entstehung maßgeblichen Ursachen nach Weiterexistenz strebte, stand der Einigung im Wege. Voraussetzung für das Fortbestehen war ein Programm, das sich von dem der SPD deutlich unterschied. Da dies jedoch fehlte, drang allmählich der bolschewistische Rätegedanke ein. Anders ausgedrückt: Der unabhängig-sozialistische Arbeiter wollte seinen Ortsverein, mit dem er gerade im Kampf gegen die SPD fest verwachsen war, nicht zu deren Gunsten auflösen. Er brauchte daher eine Antwort auf die Frage des mehrheitssozialistischen Genossen, warum er nicht wieder in die alte Partei zurückkehre. Diese Antwort ergab sich aus der

[1]) Sten. Ber., Spalte 209 ff., 244 ff.

[2]) Bender in der Nationalversammlung am 14. Januar 1920, Sten. Ber., S. 4215 f.

[3]) Diese Erkenntnisse und ähnliche Einsichten über die Fehler der SPD in der Revolutionszeit wurden in den folgenden Jahren mehrfach ausgesprochen, besonders von der Opposition innerhalb der Partei. Entscheidende Folgerungen wurden aber daraus während der ganzen Zeit der Weimarer Republik nicht gezogen. Dies änderte sich erst nach dem Schock der Ereignisse des Jahres 1933 in der Emigration. Vgl. hierüber Matthias, S. 55 ff.

[4]) Geyer, S. 33; vgl. „Vorwärts" vom 15. November 1918; R. Müller, II, S. 30.

Vorstellung des Unabhängigen von der Revolution: sofortiger Beginn der Sozialisierung, Weiterexistenz und Ausbau der Räte. Diese Punkte stellte die Partei jetzt in den Vordergrund und näherte sich so den Anschauungen derjenigen, die die Räte als Dauereinrichtungen beibehalten wollten. Die Einigung der Sozialdemokratie scheiterte jetzt in erster Linie an der Rätefrage[1]).

Es begann eine langsame Radikalisierung der USPD, die sich immer weiter vom Erfurter Programm und seinen demokratischen Grundsätzen entfernte. Dieser Prozeß verlief nicht einheitlich. In den ersten Revolutionstagen übernahm die USPD teilweise die Parolen und das Programm der äußersten Linken, ohne sich der Konsequenzen bewußt zu sein. Die Arbeiter- und Soldatenräte wurden begrüßt und gefeiert als die höchste Instanz der Revolution und als die Vollstrecker des Sozialismus. Die Nationalversammlung wurde für nicht aktuell erklärt[2]). Die USPD war aber keine einheitliche Partei, sondern barg verschiedene Richtungen in sich und hatte in den deutschen Ländern verschiedenen Charakter. In Süddeutschland beteiligten sich die Unabhängigen an bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierungen, die fast alle versprachen, schnellstens eine Konstituante einzuberufen[3]). So flaute die erste radikale Welle bald ab und der Gedanke der Nationalversammlung fand immer weniger Widerspruch in der USPD[4]).

Allerdings bestanden bei den verschiedenen Richtungen der Partei, die sich schon in der Beurteilung des Bolschewismus getrennt hatten, sehr verschiedene Ansichten über die Aufgaben der Räte und der Nationalversammlung. Der rechte Flügel, dessen Organ die „Freiheit" war, betrachtete die Räte als „Sturmtrupp der Revolution, Sammelpunkt der schöpferischen Kräfte des arbeitenden Volkes, die wichtigste Form der Massenorganisation", sie seien aber keine „Staatsregierung[5])". Für die Nationalversammlung wurde ein nicht zu früher Termin gefordert. Kautsky wollte die Räte neben der Nationalversammlung erhalten[6]). Spartakus und der Bolschewismus wurden scharf bekämpft. Dagegen legte die „Leipziger Volkszeitung" zunächst keinen Wert auf eine Abgrenzung

[1]) Vgl. die Diskussion auf der „Konferenz zur Einigung der Sozialdemokratie" im Juni 1919 (Deutscher Sozialistentag, Protokoll passim); Bericht des Vorstandes der SPD an den Parteitag im Juni 1919, Protokoll, S. 15; Geyer, S. 33 ff.

[2]) Der programmatische Aufruf zur Revolution („Freiheit" vom 15. November 1918) erwähnte die Nationalversammlung nicht; vgl. „Leipziger Volkszeitung" vom 14. November 1918. Die USPD Württembergs stellte sich am 17. November 1918 grundsätzlich auf den Boden des Spartakusprogramms: Wippermann, I, S. 125; vgl. S. 105 (USPD Dresden).

[3]) So in Baden und Württemberg. Nur in Sachsen wurde mit Rücksicht auf die USPD die Frage im Regierungsprogramm offengelassen, vgl. Bernstein, S. 60 f.; R. Müller, II, S. 74.

[4]) Die „Leipziger Volkszeitung", das radikalste unabhängige Blatt, schrieb am 21. November: „Daß diese (die Nationalversammlung) kommen muß, wird immer mehr auch in den Kreisen unserer Genossen anerkannt, die dem Gedanken der Nationalversammlung zunächst durchaus ablehnend gegenüberstanden." Vgl. ebd., 27. und 30. November 1918.

[5]) „Freiheit" vom 17. November 1918; vgl. ebd. 18. November, 14. Dezember 1918.

[6]) S. o. S. 78.

nach links. Das Blatt betrachtete die Arbeiter- und Soldatenräte als die Träger der Souveränität, als die höchsten Organe der Revolution, die noch lange nicht beendet sei. Die Nationalversammlung müsse noch weit hinausgeschoben werden. Der äußerste linke Flügel der USPD, der gesondert zu betrachten ist, wollte von einer Nationalversammlung überhaupt nichts wissen. Es bestand in der Partei also lediglich darüber Einigkeit, daß die Räte die wichtigsten Vertreter des revolutionären Gedankens waren. Sie wurden für die Unabhängigen zum Symbol der Revolution.

Die Unklarheit und Uneinigkeit der USPD lähmte ihre Politik und verstärkte das Übergewicht der SPD. Die Wahl zur Nationalversammlung wurde auf einen Termin gelegt, der der USPD viel zu früh erschien. Die Räte wurden in den Hintergrund gedrängt. Die Partei konnte sich im Rat der Volksbeauftragten nicht durchsetzen. Als schließlich der Rätekongreß eine definitive Stellungnahme verlangte, wurde Mitte Dezember zum ersten Male versucht, die Meinungen in der Partei zu klären und ihr Stärkeverhältnis festzustellen. Eine Versammlung in Berlin am 15. Dezember sollte die Haltung der Partei auf dem Kongreß festlegen. Vor den Delegierten und den Berliner Parteimitgliedern sprachen die prominentesten Sprecher der beiden Flügel, Haase für die Nationalversammlung, Rosa Luxemburg für die Rätediktatur. Bei der Abstimmung siegte Haase mit 485 gegen 195 Stimmen[1]). Der rechte Flügel besaß sogar im besonders radikalen Berlin eine große Mehrheit. Die Tendenz zur Radikalisierung hatte erst einen kleinen Teil der Partei ergriffen. Die Entscheidung wurde lebhaft begrüßt: Die „Freiheit" überschrieb ihren Leitartikel „Endlich Klarheit[1])" und die „Leipziger Volkszeitung" schrieb am 16. Dezember 1918: „Die Linie der Partei zeichnet sich immer deutlicher ab. Die Unklarheit, wie sie sich gegen die äußerste Linke abgrenzt, schwindet."

d) Die radikalen Gruppen

Auch für die Radikalen ergab sich die Stellung zu den Räten aus ihrer Auffassung von Wesen und Ziel der Revolution. Der *Spartakusbund* befand sich in einer schwierigen Situation. Sein ursprüngliches Ziel war ein konsequent sozialistischer und extrem demokratischer Staat. Die Gruppe war aber eine kleine Minderheit und konnte nicht daran denken, ihr Ziel im Rahmen der bestehenden Verhältnisse auf demokratischem Wege zu erreichen. Dies war eine ganz ähnliche Situation wie die der Bolschewisten im Jahre 1917. Wie sie, so wollte jetzt auch der Spartakusbund die Revolution fortsetzen und steigern. Wie die Bolschewisten, so sah auch der Spartakusbund in den Räten die geeigneten Organe für die Verwirklichung seiner Ideen und forderte daher die Rätediktatur. Aus dem Zwang der tatsächlichen Lage heraus kamen auch die Spartakisten von der

[1]) „Freiheit" vom 16. Dezember 1918.

sozialen Demokratie zur Rätediktatur. Diese Diktatur wurde noch als eine besonders fortgeschrittene Form der Demokratie bezeichnet, war aber wie bei den Bolschewisten eigentlich keine Demokratie mehr[1]). Die Räte sollten alle bisherigen Regierungs- und Verwaltungsorgane ablösen und die ganze Macht in Staat und Wirtschaft übernehmen. Durch ständige Neuwahl und durch das Rückberufungsrecht sollte dafür gesorgt werden, daß sie stets ein Werkzeug der revolutionären Massen blieben. Führer dieser Massen aber sollte der Spartakusbund sein, „der zielbewußte Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtliche Aufgabe hinweist[2])".

Wenn der Spartakusbund auch nach außen geschlossen mit dieser Konzeption auftrat, so bestand doch unter seinen kleinen und zerstreuten Gruppen keine vollständige Einigkeit über Ziele und Methoden des Kampfes[3]). Nur in Berlin konnte dank der unermüdlichen Tätigkeit von Liebknecht und Luxemburg der Anhang der Gruppe schnell vergrößert werden. Dabei erfordert die Haltung von Rosa Luxemburg eine besondere Bemerkung.

Ihre Artikel in der „Roten Fahne", deren Schriftleitung sie übernahm, und ihre Reden zeigten im Gegensatz zur Schrift über die russische Revolution vom Herbst 1918 keine Vorbehalte gegenüber der bolschewistischen Theorie mehr. Rosa Luxemburg hat wohl unter dem Eindruck der deutschen Revolution ihre Anschauung revidiert[4]). Stets hatte sie in der Aktivität und Spontaneität der Massen die entscheidende Triebkraft zum Sozialismus gesehen. Jetzt sagte sie: „Im Anfang war die Tat, und die Tat muß sein, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich berufen fühlen und es lernen, die einzige öffentliche Gewalt im ganzen Reiche zu sein[5])." Die Theorie hatte der revolutionären Massenbewegung ihre Formen nicht vorzuschreiben, sondern sie nur zu analysieren. Der fast religiöse Glaube an die sozialistische Revolution brachte Rosa Luxemburg zu der Überzeugung, daß die Arbeiter- und Soldatenräte ein Ausdruck des zum Sozialismus (wie sie ihn verstand) drängenden Massenwillens seien. Der Sinn der Revolution konnte nur erfüllt werden, wenn die Räte die ganze Macht erhielten.

Der Spartakusbund war überzeugt, daß einzig sein Programm den Marxismus richtig interpretiere. Auch Marx und Engels hätten sich durch die Erfahrungen

[1]) Vgl. o. S. 16 f. und Programm des Spartakusbundes (Die Programme, S. 47 ff.): Herrschaft eines Teils des Volkes (der Arbeiter und Soldaten), beschränktes Wahlrecht. Vgl. Liebknecht, Reden, S. 322 ff. (Leitsätze vom 28. November 1918), S. 349 (Rede Ende Dezember 1918).

[2]) Programm, S. 54.

[3]) Levi auf dem Parteitag der KPD Oktober 1919, Bericht, S. 9; Pieck, S. 79; Rosenberg, Weimarer Republik, S. 29; Ill. Gesch., S. 259; R. Fischer, S. 89. Nach R. Müller (II, S. 108) hatte der Spartakusbund in dieser Zeit „noch nicht 1000 Mitglieder".

[4]) Ruth Fischer (S. 58, Anm. 17, S. 89) meint, daß Rosa Luxemburg nur unter dem Druck ihrer Organisation die Einstellung zum Bolschewismus änderte und daß sie auch jetzt noch, im Gegensatz zu Liebknecht, eine Räterepublik in Deutschland für verfrüht hielt. Anders Frölich, R.L., S. 291, vgl. S. 313.

[5]) Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD, Protokoll, S. 41; vgl. „Rote Fahne" vom 18. November, 20. November und 27. November 1918.

der revolutionären Massenbewegung belehren lassen. Heute zeige die Erfahrung, daß manche Gedanken aus den späteren Schriften der beiden Männer über Diktatur und Demokratie überholt, das Kommunistische Manifest und der „Bürgerkrieg" dagegen wieder aktuell seien. Die Arbeiter- und Soldatenräte entsprächen den dort beschriebenen Organen, ihre Herrschaft sei heute die wichtigste Forderung des Marxismus[1]).

Die *Revolutionären Obleute* standen der Mehrheit der USPD etwas näher. Mit Hilfe der Räte wollten sie in erster Linie die Erfolge der Revolution sichern und ausbauen. Die Räterepublik war für sie nicht nur ein Mittel, sondern das Ziel. Räteherrschaft und Sozialismus waren für die Obleute identisch. Däumig schrieb: „Es gilt wahrlich nicht nur die Erhaltung einer Organisationsform, es gilt die Sicherung der revolutionären Errungenschaften, es geht um die Verwirklichung des Sozialismus und damit um eine höhere Kulturform und edleres Menschentum[2])." Der Rätegedanke wurde für Däumig und seine Freunde zu einer Art Religion, zu der sie sich „mit aller Inbrunst" bekannten[3]). Die Obleute bezeichneten die Räteherrschaft nicht als Diktatur, sondern als die höchste Vollendung der Demokratie. Sie waren von der „historischen Notwendigkeit" des Rätesystems überzeugt, das sich überall auf der Welt durchsetzen werde[4]). Allerdings besaßen die Revolutionären Obleute keine klare Vorstellung darüber, wie ihr Rätesystem aussehen sollte. Däumig erklärte, daß es unmöglich sei, ein „abgeschlossenes Programm des Rätesystems" aufzustellen, da es mit dem Fortgang der Revolution wachse und sich verändere[5]). Nicht ganz einig waren sich die Obleute über die Haltung zur Nationalversammlung. Ein Teil lehnte lediglich eine baldige Einberufung ab, ein anderer Teil die Nationalversammlung überhaupt, einige wollten so weit gehen, die Wahlenthaltung zu proklamieren. Der letztere Vorschlag wurde Ende Dezember mit 26 gegen 16 Stimmen zurückgewiesen[6]).

Die Revolutionären Obleute hatten, wie der Spartakusbund, eigentlich nur ein einziges klares und anerkanntes Ziel: die Macht der Räte immer mehr zu erweitern. Allerdings wurde für die Obleute, die aus den Gewerkschaften kamen, die Organisation oft zum Selbstzweck. Sie wollten die Rätediktatur um ihrer selbst willen. Für die Obleute war das Rätesystem die höchste Form der Demo-

[1]) Rosa Luxemburg, Programmrede, S. 19 f.; vgl. Klara Zetkin in der „Welt-Revolution", Nr. 51, vom 17. Oktober 1918.

[2]) „Arbeiterrat", Nr. 1, S. 3 (Februar 1919); vgl. Däumig auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 229, und auf dem Parteitag der USPD März 1919, Protokoll, S. 95 ff.

[3]) Däumig, Vorwort zu: R. Müller, Was die Arbeiterräte wollen und sollen, S. 3.

[4]) Däumig auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 229; vgl. Däumig im „Arbeiterrat", Nr. 2, S. 1.

[5]) Auf dem Parteitag der USPD März 1919, Protokoll, S. 226, vgl. S. 97.

[6]) Liebknecht auf dem Gründungskongreß der KPD, Bericht, S. 47; vgl. R. Müller auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 16; Däumig auf dem Parteitag der USPD März 1919, Protokoll, S. 210.

kratie und des Sozialismus, es bedurfte keiner anderen Rechtfertigung mehr. Anders der Spartakusbund: Er war aus der Partei hervorgegangen, seine Führer waren Intellektuelle, die in einer Organisationsform wie dem Rätesystem nur ein Mittel zum Zweck sahen. Dieser aber wurde von der marxistischen Theorie gesetzt.

14. Kapitel:

Die Arbeiter- und Soldatenräte

a) Tätigkeit und Charakter

Um die Entwicklung der Arbeiter- und Soldatenräte selbst darzustellen, müssen einige Tatsachen und Vorgänge wiederholt werden, die bereits in einem anderen Zusammenhang geschildert worden sind. Die Räte waren als Kampforgane der Revolution entstanden. Aber die Revolution fand nirgends Widerstand, und es war kein Feind vorhanden, gegen den man kämpfen konnte. Die Hauptziele der Räte, Friede bzw. Waffenstillstand und Demokratie, wurden in kurzer Frist und ohne große Anstrengung erreicht. Es gab nun keine großen gemeinsamen Ziele mehr, die die Rätebewegung beseelt und vorwärtsgetragen hätten. Die Räte erstickten in Kleinigkeiten, ein Teil wandte sich radikaleren Ideen zu. Weil man um die Demokratie nicht hatte zu kämpfen brauchen, konnte man sie um so leichter wieder aufgeben zugunsten einer Diktaturideologie. Die Tatsache, daß in Deutschland um die Demokratie nicht gekämpft werden mußte und daß für sie keine Opfer zu bringen waren, hat dann, wie ich glaube, die ganze Geschichte der Weimarer Republik unheilvoll beeinflußt und ist sicherlich eine der Ursachen für ihren Untergang gewesen.

Hauptbeschäftigung der Arbeiter- und Soldatenräte war in den ersten Tagen der Revolution die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Räte waren oft die einzige Instanz, die einige Autorität besaß, einen Sicherheitsdienst organisieren, die Lebensmittelverteilung überwachen und die Entlassung der politischen Gefangenen regeln konnte. Die Soldaten drängten auf Heimkehr, die Arbeiter- und Soldatenräte organisierten die Demobilisation. Oft ließen die Soldaten das Heeresgut im Stich. Den Räten gelang es, einen großen Teil für den Staat zu retten. Bald drohte eine größere Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter- und Soldatenräte richteten Arbeitsvermittlungen ein oder schufen eine Arbeitslosenunterstützung.

Die Arbeiter- und Soldatenräte verkörperten nach dem 9. November die Souveränität der Revolution, sie waren die höchsten Organe für Legislative und Exekutive. Jurisdiktionelle Gewalt beanspruchten sie selten. Aber neben den Räten stand der Behördenapparat, wo (außer in den Regierungen) fast alles beim alten blieb. Die örtlichen Behörden erkannten die Gewalt der Räte an und kümmerten sich sowenig wie möglich um sie. Diese Widerstandslosigkeit gegenüber der Revolution ermöglichte es der Bürokratie, im Amt zu bleiben, die

Revolutionsorgane bald wieder auszuschalten und die alte Macht zurückzugewinnen. Die Räte waren nicht in der Lage, die vielfältigen Aufgaben der Verwaltung mit eigenen Kräften zu erfüllen, auch wenn sie theoretisch an ihrem Herrschaftsanspruch festhielten. Sie mußten es dulden, daß ihnen die alten, eingearbeiteten Beamten die meisten Aufgaben wieder abnahmen, womit auch der politische Einfluß der Revolutionsorgane zurückging[1]).

Als die Behörden die Verwaltungsarbeit wieder übernahmen, behielten sich die Arbeiter- und Soldatenräte das Recht der Kontrolle vor. Oft beanspruchten sie von vornherein nicht mehr. Die Räte entsandten in die zivilen und militärischen Behörden Beauftragte, die an den Sitzungen und Besprechungen teilnahmen, den Schriftverkehr überwachten und Anordnungen gegenzeichneten. Der Einfluß dieser Beauftragten war sehr verschieden und hing ganz von den Persönlichkeiten ab. Oft behielten die Arbeiter- und Soldatenräte bestimmte Aufgaben selbst in der Hand, vor allem die Demobilisation und soziale Angelegenheiten. Die Räte versuchten, soziale Mißstände zu beseitigen, Unterstützungen, Lebensmittelversorgung, Lohnfragen u. a. zu regeln und zu überwachen. Das Arbeitsgebiet der Arbeiter- und Soldatenräte verlagerte sich so von allgemeinen Verwaltungsaufgaben auf speziell proletarische Bedürfnisse[2]). Ihre wichtigste Aufgabe sahen die Räte in der Sicherung der Revolution, d. h. in der Abwehr aller konterrevolutionären Bestrebungen. Da die Räte als Kampforgane entstanden waren, brauchten sie einen Feind. Ihr Eifer zielte dabei oft in eine falsche Richtung, da die wirklichen Gegner der Revolution, z. B. in der Generalität und der hohen Beamtenschaft, meist von der Regierung gedeckt wurden. Wenn die Räte auch vielfach ihre Absetzung forderten, so war hier doch nichts zu erreichen, und man begnügte sich daher mit der Beseitigung örtlich bekannter Persönlichkeiten, die teilweise wirklich unschuldig waren.

Diese Angaben gelten in erster Linie für die Landeshauptstädte und andere Großstädte, während in den Mittel- und Kleinstädten die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte geringer war. Sie waren meist nur ein Ausschuß der sozialdemokratischen Parteien, und ihre Tätigkeit beschränkte sich darauf, Bindeglied zwischen Bevölkerung und Verwaltung — eine Art Beschwerdeinstanz — zu sein.

---

[1]) Vgl. das Verhältnis von Regierung und Vollzugsrat, o. S. 74 ff. Ein besonders deutliches Beispiel bieten auch Vorgänge in Hamburg: Am 12. November erklärte der Arbeiter- und Soldatenrat, daß er die ganze politische Gewalt übernehme. Senat und Bürgerschaft hätten aufgehört zu bestehen. Bereits zwei Tage später mußte diese Verordnung teilweise zurückgenommen werden. Am 18. November schlossen Räte und Senat einen Vertrag, in dem dieser praktisch als gleichberechtigt anerkannt wurde. Vor allem bei der Lebensmittelversorgung, der Finanzwirtschaft und den Beziehungen zum Reich konnte nicht auf die Mitarbeit der Fachleute verzichtet werden. Das Gewicht des Senates wuchs dann schnell, der Arbeiter- und Soldatenrat verlor seine Macht. Vgl. „Hamburger Echo" vom 13. November, 14. November und 19. November 1918; Neumann, S. 26; Bünemann, S. 125 ff.

[2]) Vgl. Cohen im Handbuch der Politik, II, S. 267 ff.; Bernstein, S. 173; Schäfer, S. 17 f.; Volkmann, Gutachten, S. 288 ff.; Severing, Lebensweg, I, S. 227 f.

Das Verhältnis zwischen Revolutionsgewalten und alter Verwaltung mußte, da man auf eine gewaltsame Lösung verzichtet hatte, auf dem Rechtswege geklärt werden, d. h. durch Verordnungen und Richtlinien des Vollzugsrates und der Regierungen. Zunächst widersprachen sich diese Verordnungen oft, da der Vollzugsrat versuchte, die Rechte der Räte möglichst weit, die Regierungen aber, sie möglichst eng zu fassen[1]). Bald mußte der Vollzugsrat nachgeben. Am 21. November wies er darauf hin, daß die Exekutive dem Rat der Volksbeauftragten übertragen sei. Die Räte hätten sich daher aller direkten Eingriffe in die Verwaltung zu enthalten, sie besäßen nicht das Recht, Verwaltungsstellen neu zu besetzen. Aufgabe der Räte sei, „dafür zu sorgen, daß die revolutionären Errungenschaften gesichert und ausgebaut werden[2])".

Besonders umstritten war die Finanzierung der Arbeiter- und Soldatenräte. Sie erreichten meist nach längeren Kämpfen, daß ihnen von staatlicher oder kommunaler Seite ein Etat zur Verfügung gestellt wurde. Dieser wurde nach einiger Zeit wieder gestrichen, und die Räte wurden von den Behörden bezahlt, bei denen sie tätig waren. Ende 1919 war die Einstellung dieser Zahlungen das Mittel, mit dem man die letzten Reste der Räte zur Auflösung zwang[3]).

Allmählich gewannen auch die Wahlen zu den Arbeiter- und Soldatenräten festere Formen. Soweit Neuwahlen nötig wurden, fanden sie entweder in den Betrieben und Kasernen, bzw. (für die freien Berufe) nach Berufen geordnet statt oder wurden durch die sozialistischen Parteien organisiert, die zu diesem Zweck paritätisch zusammentraten. Die Wahlen erfolgten stets nach dem Verhältniswahlsystem, auf etwa 1000 Wahlberechtigte bzw. ein Bataillon ein Vertreter. Der Kreis der Wahlberechtigten wurde bald weiter, bald enger gezogen und nach sehr verschiedenen Kriterien — Einkommen, Parteizugehörigkeit, Art der Erwerbstätigkeit — umgrenzt[4]).

Wenn man die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte mit der französischen Kommune und den Räten in Rußland vergleicht, so findet man wichtige Kennzeichen dieser Räte wieder. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren fast ausschließlich proletarische Organe. Sie vereinigten Exekutive und Legislative in ihrer Hand, verzichteten allerdings weitgehend auf die Ausübung der Exekutive.

---

[1]) Verordnung des Vollzugsrates vom 11. November, die die Räte grundsätzlich zur übergeordneten Instanz erklärte, s. o. S. 74. Wenige Tage später Richtlinien der preußischen Regierung („Vorwärts" vom 15. November 1918): Die Räte kontrollieren die Behörden und entsenden Beauftragte, die „zu allen wichtigen Verhandlungen" hinzuzuziehen sind. Verordnung des Vollzugsrates vom 16. November (R. Müller, II, S. 253): Recht der Räte zur Absetzung der Landräte und Regierungspräsidenten. Dieses Recht wurde den Räten am 21. November wieder genommen (s. o.).

[2]) „Vorwärts" vom 26. November 1918. Ähnliche Richtlinien in allen deutschen Ländern, vgl. z. B. die Satzungen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Württembergs vom 14. Dezember 1918, Wippermann, I, S. 311.

[3]) Vgl. Reinhard, S. 54.

[4]) Hermann Wilke, Berufsständische Wahlen, „Das neue Reich", S. 11 f.; „Arbeiterrat", Nr. 1, S. 7: Wahlreglement des Berliner Arbeiterrates.

Eine enge Verbindung zwischen den Wählern und ihren Vertretern war vorhanden. Das Abberufungsrecht der Masse gegenüber ihren Vertretern wurde anerkannt, allerdings fast nie praktisch ausgeübt. Die Vertretungskörperschaften bauten sich durch indirekte Wahl pyramidenförmig auf[1]).

Es ist heute außerordentlich schwierig, zu einem gültigen *Gesamturteil* über die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte zu kommen. Soweit es bisher versucht wurde, waren die Ergebnisse sehr verschieden und schwankten zwischen der Behauptung, daß einzig die Arbeiter- und Soldatenräte ein völliges Chaos abgewendet[2]), und der anderen, daß sie „Schrecken, Tod und Vernichtung" über Deutschland gebracht hätten[3]). Bei einer Beurteilung muß man m. E. das Folgende berücksichtigen: Arbeiter und Soldaten wollten, als sie sich zur Revolution erhoben, den alten Autoritäten nicht mehr gehorchen. Es mußten sich angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation Deutschlands schnellstens neue, revolutionäre Autoritäten bilden. Diese Funktion übernahmen die Räte. Ihr eigentliches Ziel, die demokratische Republik, wurde allerdings nahezu ohne ihre Mitwirkung erreicht. Sie haben aber durch ihr Vorhandensein dazu beigetragen, den offenen Widerstand gegen die Revolution und gegen die Demokratie im Keime zu ersticken. Bei der Kontrolle der Verwaltung ist meist nicht sehr viel herausgekommen. Manche Arbeiter- und Soldatenräte haben sich auf sozialem Gebiet große Verdienste erworben. Dagegen haben die Räte die Hoffnungen, die von verschiedenen Seiten an sie geknüpft wurden, daß sie eine neue Form der sozialen Demokratie entwickelten und die Gesellschaftsordnung umgestalten würden, nicht erfüllt. Sie konnten es nicht, da die neuen Ideen noch zuwenig ausgereift und zuwenig vorbereitet waren. Im ganzen haben die Arbeiter- und Soldatenräte weniger durch ihre Tätigkeit gewirkt, da das große gemeinsame Ziel bereits erreicht war, sondern mehr durch ihre Existenz, die das Ziel sichern half[4]).

b) Politische Zusammensetzung und Stellung zur Nationalversammlung

Es gibt keine Übersicht über die politische Zusammensetzung der Arbeiter- und Soldatenräte. Alle Quellen stimmen aber darin überein, daß nur in wenigen Großstädten die Gruppen links von der SPD überwogen. In Mittel- und Kleinstädten waren die Räte oft aus den sozialdemokratischen Parteien hervorge-

[1]) Vgl. o. S. 13; Ill. Gesch., S. 217.

[2]) Vgl. Cohen auf dem 1. Rätekongreß, Sten. Ber., Spalte 223; Kautsky in der „Freiheit" vom 6. Dezember 1918; Rosenberg, Weimarer Republik, S. 22 f.

[3]) Graf Westarp in: Die Parteien und das Rätesystem, S. 65; ähnlich, wenn auch nicht ganz so scharf, Volkmann (Gutachten, S. 290) über die Soldatenräte des Heimatheeres.

[4]) Vgl. Robert Schmidt im „Vorwärts" vom 5. Dezember 1918; Cohen, im Handbuch der Politik, II, S. 268; Bernstein, S. 173 f.; Volkmann, Gutachten, S. 288 ff. Die in der Revolutionszeit heftig diskutierte Frage, ob die Räte durch Vergeudung öffentlicher Gelder die Finanzkraft des Reiches geschädigt haben, kann hier nicht entschieden werden und ist m. E. historisch nicht sehr belangvoll.

gangen. Dabei wurden vor allem die alten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre gewählt, die meist Mehrheitssozialisten geblieben waren. In Kleinstädten und auf dem Lande waren zahlreiche Anhänger bürgerlicher Parteien in den Räten vertreten[1]). Die Soldatenräte waren noch weniger radikal als die Arbeiterräte, entsprechend der sozialen und politischen Zusammensetzung der Soldaten. Bei der Versammlung vom 10. November, im November und im Dezember 1918 standen die Soldatenräte auf der Seite der Regierung gegen alle radikalen Bestrebungen[2]). Am 1. und 2. Dezember fand ein Vertretertag der Frontsoldaten in Bad Ems statt. Hier gelang es Barth, die Soldatenräte durch eine sehr geschickte Rede für sich zu gewinnen und ihnen ein Machtbewußtsein zu geben[3]). Die hier beginnende Radikalisierung der Soldatenräte wurde verstärkt durch den Streit um die sogenannten „Hamburger Punkte" des ersten Rätekongresses und durch Versuche der Regierung und der OHL seit Anfang 1919, die Soldatenräte wieder aufzulösen[4]).

Einen einigermaßen zuverlässigen Überblick über die politische Zusammensetzung der Arbeiter- und Soldatenräte bot der erste *Rätekongreß*[5]). Die Delegierten wurden indirekt aus den bestehenden Räten heraus gewählt. Von den 488 Inhabern gültiger Mandate bezeichneten sich 289 als Anhänger der SPD, 90 als Anhänger der USPD (darunter 10 Spartakisten), 25 als Demokraten, 10 als „Vereinigte Revolutionäre[6])", 27 nur als Soldaten. 47 Teilnehmer machten keine Angaben. Wenn man diese Zahlen zur Grundlage nehmen will, bestanden die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zu rund 60% aus Anhängern der SPD, zu rund 20% aus Anhängern der USPD, zu je etwa 5% aus Anhängern der bürgerlichen Parteien und der radikalen Gruppen. Über die restlichen 10% können keine Angaben gemacht werden.

Dieser Zusammensetzung entsprach die Stellung der Räte zur Nationalversammlung. In den ersten Revolutionstagen erwähnten einige Erklärungen die Konstituante nicht oder lehnten sie ab. Nachdem die anfängliche Unklarheit überwunden und die erste radikale Welle abgeflaut waren, stimmten die meisten Arbeiter- und Soldatenräte in den Ruf nach der Nationalversammlung ein und veröffentlichten in der Zeit von Mitte November bis Mitte Dezember entspre-

[1]) Liebknecht in der „Roten Fahne" vom 20. November 1918; Frölich, Novemberrevolution, S. 845; R. Müller, II, S. 60; Bernstein, S. 174; Stampfer, Schriftliche Mitteilung vom 28. März 1950. Also übereinstimmende Urteile aller sozialistischen Richtungen.

[2]) R. Müller, II, S. 36; H. Müller, S. 49, S. 67 ff.; Wippermann, I, S. 63; Lewinsohn, S. 12.

[3]) „Vorwärts" vom 2. Dezember 1918; Barth, S. 80 f.; Volkmann, Gutachten, S. 297; Die Wirren, S. 21.

[4]) S. u. S. 97 und S. 101.

[5]) Das Teilnehmerverzeichnis mit Angabe von Partei, Beruf und Ort (Sten. Ber., S. 198 ff.) ist m. W. die einzige zahlenmäßige Unterlage. Vgl. Ill. Gesch., S. 249 f. Ob vor dem Kongreß Neuwahlen stattfanden, ist in den Quellen umstritten und wird örtlich verschieden gewesen sein, vgl. Einberufungsschreiben („Vorwärts" vom 25. November 1918); Leinert (Vorwort zum Sten. Ber., S. III); H. Wilke (s. S. 91, Anm. 4); Ill. Gesch., S. 249; Frölich, R. L., S. 323.

[6]) Eine Sondergruppe um Dr. Laufenberg, Hamburg (Linksradikale).

chende Kundgebungen. Die Tageszeitungen aller Richtungen brachten fast täglich eine Spalte mit Erklärungen dieser Art. Nur wenige Arbeiter- und Soldatenräte lehnten die Nationalversammlung ab[1]). Die Frankfurter Zeitung hielt schon am 1. Dezember die Stellung des Rätekongresses in der Frage der Nationalversammlung für „schwerlich noch zweifelhaft[2])".

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte sah ihr Ziel in einer parlamentarisch-demokratischen und sozialen Republik. Die äußerste Linke, die ununterbrochen „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!" ausrief, war in der eigenartigen Situation, daß die Räte selbst alle Macht gar nicht haben wollten. Daher war die Stimmung der Radikalen gegenüber den Räten zwiespältig und neben der Begeisterung für die Idee der Rätediktatur stand oft die Enttäuschung über ihre gegenwärtige Wirklichkeit. Däumig nannte den ersten Rätekongreß einen „politischen Selbstmörderklub[3])". Ein Teil der Radikalen, wie z. B. Barth, zog daraus die Konsequenz, selbst die Einberufung der Nationalversammlung zu wünschen, um auf ihre „Selbstdiskreditierung" zu warten, da ihm „vor *diesen* Arbeiterräten und ganz besonders vor *diesen* Soldatenräten" graue[4]).

15. Kapitel:

Der „Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands" (1. Rätekongreß)

a) Eröffnung und Tätigkeitsberichte

Die Arbeiter- und Soldatenräte, mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt, fanden sich zunächst mit der Herrschaft des Berliner Vollzugsrates ab. Aber als die Diskussion um die Nationalversammlung begann und der Vollzugsrat auf der Seite der Rätediktatur zu stehen schien, lehnten sich die Räte immer heftiger gegen ihr oberstes Organ auf und forderten die schon am 10. November versprochene Delegiertenversammlung. Der Vollzugsrat erließ nach einigem Zögern am 23. November die Einladung zum 1. Rätekongreß[5]).

Als der Kongreß am 16. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause in Berlin zusammentrat, sollte er mit dem zweiten Punkt seiner Tagesordnung — Nationalversammlung oder Rätesystem? — über die zukünftige Staatsform entscheiden

[1]) Die bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Blätter veröffentlichten fast nur Erklärungen für die Nationalversammlung. Diese überwogen auch in der „Freiheit". Die „Rote Fahne" veröffentlichte etwa ebenso viele zustimmende wie ablehnende Stimmen. Ende November liefen anläßlich einer Umfrage der Regierung besonders zahlreiche Zustimmungserklärungen der Soldatenräte ein. Vgl. Lewinsohn, S. 33; Volkmann, Gutachten, S. 297.

[2]) Ähnlich die „Leipziger Volkszeitung" am 30. November 1918.

[3]) Sten. Ber., Spalte 227; vgl. Liebknecht in der „Roten Fahne" vom 20. November 1918; Frölich, Novemberrevolution, S. 845.

[4]) Barth, S. 126.

[5]) „Vorwärts" vom 25. November 1918; vgl. R. Müller, II, S. 98, Schäfer, S. 51.

und zugleich die Frage nach dem Charakter der Novemberrevolution lösen. Bredt schrieb dazu: „Die Verhandlungen des Rätekongresses am 19. Dezember 1918 (Abstimmung über den 2. Punkt der Tagesordnung) sind recht eigentlich die Schicksalsstunde des deutschen Volkes und seines Reiches gewesen. Von dieser Stunde zehren wir noch heute, denn auf ihr baut sich alles Weitere auf[1])." Die vorliegende Arbeit versucht dagegen nachzuweisen, daß es infolge der vorausgegangenen Entwicklung — nicht nur der Entwicklung seit dem 9. November 1918, sondern mehr noch infolge der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor und im 1. Weltkrieg — keinen Augenblick zweifelhaft sein konnte, wie der Kongreß entscheiden würde. Die große Mehrheit der Arbeiterbewegung hatte an ihren traditionellen Ideen festgehalten und die neuen, radikalen Gedanken abgelehnt. Der Kongreß konnte dies nur bestätigen[2]).

Trotzdem war er der Höhepunkt der Rätebewegung. Der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsrat hatten sich vor ihm zu verantworten. Die Führer der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland waren zusammengekommen, um über Weg und Ziel der Rätebewegung zu beraten. Die Tagesordnung umfaßte: Tätigkeitsberichte der Regierung und des Vollzugsrates, Nationalversammlung, Wahl des Zentralrates, Sozialisierung. Die wichtigsten Probleme der Neuordnung Deutschlands sollten vom Kongreß geklärt werden. Die politische Zusammensetzung der Delegierten gab einen Überblick über die Kräfte, von denen die revolutionäre Bewegung getragen wurde: Anhänger der Arbeiterbewegung und unpolitische Soldaten[3]). Die Versammlung bot durchaus das Bild sozialdemokratischer Kongresse und Parteitage, schon in der roten Dekoration des Saales, in der Anrede und anderen Äußerlichkeiten. Die Revolution war das Werk des Proletariats gewesen. Eine proletarische Versammlung hatte jetzt über Fortgang und Abschluß zu entscheiden. Auf dem Kongreß wurde aber auch das Übergewicht der parteipolitischen Kräfte über die Rätebewegung deutlich. Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte organisierten sich sofort in Parteifraktionen, die schon vor Beginn des Kongresses zusammentraten und ihre Haltung festlegten. In den Fraktionssitzungen fielen oft die wichtigsten Entscheidungen. Vorsitzender des Kongresses wurde der Mehrheitssozialist Leinert, dazu der Unabhängige Seger und der Soldat Gomolka[4]).

Die Verhandlungen des Rätekongresses wurden in erster Linie dadurch bestimmt, daß die sozialistischen Richtungen versuchten, ihre verschiedenen Vor-

[1]) Bredt, Gutachten, S. 359.

[2]) Vgl. Rosenberg (Weimarer Republik, S. 36 f.): bei einem anderen Gegenstand (die mangelnde Initiative der Volksbeauftragten auf vielen Gebieten), aber in ähnlichem Sinne, erklärt R. eher Bebel für verantwortlich als Ebert und Scheidemann.

[3]) Vgl. o. S. 93. Interessant ist auch die berufliche Zusammensetzung der Delegierten: 71 Intellektuelle, hauptsächlich führende Parteifunktionäre; 195 Partei- und Gewerkschaftssekretäre, Redakteure, Abgeordnete usw. (davon allein 164 in der Fraktion der SPD); 179 Arbeiter und Angestellte; 13 Offiziere; 4 Landwirte.

[4]) Vgl. R. Müller, II, S. 204 ff.; Barth, S. 89 f; H. Müller, S. 218.

stellungen von Wesen und Ziel der Revolution durchzusetzen. Die gemeinsamen Ideen und Interessen der Räte erschöpften sich im Kampf um die Demokratie, d. h. um die Einberufung der Nationalversammlung. Daneben gab es nichts Verbindendes mehr, sondern nur noch den sozialistischen Parteienstreit. Revolutionärer Schwung und Begeisterung für die gemeinsamen historischen Aufgaben der Räte als Träger der Revolution fehlten fast völlig. Däumig sagte: „. . . kein einziges Revolutionsparlament in der Geschichte hat einen so nüchternen, hausbackenen, ja ich sage philiströsen Geist aufzuweisen wie dieses erste Revolutionsparlament[1])."

Der Kongreß wurde im Namen des Vollzugsrates durch Richard Müller eröffnet. Anschließend begrüßte Ebert die Versammlung im Namen der Volksbeauftragten. Beide Ansprachen warfen sofort das entscheidende Problem auf: Richard Müller forderte die Delegierten auf, „die Grundlagen für die deutsche sozialistische Republik" zu legen, Ebert dagegen forderte sie auf, „den neuen Rechtsstaat" zu errichten[2]). Die Worte bedeuteten hier nichts anderes als „Räterepublik" und „parlamentarische Demokratie". Dieser Gegensatz durchzog den ganzen Kongreß, wobei das Übergewicht von Eberts Anhängern niemals in Frage stand, obwohl die Gegenpartei es oft durch um so heftigeres Auftreten auszugleichen suchte. Schon die Diskussion über die Berichte wurde sehr lebhaft. Die Delegierten übten besonders am Vollzugsrat Kritik: „Dieser Berliner Vollzugsrat steht den Sozialdemokraten in der Provinz bis zum Halse (Sehr richtig!)[3])." Der Vollzugsrat wurde wegen seiner Neigung zur radikalen Ideologie, wegen seiner Tendenz zur Beherrschung der Räte und aus der alten Abneigung der Provinz gegen Berlin heraus heftig angegriffen. Sogar die unabhängigen Delegierten waren sich in der abfälligen Beurteilung Berlins einig, allerdings aus sehr verschiedenen Motiven[4]).

Die Diskussion wurde mehrfach unterbrochen. Am 16. Dezember erschien eine Arbeiterdeputation im Saal, die von Liebknecht organisiert worden war und dessen Ziele vertrat[5]). Am 17. Dezember erschien eine Soldatendeputation, organisiert von Ledebour[6]). Die Soldaten verlangten: Der Zentralrat bzw. die Arbeiter- und Soldatenräte sollten die militärische Kommandogewalt ausüben, sämtliche Rangabzeichen sollten entfernt werden, Vorgesetzte sollte es nur noch im Dienst geben, sie sollten von den Soldaten selbst gewählt werden. Lebhaft unterstützt von einem Teil der Delegierten forderte die Deputation sofortige

---

[1]) Sten. Ber., Spalte 226.

[2]) Sten. Ber., Spalte 2, Spalte 4.

[3]) Heinrich Limbertz, Essen, ebd., Spalte 50.

[4]) Vgl. H. Müller im Berliner Arbeiterrat am 29. November („Vorwärts" vom 30. November 1918); Barth, S. 89.

[5]) Sten. Ber., Spalte 19/20. Liebknecht (ebenso Rosa Luxemburg) hatte kein Mandat für den Kongreß erhalten und nahm als Zuschauer teil.

[6]) Ebd., Spalte 121 ff.; Schäfer, S. 76; R. Müller, II, S. 211 ff.; H. Müller, S. 182 f.

Abstimmung über ihre Wünsche, die für Ebert und seine Freunde unannehmbar waren, da sie das Ende jeder bewaffneten Macht in der Hand der Regierung bedeuteten. Der Kongreß erlebte jetzt einige außerordentlich turbulente Minuten und mußte vertagt werden. Am 18. Dezember nahm die Versammlung die Forderungen mit einem Teil der mehrheitssozialistischen, den unabhängigen und den radikalen Stimmen in nur wenig veränderter Form an[1]). Weitere Zwischenfälle folgten.

Zu den Berichten nahm der Kongreß den Antrag Lüdemann mit großer Mehrheit an: „Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands ... überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten." Ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte sollte die „Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts" ausüben, die Volksbeauftragten berufen und abberufen[2]). Die Rechte des Zentralrates waren also noch enger gezogen als die des Vollzugsrates, da die Regierung jetzt neben der Exekutive auch die Gesetzgebung allein in der Hand hatte. Das Abberufungsrecht bedeutete praktisch wenig, da ein so schwerwiegender Schritt weitgehende Konsequenzen gehabt hätte. Damit war auch der zweite Tagesordnungspunkt bereits entschieden. Der Kongreß hatte die Nationalversammlung anerkannt und die Räterepublik abgelehnt[3]). Ein Gegenantrag der äußersten Linken, der dem Kongreß unmittelbar die oberste politische Gewalt übertragen wollte, im übrigen aber recht unklar war, wurde nach Annahme des Antrages Lüdemann für erledigt erklärt.

b) Nationalversammlung oder Rätesystem?

Die Berichte, einschließlich Diskussion und Abstimmung, und die Abfertigung der Delegationen nahmen den Kongreß drei Tage lang in Anspruch. Erst am 19. Dezember konnte er in der Tagesordnung fortfahren. Es sprachen nun zwei Mitglieder des Vollzugsrates aus den beiden sozialdemokratischen Parteien, Max Cohen[4]) für die Nationalversammlung, für die Rätediktatur Ernst Däumig.

Das ausgezeichnete Referat von *Cohen* machte auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck und hat die Entscheidung des Kongresses wesentlich beeinflußt[5]).

[1]) Sten. Ber., Spalte 128 ff.; Spalte 190. Der Hamburger Delegierte Lamp'l (SPD) redigierte die Wünsche der Soldaten und faßte sie in 7 Punkten zusammen, wobei er sie vergeblich durch den Zusatz zu entkräften suchte, daß es sich nur um Richtlinien handle (Spalte 130). Diese Beschlüsse des Rätekongresses wurden später die „Hamburger Punkte" genannt.

[2]) Sten. Ber., Spalte 196.

[3]) Vgl. „Leipziger Volkszeitung" vom 19. Dezember 1918; R. Müller, II, S. 99.

[4]) Genannt Cohen-Reuß. C. war Reichstagsabgeordneter gewesen und gehörte zum Kreis der „Sozialistischen Monatshefte" (s. u. S. 121). Am 9. November zog er seine Uniform an, die er während des Krieges kurze Zeit getragen hatte, und organisierte die Propaganda unter den Soldaten. Von ihnen wurde er in den Vollzugsrat gewählt, wo er bald Einfluß gewann. Vgl. H. Müller, S. 98 f.

[5]) Sten. Ber., Spalte 209 ff.; vgl. Bernstein, S. 91; Runkel, S. 185.

Als wichtigste Gründe für eine schnelle Einberufung der Konstituante führte Cohen an, daß das Erfurter Programm und die Programme aller sozialistischen Parteien das allgemeine Wahlrecht forderten. Nur mit Hilfe der Nationalversammlung könne eine Zentralgewalt geschaffen, die Produktion wieder in Gang gebracht und die Ordnung aufrechterhalten werden. Das deutsche Bürgertum sei viel stärker als das russische, und es sei zur Aufrechterhaltung der Produktion unentbehrlich. Die Entente erkenne eine Räteherrschaft nicht an. Eine sozialistische Mehrheit sei um so sicherer, je eher die Wahl stattfände, da infolge der Nachkriegsverhältnisse die Popularität der Regierung und des Sozialismus schnell nachlassen werde. Cohen lehnte die bolschewistische Diktatur des Proletariats ab, da sie Marx' Lehren widerspreche und die Verhältnisse in Rußland bewiesen hätten, daß man auf diesem Wege nicht zum Sozialismus käme: „Wir Sozialdemokraten müssen uns endlich einmal auf das entschiedendste und nachhaltigste dagegen wehren, daß unsere reine, klare, gute sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verschrobenheiten sabotiert und diskreditiert wird (Lebhafter Beifall)[1])."

Diese Worte kennzeichnen die Haltung der SPD in der Rätefrage. Die Partei wollte die sozialen Verhältnisse durch gesetzliche Maßnahmen von oben her ändern, durch Übernahme der Macht an der Spitze des Staates. Ihr Kampfmittel war die Organisation, die aus den einzelnen Proletariern eine Macht schuf[2]). Daher konnte die SPD in der Rätebewegung, die die Organisation zu sprengen drohte, nur „bolschewistische Verschrobenheiten" und Schlimmeres sehen, dagegen nicht erkennen, daß sich hier auch Tendenzen zeigten, die nichts mit dem Bolschewismus zu tun hatten: Der Drang der Arbeiter und Soldaten nach sozialer Befreiung durch *eigene* Tätigkeit, das Streben nach verantwortlicher Mitwirkung ohne den Umweg über die Organisation.

Cohen selbst gehörte zu denjenigen Mehrheitssozialisten, die sich von dieser Verhärtung freihalten konnten. Er sagte, daß die Arbeiterräte nach Zusammentritt der Nationalversammlung ihre Berechtigung behalten und fortbestehen müßten, da sie für die Entwicklung der Produktion noch wichtige Aufgaben zu erfüllen hätten. Am Schluß stellte Cohen den Antrag, die Wahl der Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 vorzuverlegen[3]).

Däumigs Korreferat schloß sich an[4]). Er sprach gedrückt und ohne Schwung,

[1]) Sten. Ber., Spalte 222 f.

[2]) Zur Bedeutung der Organisation für die SPD vgl. Matthias, S. 16, mit Anm. 4 und 5.

[3]) Dieser Tag war der früheste technisch mögliche Termin, vgl. Scheidemann, Sten. Ber., Spalte 271; Apelt, S. 41, Anm. 20. Schon vor dem Kongreß war ein früherer Termin als der 16. Februar verlangt worden, zunächst in bürgerlichen Kreisen, seit Anfang Dezember auch in der SPD, vgl. „Frankfurter Zeitung" vom 9. Dezember; „Hamburger Echo" vom 14. Dezember; „Freiheit" vom 14. Dezember. Der Plan, schon am 19. Januar wählen zu lassen, stammte nach H. Müller (S. 215) von Ebert, nach Cohen (Schriftliche Mitteilung vom 1. Mai 1950) von Cohen selbst.

[4]) Sten. Ber., Spalte 226 ff., vgl. H. Müller, S. 219; Barth, S. 91.

da er wußte, daß mit der Annahme des Antrages Lüdemann und der jubelnden Zustimmung zu Cohens Referat das „Todesurteil für das Rätesystem" gesprochen sei. Däumig schilderte zunächst die Entwicklung der Arbeiterräte in Rußland und in Deutschland bei den Revolutionären Obleuten, wobei er die deutsche Wurzel des Rätegedankens besonders betonte. Die Räte seien die „gegebene Organisationsform der modernen Revolution", die proletarische Form der Demokratie. Cohens Argumente wies er zurück und bezeichnete den Plan, die Arbeiterräte neben der Nationalversammlung bestehen zu lassen, als „Schall und Rauch". Zu dem Vorwurf, eine Diktatur errichten zu wollen, meinte Däumig: „Eine Diktatur ist zweifellos mit dem Rätesystem verbunden. Aber was sich in Rußland durch die historischen Gesetze aufzwang, braucht noch lange nicht in Deutschland der Fall zu sein." In Deutschland sei das Proletariat die Mehrheit des Volkes, seine Diktatur sei eine Diktatur der Mehrheit. Von der Nationalversammlung könne die Verwirklichung des Sozialismus und die Sozialisierung nicht erwartet werden, da diese nur möglich sei bei direkter Mitwirkung der Arbeiter, die durch die Räte die Betriebe kontrollieren und aus der Kontrollfunktion in die Verwaltungsfunktion hinüberwachsen müßten. Schließlich betonte Däumig, daß der Sieg des Rätesystems nicht aufzuhalten sei: „Ich weiß, daß das, was ich heute hier ausführe, unpopulär ist, wie alles Neue. Aber das macht mich nicht irre. Verschließen Sie sich dem Rätesystem — kommen wird es trotz- und alledem."

Es folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der weniger der Termin der Nationalversammlung besprochen wurde — für die meisten Delegierten stand jetzt fest, daß Cohens Vorschlag der einzig mögliche war —, sondern mehr die grundsätzliche Frage, Nationalversammlung oder Rätesystem, Demokratie oder Diktatur. Fast alle Redner traten für die Nationalversammlung ein, die sogar ein so radikaler Mann wie Laufenberg für unumgänglich hielt[1]). Die Unabhängigen und mehrere Mehrheitssozialisten betonten, daß die Räte neben der Nationalversammlung bestehenbleiben müßten, besonders nachdrücklich Haase, der dann die Gründe zusammenfaßte, die seine Partei bewogen, an einem späteren Wahltermin festzuhalten: die Massen seien nicht genügend aufgeklärt, die Soldaten seien noch nicht vollständig zurückgekehrt, das Schicksal der besetzten Gebiete sei ungewiß[2]).

In der Abstimmung wurde ein Antrag Laufenberg-Geyer, den Wahltermin auf den 16. März 1919 zu legen, gegen etwa 50 Stimmen abgelehnt, der Vorschlag des Rates der Volksbeauftragten, Wahl am 16. Februar, gegen einige mehr. Dafür wurde der Antrag Cohen mit etwa 400 gegen 50 Stimmen angenommen. Großer Jubel der Versammlung quittierte die Entscheidung[3]). Däumigs Gegenantrag, nach dem den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zu-

[1]) Sten. Ber., Spalte 244.

[2]) Ebd., Spalte 253.

[3]) Ebd., Spalte 282. Die Zahl der Stimmen nach den Tageszeitungen, vgl. Schäfer, S. 78.

stehen und ein neuer Rätekongreß die Verfassung beschließen sollte, wurde am nächsten Tage mit 344 gegen 98 Stimmen abgelehnt[1]). Die Fraktionen der USPD und der Vereinigten Revolutionäre stimmten geschlossen für den Antrag Däumig, obgleich ein Teil der Unabhängigen schon dem Antrag Cohen zugestimmt hatte. Die Ablehnung des Antrags Däumig bedeutete für diese Delegierten ein „ausdrückliches Todesurteil" für das Rätesystem, das sie auf keinen Fall aussprechen wollten[2]). Sie wollten Rätesystem und Nationalversammlung miteinander verbinden.

c) Ausklang und Folgen des Kongresses

Am 20. Dezember sollte der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gewählt werden. Vorher fand jedoch eine hitzige Debatte um die Interpretation des Wortes „Überwachung" im Antrag Lüdemann statt, d. h. um das Verhältnis des Zentralrats zur Regierung. Haase erklärte, daß der Rat der Volksbeauftragten dem Zentralrat die Gesetzentwürfe vorlegen und in wichtigen Fällen mit ihm beraten werde, bei Nichteinigung aber das Recht zu selbständiger Entscheidung haben müsse[3]). Der radikalere Teil des Kongresses verlangte dagegen das volle Recht der Legislative für den Zentralrat. Schließlich wurde mit 290 gegen 115 Stimmen beschlossen, es bei Haases Erklärung zu belassen[4]). Die Fraktion der USPD beschloß daraufhin, gegen den Widerspruch von Haase, Dittmann und Hilferding, sich nicht an der Wahl zum Zentralrat zu beteiligen, da man die Abdrosselung der Räte nicht mitmachen wollte. Schon seit Beginn des Kongresses hatte der linke Flügel sich für diesen Beschluß eingesetzt, da er die Partei radikalisieren wollte und eine deutliche Scheidung von den Mehrheitssozialisten wünschte. Richard Müller war außerdem über seine unerfreuliche Tätigkeit im Vollzugsrat verärgert und wollte sie nicht fortsetzen[5]). Unter dem Druck ihres radikalen Flügels überließ die USPD das oberste Räteorgan allein den Mehrheitssozialisten.

In den Zentralrat wurden nun 27 Mehrheitssozialisten und Soldaten, die der SPD nahestanden, gewählt, darunter Cohen, Leinert, Hermann Müller, Lamp'l und Schäfer. Cohen wurde Vorsitzender.

Der letzte Punkt der Tagesordnung brachte ein Referat von Hilferding über die Sozialisierung. Referat und Diskussion erweckten kein so großes Interesse mehr wie die bisherigen Punkte. Der Rat der Volksbeauftragten wurde ange-

[1]) Sten. Ber., Spalte 225, Spalte 300.

[2]) Seeger (USPD), Sten. Ber., Spalte 283.

[3]) Sten. Ber., Spalte 292.

[4]) Ebd., Spalte 309.

[5]) Vgl. „Freiheit" vom 22. Dezember 1918; Barth, S. 89 f.; R. Müller, II, S. 216; H. Müller, S. 223; Prager, S. 185. Die Entscheidung der Fraktion wurde vom rechten Flügel der Partei sofort lebhaft kritisiert: „Freiheit" vom 21. Dezember 1918; Haase, ebd., 1. Januar 1919. Die „Leipziger Volkszeitung" dagegen begrüßte am 21. Dezember den Beschluß.

wiesen, schnellstens mit der Sozialisierung der dafür reifen Industrien zu beginnen, ohne daß weitere Einzelheiten festgelegt wurden.

Das Ergebnis des Kongresses bestand vor allem darin, daß der Rat der Volksbeauftragten und die SPD, abgesehen von den militärischen Fragen, einen vollständigen Sieg errungen hatten. Den Anhängern der Rätediktatur war durch die Räte selbst eine deutliche Absage erteilt worden. Der Rätekongreß bewies, daß das Ziel der Revolution eine demokratisch-parlamentarische Republik war und daß die Entwicklung zu diesem Ziel nicht aufzuhalten war. Vom größten Teil des deutschen Volkes wurde jetzt die Nationalversammlung mit fast überschwenglichen Hoffnungen erwartet und ersehnt. Sie sollte von aller Not und Unruhe der Revolution und Nachkriegszeit befreien[1]).

Für die unabhängigen Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten war die Situation unhaltbar geworden, seit ihre Partei in scharfer Opposition zur Regierungspolitik stand und im Zentralrat nicht mehr vertreten war. Trotzdem versuchten die Unabhängigen zunächst, in der Regierung zu bleiben. Aber als sie anläßlich der Weihnachtsunruhen kein Verständnis beim Zentralrat fanden, traten sie am 29. Dezember zurück. Der Zentralrat berief zwei Mehrheitssozialisten, Noske und Wissell. Dies war für die innere Geschlossenheit der Regierung von großem Vorteil. Sie begann jetzt, die Übergangszeit der Räteherrschaft zu beenden und die neue parlamentarische Periode einzuleiten[2]). Damit wuchs aber auch der Einfluß der hohen Beamtenschaft und der OHL, also gegenrevolutionärer und rätefeindlicher Kräfte. Die Regierung begann, an eine Auflösung der Räte zu denken und ihnen zunächst einige Rechte abzunehmen[3]). Unter dem Druck der OHL hatte die Regierung schon während des Rätekongresses versucht, die „Hamburger Punkte" abzuschwächen oder nicht in Kraft treten zu lassen. Eine Verordnung vom 19. Januar regelte die Stellung der Soldatenräte und gab ihnen wesentlich weniger Rechte, als in den Hamburger Punkten vorgesehen waren[4]). In den neu aufgestellten Truppen wurden keine Soldatenräte mehr zugelassen, sondern nur „Vertrauensräte". Als erster Soldatenrat wurde am 24. Januar der der OHL aufgelöst[5]).

Aber auf dem Rätekongreß waren auch die ersten Anzeichen für eine Linksschwenkung der USPD zu bemerken gewesen (Antrag Däumig). Man wußte jetzt, daß mit dem Ergebnis des Kongresses die Räte erledigt waren. Auch die

[1]) Rosa Luxemburg schrieb in der „Roten Fahne" vom 27. Dezember von den erwarteten „goldenen Früchten" der Nationalversammlung. Däumig sprach auf dem 2. Rätekongreß vom „demokratischen Rausch", von der „großen herrlichen Nationalversammlung" (Der Aufbau ..., S. 5). Vgl. Barth, S. 126; Stresemann, S. 99.

[2]) Dies kam äußerlich darin zum Ausdruck, daß sich die Regierung nicht mehr nur als „Rat der Volksbeauftragten", sondern auch als „Reichsregierung" oder als „Kabinett" bezeichnete, zum ersten Male am 29. Dezember 1918, Bredt, S. 360; vgl. H. Müller, S. 241 f.

[3]) Vgl. Maercker, S. 109; R. Müller, Die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte, „Arbeiterrat", Nr. 2, S. 17 ff.

[4]) Vgl. Die Wirren, S. 76 f.; Maercker, S. 79. Text der Verordnung Maercker, Anlage 5b.

[5]) Volkmann, Der Marxismus, S. 258; Die Wirren, S. 46.

Sozialisierung machte keinerlei Fortschritte. Damit war die Politik der Mitte, die die USPD versucht hatte, d. h. der Ausgleich zwischen den Ideen des Parlamentarismus und der Rätediktatur, gescheitert. Nun drängte der radikale Flügel immer stärker nach links und wollte die Partei mit sich ziehen. Er verlangte die Einberufung eines Parteitages[1]). Als die Parteileitung aus organisatorischen Gründen ablehnte, löste der Spartakusbund die Bindung an die USPD und gründete die Kommunistische Partei. Es fehlte nicht viel und auch die Revolutionären Obleute hätten sich ihr angeschlossen.

Die Mehrheit der Partei sah ihre bisherige Politik gescheitert und ihre Vorstellung von der Revolution enttäuscht. Es hatte nur eine politische Umwälzung gegeben und damit sollte die Revolution abgeschlossen sein. Aber die Unabhängigen waren überzeugt, daß auch ein Umsturz der sozialen Verhältnisse notwendig sei. Dazu war also eine zweite Revolution erforderlich, an die bisher nur die äußerste Linke geglaubt hatte[2]). Die zweite Revolution, so glaubte man, würde endlich den Sozialismus bringen, ihre Organe konnten nur die Räte sein, ihre Staatsform die Diktatur des Proletariats. Allerdings begegnete die Radikalisierung der USPD noch erheblichen Widerständen, die aber langsam schwächer wurden[3]). Der erste Rätekongreß brachte nicht nur einen Sieg der parlamentarischen Demokratie, sondern vergrößerte auch die Zahl ihrer Gegner.

---

[1]) So die „Rote Fahne" schon am 29. November 1918. Nach den Weihnachtsunruhen wurde diese Forderung wiederholt und auch von den Revolutionären Obleuten unterstützt, vgl. DAZ vom 23. und 24. Dezember 1918; Pieck, S. 80. Vgl. auch „Leipziger Volkszeitung" vom 20. und 21. Dezember 1918; Rieper, S. 1, S. 7.

[2]) Vgl. Haase in der „Freiheit" vom 1. Januar 1919; „Leipziger Volkszeitung" vom 21. Dezember 1918; Breitscheid im „Sozialist", Nr. 7, vom 15. Februar 1919, S. 97 ff.; „Freiheit" vom 3. März, „Rote Fahne" vom 2. März 1919; Haase, S. 175 (Brief vom 17. Februar 1919).

[3]) Bernstein trat daher zur SPD über, vgl. „Vorwärts" vom 25. Dezember 1918; Runkel S. 194. Haase versuchte zu vermitteln und mußte dabei dem linken Flügel allmählich mehr entgegenkommen. In der Propaganda der USPD zur Nationalversammlungswahl wurden die Räte zum Teil noch gar nicht erwähnt oder ihnen nur eine untergeordnete Rolle zugesichert, vgl. z. B. „Freiheit" vom 5. Januar 1919; Flugschrift „Was will die Unabhängige Sozialdemokratie?"

IV. Teil

Der Weg zur Nationalversammlung und die radikale Gegenbewegung

16. Kapitel:

Die Betriebsräte

a) Arbeiterausschüsse, Betriebsräte und Gewerkschaften

Unmittelbar nach dem ersten Rätekongreß erließ die Regierung am 23. Dezember eine „Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten[1])". Hier wurden die Errungenschaften der Revolution auf dem Gebiet der Interessenvertretung, der dritten Form des Rätegedankens, festgelegt. Die Verordnung leitete eine Entwicklung ein, die schließlich durch die gesetzliche Einrichtung von Betriebsräten die alten Bestrebungen der Arbeiterbewegung und der Sozialreform unter dem Druck der Revolution und der Rätebewegung zu einem vorläufigen Abschluß führte. Daher soll an dieser Stelle die Tätigkeit der Räte in den Betrieben und in der Wirtschaft besprochen werden[2]).

Neben den revolutionären Betriebsräten bestanden noch die alten Arbeiterausschüsse, obwohl ihnen die gesetzliche Grundlage durch den Aufruf der Volksbeauftragten vom 12. November entzogen worden war[3]). Ihr Fortbestand wurde zunächst privatrechtlich gesichert, als die Gewerkschaften aller Richtungen am 15. November mit den Arbeitgeberverbänden einen Vertrag schlossen. Hier wurden die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt und eine paritätisch besetzte „Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Übergangswirtschaft" geschaffen, in der Kapital und Arbeit gleichberechtigt zusammenwirken sollten, um die wirtschaftlichen Probleme der Demobilisation zu lösen. Ein altes Ziel der Gewerkschaften, die Gleichberechtigung, war unter dem Druck der neuen Machtverhältnisse erreicht. Allerdings konnten die Gewerkschaften nicht gleichzeitig mit den Unternehmern zusammenarbeiten und die Betriebs-

[1]) Anlage Nr. 215 zu den Sten. Ber. der Nationalversammlung, S. 4.

[2]) Die wirtschaftlichen Aufgaben wurden teilweise durch die Arbeiter- und Soldatenräte selbst wahrgenommen, teilweise durch besondere Organe, die man in Anlehnung an die russische Terminologie Betriebsräte nannte.

[3]) Hier war das Hilfsdienstgesetz aufgehoben worden. Vgl. auch „Frankfurter Zeitung" vom 20. November 1918; „Vorwärts" vom 25. November 1918. Noch im Juni 1919 bestanden Arbeiterausschüsse und Betriebsräte nebeneinander: Anlage Nr. 385 zu den Sten. Ber. der Nationalversammlung, S. 229.

räte, die die Unternehmer beseitigen wollten, tolerieren. Die Arbeitsgemeinschaft bestärkte also die Gewerkschaften in ihrer rätefeindlichen Politik. Über die Arbeiterausschüsse bestimmte der Vertrag, daß sie in *allen* Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten einzurichten seien, um die Arbeiterschaft zu vertreten und die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überwachen. Dieser Vertrag, die „Magna Charta der Gewerkschaften", erweckte in der Arbeiterbewegung, sogar bis in die Reihen der USPD, große Begeisterung[1]).

Der Unterschied zwischen revolutionären Betriebsräten und alten Arbeiterausschüssen bestand vor allem darin, daß die Räte sich als Organe der Sozialisierung betrachteten, während die Ausschüsse die Interessen der Arbeiter im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsform vertreten wollten. Große Teile der Arbeiterbewegung hielten es für selbstverständlich, daß nach dem Sieg des Proletariats die Sozialisierung als erste Maßnahme in Angriff genommen werde. Der Weg dazu ergab sich aus der Tätigkeit der Arbeiter- und Betriebsräte. Sie wandten sich zunächst dem brennendsten Problem zu, der Festsetzung der Löhne. Bald begnügten sie sich nicht mehr mit den Angaben des Unternehmers, sondern verlangten Einsicht in den Geschäftsbetrieb. Daraus entstand der Wunsch nach Mitwirkung, schließlich nach alleiniger Bestimmung. Dies sollte nun der Weg der Sozialisierung sein. Der Betriebsrat sollte die Betriebsleitung überwachen und allmählich ihre Funktionen übernehmen, so daß schließlich die ganze Wirtschaft von den Betriebsräten geleitet würde[2]). Zunächst waren die Räte überzeugt, daß die Sozialisierung durch Gesetze einheitlich geregelt werden müsse. Aber als die Regierung keinerlei Anstalten dazu traf und der Ruf nach der Sozialisierung immer dringender wurde, schritten einzelne Räte zur Selbsthilfe. Es begannen „wilde" Sozialisierungen, die oft so aussahen, daß „die Arbeiterräte den Unternehmer einfach auf die Straße setzten oder den Schlüssel zum Geldschrank beschlagnahmten". An anderen Stellen griffen die Räte in die Personalpolitik ein, änderten die Produktionsmethoden, die Arbeitszeitbestimmungen oder anderes[3]).

Die äußerste Linke und ähnlich die USPD betrachteten die Räte, besonders die Betriebsräte, als Garanten für die Fortdauer der Revolution und für die Verwirklichung des Sozialismus, da ihnen als den Organen der Sozialisierung dabei die wichtigste Rolle zukam. Für den radikalen Teil der Arbeiterschaft wurde die Notwendigkeit von Betriebsräten zu einem Glaubensartikel, dessen Wahrheit über alle praktischen und rationalen Begründungen hinaus feststand.

[1]) Text im „Vorwärts" vom 16. November 1918; vgl. „Freiheit" vom 18. November 1918. Heute haben die Gewerkschaften erkannt, daß die Begeisterung über die Arbeitsgemeinschaft unberechtigt war: Potthoff versucht in sehr vorsichtiger Weise, ihr Versagen aus dem Fehlen der notwendigen sozialen und rechtlichen Grundlagen zu erklären.

[2]) Vgl. „Freiheit" vom 28. Januar 1919.

[3]) R. Müller, II, S. 109. Müller selbst lehnte die wilden Sozialisierungen ab. Vgl. auch die zahlreichen Beschwerden des „Correspondenzblattes" über eigenmächtige Eingriffe der Räte in den Betrieben; Escherich-Hefte, II, S. 10.

Als die Errungenschaften der Revolution allmählich wieder verlorengingen, klammerten sich die Arbeiter mit solcher Leidenschaft an die Betriebsräte, daß diese als einziges Ergebnis der Rätebewegung erhalten blieben. Die Betriebsräte wurden zum *Symbol* für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse. Gleichzeitig wurden die Arbeiterausschüsse abgelehnt, da sie nur dazu dienten, die bürgerliche Gesellschaft am Leben zu erhalten. So wurden die beiden Schlagworte „Nationalversammlung" (gleich bürgerliche Demokratie bzw. Diktatur der Bourgeoisie) und „Räte" (gleich proletarische Demokratie bzw. Diktatur des Proletariats) durch zwei Begriffe aus dem Gebiet der Wirtschaft ergänzt: Arbeiterausschüsse und Betriebsräte[1]).

Die Betriebsräte standen meist in offenem oder verstecktem Kampf mit den Gewerkschaften, auf die die radikalen Arbeiter wegen ihrer Kriegs- und Revolutionspolitik sehr erbittert waren. Ein Teil der Radikalen, besonders im Spartakusbund, wollte die Gewerkschaften beseitigen. Ein anderer Teil, besonders die Revolutionären Obleute, wollte sie von innen heraus erobern. Die Radikalen lehnten meist das Organisationsprinzip der Gewerkschaften, den zentralen Berufsaufbau, ab und wollten ihn durch das Betriebsprinzip der Räte ersetzen[2]). Die Gewerkschaften wehrten sich gegen den Versuch, sie auszuschalten, und wurden dadurch noch mehr auf die Seite der Nationalversammlung und des Bürgertums getrieben. Zunächst verhielten sie sich gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten, die rein politische Organe seien, neutral und wandten sich nur gegen Eingriffe der Räte in die Wirtschaft, die ihre eigene Domäne sei. Aber als sich die Räte immer mehr mit wirtschaftlichen Problemen beschäftigten und die Betriebsräte in der Vordergrund traten, wurde der Ton der Gewerkschaftsführung gegen die Räte sehr viel schärfer[3]). Schließlich wuchs im Frühjahr 1919 der Einfluß der Radikalen in den meisten Gewerkschaften, so daß die Führung Konzessionen machen mußte und dem Gewerkschaftskongreß im Juli ein eigenes Programm für Betriebsräte vorlegte, das sich etwa mit dem Programm der SPD deckte. Leipart sagte dabei, daß es bei den Führern der Gewerkschaften „von Anfang an keine Gegnerschaft" gegen die Betriebsräte gegeben habe[4]). Das war

[1]) Vgl. „Freiheit" vom 15. November 1918; „Vorwärts" vom 4. Februar 1919; Lange auf dem Gründungsparteitag der KPD, Bericht, S. 14 ff.; Däumig auf dem Parteitag der USPD März 1919, Protokoll, S. 96, S. 102; Rieper, S. 7.

[2]) Vgl. Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 14 ff.; Legien auf der Parteikonferenz der SPD März 1919, Protokoll, S. 32; „Correspondenzblatt", Nr. 48, vom 30. November 1918, S. 439; Nr. 50, vom 14. Dezember 1918, S. 459; DAZ vom 28. Dezember 1918; Brigl-Matthiass, S. 5.

[3]) Legien auf der Vorstandskonferenz am 1. Februar 1919: „Das Rätesystem sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation, ferner zersplittere es die Einheit des Berufszweiges ... Ein Bedürfnis für das Rätesystem liege nicht vor und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar." („Correspondenzblatt", Nr. 6, vom 8. Februar 1919, S. 47 f.) Vgl. „Correspondenzblatt", Nr. 47, vom 23. November 1918, S. 431; Nr. 50, S. 459 f.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission an den Gewerkschaftskongreß im Juli 1919, Protokoll, S. 168 ff.

[4]) Protokoll, S. 429.

unrichtig. Die Gewerkschaftsführung konnte sich gegen die Betriebsräte nicht mehr wehren und versuchte daher, sie für sich zu annektieren.

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Rätebewegung wird an einigen Vorgängen in Berlin besonders deutlich. Der Vollzugsrat, der in der Fülle seiner Aufgaben ertrank, übertrug bald nach dem 10. November die wirtschaftlichen Fragen den Freien Gewerkschaften[1]). Diese ordneten sofort Neuwahl der Arbeiterausschüsse an, deren ganze Tätigkeit an die Zustimmung der Gewerkschaften gebunden sein sollte[2]). Jetzt bestanden vielfach Ausschüsse und Betriebsräte nebeneinander, wobei nur die ersteren von den Unternehmern und von den Gewerkschaften anerkannt wurden, d. h. funktionsfähig waren. Das war nicht im Sinne des Vollzugsrates. Er bestimmte am 18. November, daß den bestehenden Ausschüssen das „Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle aus dem Produktionsprozeß entstehenden Fragen" zustehe, d. h. daß sie zu Betriebsräten gemacht wurden. Die Ausschüsse sollten zwar nicht dem Namen, aber der Sache nach beseitigt werden. Vom Aufsichtsrecht der Gewerkschaften war nicht mehr die Rede[3]).

Gegen diese Verordnung protestierten die Gewerkschaftsführer heftig. Sie erreichten, daß der Vollzugsrat Ausführungsbestimmungen dazu beschloß, die „Richtlinien für Betriebsräte", durch die die Verordnung vom 18. November teilweise wieder aufgehoben wurde. Die Richtlinien enthielten hauptsächlich die alten Ziele der Gewerkschaften: Ausschüsse (hier Betriebsräte genannt) als wirtschaftliche, allerdings auch „politische" Vertretung der Arbeiter und Angestellten. Über die bisherigen Wünsche der Gewerkschaften hinausgehend und als Konzession an den radikalen Rätegedanken sollten die Betriebsräte einige Mitglieder in die Betriebsleitung bzw. die Direktion entsenden, die bei den „die Arbeiter und Angestellten betreffenden Fragen" ihre Zustimmung geben mußten. Dafür wurde das Recht zur Kontrolle der Betriebsräte durch die Gewerkschaften wiederhergestellt, die allerdings ihrerseits der Kontrolle des Vollzugsrates unterstellt wurden. Eigenmächtige Sozialisierungen wurden verboten[4]).

Die „Richtlinien für Betriebsräte" waren der erste planmäßige Versuch, die Revolution auf die innerbetrieblichen Verhältnisse auszudehnen und eine *neue Betriebsverfassung* zu schaffen. Alte Arbeiterausschüsse und revolutionäre Räte sollten miteinander verbunden werden. Das spätere Betriebsrätegesetz übernahm manche der Bestimmungen, brachte allerdings den Räten im ganzen weniger Rechte. Im November 1918 scheiterte der Versuch der Neuordnung. Der Voll-

[1]) Text der Verordnung R. Müller, II, S. 109.

[2]) Verordnung vom 15. November. „Correspondenzblatt" vom 23. November 1918, S. 428 f.; vgl. R. Müller, II, S. 109 f., und R. Müller im „Arbeiterrat", Nr. 3, S. 6.

[3]) Text der Verordnung „Vorwärts" vom 19. November 1918. Die Verordnung wurde im Vollzugsrat einstimmig, also auch von den Mehrheitssozialisten, gebilligt. Richard Müller hatte den Antrag absichtlich zu später Stunde und nach langen, ermüdenden Verhandlungen vorgelegt, so daß niemand die Tragweite erkannte. Vgl. R. Müller, II, S. 109 f., H. Müller, S. 205.

[4]) Text „Vorwärts" vom 25. November 1918; vgl. auch ebd., 23. November.

zugsrat setzte sich wieder einmal zwischen zwei Stühle, da einerseits die Berliner Gewerkschaftskommission die Richtlinien ablehnte (besonders das Aufsichtsrecht des Vollzugsrates über die Gewerkschaften sowie die Vertretung politischer Interessen durch die Betriebsräte), andererseits aber auch die Radikalen nicht zufrieden waren. Richard Müller appellierte an die Massen und forderte die Berliner Arbeiterräte in zwei Versammlungen auf, den gesamten Geschäftsverkehr ihrer Betriebe zu kontrollieren[1]). Nach längeren Vorarbeiten beschlossen dann am 4. Januar 1919 die Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe neue Richtlinien, die wieder sehr radikal waren, den Betriebsräten weitgehende Mitbestimmungsbefugnisse (praktisch die Verfügung über den Betrieb) gaben und die Gewerkschaften ausschalteten[2]). Diese Richtlinien wurden von Regierung und Zentralrat abgelehnt und traten nicht in Kraft.

Das alles waren örtliche Berliner Regelungen, die den Verhältnissen im Reich weit vorauseilten. In Berlin war schon früh die Radikalisierung der Rätebewegung zu erkennen und die Tendenz, die die Radikalisierung begleitete, nämlich die Wendung der Räte zu wirtschaftlichen Fragen, zum Kampf um die Sozialisierung und um die Revolutionierung der Betriebsverfassung. Im übrigen Deutschland war Ende 1918 die Tätigkeit von Betriebsräten erst an wenigen Stellen zu bemerken[3]).

Die Verordnung vom 23. Dezember wurde infolgedessen durch die neuen radikalen Ideen der Betriebsräte noch nicht beeinflußt, sondern erfüllte nur alte sozialpolitische Ziele der Gewerkschaften. Für die Arbeiterausschüsse wurde dabei eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen. Sie sollten in allen Betrieben mit mindestens 20 Beschäftigten eingerichtet werden. Ihre Rechte wurden gegenüber dem Hilfsdienstgesetz und dem Vertrag vom 15. November erweitert: die Ausschüsse waren jetzt die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer, sie wirkten beim Abschluß von Tarifverträgen und bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit. Auf weitergehende Befugnisse, wie etwa in den Berliner Richtlinien, legten die Gewerkschaften keinen Wert, damit die Ausschüsse bzw. Betriebsräte nicht zu mächtig wurden[4]). In den nächsten Monaten erhielten die Arbeiterausschüsse durch Demobilmachungsverordnungen und durch Tarifverträge einige neue Rechte, vor allem ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen[5]).

---

[1]) Vgl. „Vorwärts" vom 27. November; „Rote Fahne" vom 29. November 1918.

[2]) „Vorwärts" vom 5. Januar 1919; vgl. R. Müller im „Arbeiterrat", Nr. 3, S. 7.

[3]) Vgl. Wissell auf dem 2. Rätekongreß, Rede, S. 4; anders Lange auf dem Gründungsparteitag der KPD, Bericht, S. 14; vgl. auch Osterroth (SPD) am 18. Januar 1920 in der Nationalversammlung, Sten. Ber., S. 4484 ff.; Koenen (USPD), ebd., S. 4502.

[4]) Die „Freiheit" (14. Januar 1919: S. Aufhäuser, Demokratisierung der Betriebe) schrieb, daß allein die freien Angestelltenverbände weitergehende Rechte verlangt hätten; ebenso Ströbel (S. 203). Auch für diese bestritten von Bauer auf dem Parteitag der SPD Juni 1919, Protokoll, S. 446.

[5]) Vgl. Sten. Ber. der Nationalversammlung, Anlage 215, S. 9; Anlage 928, S. 17 ff.

Auf dem Gebiet der Betriebsverfassung standen zwei Richtungen einander gegenüber, die den beiden Richtungen im politischen Kampf entsprachen: gesetzliche Regelung der Interessenvertretung in der Form von Arbeiterausschüssen und „wilde" Einrichtung von Betriebsräten, die als Grundlage eines neuen Wirtschaftsaufbaues gedacht waren. Auch hier war die radikale Richtung sehr viel schwächer und hatte vorläufig keine Aussicht, ihre Ziele zu verwirklichen. Ein Versuch des Berliner Vollzugsrates, beide Ideen miteinander zu verbinden, war gescheitert.

b) Arbeitskammern und Betriebsräte

Die Revolution erfüllte auch eine andere alte Forderung der Arbeiterbewegung: Es wurden Arbeitskammern eingerichtet. Dabei ging der Anstoß vom Ruhrgebiet aus, wo das Problem der Sozialisierung besonders dringend war. Da fast alle Stimmen zu dieser Frage feststellen, daß die Sozialisierung beim Bergbau anfangen könne bzw. müsse, waren die Ruhrarbeiter besonders enttäuscht, als der Rat der Volksbeauftragten nichts unternahm und schließlich die Arbeiterräte, in denen man die Organe der Sozialisierung sah, zu beseitigen versuchte. Aus diesem Grund und wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Lebensmittelversorgung) brachen im Ruhrgebiet im Dezember 1918 Streiks aus, die sich bald weiter ausdehnten, bald wieder einschliefen[1]). Daneben begannen wilde Sozialisierungen, die hier nicht isoliert vorgenommen, sondern für das ganze Industriegebiet organisiert wurden. Am 13. Januar 1919 trat in Essen eine Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebiets zusammen und beschloß, eine Organisation von „Zechenräten" zu schaffen, um die Sozialisierung vorzubereiten und einzuleiten. Mit der Wahl der Zechenräte wurde sofort begonnen[2]). Nun griff die Reichsregierung ein, verhandelte mit Vertretern der Bergarbeitergewerkschaft und verordnete am 18. Januar sofortige Neuwahl der Arbeiterausschüsse mit der interessanten Formulierung: „Wahl der Arbeiterausschüsse (Zechen- oder Bergwerksräte)[3])." Für die Ausschüsse (die die Regierung wollte) wurde also der Name der Räteorganisation (die die Radikalen wollten) übernommen.

Außerdem wurde die Errichtung von *Arbeitskammern* — paritätisch zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wobei die letzteren von den Arbeiterausschüssen gewählt wurden — angekündigt und durch Verordnung vom 8. Februar für den Kohlenbergbau an der Ruhr und in Oberschlesien vollzogen. Die Arbeitskammern hatten nur beratende Stimme und ein Initiativrecht. Sie

[1]) Vgl. „Freiheit" vom 1. Januar 1919; Severing, Wetter- und Watterwinkel, S. 13.

[2]) Vgl. „Arbeiterrat", Nr. 2, S. 21; Ill. Gesch., S. 316 ff.

[3]) Sten. Ber. der Nationalversammlung, Anlage 215, S. 16 ff. Die Verordnung verwandelte gleichzeitig die alten, nach dem preußischen Berggesetz von 1905 bestehenden Ausschüsse (sehr geringe Rechte, hauptsächlich Überwachung der Sicherheitsvorschriften) in Arbeiterausschüsse gemäß der Verordnung vom 23. Dezember 1918. Vgl. auch Bauer in der Nationalversammlung am 1. März 1919 (Sten. Ber., S. 438).

sollten vor allem bei den Vorarbeiten für die Sozialisierung mitwirken. Sie haben aber die Erwartungen, die an sie geknüpft wurden, nicht erfüllt, da ihre Befugnisse zu gering waren[1]). Die Betriebsräte versuchten weiterhin, eigenmächtig zu sozialisieren. Ihre Verschmelzung mit den Arbeiterausschüssen scheiterte u. a. an einer organisatorischen Frage, die aber grundsätzliche Bedeutung besaß: Die Betriebs- und Zechenräte vereinigten als revolutionäre Klassenorgane die Vertretung der Arbeiter und Angestellten in einer Körperschaft. In den Ausschüssen (ebenso in den Arbeitskammern), die berufliche Interessenvertretungen sein sollten, waren Arbeiter und Angestellte getrennt[2]).

Obwohl die Regierung, die Gewerkschaften und die SPD zeitweise die Wiederaufnahme der Arbeit erreichen und den Einfluß der Zechenräte zurückdrängen konnten, nahmen die Streiks und Unruhen im Ruhrgebiet immer größeren Umfang an und wurden immer radikaler. Eine neue Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 6. Februar verlangte von der Regierung u. a., daß das Zechenrätesystem nach den Essener Richtlinien offiziell eingeführt werde. Als die Regierung nur einen Teil der Wünsche befriedigte, wurde am 17. Februar der Generalstreik ausgerufen, der allerdings nach wenigen Tagen zusammenbrach[3]). Im März und April flackerten die Streiks wieder auf und gewannen noch größeren Umfang. Truppen griffen ein und hatten wiederholt schwere Kämpfe zu bestehen, zum letzten Male 1920 nach dem Kapp-Putsch. Dann erst war das Verlangen der radikalen Arbeiterschaft nach Sozialisierung und nach Betriebsräten mit größeren Machtbefugnissen endgültig gebrochen. Eine ähnliche Bewegung wie im Ruhrgebiet, die auch Betriebsräte und Sozialisierung forderte, begann Ende Februar 1919 im mitteldeutschen Industriegebiet. Auch hier wurden nach einem Generalstreik Truppen eingesetzt.

Bis zum Februar 1919 hatte die Regierung von den Betriebsräten offiziell noch gar nicht Kenntnis genommen, sondern nur alte Bestrebungen aus der Kriegs- und Vorkriegszeit fortgeführt. Seit März jedoch wurde sie durch die Streiks und Unruhen gezwungen, der Rätebewegung entgegenzukommen. Mit Hilfe von Konzessionen und mit Hilfe von Gewalt gelang es, die Betriebsräte vom Gedanken der Diktatur des Proletariats zu lösen, ihren Anspruch auf Herrschaft im Betrieb einzuschränken und einen gewissen Ausgleich der Gegensätze zu finden. Das Ergebnis waren der Art. 165 der Weimarer Verfassung (wirtschaftliches Rätesystem) und das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920.

---

[1]) Anlage Nr. 215 zu den Sten. Ber. der Nationalversammlung, S. 17; Preller, S. 232. Allerdings ist der unmittelbare Zweck, die Arbeiterschaft zu beruhigen und die Streiks einzudämmen, teilweise erreicht worden, vgl. Bauer in der Nationalversammlung am 27. Februar 1919 (Sten. Ber., S. 349). — Potthoff erwähnt in seiner Übersicht über die Mitbestimmungsformen in der Weimarer Republik die Arbeitskammern überhaupt nicht.

[2]) Vgl. Bauer in der Nationalversammlung am 1. März 1919, Sten. Ber., S. 438.

[3]) „Freiheit" vom 18. und 20. Februar 1919; Däumig im „Arbeiterrat", Nr. 5, S. 3; Ill. Gesch., S. 319; Severing, Wetter- und Watterwinkel, S. 13 ff.

17. Kapitel:

Der Gegenstoß der Rätebewegung

a) Die Gründung der Kommunistischen Partei

Nach dem Rätekongreß und dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung schienen zu Anfang des Jahres 1919 die Tage der revolutionären Räte gezählt zu sein. Der Weg zur parlamentarischen Demokratie schien gesichert. Aber die Radikalen gaben ihre Ziele nicht kampflos auf. Da es ihnen nicht gelungen war, auf dem Wege über die Revolutionskörperschaften und die USPD die politische Macht zu gewinnen, schufen sie eine neue Partei und versuchten den Weg der Gewalt. Die Kämpfe verlagerten sich jetzt mehr auf das wirtschaftliche Gebiet, weil die Radikalen sich vom Eintreten für Sozialisierung und für Betriebsräte den größten Erfolg versprechen konnten.

In der USPD gewann der radikale Flügel immer mehr an Boden, obwohl sich die Parteiführung verzweifelt dagegen wehrte[1]). Auf dem Parteitag im März 1919 wurde schließlich ein neues Programm angenommen, das mit gewissen Einschränkungen die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem zu den Zielen der Partei erklärte. Lange Zeit gab es zwei Richtungen in der USPD, von denen die eine nach der Rätediktatur strebte, die andere die Räte in die parlamentarische Verfassung einbauen wollte. Beide Richtungen wollten die Arbeiter- und Soldatenräte erhalten und wehrten sich leidenschaftlich gegen jede Beschränkung ihrer Rechte[2]).

Der *Spartakusbund* wollte mehr. Er schied daher aus der USPD aus und gründete eine selbständige Partei. Auch die Bremer Linksradikalen, jetzt „Internationale Kommunisten Deutschlands", beschlossen unter Radeks Einfluß, sich dieser neuen Partei anzuschließen. Gleichzeitig beschlossen die Linksradikalen, sich an der Wahl zur Nationalversammlung nicht zu beteiligen, sondern die Wahlenthaltung zu proklamieren, d. h. die Nationalversammlung in der schärfsten möglichen Form abzulehnen[3]).

Spartakus und Linksradikale veranstalteten vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 den Gründungsparteitag der neuen Partei in Berlin und gaben

---

[1]) Vgl. Ströbel, S. 99, S. 125.

[2]) Die beiden Flügel hatten ihr Organ in der „Freiheit" (vgl. bes. 23. Januar, 1. Februar, 5. Februar und 9. Februar 1919) und in der „Leipziger Volkszeitung" (vgl. 30. Januar und 6. Februar 1919). Vgl. auch Haase in der „Freiheit" vom 1. Januar 1919; Däumig im „Arbeiterrat", Nr. 2, S. 17, und auf dem Parteitag März 1919, Protokoll, S. 111. Die DAZ (24. Dezember 1918) hielt es für „nicht ausgeschlossen", daß die USPD völlig gesprengt wurde und zwischen SPD und Spartakusbund verschwand.

[3]) Konferenz in Berlin am 24. Dezember 1918. Da sich die Delegierten über die Frage der Wahlbeteiligung nicht einigen konnten, fuhren sie nach Hause, um die Mitglieder zu befragen. Als sie wieder zusammentraten, stimmte nur noch ein einziger für die Wahlbeteiligung. Vgl. Ill. Gesch., S. 264, Flechtheim, S. 45.

sich den Namen „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)[1])". Der wichtigste Punkt des Parteitages war die Frage der Nationalversammlung, d. h., da man sich über ihre grundsätzliche Ablehnung einig war, die Frage der Wahlbeteiligung[2]). Der Referent, Paul Levi, forderte die Beteiligung, die meisten Diskussionsredner lehnten sie ab. Dagegen sagte Rosa Luxemburg: „Genossen, ihr macht euch euren Radikalismus etwas sehr bequem ..." und trat für die Wahlbeteiligung ein. Die Versammlung antwortete mit Schweigen. Ähnlich erging es Liebknecht. Beschlossen wurde mit 63 gegen 23 Stimmen, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Damit war die Führung der Partei von den Mitgliedern überstimmt worden. Die Mehrheit der Konferenz, unter ihnen besonders die Linksradikalen, bestand aus fanatischen Schwärmern für den Rätegedanken in seiner radikalsten Form und glaubte, daß die revolutionären Arbeiter in kurzer Zeit die Nationalversammlung beseitigen und eine Rätediktatur aufrichten würden. Das Endziel war für sie in greifbarer Nähe. Es kam darauf an, den letzten entscheidenden Vorstoß bald zu wagen, notfalls mit Gewalt. Im Spartakusbund stand ein kleiner Kreis revolutionärer Marxisten einer großen Zahl von „radikalen Utopisten" gegenüber, die nur das Ziel sahen, und keinerlei Rücksicht auf die bestehenden Zustände kannten[3]).

Am 31. Dezember sprach Lange über „Die wirtschaftlichen Kämpfe" und forderte, daß Betriebsräte, Bezirkswirtschaftsräte und ein Zentralwirtschaftsrat die Wirtschaft überwachen und sozialisieren sollten[4]). In der Diskussion wurde u. a. der Austritt aus den Gewerkschaften und die Gründung einer „Einheitsorganisation" verlangt. Rosa Luxemburg widersprach und erreichte, daß über die entsprechenden Anträge nicht abgestimmt wurde. Anschließend begründete Rosa Luxemburg das von ihr entworfene Programm der neuen Partei. Sie ging davon aus, daß jetzt, in der zweiten Phase der Revolution, die Stunde gekommen sei, in der der Kapitalismus endgültig beseitigt und der Sozialismus eingeführt werden müsse. Dies könne nicht durch Dekrete einer sozialistischen Regierung

---

[1]) Der Parteitag war von 87 Delegierten und 16 Gästen besucht, die 46 Orte vertraten (Bericht, S. 3). Den Vorsitz führten Wilhelm Pieck und Walcher/Stuttgart.

[2]) Bericht, S. 9 ff., vgl. „Vorwärts" vom 31. Dezember 1918.

[3]) Rosenberg, Weimarer Republik, S. 29, vgl. S. 61. Geyer (S. 68 f.) erklärte den utopischen Radikalismus aus der psychologischen Situation des großstädtischen Arbeiters: Die zahlenmäßige und machtpolitische Stärke seiner Klassengenossen in seiner Stadt „täuscht ihn über das wirkliche Verhältnis der Klassen im Lande hinweg — trotz aller statistischen Belehrung —, denn der unmittelbar empfundene Eindruck ist stärker als alle Statistik ... Der Besitz der lokalen Gewalt, das Machtgefühl, das er der Arbeiterschaft gab, verdunkelte den radikalen Massen vollständig die wahre Machtverteilung in der Gesamtheit." Vgl. Ill. Gesch., S. 265; Frölich, R. L., S. 329. Später stellte man in der KPD fest, daß die Mehrheit des Parteitages aus Leuten bestand, „von denen sich herausstellte, daß sie keine Kommunisten waren und die nie das Spartakusprogramm gelesen hatten", d. h. aus späteren Anhängern der „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (Laufenberg): Levi auf dem Parteitag der KPD April 1920, Bericht, S. 24; vgl. Klara Zetkin, ebd., S. 58.

[4]) Bericht, S. 14 ff.

geschehen, auch nicht einer spartakistischen, sondern nur durch die Massen selbst und ihre ausführenden Organe, die Räte. Die Frage der Machtergreifung sei also die Frage „Was kann, was tut, was soll jeder Arbeiter- und Soldatenrat in ganz Deutschland? . . . Wir müssen arbeiten von unten auf, den Arbeiter- und Soldatenräten eine solche Macht geben, daß, wenn die Regierung Ebert-Scheidemann oder irgendeine ihr ähnliche gestürzt wird, dies dann nur noch der Schlußakt ist." Da die Räte heute für ihre Aufgabe noch nicht reif seien, müsse ihnen der revolutionäre Kampf die notwendigen Erfahrungen und der Spartakusbund die notwendigen theoretischen Einsichten vermitteln[1]). Rosa Luxemburg erhielt stürmischen Beifall. Das Programm wurde vom Parteitag gebilligt und einer Kommission überwiesen. Er forderte die Rätediktatur in Staat und Wirtschaft: Alle politischen Funktionen sollten durch die Arbeiter- und Soldatenräte übernommen werden, die Betriebsräte sollten die Produktion kontrollieren und später die Betriebsleitung übernehmen. Das Programm sagte aber auch: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Massen in ganz Deutschland, nie anders, als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes[2])." Dies war eine Absage an den radikalen Utopismus und stand in krassem Gegensatz zu dem Beschluß über die Wahlenthaltung. Die meisten Delegierten machten sich wenig Gedanken über den Sinn des Programms und überließen die Theorie den Parteiführern. Ihnen lag die revolutionäre Praxis am Herzen. Die Diskussion über Rosa Luxemburgs Referat war kurz und unergiebig[3]).

Der letzte Tag war den Verhandlungen mit den Revolutionären Obleuten gewidmet, die zum Eintritt in die KPD aufgefordert waren[4]). Die Obleute verlangten aber, daß der Beschluß über die Wahlenthaltung aufgehoben wurde und sie entscheidenden Einfluß auf das Programm, die Propaganda und die Taktik der KPD erhielten. Die Revolutionären Obleute wollten den utopischen Radikalismus nicht mitmachen, sondern ihre Ziele unter Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse verfolgen. Die Bedingungen wurden von Liebknecht im Namen der KPD abgelehnt. Der Zusammenschluß der beiden einander so nahestehenden Gruppen scheiterte damit an taktischen Differenzen. Das hatte weitreichende Folgen. Da der Spartakusbund eigentlich nur eine kleine Gruppe von Intellektuellen war, die Obleute dagegen eine ständig wachsende Anhängerschaft besonders in den Gewerkschaften besaßen, war der größte Teil der radikalen Arbeiter für die neue Partei verloren. An den Zentren der Arbeiterbewegung blieben 95% der Mitglieder bei der USPD. Die KPD hatte nur einige tausend Mitglieder, davon 50 in Berlin, und konnte im Jahre 1919 noch keine politische

[1]) Bericht, S. 18 ff.

[2]) Die Programme . . ., S. 47 ff.

[3]) Vgl. Rosenberg, Weimarer Republik, S. 61.

[4]) Bericht, S. 46 ff.

Bedeutung gewinnen[1]). Dagegen wurde der Zerfall der USPD für mehr als ein Jahr aufgeschoben, so daß die Partei 1919 noch eine wichtige Rolle spielen konnte. Durch den Verbleib der Obleute wurde sie immer weiter nach links getrieben und eine nochmalige Zusammenarbeit mit der SPD unmöglich gemacht. So gerieten die Unabhängigen auf die Seite der radikalen Kräfte, die der Republik durch ihre schweren Angriffe eine große Belastung mit auf den Weg gaben. Die Regierung und die SPD wurden bei der Abwehr der radikalen Angriffe immer mehr von den Freikorps und anderen antidemokratischen Kräften abhängig[2]).

In der *KPD* war zum ersten Male in Deutschland eine politische Partei entstanden, die ihr Ziel in einer Rätediktatur sah. Allerdings wurde die KPD im Januaraufstand und den folgenden Kämpfen, an denen sie trotz ihrer geringen Stärke unter Aufbietung aller Kräfte mitwirkte, vollständig aufgerieben. Die Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg beraubte die Partei der Führung, ihr Verbot und innere Kämpfe machten sie nahezu aktionsunfähig. Auch auf diesem Wege führte der Vorstoß der radikalen Rätebewegung nicht zum Ziel.

b) Die Januarunruhen und die Radikalisierung der Arbeiter- und Soldatenräte

Am 4. Januar begannen in Berlin die unter dem Namen *Spartakusaufstand* bekannten Unruhen. Allerdings war der Aufstand keine planmäßige Aktion der neuen Partei, deren Einfluß viel zu gering war, als daß sie so große Arbeitermassen hätte aufbieten können, wie an der Demonstration gegen die Amtsenthebung Eichhorns beteiligt waren[3]). Die Demonstration wurde auf einer gemeinsamen Sitzung der Revolutionären Obleute, der KPD und der Berliner Lokalorganisation der USPD beschlossen. Über die Frage, ob die Demonstration zum bewaffneten Aufstand weitergetrieben werden sollte, war sich das Zentralkomitee der KPD nicht einig. Liebknecht war dafür, Rosa Luxemburg und Jogiches wandten sich scharf dagegen. Auch die Revolutionären Obleute waren gespalten und distanzierten sich auf Betreiben Däumigs vom bewaffneten Aufstand.

[1]) Rist, S. 84 f.; Pieck (S. 80) meint, daß die Mitgliederzahlen bei weitem nicht die Anhängerschaft der KPD wiedergäben, da viele Kommunisten bei der USPD blieben, um die Radikalisierung dieser Partei voranzutreiben. Am 1. Oktober 1919 hatte die KPD rund 100 000 Mitglieder (Bericht über den Parteitag im Oktober 1919, S. 27); vgl. auch Sinowjew, S. 24 f.

[2]) Rosenberg (Weimarer Republik, S. 30) meinte, daß es zum „Verhängnis der deutschen Revolution" gehört habe, daß die notwendigen Parteispaltungen gar nicht oder zu spät erfolgten: der rechte Flügel der USPD gehörte eigentlich zur SPD und konnte hier den linken Flügel gegenüber den „Nurparlamentariern" stärken. Der linke Flügel der USPD gehörte zur KPD, in der dann die radikalen Utopisten keine Bedeutung mehr gehabt hätten. Aber: „Sentimentale Treue zu den zufällig entstandenen Vereinen war stärker als die Einsicht in die politischen Notwendigkeiten." Anders Flechtheim, S. 42.

[3]) Eichhorn (linker Flügel der USPD) war im November 1918 Polizeipräsident von Berlin geworden. Jetzt wurde er vom Rat der Volksbeauftragten abgesetzt, da er sich weigerte, dessen Anordnungen auszuführen, und nur den Vollzugsrat als vorgesetzte Behörde anerkannte.

Ledebour dagegen beteiligte sich[1]). Der Revolutionsaufruf vom 6. Januar trug die Unterschriften von Liebknecht, Ledebour und Scholze[2]).

Der Aufstand entstand aus der Erbitterung und Enttäuschung der radikalen Arbeiter, die jetzt erkannten, daß die Revolution keinen sozialistischen Staat bringen werde und es mit der Macht der Räte zu Ende ging. Dagegen wollte man sich wehren, ohne klare Vorstellungen über das Ziel oder den Weg zu haben. Die Massen handelten aus dem Gefühl heraus, daß alles anders werden müsse, daß die Regierung den Sozialismus verraten habe und deswegen beseitigt werden müsse. Die Führer aber kamen zu keinem Entschluß. Die „Rote Fahne" schrieb im Januar 1920 über die Ereignisse am 6. Januar 1919: „... Vom Roland zur Viktoria standen die Proletarier Kopf an Kopf. Bis weit hinein in den Tiergarten standen sie. Sie hatten ihre Waffen mitgebracht, sie ließen ihre roten Banner wehen. Sie waren bereit, alles zu tun, alles zu geben, das Leben selbst ... Und da geschah das Unerhörte. Die Massen standen früh um 9 Uhr in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Die Massen fieberten vor Erregung: sie wollten eine Tat sehen, auch nur ein Wort, das ihre Erregung besänftigte. Doch keiner wußte, welches. Denn die Führer berieten. Der Nebel fiel wieder und mit ihm die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause. Sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten. Im Marstall hatten sie beraten, dann gingen sie weiter ins Polizeipräsidium und berieten weiter. Draußen standen die Proletarier auf dem leeren Alexanderplatz, die Knarre in der Hand, mit schweren und leichten Maschinengewehren ... Und drinnen saßen die Führer und berieten. Sie saßen den ganzen Abend und saßen die ganze Nacht und berieten. Sie saßen am nächsten Morgen teils noch, teils wieder, und berieten ...[3])."

Der Januaraufstand stellte die Reichsregierung für kurze Zeit vor eine gefährliche Situation. Sie wurde in den entscheidenden Tagen durch die fast unbewaffneten Massen der mehrheitssozialistischen Arbeiter geschützt, die sich in der Wilhelmstraße aufstellten und den Radikalen, die nicht auf ihre Klassengenossen schießen wollten, den Weg versperrten. Der Aufstand brach in erster Linie wegen der Unentschlossenheit und Uneinigkeit seiner Führer zusammen und weil die Mehrheit der Berliner Arbeiter den Putsch ablehnte. Der bewaffnete Widerstand war, außer im „Vorwärts"-Gebäude, gering. Als am 11. Januar die Truppen einmarschierten, fanden sie kaum noch einen Gegner.

Bei aller Unklarheit der Ziele war die Rätefeindschaft der Regierung einer der Gründe des Aufstandes gewesen. Die Parole „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!" hatte zum ersten Male eine größere Zahl von Anhängern ge-

[1]) Vgl. Pieck, S. 81; Ill. Gesch., S. 282 ff.; Ledebour, S. 26 ff.; R. Fischer, S. 101; Stampfer, 14 Jahre, S. 89 ff.

[2]) Paul Scholze, Berliner Arbeiter, Mitglied der Revolutionären Obleute. Scholze hatte bereits beim Berliner Januarstreik 1918 im Aktionsausschuß gesessen: R. Müller, I, S. 103.

[3]) Nach: Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 69 f.; vgl. auch Die Wirren, S. 57 ff.; Ledebour, S. 33 f.

funden. Damit war der Spartakusputsch der Auftakt zu den Streiks und Unruhen vom Frühjahr 1919, wo stets die Erhaltung der Arbeiter-, Soldaten- und Betriebsräte zu den Zielen gehörte, so verschieden diese sonst auch waren. Die Folge der Januarunruhen war, daß die Verbitterung auf beiden Seiten stieg und die Regierung und die Sozialdemokratie sehr an Prestige verloren. Im Reich wuchs die Abneigung gegen Berlin und die dort herrschende Anarchie[1]). Andererseits herrschte in der Arbeiterschaft starke Erregung, weil die Regierung Militär gegen Arbeiter eingesetzt hatte, kaiserliche Offiziere gegen Angehörige der eigenen Klasse. Als kurze Zeit später Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden, stieg die Empörung, da die Verantwortung für den Mord den Mehrheitssozialisten zugeschoben wurde[2]). Viele Mitglieder der SPD verließen ihre Partei und schlossen sich den Unabhängigen an, die ihre Stärke und ihren Einfluß bei den Räten stark vergrößern konnten. Die KPD hatte dagegen noch keinen Vorteil von der Radikalisierung[3]).

An den Stellen Deutschlands, wo die äußerste Linke besonders stark war, zeigte sich die Radikalisierung der Arbeiter- und Soldatenräte zuerst. In *Braunschweig* war Merges (Revolutionäre Obleute) Präsident geworden. Die Räte seines Landes forderten am 4. Januar die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands auf, die politische Macht fest in den Händen zu behalten und sie unter keinen Umständen an die Nationalversammlung zu übertragen[4]). Wenige Wochen später erklärte ein Kongreß westdeutscher Arbeiter- und Soldatenräte in Braunschweig: „Das Werk der Revolution kann nur gesichert werden, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte die politische Macht fest in den Händen behalten ... Die Arbeiter- und Soldatenräte Westdeutschlands verpflichten sich daher miteinander, die politische Macht nicht aus den Händen zu geben[5])." Die Situation

[1]) Schon nach den Weihnachtsunruhen hatten die süddeutschen Regierungen, diesmal auch Hessen, ihre Abmachungen vom November wiederholt (s. o. S. 79). Sie wollten sich auf keinen Fall einer spartakistischen Regierung in Berlin unterordnen. Vgl. Wippermann, I, S. 315; Meinecke, S. 118.

[2]) Vgl. „Leipziger Volkszeitung" vom 17. Januar 1919. Das Blatt nannte die Mehrheitssozialisten seit dieser Zeit „Blutsozialisten". Vgl. R. Fischer, S. 107.

[3]) Die Mitgliederzahlen betrugen (nach Rist, S. 81, und Drahn, Sozialdemokratie, Handbuch der Staatswissenschaften, 7. Bd., S. 534 ff.): März 1918: SPD 249000, USPD 90000; März 1919: SPD 1012000, USPD 300000; März 1920: SPD 1180000, USPD 750000. Dabei ist zu beachten, daß von der Einberufung zum Militär bis zur Entlassung die Mitgliedschaft erlosch. Im Berliner Arbeiterrat zeigte sich die Verschiebung besonders deutlich: Nachdem im Jahre 1918 die SPD stets eine große Mehrheit gehabt hatte, wurden bei einer Neuwahl des Vollzugsrates am 17. Januar 1919 346 Stimmen für die SPD abgegeben, 331 für die USPD, 117 für die Demokraten („Freiheit" vom 18. Januar 1919). Ende Januar erhielt bei einer entscheidenden Abstimmung über die Zukunft des Rätesystems der Antrag der SPD 362 Stimmen, der der USPD 492 („Arbeiterrat", Nr. 2, S. 15). Die KPD konnte erst am 20. Februar im Berliner Arbeiterrat eine eigene Fraktion bilden. Nach Drahn (s. o.) ging etwa ein Drittel der Mitglieder von der SPD zur USPD. Vgl. Cohen, Sozialistische Monatshefte, 53. Bd., S. 1047, November 1919; Rosenberg, Weimarer Republik, S. 76.

[4]) „Rote Fahne" vom 6. Januar 1919 (WTB).

[5]) Wippermann, I, S. 470.

spitzte sich dann immer mehr zu, bis im April Regierungstruppen das Land besetzten. Die Vorgänge in Braunschweig zeigen, wie die Arbeiter- und Soldatenräte, indem sie sich gegen die Auflösung wehrten, zur Frontstellung gegen die Regierung und die Nationalversammlung und zum Ruf nach der Rätediktatur gedrängt wurden. Noch deutlicher wurde dies in *Bremen*, wo am 10. Januar die Räterepublik ausgerufen wurde. Die Reichsregierung griff ein, da die Zustände nach ihrer Ansicht ungesetzlich waren und Deutschlands Lebensmittelversorgung gefährdeten. Sobald genügend Truppen vorhanden waren, wurde die Stadt am 4. Februar unter blutigen Kämpfen besetzt[1]).

Weitere militärische Aktionen folgten, besonders gegen die Gebiete, in denen die Räte noch eine größere Macht besaßen[2]). So gewann die Regierung zwar allmählich ein größeres Maß an äußerer Autorität, gleichzeitig wuchsen aber auch die Erbitterung und der Radikalismus der Arbeiterschaft. Im Ruhrgebiet brach als unmittelbare Folge der Bremer Vorgänge ein großer Streik aus, bald auch in Mitteldeutschland, in Berlin und anderen Gegenden. Die Soldatenräte, im Anfang der Revolution die sichersten Stützen der Volksbeauftragten, verlangten jetzt immer dringender, daß die Räte erhalten und die militärischen Aktionen eingestellt würden. Teilweise begannen sie, selbständig und gegen den Willen der Regierung und des Zentralrats das Rätesystem weiter auszubauen[3]). Allerdings verloren die Soldatenräte mit der Auflösung des alten Heeres ihre Bedeutung.

In *Berlin* berieten am 31. Januar die Arbeiter- und Soldatenräte über ihre Haltung gegenüber der Nationalversammlung und dem Verfassungsentwurf. Es war eine Versammlung, wie Berlin sie seit dem 10. November nicht mehr gesehen hatte. Cohen und Däumig standen wie auf dem Rätekongreß als Referenten einander gegenüber[4]). Cohen schlug vor, die Räte ohne politische Rechte im Rahmen der konstitutionellen Fabrik und in „Produzentenkammern" weiterbestehen zu lassen. Däumigs Rede war ein flammender Appell für die Erhaltung der Arbeiter- und Soldatenräte. Beide Redner legten Anträge vor. Angenommen wurde Däumigs Antrag, der verlangte, daß ein zweiter Rätekongreß einberufen werde, um die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte festzulegen und bei den Verfassungsberatungen mitzuwirken. Die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte sprachen also der Nationalversammlung das Recht ab, über das weitere Schicksal der Räte zu entscheiden. Die Räte sollten gleichberechtigt neben der Konstituante

[1]) „Freiheit" vom 15. Januar 1919; Stümke, S. 203 f.; Die Wirren, S. 105 ff.

[2]) Im Februar wurden die Hafenstädte der Nordseeküste (außer Hamburg) besetzt. Die Radikalen wurden entwaffnet, die Arbeiter- und Soldatenräte neugebildet und eines Teils ihrer Befugnisse entkleidet (Die Wirren, S. 114 ff.). Vgl. Rosenberg, Weimarer Republik, S. 74 f.

[3]) Beschluß des Zentralrats der Ostfront und der Ostseeprovinzen vom 29. Januar, Wippermann, I, S. 423; Beschluß der Soldatenräte aller deutschen Armeekorps vom 6. Februar, ebd., S. 586; Marinekongreß in Hamburg am 7. Februar, ebd., S. 589; vgl. DAZ vom 31. Januar; „Rote Fahne" vom 4. Februar 1919.

[4]) Vgl. „Freiheit" und „Frankfurter Zeitung" vom 1. Februar 1919; „Arbeiterrat", Nr. 2, S. 2 ff.

stehen und ihre Kompetenzen selbständig bestimmen. Auch in Berlin wandten sich die Räte jetzt gegen die Nationalversammlung, deren Einberufung sie selbst beschlossen hatten. Je näher der Termin heranrückte, desto klarer erkannten die Revolutionsorgane, daß mit dem Zusammentritt der Konstituante die Revolution abgeschlossen und ihre eigene Existenz beendet sein werde.

Eine Sonderstellung nahm *Bayern* ein. Hier vertrat Eisner seine Ideen einer neuartigen sozialen Demokratie, aufgebaut auf Räten und Berufsverbänden. Allerdings mußte er dem Wunsch der Bevölkerung nach einer parlamentarischen Demokratie und dem Druck seiner mehrheitssozialistischen Regierungskollegen nachgeben und die Wahlen zu einem Konstituierenden Landtag für den 12. Januar 1919, also einen recht frühen Termin, ausschreiben. Eisner plante nun, die Räte neben dem Landtag beizubehalten. Sie sollten als Organe der arbeitenden Bevölkerung die Verwaltung ihres Bezirkes kontrollieren und auf der Landesebene mit dem berufsständischen Nebenparlament kombiniert werden[1]). Bis zum Zusammentritt des Landtags sollte ein provisorischer Nationalrat als Organ der „neuen produktiven Demokratie" dessen Funktionen übernehmen[2]). Der Nationalrat bestand aus 256 Abgeordneten, darunter 150 Vertretern der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, einigen Abgeordneten, Vertretern sämtlicher Gewerkschaften und aller möglichen anderen Berufsverbände und Interessenvereinigungen (u. a. Kriegsbeschädigte, Bürger, Offiziere). Die Landtagswahl brachte Eisner dann eine vernichtende Niederlage. 100 bürgerlichen und bäuerlichen Abgeordneten standen 53 der SPD und nur 3 der USPD gegenüber. Dieser Landtag konnte Eisners Ideen nicht verwirklichen, sondern nur eine parlamentarische Demokratie alten Stils schaffen. Aber die Arbeiter- und Soldatenräte wehrten sich auch in Bayern dagegen, ihre Rechte an das Parlament zu verlieren, und unterstützten daher Eisners Pläne. Eisner selbst schwankte mehrere Wochen lang. Einerseits erklärte er den Räten, daß er mit ihnen „stehe und falle[3])", andererseits widersprach es seiner Überzeugung, das gewählte Parlament am Zusammentritt zu hindern. Schließlich entschloß er sich, den Landtag einzuberufen und selbst zurückzutreten. In diesem Augenblick wurde er am 21. Februar ermordet. Die ungeheure Erregung der Arbeiterschaft führte zur Ausrufung der Räterepublik, die Anfang Mai von Regierungstruppen beseitigt wurde.

In der Zeit bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung waren die Arbeiter- und Soldatenräte im allgemeinen noch nicht so radikal. Ihr Ziel war eine parlamentarische und soziale Demokratie, deren Verwirklichung sie von der Nationalversammlung erwarteten. Die Regierung nahm die Radikalisierung

[1]) Eisner im Münchener Arbeiterrat am 5. Dezember 1918 (Wippermann, I, S. 278); vgl. Escherich-Hefte, II, S. 15; Stümke, S. 219. Eisners Plan wurde auch von der bayrischen SPD gebilligt, obwohl der Reichsvorstand ausdrücklich von dieser Haltung abrückte (H. Müller auf der Parteikonferenz im März 1919, Protokoll, S. 2).

[2]) Eisner bei der Eröffnung des Nationalrats, Escherich-Hefte, II, S. 16 ff.

[3]) Vor den bayrischen Arbeiter- und Soldatenräten am 13. Februar, „Freiheit" vom 14. Februar 1919, vgl. ebd., 18. Februar.

kaum zur Kenntnis und ließ sich durch sie in keiner Weise beeinflussen[1]). Scheidemann erklärte Anfang Februar, daß die Räte nach Zusammentritt der Nationalversammlung nur noch „Bremsvorrichtungen und kostspielige Hindernisse jeder ordentlichen Verwaltung" seien[2]). Den Volksbeauftragten fehlte in ihrer Vorstellung vom Charakter und vom Verlauf der Revolution jedes Verständnis dafür, daß die Arbeiter- und Soldatenräte mit ihrer Auflösung nicht einverstanden waren. Die Räte dagegen wollten sich nicht beseitigen lassen, ehe der soziale Charakter des neuen Staates gesichert war, vor allem durch die Sozialisierung, bei der sie selbst entscheidend mitwirken wollten. So geriet, wie die „Freiheit" schrieb, „die Politik der Regierung in immer steigenden Gegensatz zu den Trägern der Revolution". Der Gegensatz wurde so stark, daß er stellenweise nur noch mit Gewalt gelöst werden konnte. Dabei verhärteten sich die Standpunkte immer mehr, so daß die Konzessionen, die die Regierung schließlich in der Frage der Betriebsräte doch machen mußte, verhältnismäßig geringfügig blieben.

18. Kapitel:

Die Idee einer wirtschaftlichen Räteverfassung

a) Zentralrat und Regierung

In den ersten Monaten des Jahres 1919 zeigte sich eine neue Möglichkeit, die Räte zu erhalten, indem sie als Interessenvertretungen in die Wirtschaftsverfassung eingebaut wurden. In dieser Form drang der Rätegedanke auch in Kreise ein, die bisher von einer Erhaltung der Räte nichts hatten wissen wollen. So entstanden schließlich der Artikel 165 der Weimarer Verfassung und das Betriebsrätegesetz, das einzige Ergebnis der Rätebewegung, das bis heute erhalten blieb.

Der Plan einer wirtschaftlichen Räteverfassung wurde zuerst vom *Zentralrat* der Arbeiter- und Soldatenräte aufgegriffen und propagiert. Der Zentralrat war in einer schwierigen Lage. Seine Mitglieder waren Mehrheitssozialisten, die ihren Parteigenossen in der Regierung nicht in den Rücken fallen wollten. So kamen sie aber in Konflikt mit ihrer Aufgabe, der Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte. Der Zentralrat konnte sich einerseits nicht bedingungslos für die Erhaltung der Räte einsetzen, andererseits hatte er genug Kontakt mit den Arbeiter- und Soldatenräten, um zu erkennen, daß ihre Beseitigung nicht so einfach sein werde und daß die Politik der Volksbeauftragten eine gefährliche Entwicklung anbahnte. Daher wollte der Zentralrat zwischen den Gegensätzen

[1]) Die Regierung bezeichnete z. B. den Beschluß der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vom 31. Januar als eine bedeutungslose örtliche Maßnahme: „Freiheit" vom 1. Februar 1919.

[2]) Interview mit einem Vertreter großer amerikanischer Zeitungen, nach „Frankfurter Zeitung" vom 3. Februar 1919.

vermitteln und die Räte in irgendeiner Form erhalten[1]). Über die Tätigkeit des Zentralrats ist im übrigen wenig zu sagen. Er beschäftigte sich mit internen Angelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenräte, selten mit großen politischen Fragen, und trat in der Öffentlichkeit wenig in Erscheinung. Da der Zentralrat nicht mehr, wie der Vollzugsrat, selbst Regierungs- und Verwaltungsbefugnisse beanspruchte, blieb für ihn neben den ordentlichen Behörden kaum noch ein Tätigkeitsbereich übrig. Zu einem Konflikt mit der Regierung kam es nur einmal, anläßlich der Weihnachtsunruhen 1918. Die Mehrheit des Zentralrats, die Eberts Vorgehen scharf verurteilte, deckte ihn schließlich doch, um nicht die Regierung der USPD zu überlassen[2]). Später gab es noch Differenzen um die militärische Kommandogewalt, die Demokratisierung der Verwaltung und den Ort der Nationalversammlung. Im allgemeinen arbeitete der Zentralrat gut mit der Regierung zusammen[3]).

Die Differenzen betrafen in erster Linie die Rätefrage und mit ihr zusammenhängende Probleme. Der Zentralrat war mit der Regierung so weit einig, daß die Räte keine *politischen* Funktionen und kein Kontrollrecht über die Verwaltung behalten sollten, die mit der parlamentarischen Demokratie nicht vereinbar waren. Als die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Januar 1919 Richtlinien für die kommunalen Arbeiterräte beschlossen hatten, in denen das Kontrollrecht für die Zukunft gesichert werden sollte, lehnte der Zentralrat die Richtlinien ab. Es sei Aufgabe der Nationalversammlung, die Rechte der Arbeiterräte festzulegen. Da in den Gemeinden demokratische Verfassungen eingeführt seien, seien kommunale Arbeiterräte überflüssig. Die Regierung schloß sich dieser Auffassung an und schrieb am 30. Januar den Berliner Räten: „Wir stellen anheim, neue Vorschläge zur Regelung des Verhältnisses der Arbeiterräte zu den Arbeitgebern zu machen[4])."

Wenn der Zentralrat den Räten auch keine politischen Rechte geben wollte, so wollte er sie doch erhalten. Es blieb die Möglichkeit, ihnen *wirtschaftliche* und soziale Funktionen zu übertragen. Die Arbeiter- und Soldatenräte hatten sich bereits diesen Aufgaben stärker zugewandt. Im Zentralrat war es besonders Max Cohen, der stets die Notwendigkeit betonte, die Räte zu erhalten, und der jetzt einen Plan entwickelte, um sie in die demokratische Verfassung einzubauen[5]). Es gelang Cohen, einen Teil des Zentralrates für seine Ideen zu gewinnen. Ein anderer Teil wollte die Räte mit geringeren Rechten als Cohen durch eine nicht

[1]) Vgl. „Freiheit" und „Hamburger Echo" vom 1. Januar 1919 (Bericht über eine gemeinsame Sitzung von Regierung und Zentralrat am 30. Dezember 1918): „Ein Zentralratsmitglied (Cohen?) besprach in längerer Rede die unbedingte Notwendigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte."

[2]) Vgl. Breitscheid im „Sozialist", Nr. 1, vom 4. Januar 1919, S. 1 f.

[3]) Vgl. Schäfer, S. 105.

[4]) „Arbeiterrat", Nr. 2, S. 3; vgl. „Frankfurter Zeitung" vom 30. Januar 1919; Römer, S. 29 und S. 75. Text der Richtlinien „Arbeiterrat", Nr. 1, S. 7.

[5]) S. o. S. 116 und u. S. 121.

näher definierte „Verankerung" in der Verfassung erhalten. Eine Minderheit stand auf dem Standpunkt der Volksbeauftragten, die auch von Arbeiterräten mit wirtschaftlichen Funktionen nichts wissen, sondern die Räte vollständig beseitigen wollten[1]). Als am 28. Januar der Zentralrat verlangte, daß die Arbeiterräte in den Verfassungsentwurf aufgenommen würden und Cohen vorschlug, Wirtschaftsparlamente auf berufsständischer Grundlage zu bilden, in denen u. a. die Arbeiterräte vertreten sein sollten, lehnte die Regierung vollständig ab. Sie bezeichnete berufsständische Parlamente als reaktionär und nicht mit der Demokratie vereinbar[2]).

Die vorläufig etwas unklaren Pläne, die der Zentralrat bzw. Cohen hier vortrugen, waren ein Versuch, die Räte vom Gedanken an eine Diktatur zu lösen und die Revolutionsorgane zu Interessenvertretungen zu machen. Es sollten Arbeiterräte bestehenbleiben, aber in einer Form, die die Demokratie nicht gefährdete, sondern ergänzte und die Möglichkeit einer proletarischen Diktatur nach russischem Muster ausschloß. Die Räte sollten der Arbeiterschaft einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Ungleichheiten der kapitalistischen Gesellschaft bieten und den Arbeitern eine gesichertere und einflußreichere Stellung in Staat und Wirtschaft geben. Cohen und der Zentralrat wollten eine neue Form der sozialen Demokratie schaffen.

Die Pläne scheiterten am Widerstand der Regierung, d. h. der Führung der SPD, hinter der die Mehrheit der Partei stand. Die Sozialdemokraten hatten jahrzehntelang in der parlamentarischen Staatsform und im allgemeinen, gleichen Wahlrecht das wichtigste Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele gesehen. Berufsständische Ideen waren bisher meist von ganz rechts vertreten worden mit dem Ziel, den Einfluß der Volksvertretung zu beschränken. Andererseits haftete jeder Art von Räten der Geruch des Bolschewismus an, den man als die größte Gefahr für den neuen Staat betrachtete. Die Standpunkte hatten sich in der Rätefrage bereits so verhärtet, daß man glaubte, den Rätegedanken nur ganz, d. h. in der Form der Rätediktatur, annehmen oder ganz ablehnen zu können. Die SPD konnte sich jetzt nicht von ihren hergebrachten Ideen lösen und nicht erkennen, daß neben dem alten Parlamentarismus andere Formen der Demokratie möglich waren. Diese Unbeweglichkeit gegenüber neuen Ideen, die Unfähigkeit, gewissermaßen über den eigenen Schatten zu springen, bedeuteten zweifellos ein gewisses Versagen. Hier liegt die Schuld der Partei an der unglücklichen Geschichte der Revolution und des aus ihr entstandenen Staates[3]).

[1]) Vgl. Scheidemanns Erklärung Anfang Februar (o. S. 118). Einzelne Äußerungen in anderem Sinne, wie das Schreiben vom 30. Januar, hatten taktische Gründe. Vgl. Cohen im Handbuch der Politik, II, S. 272.

[2]) Bernhard, S. 43; vgl. Cohen auf dem Parteitag der SPD Juni 1919, Protokoll, S. 421 und S. 451; Cohen, „Sozialistische Monatshefte", 53. Bd., S. 1046; Schäfer, S. 135.

[3]) Dies gegen Berlau, der (S. 9 ff., S. 274 ff., S. 338 ff.) das Versagen der SPD gerade darin sieht, daß sie ihr altes Programm und ihre alten Ziele in der Revolution aufgegeben habe. S. hierzu auch u. S. 131.

b) Das Eindringen des Rätegedankens in die SPD

Es gab allerdings in der SPD auch Widerstand gegen die starre Politik der Parteiführung und der Regierung. Auf dem 1. Rätekongreß hatten zum ersten Male einige Mehrheitssozialisten gefordert, die Arbeiterräte nach der Revolution bestehen zu lassen. Nach dem Kongreß gewann dieser Gedanke in der SPD neue Anhänger, besonders unter den Räten selbst. Max *Cohen* wurde ihr Sprecher und entwickelte eine eigene Konzeption für die Erhaltung der Räte, die Anfang 1919 allmählich Gestalt annahm.

Cohens Idee entstammte dem Gedankenkreis der „Sozialistischen Monatshefte", die seit Jahren in manchen Punkten eine von der Parteimeinung abweichende Ansicht vertraten[1]). Die Zeitschrift befürwortete, im Gegensatz zur Konsumentenpolitik der SPD, eine Politik, die von den Bedürfnissen der Produktion ausging. Die Träger der Produktion, Arbeiter und Unternehmer, sollten im Dienste der „Produktionsidee" gleichberechtigt zusammenwirken. Jetzt wurde die Idee entwickelt, auf jeder Stufe (Ort, Provinz usw.) neue Körperschaften zu bilden, „Kammern der Arbeit", deren Arbeitervertretung aus den Arbeiterräten hervorging. Die Kammern waren als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft gedacht und sollten mit den politischen Parlamenten zusammen an der Gesetzgebung beteiligt werden[2]). Hier war der Plan, die Revolutionsorgane als Interessenvertretungen bestehen zu lassen, mit dem berufsständischen Gedanken verbunden worden. Die Kammer der Arbeit sollte ein berufsständisches Oberhaus werden, das den Arbeitern denjenigen Einfluß sicherte, der ihnen als Hauptträgern der Produktion zukam. Für Cohen spielten auch taktische Gesichtspunkte eine Rolle, da er sah, daß die Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte große Gefahren heraufbeschwor.

Der Plan der „Sozialistischen Monatshefte" wurde zum ersten Male am 17. Januar 1919 von Julius Kaliski im Berliner Arbeiterrat in seinen Grundzügen vorgetragen, fand aber keinen großen Beifall[3]). In der Versammlung vom 31. Januar vertrat Cohen selbst seine Ideen, deren Einzelheiten immer noch recht unklar waren und erst in den folgenden Monaten von Cohen, Kaliski und Bloch genauer ausgearbeitet wurden. Auf dem zweiten Rätekongreß im April 1919 legte Cohen den fertigen Plan vor. Allerdings begegneten seine Ideen in der SPD sofort erheblichem Widerstand, da man Räte in jeder Form als bolschewistische

[1]) Herausgeber Dr. Josef Bloch. Die Zeitschrift vertrat innenpolitisch eine Art Neo-Revisionismus, außenpolitisch die sog. „Kontinentalpolitik", d. h. enge wirtschaftliche und politische Bindung an Frankreich und Rußland mit Front gegen England. Es sei daran erinnert, daß die Zeitschrift als erste Stimme aus den Reihen der SPD im Oktober 1918 die großdeutsche Nationalversammlung forderte (s. o. S. 68, Anm. 2).

[2]) Vgl. Cohen, „Sozialistische Monatshefte", 53. Bd., S. 1045; Bernhard, S. 26; Antrag der SPD auf dem 2. Rätekongreß, Die Parteien und das Rätesystem, S. 38 f.; Kaliskis Referat dazu, ebd., S. 41 ff.

[3]) „Freiheit" vom 18. Januar 1919; Kaliski, „Sozialistische Monatshefte", 52. Bd., S. 234; Römer, S. 47. Kaliski gehörte zum Kreis der „Sozialistischen Monatshefte".

Experimente ablehnte und in der Kammer der Arbeit eine Durchbrechung des parlamentarischen Systems sah[1]).

Seit Ende Januar 1919 zeichnete sich ein Wandel ab. Einzelne Stimmen aus den Kreisen der Parteiführung griffen den Gedanken auf, die Räte als wirtschaftliche Interessenvertretung bestehen zu lassen. Als erster schrieb Stampfer: „Kein freier Staat kann den Arbeitern der verschiedenen Betriebe die Wahl von Ausschüssen verwehren, keiner kann ihnen verbieten, sich Räte zu nennen." Stampfer betrachtete also die Arbeiterräte als Fortsetzung der alten Arbeiterausschüsse[2]). Diese Vorstellung verbreitete sich jetzt allmählich in der Partei und hatte auch in der SPD-Fraktion der Nationalversammlung Anhänger. Wenn es schon nicht möglich war, die Räte vollständig aufzulösen, so schien es am wenigsten gefährlich zu sein, ihnen wirtschaftliche Funktionen zu übertragen, sie an die Stelle der alten Arbeiterausschüsse zu setzen. Allerdings gab es immer noch eine Gruppe, besonders die Regierungsmitglieder und die Gewerkschaftsführer, die jede Erhaltung der Räte ablehnte[3]).

Beim Zusammentritt der Nationalversammlung gab es in der SPD drei Auffassungen über die Rätefrage:

a) Die Volksbeauftragten, ein Teil der Parteileitung (besonders die führenden Gewerkschaftler) und wahrscheinlich ein größerer Teil der Funktionäre und Mitglieder wollten die Räte möglichst bald auflösen.

b) Ein Teil der Parteiführung und ein ständig wachsender Teil der Mitglieder wollten die Räte als Interessenvertretung erhalten. Sie sollten etwa die Rechte der Arbeiterausschüsse bekommen und vor allem die Sozialisierung vorbereiten.

c) Der linke Flügel und ein großer Teil der mehrheitssozialistischen Arbeiterräte wollten dasselbe, aber mit größeren Rechten. In berufsständischen Parlamenten sollten die Räte den politischen Parlamenten gleichberechtigt sein oder ein weitgehendes Vetorecht erhalten.

Die erste Gruppe verschwand, als die Regierung und die Gewerkschaften unter dem Druck der Streiks und Unruhen im Frühjahr 1919 eigene Pläne für Betriebs-

[1]) Vgl. die Diskussion auf dem Parteitag der SPD Juni 1919, besonders Scheidemann (Protokoll, S. 234), Sinzheimer (S. 415 f), Witte/Berlin (S. 437); Schäfer, S. 109; Bernhard, S. 43. Für Cohen persönlich kam erschwerend hinzu, daß er als Vertreter der Kontinentalpolitik bekannt war, die in der Partei auf starke Ablehnung stieß.

[2]) „Vorwärts" vom 30. Januar 1919; vgl. ebd., 1. Februar und 4. Februar. Ähnlich das „Hamburger Echo" zum ersten Male am 12. Februar. Kautskys „Entwurf eines sozialdemokratischen Aktionsprogramms" wurde vom „Vorwärts" (2. Februar 1919) auch in dem die Räte behandelnden Teil gebilligt.

[3]) Für die erstgenannte Richtung vgl. die Anträge zum Parteitag 1919, Protokoll, S. 100 ff.; Löbe, Fraktionsbericht, ebd., S. 349; verschiedene Anträge und Reden der SPD in der Nationalversammlung; einzelne mehrheitssozialistische Stimmen im „Arbeiterrat". Für die ablehnende Richtung Scheidemanns Erklärung im Februar; Scheidemanns Regierungsprogramm (Sten. Ber. der Nationalversammlung, S. 44); Legien am 1. Februar 1919 (s. o. S. 105, Anm. 3); ebenso das „Correspondenzblatt" noch am 8. März (Nr. 10, S. 81 ff.).

räte entwarfen. Auf dem zweiten Rätekongreß im April stimmte die Fraktion der SPD für Cohens Antrag und lehnte den der Regierung ab. Auf dem Parteitag im Juni 1919, als sich die innenpolitische Lage wieder etwas beruhigt hatte und die gefährlichsten Unruheherde (Generalstreik in Mitteldeutschland und in Berlin, bayrische Räterepublik) beseitigt waren, erhielt der Antrag Cohen dagegen nur eine einzige Stimme und der Regierungsantrag wurde angenommen. Damit hatte die zweite der drei genannten Richtungen in der SPD gesiegt.

Jedoch war Ende Januar 1919 die Rätebewegung noch durchaus im Vordringen: Die Räte gewannen an Einfluß auf Kosten der Gewerkschaften, ihre Forderungen waren im Wachsen begriffen. Innerhalb der Arbeiter- und Soldatenräte verschoben sich die Mehrheitsverhältnisse, die USPD gewann auf Kosten der SPD[1]). Allmählich änderte sich das Ziel der Rätebewegung. Die Arbeiter- und Soldatenräte wollten nicht mehr nur Revolutionsorgane sein, sondern ständige Interessenvertretungen oder Inhaber der obersten Gewalt in Staat und Wirtschaft. Sie wollten sozialisieren und die Betriebsverfassung umgestalten. Sie verlangten, daß ihre Rechte in der Verfassung festgelegt würden. An alle diese Ziele hatten die Räte bei ihrer Entstehung noch nicht gedacht. Erst das unbefriedigende Ergebnis der Revolution führte sie in radikalere Bahnen. Die Rätebewegung geriet immer mehr in Gegensatz zur Regierung. Die Spannung verschärfte sich, bis die radikalen Bestrebungen im Verlauf der Frühjahrsunruhen blutig unterdrückt wurden.

In der Zeit bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung deutete sich dieser Konflikt allerdings erst an. Seine Symptome waren schwer zu durchschauen oder konnten als örtliche Eigenmächtigkeiten abgetan werden. Sie wurden durch den Enthusiasmus, mit dem das deutsche Volk, einschließlich des größten Teils der Arbeiterschaft, die Nationalversammlung erwartete, weit in den Schatten gestellt. Anfang Februar 1919 schien die Revolution beendet und eine ruhige Entwicklung zur parlamentarischen Demokratie gesichert zu sein.

19. Kapitel:

Wahl und Zusammentritt der Nationalversammlung

Die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 brachte nicht die von den sozialdemokratischen Parteien gewünschte und erwartete Mehrheit. Den 163 Abgeordneten der SPD und 22 der USPD standen 236 Abgeordnete der bürgerlichen Parteien gegenüber. Die Enttäuschung der Arbeiterschaft war groß, da der Beginn der Sozialisierung und die Änderung der sozialen Verhält-

[1]) Vgl. „Freiheit" vom 28. Januar 1919; Däumig im „Arbeiterrat", Nr. 2, S. 1; R. Müller, ebd., Nr. 2, S. 17; „Rote Fahne" vom 4. Februar 1919. Auf dem 2. Rätekongreß im April 1919 gehörten 130 Delegierte der SPD an, 55 der USPD, einer der KPD. Das Wahlsystem benachteiligte die Linke.

nisse, für die die SPD stets auf die Nationalversammlung verwiesen hatte, nun in weite Ferne gerückt waren. Außerdem wollten alle Parteien, die für die Regierungsbildung in Frage kamen, nur die Arbeiterausschüsse bestehen lassen, höchstens im Sinne gewerkschaftlicher Forderungen ausbauen, die Räte dagegen beseitigen. Das Wahlergebnis erweckte großen Zweifel am Wert der parlamentarischen Demokratie. Die bürgerlichen Parteien besaßen die Mehrheit, obwohl der überwiegende Teil der Bevölkerung seiner Klassenlage nach zum Proletariat gehörte. Der bürgerliche Parlamentarismus, so schloß man, verfälschte den Volkswillen und mußte abgeschafft werden. Große Teile der Arbeiterschaft waren überzeugt, daß, entsprechend der Marxschen Lehre, in Deutschland eine sozialistische Revolution geschichtlich notwendig sei. Da von der Nationalversammlung keine Verwirklichung des Sozialismus zu erwarten war, würde die Revolution über sie hinweggehen. Die Nationalversammlung war nur ein „Durchgangspunkt[1])". Die Massen konnten allerdings die Bedeutung des Wahlergebnisses nicht sofort übersehen. Erst als die Regierung gebildet, die Notverfassung und die ersten Gesetze beschlossen waren, wirkte sich die Enttäuschung aus.

Der Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 war der formelle Abschluß der Räteherrschaft. Der Rat der Volksbeauftragten und der Zentralrat legten durch feierliche Erklärungen ihre Macht in die Hände der Nationalversammlung, die jetzt der höchste Träger der Souveränität in Deutschland war. Allerdings versuchte der Zentralrat, ihr bestimmte Auflagen zu machen. Er forderte sie zur „planvollen Verwertung der revolutionären Organisationen" auf und verlangte, daß die Arbeiterräte in die künftige Reichsverfassung eingegliedert würden, um die Arbeiter und ihre Produktionsinteressen stärker zu vertreten. Die Nationalversammlung sollte also Cohens „Kammer der Arbeit" verwirklichen[2]). Die Erklärung des Rates der Volksbeauftragten dagegen erwähnte die Räte nicht. Auf die Erklärung des Zentralrates reagierten weder die Regierung noch die Nationalversammlung, die nicht daran dachten, sich von einem Räteorgan etwas vorschreiben zu lassen. Für sie waren die Räte erledigt, da die Revolutionsorgane mit dem Abschluß der Revolution ihre Aufgabe erfüllt hatten[3]).

Das oberste Organ der Arbeiter- und Soldatenräte war jetzt keine Verfassungseinrichtung des deutschen Reiches mehr[4]). Bis zur Neuregelung durch den konstituierenden Landtag behielt der Zentralrat noch seine Funktionen für Preußen.

---

[1]) „Leipziger Volkszeitung" vom 6. Februar 1919; vgl. Ströbel in: Die Parteien und das Rätesystem, S. 34 ff.

[2]) Schreiben vom 4. Februar 1919, „Frankfurter Zeitung" vom 6. Februar 1919. Es hatte der „ganzen Überredungskunst" Cohens bedurft, um seine Kollegen zur Aufnahme dieses Punktes in die Erklärung zu bewegen; Cohen auf dem Parteitag der SPD Juni 1919, Protokoll, S. 451.

[3]) Vgl. Scheidemanns Regierungserklärung (o. S. 122, Anm. 3); Schäfer, S. 107. Die Anträge der USPD zur Aufnahme der Räte in die Notverfassung wurden von allen anderen Parteien abgelehnt.

[4]) Vgl. Jellinek, S. 27.

Die unteren Revolutionsorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, schwebten nun gewissermaßen in der Luft und hatten keine staatsrechtliche Grundlage mehr, sondern waren auf die Duldung der Regierung oder Behörde angewiesen, bei der sie tätig waren. Sie mußten ihre allmähliche Ausschaltung hinnehmen oder versuchen, ihre Stellung mit Gewalt zu behaupten. Regierungen und Behörden dachten in diesem Augenblick weniger denn je daran, die Räte freiwillig bestehen zu lassen. Für die große Mehrheit des deutschen Volkes war das Ziel der Revolution erreicht. Nach einer unruhigen und unklaren Zwischenperiode sollte endlich die parlamentarische Republik eingerichtet werden. Die „Frankfurter Zeitung" setzte über ihren Kommentar zur Erklärung des Zentralrates das Motto: „Morituri te salutant". Andererseits machten die Radikalen und die USPD dem Zentralrat den Vorwurf, daß er mit seiner Abdankung einen „Verrat an der Sache des Proletariats und der Revolution" begangen oder sich als „ungetreuer Sachwalter" der Arbeiter- und Soldatenräte erwiesen habe[1]). Aber der Zentralrat hatte wohl keine andere Möglichkeit als die Abdankung, die sich auf die Beschlüsse des Rätekongresses gründete und zu der die bisherige Entwicklung der Rätebewegung in Deutschland geführt hatte[2]).

Der Zusammentritt der Nationalversammlung schloß die wichtigste Periode in der Geschichte der Rätebewegung in Deutschland ab. Die neue Periode brachte zwar viel härtere Kämpfe und forderte zahlreiche Blutopfer, es handelte sich jedoch im Grunde immer mehr um ein verzweifeltes Aufbegehren für eine Sache, die bereits verloren war. An eine politische Herrschaft und politischen Einfluß der Räte war in Deutschland nicht mehr zu denken, seit die Nationalversammlung ihre Arbeit aufgenommen hatte, vielleicht mit Ausnahme einer kurzen Zeit im März 1919, als in Mitteldeutschland, in Berlin und im Ruhrgebiet Streiks und Unruhen ausgebrochen waren. Die Rätebewegung änderte jetzt ihr Gesicht. Die politischen Ziele traten allmählich zurück, und der Kampf ging in erster Linie um die Erhaltung und den Ausbau der Betriebsräte. Hier war der Rätebewegung schließlich ein gewisser, wenn auch im Verhältnis zu ihren ursprünglichen Zielen sehr geringer Erfolg beschieden.

[1]) Däumig im „Arbeiterrat", Nr. 3, S. 3; „Freiheit" vom 5. Februar 1919.

[2]) Vgl. die Antwort des Zentralrates, Wippermann, I, S. 588.

V. Teil

Wesen und Bedeutung der Rätebewegung

20. Kapitel:

Rätegedanke und Demokratie

Die Rätebewegung muß als einer der Versuche verstanden werden, die Krise des modernen Staates zu überwinden. Die Ursachen der Krise wurden in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet gesehen, in den Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daneben auch im politischen Aufbau des demokratischen Massenstaates, der dem einzelnen, besonders dem wirtschaftlich Schwachen, zu wenig Freiheit und zu wenig Einflußmöglichkeiten gab. Die Rätebewegung will daher — nicht nur in Deutschland und nicht nur in und nach dem ersten Weltkrieg — eine neue Form der *sozialen Demokratie* schaffen. Die herkömmliche Form des gewaltenteilenden bürgerlichen Rechtsstaates, der Parlamentarismus, soll durch ein neues Staatsprinzip und neue Organe ersetzt bzw. ergänzt werden. Nun glaubten einzelne Vertreter und einzelne Richtungen der Rätebewegung, dieses Ziel nur auf dem Wege über eine *Diktatur* erreichen zu können. Aus diesem Mittel zum Zweck wurde bisweilen ein Selbstzweck, so daß das ursprüngliche Ziel der Rätebewegung, ein größeres Maß an Freiheit für den Einzelmenschen, in den Hintergrund gedrängt und eher in sein Gegenteil verkehrt wurde. Rätediktatur und soziale Demokratie bezeichnen also die äußersten Pole, zwischen denen sich der Rätegedanke bewegt. Um die Entwicklung vom einen zum anderen verstehen zu können, müssen hier einige Punkte aus der Geschichte der Rätebewegung wiederholt werden.

Die ersten Vorläufer der Arbeiter- und Soldatenräte zeigten sich auf Grund ähnlicher Situationen und teilweise unabhängig voneinander in einzelnen Revolutionen seit dem 17. Jahrhundert. Es entstanden Körperschaften, die unmittelbar aus den unteren sozialen Schichten hervorgingen und exekutive, legislative, bisweilen auch jurisdiktionelle Funktionen in ihrer Hand vereinigten. Die Delegierten waren jederzeit abberufbar, manchmal an bestimmte Aufträge ihrer Wähler gebunden. 1905 waren in Rußland diese Revolutionsausschüsse zum ersten Male ausschließlich Organe des Proletariats. Als in der russischen Revolution von 1917 dann das Proletariat siegte, mußten die bisherigen Kampforgane eine neue Funktion erhalten. Das Proletariat übernahm nach seinem Sieg nicht den bürgerlichen Staatsapparat, der, wie man meinte, nur das Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie sei, sondern zerschlug ihn und schuf eine

neue Staatsform, die dem Proletariat unmittelbar die Herrschaft geben sollte. Zu diesem Zweck übernahmen die bisherigen Revolutionsausschüsse die Leitung des Staates.

Die neue Staatsform, die eine gewisse Verwandtschaft mit der „unmittelbaren Demokratie" zeigte, wurde mit Hilfe des Marxismus theoretisch begründet. Bei Marx und Engels fanden sich in der Lehre von der Diktatur des Proletariats und im „Bürgerkrieg" sowohl für die Revolutionsausschüsse wie für die Träger der Staatsgewalt gewisse Hinweise. Die beiden Männer sagten allerdings darüber hinaus nur wenig über die Formen der sozialen Revolution und des proletarischen Staates, da die Formen sich aus den Erfahrungen des revolutionären Kampfes, nicht aus der Theorie, ergeben sollten. So konnte, als im Verlauf der Revolution in Rußland die Arbeiter- und Soldatenräte von Kampforganen zu Organen der proletarischen Herrschaft wurden, dies als eine sinnentsprechende Fortentwicklung der Marxschen Lehre angesehen werden. Allerdings mußten die Anhänger dieser Richtung, um die Übereinstimmung ihrer Lehren mit dem Marxismus nachzuweisen, einzelne Gedanken und Aussprüche von Marx und Engels herausgreifen und teilweise sehr einseitig interpretieren. Kautsky, das unbestrittene Haupt der marxistischen Schule nach dem Tode von Engels, lehnte die Ideen von Rosa Luxemburg, Pannekoek und Lenin ab. Trotzdem betrachteten sich die Radikalen, einschließlich der Bolschewisten, als orthodoxe Marxisten, m. E. mit einem gewissen Recht. Das Werk von Marx und Engels bietet verschiedene legitime Möglichkeiten der Interpretation und der Fortentwicklung[1]). Eine dieser Möglichkeiten war die bolschewistische Rätediktatur.

Ähnliche Organe wie in den politischen Revolutionen entstanden im Verlauf der wirtschaftlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts. Sie wollten gewissermaßen eine Revolution in den Betrieben durchführen, indem die Rechte der „Betriebsregierungen" beschränkt und den „Betriebsuntertanen" Anteil an der Regierung eingeräumt wurde. Auch hier zeigte sich nach dem Sieg des Proletariats ein Funktionswechsel, durch den die wirtschaftlichen Interessenvertretungen zu Herrschaftsorganen im Betrieb und in der Volkswirtschaft wurden. Auch in der Wirtschaft gab es voneinander unabhängige Ansätze zur gleichen Entwicklung in verschiedenen Ländern.

Die Rätebewegung, die so entstanden war, beruhte vor allem auf drei Wurzeln:

1. Die Stellung des Arbeiters in der kapitalistischen Wirtschaft, die ihn zum entseelten Werkzeug werden ließ und trotz politischer Gleichberechtigung an einer Beteiligung und Einflußnahme in der Wirtschaft wie im Staat hinderte. Diesen Zustand versuchte man zu ändern, indem man die Arbeiterschaft durch neue Organe in das wirtschaftliche und politische Leben einordnete (Arbeiterausschüsse, Arbeitskammern, Kammern der Arbeit) oder indem das Proletariat eine Diktatur über den Staat, die Wirtschaft und die anderen Klassen errichtete

[1]) Vgl. o. S. 12, 21 f. Ebenso Burnham, S. 230 f.

(Rußland). Die notwendigen Organe gingen meist aus den Betrieben, besonders den Großbetrieben, hervor, da hier die Klassenlage des Arbeiters besonders deutlich wurde und eine Organisation nach Betrieben ihn als „vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebenden Menschen" erfaßte[1]). Der Betrieb, der eine große Zahl von Arbeitern zusammenführte, zeigte gleichzeitig den Hebel zur Änderung ihrer Lage: durch Bewußtwerdung, Organisation und Errichtung aktionsfähiger Organe konnte die Masse zur Kraft werden. Die Rätebewegung will also in diesem Falle die Lage des Arbeiters in der Wirtschaft und im Staat verbessern und berührt sich dabei mit dem *Sozialismus*.

2. Zum Rätegedanken führten auch gewisse Schwächen der parlamentarischen Staatsform, wie Entfremdung zwischen Abgeordneten bzw. Bürokratie und Volk, finanzielle und konfessionelle Einflüsse bei den Wahlen u. a. Man suchte nach Möglichkeiten für den einzelnen Menschen, unabhängig von diesen Einflüssen und in einem überschaubaren Bereich an politischen Entscheidungen mitzuwirken, und fand diesen Bereich im Berufsstand. Berufsständische Organe (oder reine Klassenorgane) sollten die Parlamente entweder bei wirtschaftlichen Fragen ergänzen[2]) oder gleichberechtigt neben sie treten (Cohen) oder vollständig ersetzen (Lenin). Die Rätebewegung will hier die Mängel der parlamentarischen Staatsform überwinden und berührt sich in dieser Beziehung mit dem *berufsständischen* Gedanken.

3. Der dritte Antrieb zum Rätegedanken kam aus der Auflehnung gegen alle Höhergestellten, gegen jede Führung und Organisation überhaupt. Diejenigen, die unter den bestehenden Verhältnissen besonders litten oder aus anderen Gründen besonders radikal waren, auch größere Massen in einem revolutionären Moment, wollten oft die unmittelbare Selbstherrschaft der Masse, die schrankenlose Freiheit ohne jeden Zwang. Der Rätegedanke war dann ein „Erlösungsgedanke", eine „unendliche Sehnsucht, aus den schrecklichen Verhältnissen herauszukommen[3])". Die Räte sollten reine Werkzeuge des Massenwillens sein ohne eigene Initiative und ohne feste organisatorische Form. „Hier ist der Punkt erreicht, an dem die Logik aufhört, weil der Glauben beginnt[4])." Im Rätegedanken liegt ein religiöses Bedürfnis nach Freiheit an sich, er berührt sich in dieser Beziehung mit dem Gedanken der „unmittelbaren Demokratie" und dem *Anarchismus*.

Aus diesen drei Antrieben — Änderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, Ergänzung bzw. Ersatz der parlamentarischen durch die berufsständische De-

[1]) Brandler, S. 5; vgl. Brigl-Matthiass, S. 3.

[2]) Sinzheimer (SPD) im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung am 2. Juni 1919, Anlage Nr. 391 zu den Sten. Ber., S. 393 ff.

[3]) Sinzheimer, S. 393; vgl. Bünemann, S. 88.

[4]) Stampfer, 14 Jahre, S. 153; vgl. Däumig auf dem Parteitag der USPD März 1919, Protokoll, S. 97, S. 226.

mokratie, Sehnsucht nach schrankenloser Freiheit — entsprang m. E. die Rätebewegung[1]).

Die historische wie die systematische Betrachtung zeigen, wie diese Bewegung nach einer freieren Verfassung suchte und dabei auf den Gedanken der „unmittelbaren Demokratie" stieß. Nun hat Gerhard Ritter[2]) gezeigt, daß die unmittelbare Demokratie ständig in der Gefahr schwebt, zur Tyrannei zu entarten. Sie mißverstehe den Begriff der Freiheit, indem sie die „Gleichberechtigung aller Interessen voraussetzt", die nur durch Zwang erreicht werden kann. Wenn innere und äußere Schwierigkeiten hinzutreten, wie etwa in der Französischen Revolution, oder wenn die Massen der Industriearbeiterschaft in die Politik eintreten, sei eine Entwicklung zur Diktatur fast unvermeidlich. Ein ähnliches Schicksal, wie es nach Ritter der Gedanke der unmittelbaren Demokratie erlebt hat, erlebte der Rätegedanke. Auch hier wollte man, da man oft kein anderes Mittel sah, um zum Ziele zu gelangen, „Freiheit durch harten Zwang[3])". Auch hier wollte man die Interessen gewaltsam gleichrichten, d. h. in diesem Falle, das Interesse des Proletariats zur einzig gültigen Richtschnur machen. So trat vor allem dort, wo die Schwierigkeiten besonders groß waren (Rußland), das Fernziel der sozialen Demokratie hinter dem Nahziel der proletarischen Diktatur zurück.

Wenn von den Vertretern der Rätebewegung immer wieder behauptet wurde, daß der herkömmliche Parlamentarismus nicht die einzig mögliche Form der Demokratie sei und daß eine Räteverfassung ein größeres Maß an demokratischer Freiheit gewährleisten könne, so mag dies theoretisch wohl richtig sein. Sicher haben auch viele Vertreter der Rätediktatur ehrlich daran geglaubt, durch ihre Vorschläge eine bessere und freiere Staatsform schaffen zu können. Aber sie sind eben doch, ohne es zu wollen und ohne es zu wissen, der von Ritter für die „unmittelbare Demokratie" aufgezeigten Gefahr erlegen.

Es kann mit historischen Argumenten nicht entschieden werden, ob es möglich war, mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte eine fortschrittlichere und freiere Verfassung zu schaffen. Während der deutschen Revolution wurde der einzige ernsthafte Versuch in dieser Richtung in Bayern gemacht. Aber Eisners Pläne begegneten fast überall heftigem Widerstand, bis sie schließlich an seiner Wahlniederlage scheiterten. Die bayrische Räterepublik hat in den wenigen Wochen ihres Bestehens weder innere noch äußere Ruhe gehabt. Das Gelingen oder Mißlingen ihres Experimentes kann nicht beurteilt werden. Cohens Pläne, die auch in diesen Zusammenhang gehören, sind niemals erprobt worden. Es

[1]) Etwas anders Brigl-Matthiass (S. 2 ff.). Er unterscheidet bei den Kräften, die zur Entstehung von Betriebsräten führten, den Sozialismus, die Sozialreform und als dritte und jüngste die Rätebewegung, die bei ihm etwa so charakterisiert ist, wie oben der Punkt 3: „Führerrevolution" (s. o. S. 52). Vgl. Ziegler, S. 54.

[2]) Vgl. bes. S. 421 f., S. 429 f., S. 432.

[3]) Ritter, S. 430.

ist der Rätebewegung nirgends gelungen, ihr ursprüngliches Ziel zu erreichen und eine soziale Demokratie zu verwirklichen. Entweder wurden alle Ansätze bis auf wenige Reste (Betriebsräte) beseitigt oder die proletarische Diktatur wurde zum Selbstzweck und entwickelte sich von der Klassen- über die Parteidiktatur zur Herrschaft eines Mannes bzw. eines kleinen Kollektivs.

21. Kapitel:

Die Rätebewegung in Deutschland 1917—1919

Die Arbeiter-, Soldaten- und Betriebsräte entstanden in Deutschland aus ähnlichen Gründen und anläßlich einer ähnlichen Situation wie früher bereits in England, Frankreich und Rußland. Arbeiter und Soldaten wollten sich durch Organe, die unmittelbar von ihnen selbst eingesetzt waren, an der Revolution beteiligen und die Führung kontrollieren. Die Entstehung und die Tätigkeit der Räte ergaben sich aus den deutschen Verhältnissen und waren kaum durch Einflüsse von außen bestimmt. Dagegen war die Tatsache, daß die deutschen Revolutionsausschüsse die Form und den Namen der Arbeiter- und Soldatenräte annahmen, eine Nachahmung des russischen Vorbildes, wenn es auch in Deutschland bereits Ansätze dazu gab, ehe das russische Beispiel wirksam wurde (Pannekoek, Revolutionäre Obleute). Die Räte waren in Rußland keine Schöpfung des Bolschewismus, sondern 1905 wie 1917 spontan entstanden. In dieser Form, als Revolutionsorgane, wurden sie in Deutschland bekannt, und diese Form wurde aus Rußland übernommen, soweit von einer Übernahme die Rede sein kann. Dagegen spielte die bolschewistische Staatstheorie im November 1918 in Deutschland nur eine sehr geringe Rolle, da die überwiegende Mehrheit der Räte aus Mehrheitssozialisten bestand, die den Bolschewismus ablehnten. Wenn oft behauptet wird, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution nach *russischem* Vorbild entstanden seien, so ist dies nur bedingt richtig und gilt für den Namen und — mit Einschränkungen — für die äußere Form. Nach *bolschewistischem* Vorbild entstanden die Räte sicher nicht.

Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte wollten vor allem eine parlamentarische Demokratie erkämpfen. Dieses Ziel wurde schnell und fast ohne Mitwirkung der Räte erreicht. Aber sie wollten nicht nur Organe einer demokratischen, sondern auch einer *sozialistischen* Revolution sein. Die sozialen Verhältnisse sollten insbesondere durch die Sozialisierung und durch Demokratisierung der Verwaltung geändert werden. Es ist die Frage zu stellen, warum trotz der zeitweilig sehr großen Macht der Räte diese Ziele nicht erreicht wurden, warum die Wirkung der Rätebewegung so gering blieb und aus der Revolution ein Staat hervorging, der wenig sozialistische Züge aufwies und dessen demokratischer Charakter so unsicher war, daß die Demokratie nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder vollständig beseitigt werden konnte. Diese Frage kann in der vor-

liegenden Arbeit nur so weit beantwortet werden, wie die Geschichte der Rätebewegung Hinweise zur Beantwortung gibt. Dabei muß die SPD im Vordergrund der Betrachtung stehen, weil sich zu ihr der weitaus größte Teil der Arbeiter- und Soldatenräte bekannte und weil diese Partei, zeitweise mit der USPD zusammen, in der Revolution die oberste Macht in Händen hielt.

Die SPD ging mit einer fest umrissenen Ansicht über den Weg zum Sozialismus in die Revolution. Die Umgestaltung der Gesellschaft sollte von der Mehrheit des Volkes (die, wie man meinte, vom Proletariat gestellt wurde) gebilligt werden, also das Werk parlamentarischer Gesetzgebung nach Abschluß der Revolution sein. Die Erfahrung hat gezeigt, daß auf diesem Wege der Sozialismus nicht erreicht werden konnte. Aber dies wußte die SPD von 1918 noch nicht. Auch stand ihr in dem Augenblick, wo sie angesichts gewaltiger Schwierigkeiten die Verantwortung übernahm, keine andere Theorie zur Verfügung. Die recht unklaren Konzeptionen der anderen sozialistischen Gruppen konnte die Partei auf Grund ihrer ganzen Tradition nicht übernehmen. Die Radikalen kannten nur das eine Ziel, die Macht der Räte möglichst weit zu steigern. Die USPD forderte energische Maßnahmen zur Sozialisierung und Demokratisierung, besaß aber ebenfalls keine konkreten Pläne dafür. Auch in der marxistischen Theorie konnte man keine Anweisung darüber finden, was zu tun sei, da Marx nur allgemeine Grundsätze aufgestellt, aber keine Vorschriften für die Praxis gegeben hatte[1]).

Die SPD hielt an ihrem Standpunkt mit dogmatischer Strenge fest und lehnte gerade in der Rätefrage solange wie möglich jeden Kompromiß ab. Weil kein anderer Weg zum Sozialismus zu sehen war als der parlamentarische, glaubte die Partei, daß es auch keinen anderen Weg gäbe und jedes Abweichen das Reich dem Bolschewismus in die Arme treiben müsse, dessen Bedeutung weit überschätzt wurde. Dabei suchte die von der SPD beherrschte Regierung, weil sie sich allein zu schwach fühlte, beim Bürgertum und beim Militär Hilfe und übersah vollständig, daß der Demokratie und dem Sozialismus eine weit größere Gefahr von den Mächten des alten Staates drohte, die ihren Einfluß und ihren Besitz erhalten wollten. Wegen ihrer mangelnden Vorbereitung und wegen ihrer Unbeweglichkeit gelang es der SPD nicht, zwischen den Kräften der Erhaltung um jeden Preis und denen des völligen Umsturzes einen *dritten Weg* zu finden[2]). Allerdings lag die Schuld dafür, daß die Demokratie nicht besser gesichert und daß kein sozialistischer Staat geschaffen wurde, sicher nicht

[1]) Berlaus Behauptung dagegen, daß die SPD den Marxismus und ihre sozialistische Tradition aufgegeben habe (vgl. bes. S. 14, S. 258 f., S. 339), scheint mir den Tatsachen nicht gerecht zu werden. Die Ansichten von Kautsky z. B. unterschieden sich nicht sehr von denen der SPD. Das „Versagen", von dem Berlau spricht, erklärt sich vielmehr aus der mangelnden Vorbereitung. Vgl. o. S. 80 und das Urteil Rosenbergs (o. S. 95, Anm. 2): eher als Ebert und Scheidemann müsse man Bebel verantwortlich machen. Vgl. auch Matthias, S. 55 ff.: Sozialdemokratische Selbstkritik nach 1933.

[2]) Vgl. Berlau, S. 284, S. 390.

bei der SPD allein. Keine der Gruppen, die die Revolution trugen, war auf den Umsturz vorbereitet, und an der Verhärtung der Standpunkte waren alle Seiten gleichmäßig beteiligt. Darüber hinaus wurde der Verlauf der Revolution in erster Linie durch die unglückliche Situation Deutschlands am Ende des verlorenen Krieges bestimmt. Der SPD fehlte oft der Mut zur Verantwortung und es fehlten ihr wohl auch die geeigneten Persönlichkeiten, aber sie beging keinen bewußten Verrat an ihren Prinzipien und an der Revolution, wie von der Linken behauptet wurde[1]).

Als die Räte erkannten, daß sie nicht mehr damit rechnen konnten, politischen Einfluß zu behalten, wandten sie sich wirtschaftlichen Fragen, vor allem der *Sozialisierung* zu. Es war für die Arbeiterbewegung selbstverständlich, daß eine Revolution, die vom Proletariat getragen wurde, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bringen müsse. Trotzdem scheiterten sämtliche Versuche auf diesem Gebiet. Der Grund lag vor allem darin, daß man nicht wußte, wie Sozialisierungen durchzuführen seien. Die SPD hatte den Begriff zwar jahrzehntelang in ihrer Propaganda benutzt, aber nie konkrete Pläne entwickelt[2]). Auch die anderen sozialistischen Gruppen wußten nicht, wie eine Sozialisierung in der Praxis auszusehen hatte. Während der Revolution wurden zwar zahlreiche Sozialisierungspläne vorgelegt, deren Beurteilung den Rahmen der vorliegenden Arbeit weit überschreiten würde, aber alle diese Pläne wurden nur von kleinen Kreisen, bisweilen nur vom jeweiligen Verfasser, für durchführbar gehalten. Die Sozialisierungskommission, eine von der Regierung mit der Prüfung des Problems beauftragte Körperschaft von (meist sozialistischen) Fachleuten, kam zu keinem Ergebnis. Die erste Kommission ging nach wenigen Monaten wieder auseinander, weil die Gegensätze zu groß waren. Die zweite Kommission beriet jahrelang, ohne das Problem befriedigend lösen zu können.

Daneben gab es m. E. für das Scheitern der Sozialisierung und die mangelnde Initiative der Volksbeauftragten wie der SPD-Führung noch einen zweiten, tiefer liegenden Grund. Die SPD betonte immer wieder, daß eine so einschneidende Maßnahme wie die Sozialisierung nur durch die vom ganzen Volk gewählte Nationalversammlung beschlossen werden dürfe, nicht aber von den Volksbeauftragten, die nur aus den Räten hervorgegangen waren. Diese Einstellung entsprang, wie ich glaube, nicht nur den demokratischen Prinzipien der Partei, sondern auch einer gewissen Scheu vor der Verwirklichung des Ideals. Jahrzehntelang hatte man den Sozialismus und die Sozialisierung als den Endzustand der Geschichte bezeichnet, gleichsam als ein Paradies auf Erden. Als jetzt dieser Endzustand unmittelbar bevorstand, scheute man sich, das Ideal zu konkretisieren

[1]) Vgl. Barraclough, S. 183 f.

[2]) So schrieb z. B. Kautsky 1902 (Soziale Revolution, II, S. 1), daß „es nicht unsere Aufgabe ist, Rezepte für die Garküche der Zukunft auszuspintisieren", denn „wir sind nicht diejenigen, welche diese Entwicklung (die Revolution) zu vollziehen haben" (S. 11). Ähnlich Kautsky 1909 (Weg zur Macht, S. 126).

und es damit gewissermaßen in den Schmutz der Welt herabzuziehen. Man erkannte, welchen Schwierigkeiten die Sozialisierung in der Realität begegnete und fürchtete ein Mißlingen, das eine ungeheure Enttäuschung auslösen mußte. Daher wollte die Revolutionsregierung diesen Schritt nicht allein unternehmen, sondern die Verantwortung einer Vertretung des ganzen Volkes überlassen. In der Nationalversammlung erhielten die sozialistischen Parteien jedoch keine Mehrheit. Damit war eine wirksame Sozialisierung unmöglich geworden.

Allerdings stand die Regierung, besonders im Frühjahr und Sommer 1919, unter dem Druck der Rätebewegung und der steigenden Radikalisierung der Arbeiterschaft. Man bot daher den Räten einen neuen Weg an, auf dem sie ihr Ziel, dem Proletariat einen größeren Einfluß in der Wirtschaft zu sichern, erreichen konnten. Die Arbeiterräte sollten das Recht der *Mitbestimmung* in den Betrieben erhalten, wodurch, wie man meinte, die Änderung der Eigentumsverhältnisse überflüssig oder jedenfalls zweitrangig würde. Die Verfügungsgewalt über die Wirtschaft sollte ohne Sozialisierung den Unternehmern aus der Hand genommen und an paritätisch besetzte Körperschaften übertragen werden. Diese Pläne scheiterten aus ähnlichen Gründen wie die übrigen Ziele der Rätebewegung, an der Furcht der SPD vor bolschewistischen oder anderen radikalen Einflüssen und an der ungebrochenen Macht der Unternehmer[1]).

Der Gedanke der Mitbestimmung tauchte erst zu einem Zeitpunkt auf, als die Spaltung im sozialistischen Lager sich bereits so sehr vertieft hatte, daß sie nicht mehr zu überbrücken war. Spätestens um die Jahreswende 1918/19 (Gründung der KPD) hatte sich die deutsche Arbeiterbewegung in zwei Gruppen gespalten, die sich unter den Schlagworten „Räte" und „Nationalversammlung" erbittert bekämpften und nur noch wenig Gemeinsamkeiten besaßen. Der linke Flügel (die Radikalen und ein Teil der USPD) dachte voluntaristisch und wollte das Ziel des Sozialismus um jeden Preis und sofort erreichen, teilweise mit Hilfe einer proletarischen Diktatur. Der rechte Flügel (SPD und ein anderer Teil der USPD) dachte evolutionär, sah vor allem die realen Schwierigkeiten einer Neuordnung und wollte Schritt für Schritt eine soziale Demokratie errichten. Dieser Zwiespalt hatte sich unter anderem an der Rätefrage entzündet und war in der Stellung zu den Arbeiter- und Soldatenräten besonders deutlich zu erkennen. Der linke Flügel sah jetzt sein politisches Ideal in einem Rätestaat, etwa wie in der russischen Verfassung von 1918. Der rechte Flügel dagegen wurde durch die Rätebewegung hauptsächlich indirekt beeinflußt, indem er sich noch entschiedener als bisher zum Parlamentarismus bekannte. Nur in einem Punkt erhielt die Theorie des rechten Flügels durch die Rätebewegung eine neue

[1]) Die erwähnten Pläne wurden, außer von Cohen, vor allem im sogenannten Wissell-Moellendorffschen Planwirtschaftsgedanken vertreten, der, weil er erst nach Zusammentritt der Nationalversammlung veröffentlicht wurde, in der Arbeit nicht berücksichtigt werden konnte. Vgl. dazu bes. die Plakate der Reichsregierung zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom März 1919 (das die erwähnten paritätischen Körperschaften brachte) mit der Überschrift „Die Sozialisierung ist da!" (Abbildung Ill. Gesch., S. 229 u. S. 331).

Wendung. Bei Cohen und Wissell-Moellendorff tauchte zum ersten Male das Problem der faktischen Verfügungsgewalt über die Wirtschaft auf, die nicht unbedingt an das Eigentum gebunden sein mußte[1]). Die Mitbestimmung wurde zu einem neuen Weg, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, und der Gedanke an eine Enteignung trat, besonders bei den Gewerkschaften, im Laufe der Zeit zurück.

Ein gewisses Maß an Mitbestimmung durch Betriebsräte war dann auch das einzige Ergebnis der Rätebewegung, das die Revolution überdauerte. Unter allen ihren Zielen haben die Räte nur das eine erreichen können, das sich auch die SPD zu eigen machte, nämlich die Änderung der Betriebsverfassung. Allerdings wurden auch hier die ursprünglichen Absichten nicht voll verwirklicht, da die Rechte der Betriebsräte verhältnismäßig gering blieben. An diesem Punkt jedoch ging der Kampf weiter, ein Kampf, der heute unter dem Schlagwort des „Mitbestimmungsrechtes" wieder begonnen hat und dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

22. Kapitel:

Die Bedeutung der Rätebewegung für die deutsche Revolution

Obgleich die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer gesehen nur geringen Erfolg erzielen konnten, haben sie doch 1918/19 das Schicksal Deutschlands entscheidend mitbestimmt. Um zu einem Urteil über die Bedeutung der Rätebewegung für die deutsche Revolution zu kommen, sollen hier einige Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt werden.

Die Räte, die im allgemeinen erst nach dem Ausbruch der Revolution entstanden, waren ein Produkt (oder ein Symptom) der revolutionären Bewegung, nicht ihre Initiatoren. Die Revolution, die eher ein Zusammenbruch als ein bewußter Versuch der Neuordnung war, wurde verursacht durch den Wunsch nach Frieden und nach einem größeren Maß an politischer und wirtschaftlicher Freiheit. Frieden und Demokratie waren die wichtigsten Ziele der Arbeiter- und Soldatenräte. Diese Ziele waren allerdings im Prinzip bereits im Oktober 1918 erreicht worden, wenn dies auch den Massen, die in ihrem unmittelbaren Lebensbereich keine Veränderung feststellen konnten, nicht bewußt geworden war. Trotz dieses Mißverständnisses war die Novemberrevolution in erster Linie eine demokratische Revolution. Im Dezember 1918 beschloß eine große Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte, so früh wie möglich eine Nationalversammlung einzuberufen. Dagegen traten die sozialistischen Tendenzen der Revolution erst im Laufe der Zeit stärker hervor. Die radikalen Gruppen, die mit Hilfe der Räte sofort den Sozialismus einführen wollten und die parlamentarische Demokra-

[1]) Ein Problem, das in den letzten Jahren durch die Diskussion um *Burnhams* Theorien wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt ist.

tie ablehnten, besaßen zunächst nur sehr geringen Einfluß. Die Rätediktatur war der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung so fremd, daß ihr größter Teil die radikalen Ziele scharf ablehnte und teilweise überhaupt kein Verständnis für sie besaß.

Es stand beim Ausbruch der Revolution, spätestens am 10. November, bereits fest, daß die zukünftige Staatsform Deutschlands eine parlamentarische Demokratie sein werde. Vom 9. November 1918 führt eine Entwicklung, die an keiner Stelle unterbrochen wurde, zur Nationalversammlung. Ihr Zustandekommen war das Werk der Kräfte, die die Revolution getragen hatten, d. h. der Arbeiterschaft und der Soldaten, vertreten durch die SPD und den rechten Flügel der USPD, Ebert und Haase. Nun wurde zwar durch den Zusammentritt der Konstituante das erste Ziel der Revolution, die parlamentarische Demokratie, verhältnismäßig schnell erreicht; gleichzeitig wurden aber auch alle Bestrebungen, eine freiere Form der Demokratie zu finden oder die Demokratie in der Verwaltung und in der Wirtschaft fester zu verankern, zur Erfolglosigkeit verurteilt. Außerdem war es wegen der schnellen Einberufung der Nationalversammlung, deren Zusammensetzung nur eine sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung erlaubte, nicht mehr möglich, das zweite Ziel der Revolution zu erreichen, die sozialen Verhältnisse neu zu ordnen. Auch die Arbeiter- und Soldatenräte konnten neben dem Parlament nicht bestehenbleiben. Sie hatten sich gewissermaßen selbst ihr Grab gegraben[1]).

Wegen der starren Haltung der Volksbeauftragten, wegen ihrer mangelnden Initiative in der Sozialisierungsfrage und ihrer Anlehnung an die Kräfte des alten Staates entstand seit Ende 1918 ein immer schärferer Gegensatz zwischen der Regierung und der Führung der SPD einerseits und den Arbeiter- und Soldatenräten sowie einem wachsenden Teil der Arbeiterschaft andererseits. Die Rätebewegung wurde radikaler, die USPD gewann viele neue Mitglieder. Etwa Ende Februar 1919 begannen zahlreiche Streiks und Unruhen. Auch jetzt war die Regierung nur zu geringen Konzessionen bereit und unterdrückte die Unruhen größtenteils mit Gewalt. Der Kampf zwischen den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung, der jetzt ausbrach, trieb den rechten Flügel immer stärker in die Hände der alten Mächte und vernichtete fast alle Ansätze zur Umgestaltung der Gesellschaft und zur Weiterexistenz der Räte. Während also die Nationalversammlung und die parlamentarische Republik wegen der Haltung der Arbeiterschaft verhältnismäßig reibungslos zustande kommen konnten, wurde der neue Staat gleich *nach* seiner Entstehung in eine sehr gefährliche Situation gestellt, die nur mit Hilfe gegenrevolutionärer und teilweise antidemokratischer Kräfte (OHL) gemeistert wurde. Diese Kräfte bekamen so in der Republik von vornherein einen verhängnisvoll großen Einfluß.

[1]) Die Frage, wieweit der SPD, weil sie die Nationalversammlung so schnell einberief, eine Schuld an dieser Entwicklung zuzumessen ist, ist oben (S. 84, vgl. auch S. 131 ff.) besprochen worden.

In der bisherigen *Literatur* zur Novemberrevolution wird die Bedeutung der Rätebewegung im allgemeinen etwas anders gesehen. Nach den Novemberereignissen habe Deutschland sowohl zu einer bolschewistischen Räterepublik wie zu einer parlamentarischen Republik werden können. Etwa von Mitte November 1918 bis Mitte Januar 1919 sei über diese Frage ein Kampf um das Schicksal Deutschlands mit zunächst ungewissem Ergebnis ausgetragen worden. Der Kampf sei im Dezember 1918 oder Januar 1919 durch Ereignisse und Kräfte entschieden worden, die speziell der damaligen Zeit angehörten[1]). Demgegenüber stützt sich die Darstellung in der vorliegenden Arbeit vor allem auf folgende Tatsachen:

Anfang November 1918 war die Theorie von der Rätediktatur nur bei kleinen Kreisen in Deutschland bekannt. Größere Massen wußten lediglich von der äußeren Form, den Arbeiter- und Soldatenräten. Die schwachen linksradikalen Kräfte waren sich nicht darüber einig, welche Staatsform ihr Ziel sein sollte. Der Vollzugsrat, mit dessen Hilfe eine Rätediktatur hätte errichtet werden können, mußte vor der Regierung immer weiter zurückweichen und scheiterte an seinen inneren Gegensätzen. Von der großen Mehrheit der Arbeiterschaft wurde die Nationalversammlung oft geradezu stürmisch gefordert. Der Januaraufstand griff kaum über Berlin hinaus, wurde nur von einer Minderheit der Arbeiterschaft unterstützt und scheiterte an der Ziellosigkeit und Uneinigkeit seiner Führer. Berlin war nicht Deutschland. Ein Sieg der Radikalen in der Hauptstadt mußte nicht die Einführung einer Rätediktatur im ganzen Reich zur Folge haben[2]). In Süddeutschland traf man bereits Abwehrmaßnahmen. Die Rätebewegung, obgleich teilweise in bewußtem Gegensatz zu den Parteien entstanden, wurde bald vollständig von ihnen beherrscht. Die wichtigsten Parteien aber, SPD und USPD, sahen ihr Ziel im November 1918 in einer parlamentarischen Demokratie und lehnten die Rätediktatur ab. Die SPD hielt an dieser Einstellung fest, die USPD wurde zwar seit Ende 1918 radikaler, bekannte sich aber erst im März 1919 zur Räterepublik, auch dann keineswegs einstimmig. Die Radikalen waren gespalten, besaßen nur wenig Anhänger und konnten das Schicksal Deutschlands nicht beeinflussen. Das Bürgertum, Unternehmer und Offiziere sahen in der Nationalversammlung die einzige Rettung vor der angeblichen bolschewistischen Gefahr und unterstützten daher die Politik der SPD.

Die Frage, welchen Kräften die Abwehr der Rätediktatur zuzuschreiben war[3]),

[1]) Vgl. Meinecke (S. 112, S. 117): „Dies Neue konnte (in den Tagen um den 9. November 1918) nur zweierlei Gestalt tragen, entweder Demokratie oder Bolschewismus sein ... Alles in allem wurde in diesen Januarwochen die Entscheidung über das Schicksal der Revolution erkämpft." Ähnlich Volkmann (Gutachten, S. 301), Bredt (S. 350), Noske (10 Jahre deutsche Geschichte, S. 37), Stresemann (S. 40).

[2]) Vgl. die spätere Stellung Münchens unter der Rätediktatur zum übrigen Bayern, das zum größten Teil die vom Landtag eingesetzte Regierung Hoffmann anerkannte.

[3]) Nach Volkmann (Gutachten, S. 301) waren es die Freikorps, nach Meinecke (S. 118) waren es Noske (als Repräsentant der SPD-Führung), die kaiserlichen Offiziere und die neuen Zeitfreiwilligen, nach Apelt (S. 42) die Führung der SPD und die Beamtenschaft.

geht von falschen Voraussetzungen aus. Entgegen einer während und nach der Revolution weitverbreiteten Ansicht waren die Kräfte, die der parlamentarischen Demokratie entgegenstanden, zahlenmäßig und ideologisch viel zu schwach und viel zu zersplittert, um überhaupt Aussicht auf Erfolg zu haben. Wenn man einen Umstand für die Entwicklung verantwortlich machen will, so kann es nur die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit mehreren Jahrzehnten sein. Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften wirkten jetzt nicht so sehr durch das, was sie bzw. ihre Führer *taten*, sondern viel mehr durch das, was sie *waren*[1]). Auch die andere Frage, die besonders von Berlau gestellt wurde, warum die Revolution kein größeres Maß an politischen und sozialen Änderungen brachte, warum die Weimarer Republik sich im Grunde so wenig vom Bismarckreich unterschied, muß auf ähnliche Weise beantwortet werden. Neben den äußeren Schwierigkeiten stand vor allem die Tradition der Arbeiterbewegung einer radikalen Änderung des Bestehenden im Wege[2]).

Wenn man den Gesamtverlauf der revolutionären Periode betrachtet, so drängt sich ein Vergleich mit der russischen Revolution von 1917 auf. Man könnte sagen, obwohl der Vergleich nicht ganz zutrifft, daß in Deutschland lediglich die „Märzrevolution" (November 1918) geglückt war. Die „Oktoberrevolution" dagegen (Frühjahr 1919, wo allerdings kein planmäßiger Versuch einer zweiten Revolution vorlag) scheiterte und trieb die Führer der „Märzrevolution" so weit nach rechts, daß deren eigene Errungenschaften durch das Wiedererstarken der alten Mächte gefährdet wurden. Anders ausgedrückt: In der deutschen Revolution standen zwei Gruppen einander gegenüber, von denen die eine möglichst schnell und notfalls mit Hilfe einer Diktatur eine ganz neue Form des Staates und der Wirtschaft schaffen wollte, ohne jedoch Aussicht auf eine Verwirklichung ihrer Pläne zu haben. Die andere Gruppe wollte allmählich und auf parlamentarischem Wege eine soziale Demokratie errichten und hatte zunächst durchaus Aussicht auf Erfolg. Da sich jedoch die beiden Gruppen immer schärfer bekämpften, konnten sie schließlich beide ihre Ziele nicht erreichen. Von dem Kampf profitierte nur eine dritte Gruppe, die Vertreter des alten Systems, die ihre Macht und ihren Besitz im Staat und in der Wirtschaft erhalten wollten.

In Rußland führte der Sieg der Oktoberrevolution zu einer Diktatur der äußersten Linken. In Deutschland führte die Niederlage der „Oktoberrevolution" schließlich zu einem Zustand, der der Restauration sehr nahekam und zuletzt in einer Diktatur der äußersten Rechten endete. In beiden Ländern konnte

[1]) Am nächsten kommt dieser Auffassung Oncken (10 Jahre deutsche Geschichte, S. 7), wenn er den „gesunden Sinn der Massen, das Verantwortungsgefühl der neuen Führer sozialdemokratischer und bürgerlicher Herkunft und der hinter ihnen stehenden Organisationen" für die Entwicklung verantwortlich macht.

[2]) Vgl. bes. S. 9, S. 339 f. Es war dagegen sicher nicht, wie Berlau meint (vgl. S. 214, S. 336 ff.), bewußte Absicht der SPD, alle Änderungen der politischen und sozialen Struktur zu vermeiden. Die Partei ließ sich von den Verhältnissen leiten und hatte nicht die Möglichkeit oder die Kraft, sie von sich aus zu ändern.

kein dritter Weg gefunden werden. Die von der Geschichte gestellte Aufgabe, die Demokratie durch Erfüllung berechtigter sozialer Forderungen im Volke zu festigen, ist bis heute noch nicht befriedigend gelöst worden. Die Lösung dieser Aufgabe ist, wie die Geschichte der deutschen Revolution von 1918/19 zeigt, eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Bestand unseres Staates und für die Erneuerung unseres politischen und sozialen Lebens.

Quellen und Literatur

a) Einzelwerke und Aufsätze

Kurt Ahnert — Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen. Nürnberg 1918.

Oskar Anweiler — Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921. Phil. Diss. Hamburg 1954 (Maschinenschrift).

Willibald Apelt — Geschichte der Weimarer Verfassung. München 1946.

Angelica Balabanoff — Die Zimmerwalder Bewegung 1914—1919. Sonderabdruck aus „Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", hrsg. von Carl Grünberg, XII. und XIII. Bd., Leipzig 1928.

Geoffrey Barraclough — Tatsachen der deutschen Geschichte, übers. von Heinrich Mitteis. Berlin 1947.

Emil Barth — Aus der Werkstatt der deutschen Revolution. Berlin o. J. (1919).

J. Benoist-Méchin — Geschichte des deutschen Heeres seit dem Waffenstillstand 1918 bis 1938, Bd. I. Übers. von Hans-Bernd Ebinger. Berlin 1939.

Ludwig Bergsträsser — Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 7. Aufl., München 1952.

A. Joseph Berlau — The German Social Democratie Party 1914—1921. New York 1949.

Henry Bernhard — Wirtschaftsparlamente. Von den Revolutionsräten zum Reichswirtschaftsrat. Wien, Leipzig, München 1923.

Eduard Bernstein — Die deutsche Revolution. Berlin 1921.

Marcel Berthelot — Die Betriebsräte in Deutschland, übers. von Otto Bach. Mannheim, Berlin, Leipzig 1926.

Heinrich Brandler — Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Sozialismus. Chemnitz o. J. (1919).

Th. Brauer — Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften. Jena 1920.

Adolf Braun — Sturmvögel der Revolution. Aktenstücke zur Vorgeschichte der Revolution. Berlin 1919.

Otto Braun — Von Weimar zu Hitler. Hamburg 1949.

Brigl-Matthiass — Das Betriebsräteproblem. Berlin, Leipzig 1926.

N. Bucharin — Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki). Mit einem Vorwort von Karl Radek. Zürich 1918.

Eberhard Buchner — Revolutionsdokumente. Bd. I: Im Zeichen der roten Fahne. Berlin 1921.

Richard Bünemann — Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19. Phil. Diss. Hamburg 1951 (Maschinenschrift).

James Burnham — Das Regime der Manager, übers. von Dr. Helmut Lindemann, Stuttgart 1948.

Max Cohen-Reuß — Der Aufbau Deutschlands und der Rätegedanke. Revolutionsstreitfragen Heft 2. Berlin 1919 (Referat auf dem 2. Rätekongreß).

Ernst Däumig — Der Aufbau Deutschlands und das Rätesystem. Korreferat und Schlußwort auf dem 2. Rätekongreß. Berlin 1919.

Karl Diehl	Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem. Jena 1920.
Friedrich Ebert	Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Hrsg. aus dem Nachlaß von Friedrich Ebert jr. Dresden 1926.
Kurt Eisner	Die neue Zeit. München 1919 (Reden und Aufrufe).
Paul Eltzbacher	Die neuen Parteien und ihre Programme. Berlin o. J. (1919).
J. Feig und F. Sitzler	Betriebsrätegesetz, Betriebsbilanzgesetz und Aufsichtsratsgesetz. 9. und 10. Aufl. Berlin 1922.
Arthur Feiler	Der Ruf nach den Räten. Sonderabdruck aus der Frankfurter Zeitung. Frankfurt/Main 1919.
Ruth Fischer	Stalin und der deutsche Kommunismus. Frankfurt/Main o. J. (1950).
Georg Flatow	Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Berlin 1920.
Ossip K. Flechtheim	Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik. Offenbach/Main 1948.
Heinrich Freese	Die konstitutionelle Fabrik. Jena 1909.
Ferdinand Friedensburg	Die Weimarer Republik. Berlin 1946.
Paul Frölich	10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg. I. Der Krieg, 2. Aufl. Berlin 1924.
ders.	Die Novemberrevolution (Bemerkungen über ihr Wesen und ihren Weg). „Arbeiterliteratur" Nr. 11, Wien, November 1924, S. 833 ff.
ders.	Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat. Hamburg 1949.
Josef Gerlach	Der Betriebsvertretungsgedanke in seiner Entwicklung und praktischen Verwirklichung. Phil. Diss. Gießen. Heidelberg 1930.
Curt Geyer	Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Jena 1923.
Franz Gutmann	Das Rätesystem, seine Verfechter und seine Probleme. München 1922.
Hugo Haase	Sein Leben und Wirken, mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen. Hrsg. von Ernst Haase, Berlin o. J.
Konrad Haußmann	Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. von Ulrich Zeller, Frankfurt/Main 1924.
Heinrich Herrfahrt	Das Problem der berufsständischen Vertretung von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Stuttgart und Berlin 1921.
Hans Herzfeld	Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege. Leipzig 1928.
Walter Jellinek	Revolution und Reichsverfassung. Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Bd. IX, Tübingen 1920, S. 1 ff.
Fritz Kappel	Die historischen Wurzeln des Rätegedankens. Jur. Diss. Frankfurt/Main 1921 (Maschinenschrift).
Karl Kautsky	Die soziale Revolution. Berlin 1902. 2 Bde.
ders.	Der Weg zur Macht. Hamburg 1909.
ders.	Terrorismus und Kommunismus. Neudruck Offenbach 1947 (geschr. Mai 1919).
ders.	Demokratie oder Diktatur? Berlin 1919.
ders.	Nationalversammlung und Räteversammlung. o. J. (1918). Sonderdruck aus der „Freiheit".
Wilhelm Keil	Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Stuttgart 1948. 2 Bde.
Hans Kelsen	Sozialismus und Staat. 2. Aufl. Leipzig 1923.
Harold Laski	Einführung in das Kommunistische Manifest. Mit Originaltext des Manifestes und den Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels. Übers. von Ernst und Margarete Hollmann. Hamburg 1949.
Ledebour	vor den Geschworenen. Die Rede des Genossen Ledebour vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin am 20. Mai 1919 in wörtlicher Wiedergabe. Berlin 1919.

W. I. Lenin	Ein Vortrag über die Revolution von 1905 (am 22. Januar 1917 in Zürich). Berlin 1946.
ders.	Staat und Revolution. Moskau 1947.
ders.	Über die Pariser Kommune (Sammlung). Berlin 1946.
Ludwig Lewinsohn	Die Revolution an der Westfront. Charlottenburg o. J. (1918/19).
Karl Liebknecht	Reden und Aufsätze. Hrsg. von Julian Gumperz. Hamburg 1921.
ders.	Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Politische Aktionsbibliothek, Bd. 10. Berlin-Wilmersdorf 1921.
Helmut Linnfeld	Beiträge zur Vorgeschichte der Novemberrevolution von 1918. Phil. Diss. Hamburg 1933.
Eugen Lips	Die Entwicklung des modernen Rätegedankens. Phil. Diss. Heidelberg 1923.
Rosa Luxemburg	Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. Hamburg 1906.
dies.	Sozialreform oder Revolution? 2. Aufl. Leipzig 1908.
dies.	Die Akkumulation des Kapitals. Leipzig 1921.
dies.	Die russische Revolution. Hrsg. von Peter Blachstein. Hamburg 1948.
Maercker	Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution. Leipzig 1921.
Heinrich Marx	Handbuch der Revolution in Deutschland. I. Bd.: Vorabend, 9. bis 15. November. Berlin 1919.
Karl Marx	Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln. 4. Aufl. Hrsg. von Franz Mehring. Berlin 1914.
ders.	Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850. Berlin 1925.
ders.	Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon. Stuttgart 1914.
ders.	Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der internationalen Arbeiterassoziation. Berlin 1919.
ders. und Friedrich Engels	Kritik des Gothaer Programms. Schriften über das Gothaer Programm. Singen (Hohentwiel) 1946.
dieselben	s. Laski.
Erich Matthias	Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938. Stuttgart o. J. (1952).
Wilhelm Mautner	Zur Geschichte des Begriffs „Diktatur des Proletariats". Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Hrsg. von Carl Grünberg, 12. Jg. 1926, S. 280 ff.
Prinz Max von Baden	Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927.
Johann Meenzen	Außenpolitik und Weltfriedensordnung der deutschen Sozialdemokratie 1914—1919. Phil. Diss. Hamburg 1951 (Maschinenschrift).
Friedrich Meinecke	Die Revolution, Ursachen und Tatsachen. Handbuch des deutschen Staatsrechts. Hrsg. von Gerhard Anschütz und Richard Thoma. Tübingen 1930, S. 95 ff.
Dimitrij Fritz Möhle	Das Rätesystem als neue Staatsidee. Jur. Diss. Marburg. Bielefeld 1929.
Hermann Müller-Franken	Die Novemberrevolution. Erinnerungen. Berlin 1931.
Richard Müller	Vom Kaiserreich zur Republik. 2 Bde. Wien 1924/25.
ders.	Was die Arbeiterräte wollen und sollen. Mit einem Vorwort von Ernst Däumig. Berlin 1919.
Willi Münzenberg	Von der Revolte zur Revolution. Berlin 1919.
Josef Neuberger	Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Jur. Diss. Bonn. Berlin und Bonn 1926.

Paul Neumann	Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Hamburg 1919.
Gustav Noske	Von Kiel bis Kapp. Berlin 1920.
ders.	Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie. Zürich 1947.
Karl Friedrich Nowak	Der Sturz der Mittelmächte. München 1921.
Karl-Heinz Oldag	Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie während des Weltkrieges und ihre Wirkung auf die Kriegspolitik der Partei. Phil. Diss. Hamburg 1950 (Maschinenschrift).
Alfred Peters	Die Vorstufen der Betriebsräte. Phil. Diss. Rostock 1921 (Maschinenschrift).
Wilhelm Pfetsch	Rätesystem, wirtschaftliche Vereinigungen und Arbeitsrecht (Art. 165 RV). Jur. Diss. Heidelberg 1930.
Lothar Popp und Karl Artelt	Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918. Kiel o. J. (1918).
Erich Potthoff	Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Weimarer Republik. Mitt. des wirtschaftswiss. Instituts der Gewerkschaften. Köln/Rh., Juni/Juli 1950 Nr. 6/7.
Eugen Prager	Geschichte der USPD. Berlin 1921.
Ludwig Preller	Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949.
Karl Radek	In den Reihen der deutschen Revolution 1909—1919. Gesammelte Aufsätze und Abhandlungen. München 1921.
Fritz Rathenau	Parlament und Räte. Berlin 1919.
Walther Rathenau	Der neue Staat. Berlin 1919.
Heinrich Reinhard	Die Rätebewegung in der deutschen Revolution. Phil. Diss. Heidelberg 1922 (Maschinenschrift).
J. Rieper	Die Aufgaben des Rätekongresses. Rede in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats (in Hamburg) vom 11. März 1919.
Walter Rist (Pseudonym)	Der Weg der KPD. Neue Blätter für den Sozialismus, 3. Jg. Heft 2 (Februar 1932), S. 79 ff.
Gerhard Ritter	Wesen und Wandlungen der Freiheitsidee im politischen Denken der Neuzeit. Hamburger Akademische Rundschau, 3. Jg., Heft 6, 1949, S. 417 ff.
Wilhelm Römer	Die Entwicklung des Rätegedankens in Deutschland. Jur. Diss. Berlin 1921.
Artur Rosenberg	Die Entstehung der deutschen Republik 1871—1918. Berlin 1928.
ders.	Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart. Berlin 1932.
ders.	Geschichte der Weimarer Republik. Karlsbad 1935.
Ferdinand Runkel	Die deutsche Revolution. Leipzig 1919.
Heinrich Schäfer	Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten. Bonn 1919.
Philipp Scheidemann	Der Zusammenbruch. Berlin 1921.
ders.	Memoiren eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Dresden 1928.
Ernst Scheiding	Das erste Jahr der deutschen Revolution. Leipzig 1920.
Richard Seidel	Die Gewerkschaftsbewegung und das Rätesystem. Berlin 1919.
Carl Severing	1919/20 im Wetter- und Watterwinkel. Bielefeld 1927.
ders.	Mein Lebensweg. Köln 1950. 2 Bde.
G. Sinowjew	Probleme der deutschen Revolution. Hamburg 1923.
Friedrich Stampfer	Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus. Berlin 1919.
ders.	Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik. Offenbach/Main 1947.

Kurt Sternfeld	Die geschichtliche Entwicklung der Betriebsvertretung. Jur. Diss. Jena 1935.
Gustav Stresemann	Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Reden und Aufsätze. Berlin 1919.
Heinrich Ströbel	Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung. Berlin o. J. (1920).
Arnold Struthahn (Karl Radek?)	Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Räte-Republik. Zürich 1918.
ders.	Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei. Stuttgart 1919.
Bruno Stümke	Die Entstehung der deutschen Republik. Frankfurt/Main 1923.
Alexander Täubler	Rätearbeit und Nationalversammlungstragödien in Revolutionen. Sozialistische Bücherei Heft 3. Wien 1919.
Edgar Tatarin-Tarnheyden	Die Berufsstände, ihre Stellung im Staatsrecht und der deutschen Wirtschaftsverfassung. Berlin 1922.
ders.	Die staatsrechtliche Entwicklung des Rätegedankens in der russischen und deutschen Revolution. Schmollers Jahrbuch, 49. Jg., Bd. II, 1925, S. 921 ff.
A. J. P. Taylor	The Course of German History. London 1946.
Helmut Tiedemann	Sowjetrußland und die Revolutionierung Deutschlands 1917/19. Phil. Habil. Schrift Jena. Berlin 1936.
Leo Trotzki	Die Sowjet-Macht und der internationale Imperialismus. Belp-Bern 1918.
ders.	Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten. Nach einer Rede auf der Städtekonferenz der russischen KP in Moskau am 28. März 1918. Berlin 1919.
Paul Umbreit	Das Gesetz über Betriebsräte, gemeinverständlich erläutert. Berlin 1920.
Erich Otto Volkmann	Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege. Berlin 1925.
Adolf Weber	Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. 3. Aufl. Tübingen 1930.
Max Weber	Gesammelte politische Schriften. München 1921.
Paul Werner (d. i. Paul Frölich)	Die bayrische Räterepublik. Tatsachen und Kritik. 2. Aufl. Leipzig 1920.
Rudolf Wissell	Rede auf dem 2. Rätekongreß. Maschinenschriftliche Abschrift des Originalprotokolls.
ders.	Die Räteidee. Sonderdruck aus der „Neuen Zeit". Stuttgart 1919.
Wilhelm Ziegler	Die deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk. Berlin 1932.
Ohne Verfasser	Was will die Unabhängige Sozialdemokratie? Leipziger Flugschriften, Nr. 1. Leipzig 1918.
Anonym	Der Rätegedanke als Staatstheorie und seine Keime in den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. Ohne Ort, ohne Jahr.

b) Sammelwerke

Escherich-Hefte: Der Kommunismus in München. Auf Grund amtlichen bisher unveröffentlichten Materials bearbeitet von einem in der Eisnerzeit an höherer Stelle tätigen Manne. Hrsg. von Forstrat Dr. Escherich, München o. J. 1. und 2. Teil.

Die Programme der SPD, USPD und KPD. Revolutionsbibliothek Nr. 3. Berlin 1919.

Die Parteien und das Rätesystem. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Charlottenburg 1919.

Spartakusbriefe (Neudruck). Hrsg. von der KPD (Spartakusbund). Berlin 1920 (II. Bd. der Spartakusbriefe).

Spartakusbriefe, 1. Ausgabe. Dokumente des Kommunismus. Nr. 1. Hrsg. von der Vereinigten KPD. Berlin 1921 (I. Bd. der Spartakusbriefe).

Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges. Hrsg. von Ernst Drahn und Susanne Leonhard. Berlin 1920.

Handbuch der Politik. 3. Aufl. Berlin und Leipzig 1920/26. 6 Bde.

Das Werk des Untersuchungsausschusses des deutschen Reichstags über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs. 4. Reihe. 12 Bde. Berlin 1925—1929.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Aufl. 1926.

Friedrich Ebert und seine Zeit. Ein Gedenkwort über den ersten Präsidenten der deutschen Republik. Charlottenburg o. J.

Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege. Hrsg. von Ernst Meyer. Berlin 1927.

Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918—1928. Berlin 1928.

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. Internationaler Arbeiterverlag. Berlin 1929.

Die Grundrechte und Grundpflichten der deutschen Reichsverfassung. Kommentar zum 2. Teil der Reichsverfassung. Hrsg. von Hans Carl Nipperdey. Berlin 1930.

Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918—1920. Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und hrsg. von der kriegsgeschichtlichen Forschungsstelle des Heeres. Berlin 1940.

Die Verfassungen der modernen Staaten. Hrsg. von Bodo Dennewitz und Boris Meißner. Hamburg 1947—1949. 4 Bde.

c) Protokolle

Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6.—8. April 1917 in Gotha. Hrsg. von Emil Eichhorn. Berlin 1921.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917. Berlin 1917.

Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion (der SPD) am 23. September 1918 in Berlin.

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16.—21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin. Stenographischer Bericht, hrsg. vom Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands 1919.

Bericht über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. Berlin 1919.

Verhandlungen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Anlagen zu den stenographischen Berichten. Berlin 1919 f.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags der USPD vom 2.—6. März in Berlin. Berlin 1919.

Protokoll der Parteikonferenz (der SPD) in Weimar am 22. und 23. März 1919.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919. Berlin 1919.

Deutscher Sozialistentag. Protokoll der Konferenz für Einigung der Sozialdemokratie. Berlin 21.—23. Juni 1919.

Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919. Berlin 1919.

Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19.—22. Juli 1919. Berlin o. J.

Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20.—24. Oktober 1919. Hrsg. von der KPD (Spartakusbund) o. J.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags der USPD in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919. Berlin o. J.

Offizieller Bericht des ersten Reichsparteitages der deutschen Zentrumspartei. Tagung zu Berlin vom 19.—22. Januar 1920. Berlin o. J.

Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920. Hrsg. von der KPD (Spartakusbund) o. J.

Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920. Hrsg. von der KPD (Spartakusbund) o. J.

Der Dolchstoßprozeß in München. Oktober/November 1925. Zeugen- und Sachverständigen-Aussagen. München o. J. (1925). (Ausgabe der „Münchner Post".)

d) Periodica

Frankfurter Zeitung.

Die Freiheit (seit 15. November 1918).

Hamburger Echo.

Leipziger Volkszeitung.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung (seit 12. November 1918 unter dem Namen „Deutsche Allgemeine Zeitung").

Die Rote Fahne (erschienen am 9. und 10. November, seit 18. November 1918 täglich).

Vorwärts.

Vossische Zeitung.

Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Bremen. Seit 24. Juni 1916.

Der Arbeiterrat. Jg. I (seit Anfang Februar 1919).

Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Hilfe. Hrsg. von Friedrich Naumann.

Die Internationale. Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring.

Die Kommunistische Internationale. Organ der Kommunistischen Internationale.

Lichtstrahlen. Hrsg. von Julian Borchardt (April 1916 verboten).

Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg. Seit Nr. 4 vom 1. Juli 1916 „Der Kampf" (erschienen Juni 1916 bis 31. März 1917, dann verboten).

Das Neue Reich. Hrsg. von Hans Ostwald und Paul Remer. Jg. 1, Heft 7: Der Rätegedanke. Berlin 4. Mai 1919.

Der Sozialist. Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift. Hrsg. von Rudolf Breitscheid. 5. Jg. 1919.

Sozialistische Monatshefte.

Welt-Revolution. Hrsg. von der deutschen Gruppe der Russischen Kommunistischen Partei.

Die Neue Zeit.

Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Hrsg. von Wilhelm Stahl. 34. Jg. 1918. München 1922. 35. Jg. 1919. München 1923.

Deutscher Geschichtskalender, begründet von Karl Wippermann, hrsg. von Friedrich Purlitz. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution. 2 Bde. Leipzig o. J.

Plakat- und Flugblattsammlungen des Hamburger Staatsarchivs und des Museums für Hamburgische Geschichte.

Private Dokumentensammlungen der Herren: Dr. Jenkel, Hamburg; Max Stein, Berlin; Dr. h. c. Rudolf Wissell, Berlin.

Schriftliche Mitteilungen der Herren: Max Cohen-Reuß, Wilhelm Dittmann, Hermann Lüdemann, Carl Severing, Friedrich Stampfer, Rudolf Wissell.

Personenregister

Adenauer, Konrad 59
Artelt 58

Barth, Emil 42, 51, 64, 77 f., 80, 93 f.
Bebel, August 71
Bernstein, Eduard 32, 63 f.
Bethmann-Hollweg, Theobald von 48
Bismarck, Otto Fürst von 21
Bloch, Josef 121
Borchardt, Julian 40
Braun, Otto 46
Bredt, Viktor 95
Brentano, Lujo 19
Brigl-Matthiass, Kurt 62
Bucharin, Nikolaj Iwanowitsch 27
Buchner, Eberhard 57

Cohen, Max 97 ff., 116, 119 ff., 123 f., 128 f., 134
Cohn, Oskar 28

Däumig, Ernst 31, 42 ff., 51, 59, 75, 88, 94, 96 ff., 113, 116
Dittmann, Wilhelm 28, 32, 46, 51, 64, 100

Ebert, Friedrich 46, 64, 68, 71, 78 f., 96 f., 118 f.
Eichhorn, Robert Emil 113
Eisner, Kurt 65 ff., 117, 129
Engels, Friedrich 9 f., 12 f., 15 f., 21 f., 87, 127

Freese, Heinrich 19

Geyer, Curt 99
Gomolka 95
Groener, Wilhelm 79

Haase, Hugo 31 f., 46, 51, 64, 86, 99 f.
Hertling, Georg Frhr. von 20
Hilferding, Rudolf 32, 78, 100
Hitze, Franz 19

Jellinek, Walter 65
Jogiches, Leo 35, 113

Kaliski, Julius 121
Kautsky, Karl 22, 25, 32, 127
Knief, Johann 40

Lamp'l 100
Landsberg, Otto 64
Lange, Friedrich Albert 111
Lassalle, Ferdinand 21, 69, 71
Laufenberg 99
Ledebour, Georg 31, 43, 46, 51, 96, 114
Leinert, Robert 95, 100
Lenin, Wladimir Iljitsch 14 ff., 21, 27, 38 ff., 67, 73, 127 f.
Lensch, Paul 33
Levi, Paul 111
Liebknecht, Karl 23, 34 f., 39, 50, 63 f., 87, 96, 111 ff.
Linsingen, Alexander von 51
Lipinski, Richard 45
Lüdemann, Hermann 97, 99 f.
Luxemburg, Rosa 24, 35, 38 f., 86 f., 111 ff., 115, 127

Marx, Karl 9 ff., 21 f., 25, 69, 71, 87, 98, 127
Max, Prinz von Baden 52, 55, 68 f.
Mehring, Franz 39
Merges 115
Meyer, Ernst 35, 39, 50
Moellendorf, Wichard von 21, 134
Müller, Hermann 75, 100
Müller, Richard 36, 42, 47, 51, 59, 64, 74 ff., 96, 100, 107

Noske, Gustav 101

Pannekoek 24 ff., 39 f., 127, 130
Popp, Lothar 58

Radek, Karl 40 f , 110
Ritter, Gerhard 129
Roß, Colin 75
Rousseau, Jean Jacques 9
Rück 52, 55

Schäfer, Heinrich 100
Scheidemann, Philipp 46, 48, 63 f., 71, 80, 112, 118
Schmoller, Gustav von 19
Seger, Johann Friedrich 95
Stampfer, Friedrich 122
Ströbel, Heinrich 32

Trotzki, Leo 14
Tümmel 58

Weber, Max 81
Wilhelm II. 20
Winnig, August 33
Wissell, Rudolf 100, 134

Zetkin, Klara 39

Inhalt

Seite

Vorwort 5

Einleitung: Begriff und Formen der „Räte“ 7

I. Teil: Die Wurzeln der Rätebewegung (bis zum ersten Weltkrieg)

1. Kapitel: Revolutionsausschüsse und Marxismus 9

2. Kapitel: Rußland 1905—1918

a) Der erste Arbeiterrat in der russischen Revolution von 1905 . . 13

b) Die Märzrevolution von 1917 und Lenins neue Theorie 14

c) Die erste russische Verfassung 17

3. Kapitel: Arbeiterausschüsse und Arbeitskammern in Deutschland 18

4. Kapitel: Die deutsche Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg

a) Die SPD bis zur russischen Revolution von 1905 21

b) Die Bedeutung der Massenstreikdebatte 24

II. Teil: Das Eindringen des Rätegedankens in Deutschland (während des ersten Weltkrieges)

5. Kapitel: Die Wirkung der russischen Revolution von 1917 auf Deutschland . 26

6. Kapitel: Die Sozialdemokratie im Weltkrieg

a) Die Mehrheitssozialdemokraten 29

b) Die Unabhängigen 30

7. Kapitel: Die linksradikalen revolutionären Gruppen bis zum Herbst 1918 . 33

a) Der Spartakusbund 35

b) Internationale Sozialisten Deutschlands und Linksradikale . . . 40

c) Die Revolutionären Obleute 41

8. Kapitel: Arbeiterräte in Deutschland vor Beginn der Revolution 44

9. Kapitel: Die letzten Wochen vor der Revolution

a) Die Revolutionsvorbereitungen der linksradikalen Gruppen . . 48

b) Die Situation in Deutschland Anfang November 1918 52

III. Teil: Deutschland als Räterepublik (bis zum ersten Rätekongreß)

10. Kapitel: Die Novemberrevolution

a) Die Entstehung der Arbeiter- und Soldatenräte 55

b) Ziele und Charakter der Arbeiter- und Soldatenräte 59

c) Berlin 62

d) München 65

11. Kapitel: Der Beginn der Auseinandersetzung um das Ziel der Revolution
a) Der Ruf nach der Nationalversammlung und der Begriff der „Revolution“ 67
b) Die Schlagworte „Nationalversammlung“ und „Räte“ 71
12. Kapitel: Der Kampf zwischen Regierung und Vollzugsrat 74
13. Kapitel: Die Parteien und die Rätebewegung
a) Die bürgerlichen Parteien 81
b) SPD und Gewerkschaften 83
c) Die USPD 84
d) Die radikalen Gruppen 86
14. Kapitel: Die Arbeiter- und Soldatenräte
a) Tätigkeit und Charakter 89
b) Politische Zusammensetzung und Stellung zur Nationalversammlung 92
15. Kapitel: Der „Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands“ (1. Rätekongreß)
a) Eröffnung und Tätigkeitsberichte 94
b) Nationalversammlung oder Rätesystem? 97
c) Ausklang und Folgen des Kongresses 100

IV. Teil: Der Weg zur Nationalversammlung und die radikale Gegenbewegung

16. Kapitel: Die Betriebsräte
a) Arbeiterausschüsse, Betriebsräte und Gewerkschaften 103
b) Arbeitskammern und Betriebsräte 108
17. Kapitel: Der Gegenstoß der Rätebewegung
a) Die Gründung der Kommunistischen Partei 110
b) Die Januarunruhen und die Radikalisierung der Arbeiter- und Soldatenräte 113
18. Kapitel: Die Idee einer wirtschaftlichen Räteverfassung
a) Zentralrat und Regierung 118
b) Das Eindringen des Rätegedankens in die SPD 121
19. Kapitel: Wahl und Zusammentritt der Nationalversammlung 123

V. Teil: Wesen und Bedeutung der Rätebewegung

20. Kapitel: Rätegedanke und Demokratie 126
21. Kapitel: Die Rätebewegung in Deutschland 1917—1919 130
22. Kapitel: Die Bedeutung der Rätebewegung für die deutsche Revolution . . 134
Literaturverzeichnis 139
Personenregister 146
Anhang: Karten

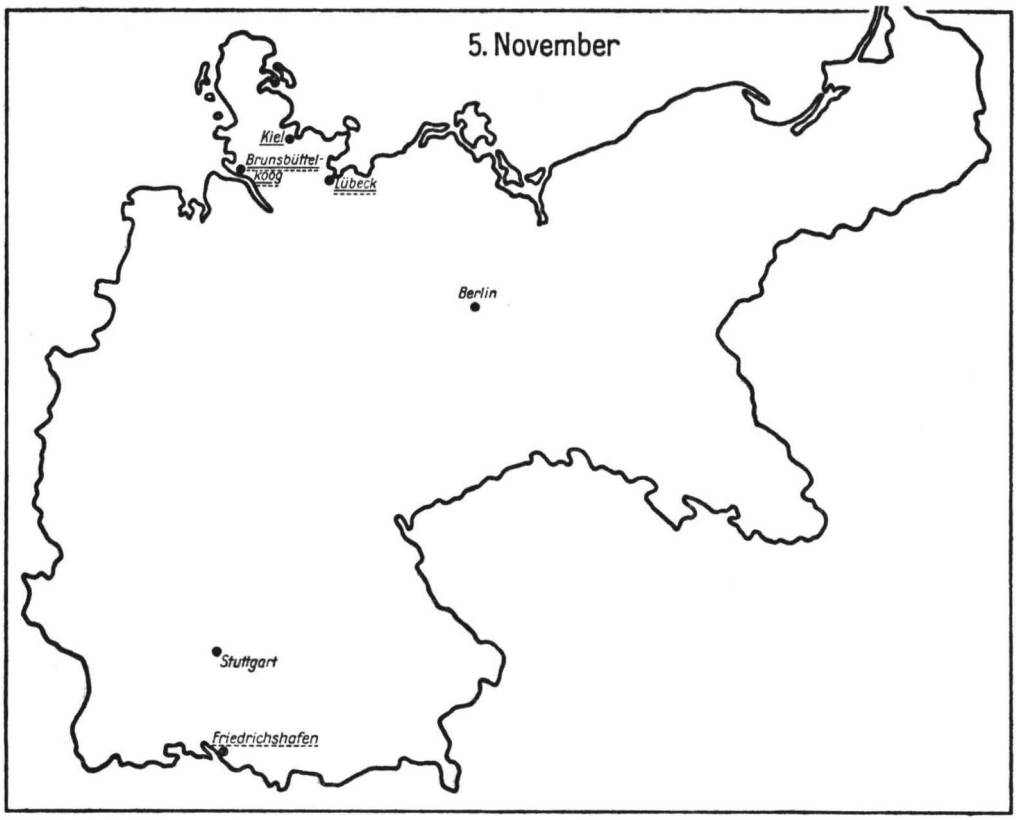
Karten über die Ausbreitung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland Anfang November 1918

Vorbemerkungen zu den Karten

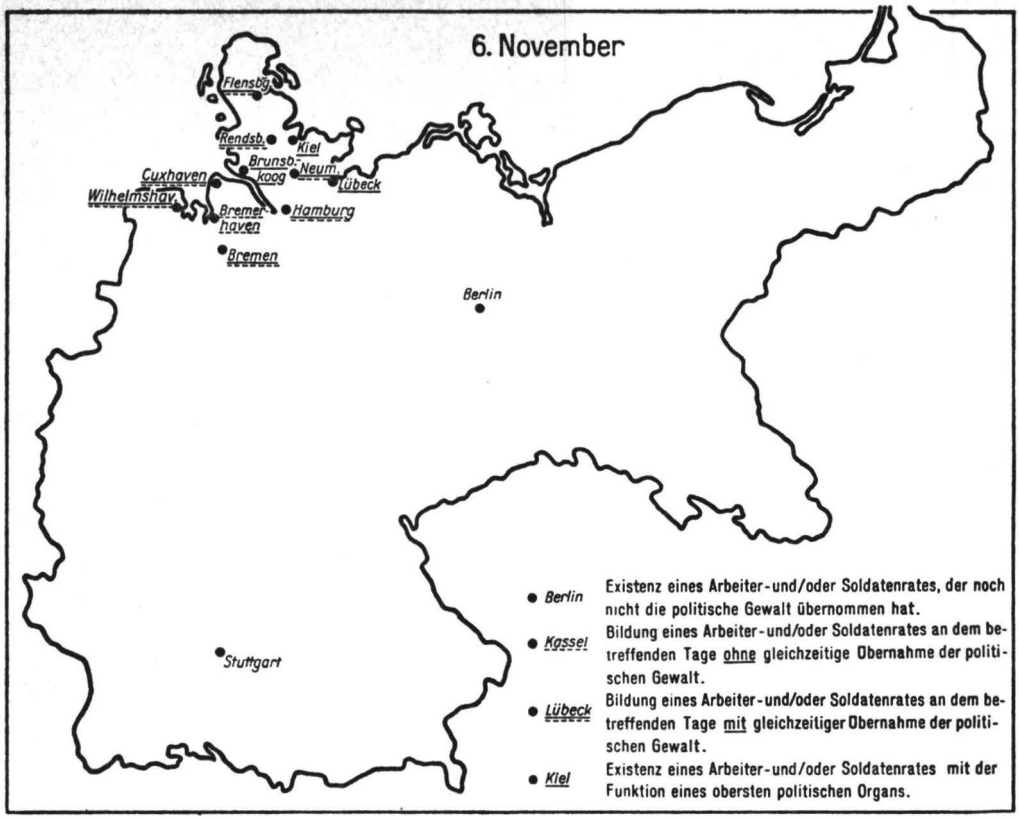
Hauptquelle des Inhalts waren Zeitungen, die mit Hilfe der Werke von H. Marx, Ahnert und Bachner in großem Umfange herangezogen werden konnten. Ihre Meldungen erweisen sich jedoch (wegen der bestehenden Zensur und der Behinderung der Nachrichtenverbindung) als oft unvollständig, unsicher und widerspruchsvoll. Eine kritische Wertung, als deren Ergebnis sich das wiedergegebene zusammenfassende Gasamtbild herausschälte, war somit notwendig.

Die Karten zeigen:

1. die Bildung von Räten vor Ausbruch der Revolution. Diese Räte hatten geringe Bedeutung und waren meist nur einem kleinen Kreis bekannt, so daß die Kartenangaben wahrscheinlich unvollständig sind.
2. die Übernahme der politischen Gewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte, die meist dem Ausbruch der Revolution folgte. Da die Zeitungen jedoch häufig nicht erkennen lassen, ob ein Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Wahl oder Entstehung mitgeteilt wird, auch gleichzeitig die politische Gewalt übernahm, sind die Grenzen der Angaben zu 1. und 2. in Wirklichkeit nicht so klar zu ziehen, wie es nach den Karten scheint.
3. den Fortschritt der Bewegung an den einzelnen Tagen. Zwischen den verschiedenen Formen von Räten (Arbeiterrat, Soldatenrat, Volksrat) wurde kein Unterschied in der Darstellung gemacht.


5. November
Kiel
Brunsbüttel-
Köög
Lübeck
Berlin
Stuttgart
Friedrichshafen

8. November
Flensbg.
Schleswig
Rendsb.
Kiel
Brunsb-
koog
Neum.
Lübeck
Rostock
Cuxhaven
Wilhelmshav.
Bremer-
haven
Hamburg
Schwerin
Oldenbg.
Bremen
Lünebg.
Berlin
Hannover
Bielefeld
Braunschwg.
Magdeburg
Krefeld
Essen
Düsseldorf
Kassel
Halle
Leipzig
Dresden
Köln
Chemnitz
Koblenz
Frankfurt
Mainz
Bayreuth
Mannheim
Nürnberg
Stuttgart
Passau
Augsburg
München
Rosenhm.


6. November
Flensbg.
Rendsb.
Kiel
Brunsb.-koog
Neum.
Lübeck
Cuxhaven
Wilhelmshav.
Bremer-haven
Hamburg
Bremen
Berlin
Stuttgart
Berlin
Existenz eines Arbeiter-und/oder Soldatenrates, der noch nicht die politische Gewalt übernommen hat.
Kassel
Bildung eines Arbeiter-und/oder Soldatenrates an dem betreffenden Tage ohne gleichzeitige Übernahme der politischen Gewalt.
Lübeck
Bildung eines Arbeiter-und/oder Soldatenrates an dem betreffenden Tage mit gleichzeitiger Übernahme der politischen Gewalt.
Kiel
Existenz eines Arbeiter-und/oder Soldatenrates mit der Funktion eines obersten politischen Organs.

9. November
Flensbg.
Schleswig
Rendsb.
Kiel
Brunsb.-koog
Neum.
Lübeck
Rostock
Königsberg
Cuxhaven
Wilhelmshav.
Bremer-haven
Hamburg
Schwerin
Parchim
Lüneb.
Oldenbg.
Bremen
Hannover
Brandenburg
Berlin
Posen
Bielefeld
Braunschwg.
Magdeburg
Jarotschin
Krefeld
Essen
Düsseldorf
Rheydt
Köln
Kassel
Halle
Leipzig
Dresden
Görlitz
Liegnitz
Breslau
Gloggau
Spa
Eisenach
Erfurt
Chemnitz
Koblenz
Frankfurt
Mainz
Bayreuth
Mannheim
Nürnberg
Metz
Stuttgart
Passau
Augsburg
München
Rosenhm.

7. November
Flensbg.
Schleswig
Rendsb.
Kiel
Brunsb.koog
Neum.
Lübeck
Rostock
Cuxhaven
Wilhelmshav.
Bremerhaven
Hamburg
Schwerin
Oldenbg.
Bremen
Lünebg.
Berlin
Hannover
Braunschwg.
Frankfurt
Stuttgart
München

10. November
Flensbg.
Schleswig
Rendsb.
Kiel
Brunsb.koog
Neum.
Lübeck
Rostock
Königsberg
Danzig
Cuxhaven
Wilhelmshav.
Bremerhaven
Hamburg
Schwerin
Aurich
Parchim
Oldenbg.
Bremen
Lünebg.
Graudenz
Thorn
Brombg.
Hannover
Brandenburg
Berlin
Frankfurt
Posen
Warschau
Bielefeld
Braunschwg.
Magdeburg
Jüterbog
Jarotschin
Glogau
Krefeld
Essen
Düsseldorf
Rheydt
Köln
Kassel
Halle
Leipzig
Dresden
Görlitz
Liegnitz
Breslau
Spa
Eisenach
Erfurt
Chemnitz
Oppeln
Beuth.
Gleiwitz
Koblenz
Frankfurt
Mainz
Bayreuth
Saarbrücken
Mannheim
Nürnberg
Metz
Karlsruhe
Stuttgart
Passau
Augsburg
München
Rosenhm.